

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1962 · TEIL II

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR GESCHICHTE
ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE



AKADEMIE - VERLAG • BERLIN

1962

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1962 • TEIL II



AKADEMIE-VERLAG • BERLIN

1962

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1962 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/136/62

Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1736

Bestellnummer: 2103/62/2 · ES 5 B 2 · 14 D

Inhalt

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

JÜRGEN KUCZYNSKI

Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland 11 BA

JÜRGEN SCHUCHARDT

Die Wirtschaftskrise vom Jahre 1866 in Deutschland 91 BA

DISKUSSIONEN

GERHARD WISSMANN

Imperialistischer Krieg und technisch-wissenschaftlicher Fortschritt 145 A

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

RUDOLF SCHRÖDER

Aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte Leipzig 161

BOHUMIL LEHÁR

Über die Arbeit zur Schaffung einer Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei 171 CC

QUELLEN UND MATERIALIEN

HANS RADANDT

Eine Rede von Wilhelm Zangen 201 BA

LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

OTTO A. FRIEDRICH

Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich (Horst Handke) . 211

MINISTERIUM FÜR VERKEHRSWESEN DER DEUTSCHEN DEMOKRA-
TISCHEN REPUBLIK

Uns gehören die Schienenwege (Manfred Worms) 243

A. I. NJEUSSYCHIN

Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der
frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. bis 8. Jahr-
hundert (Rudolf Ludloff) 249

BIBLIOGRAPHIE

HANS RADANDT

Spezialverzeichnis ausgewählter Nachschlagewerke für die
wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen Berliner
Bibliotheken 257

Autorenverzeichnis 262

Zu diesem Band

Soziologische Forschungen beginnen unter den Gesellschaftswissenschaftlern des sozialistischen Lagers, besonders der Sowjetunion, eine immer größere Rolle zu spielen. Es sei in diesem Zusammenhang auch auf die wertvolle Diskussion soziologischer Spezialprobleme in den Jahrgängen 1960 und 1961 der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ verwiesen. Soziologische Arbeiten dieser Art sind von außerordentlich aktueller Bedeutung und können eine wertvolle Hilfe bei der Ausarbeitung der Politik der Partei der Arbeiterklasse sein. Zweifellos haben die Wirtschaftshistoriker vom Gegenstand ihrer Wissenschaft her eine besondere Verpflichtung, zur Entwicklung soziologischer Forschungen beizutragen. Die Studie von Jürgen Kuczynski behandelt Grundprobleme der Soziologie des Imperialismus in Deutschland. In Ergänzung hierzu setzt sich Horst Handke in der Rezension des Buches von Otto A. Friedrich „Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich“ mit Grundfragen der monopolkapitalistischen Apologetik auf dem Gebiet der Soziologie auseinander. Im nächsten Band 1962, Teil III, wird sich Helga Nussbaum unter dem Gesichtspunkt der Gruppierung und Schichtung innerhalb der Bourgeoisie im Imperialismus mit der Entwicklung der bürgerlichen Monopolgegnerschaft beschäftigen. Weitere Diskussionsbeiträge zu den aufgeworfenen soziologischen Problemen werden in den folgenden Bänden erscheinen. Von Anfang an widmete sich das Jahrbuch auch den Problemen der Geschichte der Produktivkräfte. Mit dem Diskussionsbeitrag von Gerhard Wissmann erscheint in diesem Band wiederum eine Arbeit aus diesem Problemkreis. Gerhard Wissmann greift an Hand eines Industriezweiges, der Flugzeugindustrie, die Frage des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts unter den Bedingungen der Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege auf. In diesem Zusammenhang möchten wir einen weiteren Artikel von Wolfgang Jonas über das Problem der Gesetze der Produktivkräfte ankündigen, der im ersten Teil des Jahrgangs 1963 erscheinen wird.

Unsere laufenden Veröffentlichungen zur Geschichte der Fabriken und Werke finden in diesem Band ihre Fortsetzung in einem Bericht von Rudolf Schröder, der als Leiter der Leipziger Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte die bisher gesammelten Erfahrungen in Tagebuchform vermittelt. Mit besonderer

Freude bringen wir den Artikel von Bohumil Lehár, der uns einen wertvollen Überblick über den Stand der Arbeiten auf dem Gebiete der Betriebsgeschichte unserer tschechoslowakischen Freunde gibt.

In Fortführung der bibliographischen Arbeiten beginnen wir in diesem Band mit der Veröffentlichung eines von Hans Radandt zusammengestellten Spezialverzeichnisses ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung. Damit wird den Forschern ein Apparat in die Hand gegeben, der ihnen mitunter sehr zeitraubende Sucharbeiten erspart.

MONOGRAPHIEN

STUDIEN UND REFERATE

Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland

von JÜRGEN KUCZYNSKI

Das letzte Stadium des Kapitalismus, der Imperialismus, bringt sehr bedeutende Veränderungen im Funktionieren der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit. Nicht, daß die Gesetze des Kapitalismus, die Marx und Engels entdeckt haben, nicht mehr gelten, aber die Weiterentwicklung des Kapitalismus, die immer stärkere Entfaltung der ihm innewohnenden Widersprüche modifizieren das Wirken dieser Gesetze. Entsprechend diesen Modifikationen wird auch, wie Lenin nachgewiesen hat, die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft modifiziert.

Von solchen Modifikationen der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft im Stadium des Imperialismus in Deutschland ist in den folgenden zwei Studien die Rede.

I. KLASSEN UND SCHICHTEN IN DEUTSCHLAND IM STADIUM DES IMPERIALISMUS

Die Zahl der „Erwerbspersonen“ („Selbständige, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Soldaten“) betrug nach der amtlichen Statistik¹:

Erwerbspersonen, 1882 bis 1959

Jahr	Insgesamt	Land- u. Forstwirtschaft		Industrie u. Handwerk		Handel-, Geld-, Versicherungs-, Verkehr		Öffentlicher Dienst*, Dienstleistungen	
	[Mill.]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]
I. Reich (Gebietsstand 31. 12. 1937)									
1882	17,0	7,2	42,2	6,1	35,6	1,4	8,4	2,4	13,8
1895	19,9	7,2	36,2	7,7	38,9	2,1	10,7	2,8	14,2
1907	25,4	8,6	33,9	10,1	39,9	3,5	13,6	3,2	12,6
1925	32,3	9,8	30,3	13,7	42,3	5,2	16,2	3,6	11,2
1933	32,6	9,4	28,8	13,2	40,5	6,0	18,4	4,0	12,3
1939	35,7	8,9	25,0	14,6	40,8	6,1	17,0	6,1	17,2
II. Gebiet der Bundesrepublik									
1939	20,3	5,3	26,1	8,1	40,0	2,9	14,4	4,0	19,5
1950	22,1	5,1	23,2	9,8	44,5	3,4	15,6	3,7	16,7
1959	24,8	3,8	15,2	11,8	47,7	4,8	19,5	4,4	17,6

*Einschließlich Soldaten usw.

¹ Bevölkerung und Wirtschaft. Langfristige Reihen 1871 bis 1957 für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland. Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 199. Statistisches Bundesamt. Stuttgart 1958, S. 30. Für 1959: „Wirtschaft und Statistik“, 12. Jahrg., H. 9, September 1960.

Man muß es sich immer wieder klarmachen: Deutschland trat in das Stadium des Imperialismus in einer Situation, in der Industrie und Handwerk die Landwirtschaft gerade in der Zahl der Beschäftigten überholt hatten.

Und weiter: Gegen Ende der Herrschaft des deutschen Faschismus im Jahre 1939 hatten die unproduktiv Erwerbstätigen die außerhalb der Landwirtschaft produktiv Tätigen fast eingeholt!

Untersuchen wir diesen Punkt noch näher:

Erwerbstätige, 1882 bis 1959

(in Prozent)

Jahr	In produktiven Wirtschaftszweigen			In unproduktiven Insgesamt
	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Handwerk	
1882	77,8	42,2	35,6	22,2
1895	75,1	36,2	38,9	24,9
1907	73,8	33,9	39,9	26,2
1925	72,6	30,3	42,3	27,4
1933	69,3	28,8	40,5	30,7
1939	65,8	25,0	40,8	34,2
1939*	66,1	26,1	40,0	33,9
1950*	67,7	23,2	44,5	32,3
1959*	62,9	15,2	47,7	37,1

* Bundesrepublik

Natürlich gibt es, streng genommen, keine produktiven und unproduktiven Wirtschaftszweige. Selbst in der parasitären Armee gibt es noch produktive Beschäftigungen (Handwerker zum Beispiel), genau wie es umgekehrt unproduktive in der Industrie gibt. Aber ganz grob genommen gibt uns diese Aufgliederung doch einen tiefen Einblick in die gesellschaftlichen Strukturveränderungen Deutschlands im Stadium des Imperialismus.

Gegenüber dem vorimperialistischen Jahr 1882 hat bis 1939 das Gewicht der unproduktiven Wirtschaftszweige um mehr als die Hälfte, von 22 auf 34, zugenommen! Und diese Entwicklung hat sich in Westdeutschland, nach einem anfänglichen Rückschlag durch den Fortfall der riesigen Armee, fortgesetzt.

Ein beachtlicher Teil der Zunahme des Gewichts der unproduktiven Beschäftigung ist parasitär – und deshalb gerade gesellschaftlich notwendig, gesetzmäßig, ein integrierender Bestandteil des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Gesellschaftlich notwendig deswegen, weil der Imperialismus nicht ohne solch parasitäre Erscheinungen existieren kann, gesetzmäßig, weil der Imperialismus selbst eine gesetzmäßige Erscheinung ist, ein integrierender Bestandteil des Imperialismus deswegen, weil der Parasitismus nicht nur eine notwendige Begleiterscheinung des Imperialismus, sondern ein Wesensbestandteil des Imperialismus selbst ist.

Lenin zitiert und kommentiert in seinem „Imperialismus“ eine Perspektive, die Hobson für den Fall der Aufteilung Chinas unter die imperialistischen Großmächte gibt: „Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die jetzt Teile dieser Länder – Süd-England, die Riviera, die von Touristen am meisten besuchten und von reichen Leuten bewohnten Plätze Italiens und der Schweiz – haben, nämlich: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem fernen Orient beziehen, daneben eine etwas größere Gruppe von Angestellten und Händlern und eine noch größere Anzahl von Dienstpersonal und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren. Die wichtigsten Industrien jedoch würden verschwinden, und die Massenprodukte der Ernährung, die Massenhalfabrikate würden als Tribut aus Asien und Afrika fließen . . . Das sind die Möglichkeiten, die eine umfassendere Vereinigung der Weststaaten, eine europäische Föderation der Großmächte vor uns eröffnet: sie würde die Sache der Weltzivilisation nicht nur nicht vorwärtsbringen, sondern die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören: die Bildung einer Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große gefügte Massen von Angestellten unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenartikeln beschäftigt werden, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder in untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie. Mögen diejenigen, die geneigt sind, eine solche Theorie‘ (es müßte heißen Perspektive) ‚als nicht der Erwägung wert mit einer Handbewegung abzutun, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in jenen Bezirken Süd-Englands untersuchen, die schon jetzt in eine solche Lage versetzt sind. Mögen sie bedenken, welche gewaltige Ausdehnung eines solchen Systems möglich würde, wenn China der wirtschaftlichen Kontrolle ähnlicher Gruppen von Finanziers, von «Kapitalanlegern», ihrer Staatsbeamten und Geschäftsangestellten unterworfen wäre, die aus dem potenziell größten Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat, schöpfen würden, um diese Profite in Europa zu verzehren. Die Situation ist viel zu kompliziert, das Spiel der Weltkräfte viel zu unberechenbar, um diese oder jene einzige Zukunftsdeutung sehr wahrscheinlich zu machen. Aber die Einflüsse, die gegenwärtig den Imperialismus Westeuropas beherrschen, bewegen sich in dieser Richtung, und wenn sie auf keine Gegenwirkung stoßen, wenn sie nicht nach einer anderen Seite abgelenkt werden, dann wirken sie in der Richtung eben dieses Ausganges.‘

Der Verfasser hat vollkommen recht. Würden die Kräfte des Imperialismus auf keine Gegenwirkung stoßen, dann würden sie eben zu diesem Ausgang führen. Die Bedeutung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ in der heutigen, imperialistischen Situation ist hier richtig bewertet.“²

² Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin 1950, S. 109f.

Faktisch wurde China nicht „richtig“ aufgeteilt, aber die Gegenteilstendenzen wurden dort erst nach dem zweiten Weltkriege voll wirksam, als das gesamte Kolonialreich zusammenzubrechen begann.

Und noch etwas anderes geschah. Die Arbeitsleistung pro produktiv Beschäftigten stieg so schnell gegenüber der Produktion, daß das Monopolkapital einen zunehmenden Teil der Arbeitskräfte für unproduktive Zwecke einsetzen konnte. Der Staatsapparat, einschließlich des Militärapparats, nahm im Zusammenhang mit dem Wachstum des staatsmonopolistischen Kapitalismus mehr und mehr Arbeitskräfte in Anspruch; der Verteilungsapparat wuchs, nicht zum wenigsten im Zusammenhang mit der zunehmenden Intensität der Konkurrenz; ganz neue Berufe, wie Reklamefachleute, Syndici usw. kamen auf; eine große „private“ Bürokratie entstand neben der staatlichen und verschmolz mit ihr.

Dabei müssen wir noch berücksichtigen, daß auch ein zunehmender Teil der produktiven Tätigkeit parasitär wurde – nicht wie im absterbenden Feudalismus vor allem dem Luxus der herrschenden Klasse gewidmet, sondern durch Verwandlung in destruktive Arbeit, Arbeit für den Krieg.

Bei einer ganzen Anzahl solcher Wirtschaftszweige und Berufe ist der parasitäre Charakter offenbar. Warum aber nennen wir zum Beispiel die Ausdehnung des Anteils des Zweiges Handel, Geld-, Versicherungswesen und Verkehr an der Anzahl der insgesamt Erwerbstätigen parasitär?

Betrachten wir folgende Zahlen:

*Produktion in Industrie und Landwirtschaft³ und
Beschäftigung in Handel, Geld-, Versicherungswesen und Verkehr*

(1882=100) (Gebiet von 1937)

Jahr	Produktion	Beschäftigung	Beschäftigung zu Produktion
1882	100	100	100
1895	149	150	100
1907	232	250	108
1925	244	371	152
1933	226	429	190
1939*	357	436	122

* 1. Halbjahr

In der letzten Phase des vormonopolistischen Kapitalismus und während der ersten Phase des monopolistischen Kapitalismus, als er noch nicht zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hinübergewachsen war, als die Allgemeine Krise des Kapitalismus noch nicht offen ausgebrochen war, da stiegen Produktion und Beschäftigung in der Zirkulation ziemlich gleichmäßig. 1925 dagegen, als die Menge der Produktion etwa die gleiche war wie 1907, da lag

³ Produktion in Industrie und Landwirtschaft bis 1933 vgl. „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung“, 11. Jahrg. 1936, H. 2, Teil A, Neue Folge. Hamburg 1936, S. 159; 1939 meine Berechnung.

die Beschäftigung in der Zirkulation relativ um rund die Hälfte höher als vor dem Kriege – auf die Produktion bezogen! Und noch größer war der Unterschied der Entwicklung 1933!

1939 aber? Plötzlich scheint die parasitäre Entwicklung zurückgedreht? Doch warum?

Einmal, weil ein immer größerer Teil der Produktion, da er auf Staatsbestellung erfolgt, eines viel geringeren Verteilungsapparates bedarf. Wenn wir die selbst schon parasitäre Rüstungsproduktion ausschalten, dann betrug die Produktion etwa (1882 = 100):

1933	ca. 220
1939	ca. 270

Und sodann deswegen, weil sich plötzlich alle fäulnisregenden, alle parasitären Kräfte auf einen anderen Sektor stürzen – auf öffentlichen Dienst und Dienstleistungen (einschließlich Soldaten usw.), und wie bemerkt, auf die Produktion (Rüstung) selbst.

Der Parasitismus in der Ausdehnung von Handel, Geld-, Versicherungswesen und Verkehr zeigt sich nicht darin, daß in diesem Wirtschaftssektor mehr und mehr Erwerbstätige beschäftigt sind; auch nicht darin, daß die Beschäftigung, trotz zunehmender Arbeitsleistung pro Erwerbstätigen auch in diesem Sektor, mehr steigt als die Produktion – warum sollte die Beschäftigung in Handel und Verkehr nicht relativ zunehmen, wenn es dadurch leichter und bequemer wird, einzukaufen bzw. Verkehrsmittel zu benutzen! Aber wenn sich die Beschäftigung im Verteilungssektor absolut und relativ erhöht, während die Produktion bei weitem nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreicht – also „abstrakt gesehen“ mehr Kräfte für die Produktion gebraucht werden –, dann ist eine solche relative Steigerung der Beschäftigung im Zirkulationssektor eine parasitäre Erscheinung!

Dazu kommt die parasitäre Ausweitung des Militärapparates 1939. Vergleichen wir den Anteil der zivilen und militärisch Erwerbstätigen im letzten hier betrachteten Jahre vor dem ersten Weltkriege und 1939, dann ergibt sich⁴:

Jahr	Zivil- beschäftigte Millionen	Militärs	Militärs in Prozent aller Erwerbstätigen
1907	24,73	0,65	2,6
1939	34,33	1,40	3,9

Die ungeheuerliche, ständig steigende Belastung der Wirtschaft mit einem ständig sich vergrößernden Verteilungs- und Staatsapparat (einschließlich Militärapparat) drückt der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur den Stempel des Parasitismus auf, sondern führt auch zu einer erschreckenden Beschleunigung der Ausplünderung der Werktätigen.

⁴ Vgl. dazu Bd. 16 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

Natürlich wird der übergroße Teil dieser zusätzlichen Ausgaben für Verteilung und Staatsapparat aus dem Mehrwert, das heißt durch die gestiegene Ausbeutung der Arbeiter bezahlt. Da jedoch die Monopolisten der Industrie, die natürlich unter den Monopolisten vor allem für diese Entwicklung verantwortlich sind, selbstverständlich die Tendenz haben, einen möglichst großen Teil des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwerts für sich selbst zu behalten, die Profitteilung mit anderen Kapitalisten möglichst zu ihren Gunsten durchzuführen, so versuchen sie eine Politik durchzusetzen, durch die ein möglichst großer Teil aller Lasten des Parasitismus auf das Gesamtkapital minus Industriemonopolkapital und auf die Massen der Werkstätigen abgewälzt wird. Da aber die Monopolisten im Bankwesen mit den Industriemonopolisten zum Finanzkapital verschmolzen sind und da im allgemeinen auch die Monopolisten in den anderen Sektoren der Wirtschaft stark genug sind, sich ihre Monopolprofite ohne Beeinträchtigung durch die Industriemonopolisten zu sichern, so entfallen die Kosten des Parasitismus in der staatsmonopolkapitalistischen Gesellschaft auf

die Massen der Werkstätigen und
das Gesamtkapital minus Monopolkapital.

*

Untersuchen wir jetzt die Veränderungen in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft Deutschlands in ihrem Endstadium, im Stadium des Imperialismus, unter dem Gesichtspunkt der verschiedenen Klassen und Schichten, ihrer quantitativen und qualitativen Entwicklung sowie ihrer Lage im allgemeinen. Dabei gehen wir zunächst aus, als grobem statistischem Hilfsmittel, nur um wenigstens irgendeinen quantitativen Ausgangspunkt zu haben, von den amtlichen Zählungen der Erwerbstätigen, von dem, was man *bourgeois*seits die „Stellung in der Wirtschaft“ nennt⁵:

Erwerbspersonen, 1882 bis 1959

Jahr	Selbständige		Mithelfende Familienangehörige		Beamte einschl. Soldaten		Angestellte		Arbeiter	
	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]
I. Reich (Gebietsstand 31. 12. 1937)										
1882	4,4	25,6	1,7	10,0	1,2		7,0		9,8	57,4
1895	4,6	23,3	1,8	9,1	2,1		10,7		11,3	56,9
1907	4,8	18,8	3,8	15,0	3,3		13,1		13,5	53,1
1925	5,1	15,9	5,5	16,9*	5,5		17,0		16,2	50,2
1933	5,3	16,4	5,4	16,4	1,5	4,6	4,1	12,5	16,4	50,1
1939	4,8	13,4	5,7	15,8	3,0	8,5**	4,7	13,2	17,5	49,1

* Ab 1925 mit vorangehenden Zahlen nicht genau vergleichbar

** Einschließlich Arbeitsdienst

⁵ Vgl. zum folgenden die zur ersten Tabelle genannten Quellen, S. 31 bzw. S. 142.

Jahr	Selbständige		Mithelfende Familienangehörige		Beamte einschl. Soldaten		Angestellte		Arbeiter	
	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]	[Mill.]	[%]
II. Bundesrepublik										
1939	2,9	14,4	3,6	17,8	1,7	8,2	2,6	12,8	9,5	46,8
1950	3,3	14,7	3,2	14,4	0,9	4,0	3,5	16,0	11,2	50,9
1959	3,3	13,3	2,7	10,9	1,4	5,7	5,5	22,4	11,8	47,6

Bei weitem der größte Teil aller Erwerbspersonen sind Arbeiter. Untersuchen wir die Entwicklung des Anteils der Arbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, dann können wir feststellen: Während in der vormonopolistischen Gesellschaft, seit Anbeginn der kapitalistischen Gesellschaft, der Anteil der Arbeiter laufend wächst, zeigt der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der Erwerbstätigen im Stadium des Imperialismus eine Tendenz zu sinken – was ganz selbstverständlich ist in einem Stadium des Kapitalismus, das durch eine ganz schnelle und starke Entwicklung des Parasitismus charakterisiert ist; eine Tendenz, die wir natürlich in allen imperialistischen Ländern beobachten und die selbstverständlich nichts zu tun hat mit der sozialdemokratischen „Theorie“ der „Aufhebung des Proletariats durch den technischen Fortschritt“.

Daß es sich hier um eine Tendenz, der andere starke Tendenzen entgegenwirken, handelt, beweist die Entwicklung in der Bundesrepublik, in der der Verfall der Landwirtschaft und der ihr entsprechende Proletarisierungsprozeß sowie der Rückgang in der Zahl der Selbständigen in einer Reihe von Handwerken verbunden mit Proletarisierung als Gegenteilstendenzen sich zeitweilig als stärker erwiesen als die genannte Tendenz.

Während der Anteil der Arbeiter im Stadium des Imperialismus die Tendenz hat zu sinken, hat der Anteil der Angestellten, Beamten und Militärs die Tendenz zu steigen.

In bezug auf die Militärs hat sich diese Entwicklungstendenz, die gesetzmäßig aus der Aggressivität der Monopole hervorgeht, in Deutschland keineswegs immer durchsetzen können. Dieses Land, in dem der „Geist des Militarismus“ wohl am frühesten gezüchtet und am weitesten auch in den Kreisen des Kleinbürgertums verbreitet worden war, zeigt im 20. Jahrhundert die stärksten „Gegentendenzen“ gegen die Tendenz des Wachstums des Anteils des Militärs an der Gesamtzahl der erwachsenen Bevölkerung – „Gegentendenzen“, die ganz leicht durch den Verlust zweier Weltkriege mit entsprechenden Verboten, große Armeen zu halten⁶, also historisch zu erklären sind.

Was die Beamten, die „Angestellten des Staates“ betrifft, so besitzen wir noch kein genügendes statistisches Material, um einwandfrei zahlenmäßig vergleichbar ihr ständiges Wachstum nachzuweisen, aber die vorhandenen Angaben

⁶ Die steten und erfolgreichen Versuche, illegal Truppen zu unterhalten, spielten keine solche Rolle, daß sie dem Gesetz zum steten Wachstum der Militärs zum Durchbruch verhelfen konnten.

genügen, um mit Bestimmtheit sagen zu können, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Werkstätigen im Laufe der Entwicklung des Imperialismus gestiegen ist.

Alles überragend an Bedeutung aber war der Anstieg in der Zahl und im Anteil der Angestellten. Wenn wir 1882 die Zahl der Militärs abziehen, die wir genau kennen, und für Beamte (einschließlich kirchlichen, Lehrern usw.) rund 350000 einsetzen, kommen wir auf folgende Angestelltenstatistik:

Angestellte, 1882, 1939, 1959

	Zahl in Millionen		Prozent aller Erwerbstätigen	
	1882	1939	1882	1939
Deutsches Reich	0,4	4,7	2,4	13,2
	1939	1959	1939	1959
Bundesrepublik	2,6	5,5	12,8	22,4

Die Angestellten sind nach den Arbeitern zur wichtigsten „Gruppe“ unter den Erwerbstätigen geworden.

Man neigt heute bisweilen dazu, beide „Gruppen“ (unter Ausschluß der oberen Angestellten) zu einer Klasse, zur Klasse der Arbeiter, zum Proletariat zu vereinen und begründet das vor allem mit dem niedrigen Einkommen, das so viele Angestellte haben, und damit, daß Arbeiter wie auch Angestellte nicht über Produktionsmittel im Eigentum verfügen.⁷

Aber das scheint mir nicht richtig. Zunächst einmal arbeitet die übergroße Mehrheit von Arbeitern manuell mit Produktionsmitteln, mit Arbeitsinstrumenten, mit denen sie materielle Werte erzeugen, die übergroße Anzahl von Angestellten hat aber nichts mit solchen Produktionsmitteln zu tun – das heißt, schon in ihrer Stellung zu den Produktivkräften unterscheiden sich Arbeiter und Angestellte ganz wesentlich. Die übergroße Anzahl von Arbeitern arbeitet produktiv, die übergroße Anzahl von Angestellten in unproduktiven Berufen bzw. Gewerben. Die Angestellten sind eine außerordentlich wichtige Schicht des Kleinbürgertums. Die Arbeiter sind eine Klasse.

Ernst Thälmann hat sich sehr ausführlich mit der Frage des Verhältnisses von Arbeitern und Angestellten beschäftigt, und es scheint mir wichtig, in diesem Zusammenhang seine Ausführungen auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPD am 19. Februar 1932 eingehend zu zitieren:

„Aber etwas ausführlicher möchte ich mich mit einer Frage beschäftigen, die in letzter Zeit als Diskussionsfrage in der RGO und auch in Berlin eine gewisse Rolle gespielt hat und die unter den Verhältnissen des kapitalistischen Deutschland keine untergeordnete Bedeutung hat: Mit der Frage der Angestellten.

⁷ Vgl. dazu von seiten marxistischer Forscher längere Ausführungen in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Jahrg. 1960 und 1961. Unter den bürgerlichen Soziologen vgl. dazu Geiger, Th., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932, und Dahrendorf, R., Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart 1957.

Wie steht es damit, Genossen? In der erwähnten Diskussion waren einige Genossen nicht damit einverstanden, daß man die Angestellten nicht zum eigentlichen Proletariat rechnen könne, sondern als eine außerhalb des eigentlichen Proletariats stehende besondere Schicht betrachten muß. Nachdem diese Frage so lebhaft diskutiert wurde, ist es notwendig, den marxistisch-leninistischen Standpunkt zu diesem Problem unzweideutig herauszuarbeiten. Welchen Standpunkt finden wir in den Werken von Marx, Engels und Lenin in dieser Frage? Marx spricht von den Angestellten als von kommerziellen Lohnarbeitern, bisweilen auch merkantilen Lohnarbeitern. Sowohl im ‚Kapital‘ wie in den ‚Theorien über den Mehrwert‘ gibt es eine Reihe von Stellen, in denen Marx die Rolle dieser kommerziellen Lohnarbeiter in der Gesellschaft beleuchtet.

Ganz klar ergibt sich daraus, daß vom Standpunkt ihrer Rolle im Produktionsprozeß die Angestellten sowohl eine große Übereinstimmung mit dem industriellen Proletariat aufweisen als auch ein wesentlicher Unterschied sich ergibt. Welches ist die Übereinstimmung? Es ist die Tatsache, daß Millionen von ihnen Lohnarbeiter, daß sie Ausgebeutete sind, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen. Welches ist der Unterschied? Es ist die Tatsache, daß der eigentliche Proletarier durch seine Arbeitskraft Mehrwert erzeugt, während dies im allgemeinen beim Angestellten nicht der Fall ist. Ich will einige Sätze von Marx aus dem 3. Band des ‚Kapital‘ zu dieser Frage zitieren:

„Wie verhält es sich mit den kommerziellen Lohnarbeitern, die der kaufmännische Kapitalist, hier der Warenhändler, beschäftigt? Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens, insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns . . . Zweitens, sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist wie bei allen anderen Lohnarbeitern durch die Produktions- und Reproduktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit. Aber es muß zwischen ihm und den direkt vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeitern derselbe Unterschied stattfinden, der zwischen dem industriellen Kapital und dem Handelskapital und daher zwischen dem industriellen Kapitalisten und dem Kaufmann stattfindet. Da der Kaufmann als bloßer Zirkulationsagent weder Wert noch Mehrwert produziert . . ., so können auch die von ihm in denselben Funktionen beschäftigten merkantilen Arbeiter unmöglich unmittelbar Mehrwert für ihn schaffen. . . . Die unbezahlte Arbeit dieser Kommis, obgleich sie nicht Mehrwert schaffen, schafft ihm aber Aneignung von Mehrwert, was für dies Kapital dem Resultat nach ganz dasselbe; sie ist also für es Quelle des Profits . . .

Der eigentlich kommerzielle Arbeiter gehört zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern, zu denen, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit steht. Indes hat der Lohn die Tendenz zu fallen, selbst im Verhältnis zur Durchschnittsarbeit, im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, teils durch Teilung der Arbeit innerhalb des Kontors . . . Zweitens, weil die Vorbildung, Handels- und Sprachkenntnisse usw. mit dem

Fortschritt der Wissenschaft und Volksbildung immer rascher leichter, allgemeiner, wohlfeiler reproduziert werden, je mehr die kapitalistische Produktionsweise die Lehrmethoden usw. aufs Praktische richtet. Die Verallgemeinerung des Volksunterrichts erlaubt, diese Sorte aus Klassen zu rekrutieren, die früher davon ausgeschlossen, an schlechtere Lebensweise gewöhnt waren. Dazu vermehrt sie den Zudrang und damit die Konkurrenz. Mit einigen Ausnahmen entwertet sich daher im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute; ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt.' (Marx: ‚Kapital‘, 3. Band, I, S. 276 bis 285).

Soweit die Feststellungen von Marx. Aus ihnen ergibt sich ganz deutlich, daß man die Angestellten nicht einfach zum Proletariat rechnen kann. Andererseits zeigt Marx aber auch, wie sich die Unterschiede hinsichtlich Schulung, Qualifikation der Arbeit der Angestellten und ihrer Sonderstellung im Prozeß der kapitalistischen Entwicklung allmählich vermindern.

Was ergibt sich aus den Schriften Lenins zur Frage der Angestellten? Lenin hat sich trotz der Verhältnisse im kapitalistischen Rußland, wo unter den Verbündeten des Proletariats vor allem die ungeheuren Millionen der Landbevölkerung, Dorfarmut, Mittelbauern usw. eine ausschlaggebende Rolle spielten, mehrfach mit dem Angestelltenproblem beschäftigt. Für uns in Deutschland und in den meisten kapitalistischen Ländern spielen die Angestellten eine größere Rolle. Wir finden in den Schriften Lenins eine Reihe völlig unzweideutiger und glänzender Formulierungen. Ich will hier nur zwei Stellen herausgreifen. In einem Artikel aus dem Jahre 1912 über ‚Ökonomischer und politischer Streik‘ schreibt Lenin:

‚Wenn die Liberalen (und die Liquidatoren) den Arbeitern sagen: ihr seid stark, wenn ihr Sympathien in der «Gesellschaft» habt, so sagt der Marxist den Arbeitern etwas anderes: ihr habt Sympathien in der «Gesellschaft», wenn ihr stark seid. Unter Gesellschaft sind in diesem Fall alle möglichen demokratischen Bevölkerungsschichten zu verstehen: die Kleinbourgeoisie, die Bauern, die mit dem Arbeiterleben in Berührung kommenden Intellektuellen, die Angestellten usw.‘

Hier ist völlig klar zum Ausdruck gebracht, daß Lenin die Angestellten nicht zum eigentlichen Proletariat zählt. Das ergibt sich auch aus zahlreichen anderen Stellen seiner Werke. Schon im Jahre 1903 schreibt er in einer Art Rundschreiben über die Angestellten unter folgender Überschrift: ‚Verbindungen und Tätigkeit mit anderen Schichten der Bevölkerung außerhalb der Arbeiterklasse‘, daß heißt er reiht sie mit den Beamten unter diese Schichten außerhalb der Arbeiterklasse ein. Noch klarer und deutlicher ist eine Formulierung aus den Thesen Lenins über die Hauptaufgaben des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Dort wird als Aufgabe für die proletarische Diktatur, und zwar nicht nur für die Sowjetunion, sondern ganz allgemein ausgesprochen:

‚Die dritte Aufgabe besteht darin, daß man die unvermeidlichen Schwankungen jener, in allen vorgeschrittenen Ländern noch ziemlich zahlreichen, wenn auch

eine Minderheit darstellenden Klasse der kleinen Eigentümer in der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel, sowie der ihnen entsprechenden Schicht der Intelligenz, der Angestellten usw., – daß man die Schwankungen dieser Klasse zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Sowjetmacht neutralisiert oder unschädlich macht.'

In dieser These Lenins werden die Angestellten also als zugehörig zur kleinbürgerlichen Klasse aufgefaßt, wobei Lenin aber mit meisterhafter Dialektik hervorhebt, daß sie nicht etwa mit den Kleinproduzenten einfach auf eine Stufe gestellt werden dürfen, sondern eine den Kleinproduzenten 'entsprechende Schicht' darstellen. Der Ausdruck 'Halbproletarier', der zum Beispiel in der 'Internationale' vom Genossen Hirsch gebraucht wurde, ist deshalb theoretisch nicht einwandfrei.

Natürlich können wir uns nicht einfach damit begnügen, an Hand dieser Zitate von Marx und Engels festzustellen, daß die Angestellten kein direkter Bestandteil des Proletariats sind. Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, mit der Methode der marxistischen Dialektik konkret an die Rolle und Lage der Angestelltenschichten in Deutschland heranzugehen, wobei die Formulierungen von Marx und Lenin eine große Anleitung für uns sein können.

Und was ergibt sich bei einer solchen Untersuchung?

Einmal die Feststellung, daß es überhaupt unmöglich ist, von der gesamten Angestelltenschaft als einer einheitlichen Masse zu sprechen. Ihre unteren Schichten unterliegen in der modernen kapitalistischen Wirtschaft einem direkten Proletarisierungsprozeß. Man braucht nur an die Warenhäuser und Großbanken zu denken, wo die Angestellten zu Hunderten und Tausenden zusammengepfercht sind, wo also in ihrer Arbeitsweise eine ähnliche Zusammenballung und Mechanisierung Platz greift wie beim Proletariat. Andererseits ergibt sich auch hinsichtlich ihrer sozialen Abstammung ein solcher in der gleichen Linie laufender Prozeß, wie ihn schon Marx und Engels vorausgesagt haben. Während früher die Angestellten sich vorwiegend ihrer sozialen Herkunft nach aus der eigentlichen Kleinbourgeoisie, den Beamten- und Angestelltenschichten selbst rekrutierten, ist bei den jüngeren Jahrgängen in immer steigendem Maße ein solcher Prozeß zu verzeichnen, daß der Anteil von Arbeitersöhnen und Arbeitertöchtern steigt.

Aber dieser Proletarisierungsprozeß muß von uns dialektisch betrachtet werden. Auch die andere Tendenz, die dieser Annäherung der unteren Angestelltenschichten an das Proletariat entgegenwirkt, beruht auf den Bedingungen ihrer Arbeitsweise. Sie müssen noch immer hinsichtlich ihrer Kleidung, ihrer Umgangsformen usw. bestimmten Anforderungen der Bourgeoisie Rechnung tragen, und es ist klar, daß das auf ihre Ideologie abfärbt. Ein Transportarbeiter zum Beispiel kann Hamburger Platt sprechen, aber ein Bankangestellter muß die Bourgeoisie auf Hochdeutsch bedienen.

Wenn wir also beide Seiten dieses Prozesses betrachten, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß diese Millionen unteren Angestellten, die dem Proletariat am nächsten stehende Schicht darstellen, also eine Schicht, die neben der Dorf-

armut den wichtigsten Verbündeten für das Proletariat, ja, zum Teil sogar schon beinahe mehr als nur einen bloßen Verbündeten darstellt.

Wir haben dann eine weitere breite Schicht der Angestellten, die unmittelbar zur Kleinbourgeoisie zu zählen sind (Personalchefs, Abteilungsleiter, Kontrolleure), die zum Beispiel das Recht haben, ihrerseits Entlassungen von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen.

Und schließlich die schmale oberste Schicht der Angestellten, wie Direktoren usw., die, auch wenn sie formell Gehalt beziehen, doch unmittelbar Anteilhaber an der Verteilung des Profits sind und direkt zur Bourgeoisie gehören.

Je mehr wir bei der Behandlung dieses Problems differenzieren, je konkreter wir herangehen, desto einwandfreier vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus wird unsere theoretische Analyse sein. Desto erfolgreicher werden wir auch in der Lage sein, die richtigen Methoden für unsere Politik gegenüber den Angestellten zu finden. Denn das, Genossen, muß man mit aller Entschiedenheit unterstreichen: Eine Verbesserung unserer Arbeit unter den Angestellten kann nicht dadurch erzielt werden, daß wir plump und obendrein falsch erklären: Die Angestellten sind auch Proletarier, sondern nur dadurch, daß wir eben die Besonderheiten dieser Schicht zugleich ihre enge Verbundenheit mit dem Proletariat klar und präzise aufzeigen und daraus die richtigen entsprechenden Methoden für die Arbeit unter ihnen ableiten. Man darf also weder eine solche Abweichung dulden, als wenn alle Angestellten vom revolutionären Standpunkt unzuverlässig wären und als ‚Stehkragenproletarier‘ angesprochen und angesehen werden müssen, noch darf man den entgegengesetzten Fehler durchgehen lassen, als ob die Angestellten mit dem eigentlichen Industrieproletariat einfach gleichgestellt werden können.“⁸

Und gewissermaßen als Bestätigung und Ergänzung dieser Ausführungen hat Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag der KPdSU darauf hingewiesen, wie erst in der sozialistischen Gesellschaft die Angestellten ihren „sozialen Charakter“ verändern, aber auch dann nicht zu Arbeitern, zu „Proletariern“ werden, sondern vielmehr zu Werktätigen einer klassenlosen Gesellschaft. „Mit der Zeit werden wir es nicht mehr nötig haben, die Parteimitglieder in Arbeiter, Kolchosbauern und Angestellte einzuteilen, da die Klassenunterschiede völlig verschwinden und alle Werktätige der kommunistischen Gesellschaft sein werden.“ (Dietz-Ausgabe, 1961, S. 131.)

Die Arbeiterklasse, die ständig absolut zunimmt und – trotz der Tendenz zur Senkung ihres Anteils an der Gesamtzahl der Werktätigen infolge des zunehmenden Parasitismus des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus – in Deutschland rund die Hälfte aller Erwerbspersonen und weit mehr als die Hälfte aller Werktätigen ausmacht, ist die einzige Gruppierung, die als Klasse der Unterdrückten der herrschenden Klasse bzw. dem Monopol gegenübersteht. Als Klasse ist sie auch, wie Marx und Engels nachgewiesen und die Geschichte gezeigt, die einzige Gruppierung von Werktätigen, die auf Grund ihrer Stellung

⁸ Thälmann, Ernst, Der revolutionäre Ausweg. Berlin 1932, S. 31 ff.

im gesellschaftlichen Produktionsprozeß bis in die letzte Konsequenz revolutionär sein kann und darum der Hegemon auf dem Weg in die neue Gesellschaft des Sozialismus und beim Aufbau dieser neuen Gesellschaft sein muß. In dem Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ heißt es so:

„Nach gründlicher Analyse der Ökonomik des Kapitalismus gelangten Marx und Engels zu der Schlußfolgerung, daß diese Gesellschaftsordnung bereits die Ursachen ihres Unterganges, ihrer Ablösung durch eine neue Gesellschaftsordnung, durch den Sozialismus, in sich birgt. Aber die Begründer des Marxismus erkannten nicht nur die allgemeine Richtung der weiteren Entwicklung; im Proletariat, in der Arbeiterklasse, entdeckten sie auch die führende soziale Kraft, die berufen ist, die große gesellschaftliche Umwälzung zu vollziehen – den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten.

Diese Entdeckung haben Marx und Engels im ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘, das im Jahre 1848 in Deutschland erschien, dargelegt und allseitig begründet. ‚Aber die Bourgeoisie‘, heißt es im ‚Manifest‘, ‚hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.‘ ‚Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“⁹

Seit ihrer vollen Herausbildung bis zum Eintritt in das Stadium des Imperialismus war die Arbeiterklasse im großen und ganzen eine einheitliche Klasse. Es gab Schichten unter ihnen wie Gelernte und Ungelernte – die Bergarbeiter, die oft getrennt von den Fabrikarbeitern in „Bergarbeiterdörfern“ lebten, waren eine Schicht und auch die Heimarbeiter; eine besondere Schicht stellte das Landarbeiterproletariat dar. Aber keine solche Schicht entfernte sich aus objektiven oder subjektiven Gründen von der Arbeiterklasse, entfremdete sich ihr.

Das wurde anders im Stadium des Imperialismus¹⁰. Jetzt entsteht eine Tendenz „die Arbeiter zu spalten“¹¹. Diese Spaltung geht sowohl objektiv, gesetzmäßig, wie auch subjektiv, historisch, vor sich. „Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten.“¹²

Die ökonomische Basis dieser Spaltung erklärt Lenin so: „Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen“ – um

⁹ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch, Berlin 1960, S. 345.

¹⁰ Vgl. dazu auch Bd. 4 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski, Berlin 1996.

¹¹ Lenin, W. I., a. a. O., S. 113.

¹² Ebenda.

dann sogleich auf den subjektiven Aspekt überzugehen: „und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Gegensatz zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus, eine Erscheinung, die sich am frühesten und krassesten in England geltend machte, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen.“¹³ Und noch an einer anderen Stelle des „Imperialismus“ faßt Lenin die objektiven und subjektiven Faktoren zusammen: „Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus.“¹⁴ Die Arbeiter, die zur Arbeiteraristokratie gehören und dem Opportunismus in seinen verschiedensten Erscheinungsformen verfallen (Reformismus, Chauvinismus, Sozialfaschismus, Revisionismus usw.), entfremden sich ihrer Klasse subjektiv auf Grund objektiver Bestechung; die anderen Arbeiter, die ihnen folgen, ohne objektiv bestochen worden zu sein, ohne zur Arbeiteraristokratie zu gehören, entfremden sich ihrer Klasse ebenfalls subjektiv, verfallen ebenfalls der ihnen klassenfremden Ideologie, die die herrschende Klasse verbreitet. Die zahlreichen Arbeiter aber, die objektiv bestochen werden, deren Löhne durch Brocken von Extraprofiten der Monopolisten relativ zu denen der übrigen Arbeiter erhöht werden, die also objektiv von der Masse der Arbeiter abgespalten werden (vielfach nur vorübergehend), die aber ideologisch treu zur Arbeiterklasse stehen, oft führend an Streiks und revolutionären Bewegungen beteiligt sind, bleiben natürlich nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv ein Teil der Arbeiterklasse, da ihre relativen Lohnerhöhungen gegenüber den Löhnen der Mehrheit der Arbeiterklasse viel zu gering sind, um sie etwa der Bourgeoisie nahezubringen.

Von der Arbeiteraristokratie grundsätzlich zu unterscheiden ist die Arbeiterbürokratie. Als Lenin schrieb, war dieser Unterschied noch nicht wesentlich. Im Verlauf der Geschichte der Weimarer Republik und ganz offen und überaus deutlich heute in Westdeutschland aber werden die Arbeiterbürokraten nicht mehr nur mit Brocken im Sinne, wie Lenin das Wort verwandte, bestochen. Denn wenn Lenin von Brocken sprach, dann meinte er einmal, daß die Gesamtsumme, die die Monopole auf die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie verwandten, nur ein Bruchteil ihrer Extraprofite war, und daß gleichzeitig natürlich die Bestechungssumme pro Arbeiter eine relativ geringe war. Die Arbeiter wurden durch ihr „Lohnprivileg“ nicht plötzlich in ihrer Lebenshaltung auf das Niveau der Bourgeoisie gehoben. Ganz anders die Arbeiterbürokratie. Nicht zur Zeit, als Lenin schrieb. Aber heute.

¹³ Ebenda, S. 133.

¹⁴ Ebenda, S. 110.

1913 verdiente ein Ruhrbergarbeiter ohne Überstunden, aber in voller Beschäftigung, durchschnittlich rund 1600 Mark im Jahr, wobei nicht wenige faktisch auf 2000 Mark kamen. Ein Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes erhielt 2680 Mark pro Jahr. Kein enormer Unterschied zwischen dem Lohn des Kumpels und dem Gehalt selbst des höchstbezahlten Gewerkschaftsfunktionärs.¹⁵

Heute verdienen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets im Durchschnitt 6000 Mark im Jahr brutto – ihre Vertreter in der Montanunion, ihre Funktionäre im Vorstand der Gewerkschaft und anderswo haben aber (einschließlich Diäten aus den verschiedensten Funktionen, die vor 1919 nicht gezahlt wurden) heute ein Jahreseinkommen, das zwischen 20000 und 60000 Mark liegt. Ein beachtlicher Teil der Arbeiterbürokratie hat sich heute nicht nur ideologisch, subjektiv der Arbeiterklasse entfremdet, sondern ist auch objektiv in die Klasse der Bourgeoisie aufgerückt. Sie erhalten insgesamt nur Brocken von den Extra profiten der Monopole (und einen Großteil ihres Einkommens zahlt die Arbeiterklasse!) – aber was der einzelne erhält, das ist kein Brocken mehr, sondern wahrlich eine recht erhebliche Bestechungssumme, die ihn objektiv aus seiner Klasse heraushebt.

Im Gegensatz also zur Arbeiteraristokratie gehört heute ein beachtlicher Teil der Arbeiterbürokratie weder objektiv noch subjektiv mehr zur Arbeiterklasse.

*

Die nächstgroße Gruppierung innerhalb der Werktätigen ist die Kleinbourgeoisie, objektiv ein enger Verbündeter des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie. Wenn die Arbeiterklasse etwa die Hälfte der Erwerbstätigen und der Bevölkerung in Deutschland umfaßt, dann die Kleinbourgeoisie etwa ein Drittel.

Die Kleinbourgeoisie ist im Grunde nur dadurch gezeichnet, daß sie keiner der beiden großen Klassen Bourgeoisie und Arbeiter angehört. Sie ist zu einem erheblichen Teil proletarisiert, ohne deswegen Proletariat zu sein. Sie ist zu einem erheblichen Teil verbürgerlicht, ohne deswegen Bourgeoisie zu sein. Sie setzt sich aus so grundlegend verschiedenen Schichten zusammen wie der übergroßen Mehrheit der Angestellten, der übergroßen Mehrheit der Beamten, der übergroßen Mehrheit der Bauern, der übergroßen Mehrheit des Handwerks, der kleinen Ladenbesitzer und dazu einem recht beachtlichen Teil der Intelligenz, die zum Teil auch wieder Angestellter und Beamter ist.

Es ist typisch für den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus, für die Fäulnis und den Parasitismus des monopolistischen Kapitalismus, daß gerade die zwischen den beiden Hauptklassen fluktuierende Schichtensammlung des Kleinbürgertums absolut und relativ zugenommen hat – und das, obgleich die Schicht der Bauern, die zum Kleinbürgertum gehören, mit immer größerer Schnelligkeit abnimmt, das

¹⁵ Vgl. dazu zum Beispiel Osterroth, N., Otto Hue. Bochum 1922, S. 19f.

Handwerk zahlenmäßig etwa stagniert und eine spezielle Schicht aus der Zeit vor 1919, die kleinen Rentiers, in Deutschland praktisch verschwunden ist!

Betrachten wir nun einzelne dieser Schichten der Kleinbourgeoisie bzw. des Kleinbürgertums – während der Ausdruck Kleinbürgertum in unserem Sprachgebrauch auch die Bauern mitumfaßt, gilt das für den Ausdruck Kleinbourgeoisie im allgemeinen nicht, ohne daß irgendeine Berechtigung dafür vorliegt; beide Ausdrücke werden im folgenden synonym gebraucht.

Beginnen wir mit den Bauern. Sie haben in der ganzen hier betrachteten Zeit den größten Anteil an der sogenannten Gruppe der „Selbständigen“, überragen an Bedeutung also auch das Handwerk und stellen die größte Schicht innerhalb der Kleinbourgeoisie nach den Angestellten, welche letztere sie mit dem Beginn der Herrschaft des Monopolkapitals einholen und überholen. Sie sind keine festabgeschlossene Gruppe nach oben, insofern als der Übergang zur kapitalistischen Bourgeoisie in der Gestalt der Großbauern allmählich ist. Sie sind auch keine festabgeschlossene Gruppe zur Industrie zu, insofern als es nicht wenige Bauernfamilien gibt, in denen ein oder mehrere Mitglieder von Zeit zu Zeit oder auch dauernd in Steinbrüchen, Ziegeleien oder Fabriken arbeiten. Jedoch bedeutet die Tatsache des Fehlens solcher „Chinesischen Mauer“ nicht, daß sie nicht doch als eine klar definierbare Schicht mit zahlreichen speziell für sie charakteristischen Eigenschaften zu betrachten sind.

Engels schrieb zu Ende des vormonopolistischen, zu Beginn des monopolistischen Kapitalismus über den Bauern:

„Als politischer Machtfaktor bewährt sich der Bauer bisher meist nur durch seine in der Isolierung des Landlebens begründeten Apathie. Diese Apathie der großen Masse der Bevölkerung ist die stärkste Stütze nicht nur der parlamentarischen Korruption in Paris und Rom, sondern auch des russischen Despotismus. Aber sie ist durchaus nicht unüberwindlich. Seit dem Entstehen der Arbeiterbewegung ist es in Westeuropa, besonders da, wo das bäuerliche Parzelleneigentum vorherrscht, den Bourgeois nicht eben schwer geworden, der Bauernphantasie die sozialistischen Arbeiter als partageux, als ‚Teiler‘ verdächtig und verhaßt zu machen, als faule, gierige Städter, die auf das Bauernneigentum spekulieren. Die unklaren sozialistischen Aspirationen der Februarrevolution 1848 wurden durch die reaktionären Stimmzettel der französischen Bauern rasch aus dem Weg geschafft; der Bauer, der seine Ruh haben wollte, holte nun doch aus dem Schatz seiner Erinnerungen die Legende vom Bauernkaiser Napoleon hervor und schuf das zweite Kaiserreich. Wir alle wissen, was diese eine Bauerntat dem französischen Volk gekostet hat; an ihren Folgen laboriert es noch heut.

Seit jener Zeit aber hat sich manches geändert. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsform hat dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft den Lebensnerv abgeschnitten; er verfällt und verkommt unrettbar. Die Konkurrenz Nord- und Südamerikas und Indiens hat den europäischen Markt mit wohlfeilem Getreide überschwemmt, so wohlfeil, daß kein einheimischer Produzent damit konkurrieren kann. Großgrundbesitzer und Kleinbauer sehen

beide gleichmäßig den Untergang vor Augen. Und da sie beide Grundbesitzer und Landleute sind, wirft sich der Großgrundbesitzer zum Vorkämpfer der Interessen des Kleinbauern auf, und der Kleinbauer – im ganzen und großen – akzeptiert diesen Vorkämpfer.

Inzwischen aber ist im Westen eine mächtige sozialistische Arbeiterpartei herangewachsen. Die dunklen Ahnungen und Gefühle aus der Zeit der Februarrevolution haben sich geklärt, ausgeweitet, vertieft zu einem allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Programm mit bestimmten handgreiflichen Forderungen; diese Forderungen werden vertreten im deutschen, im französischen, im belgischen Parlament von einer stets wachsenden Zahl sozialistischer Abgeordneten. Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land. Sie, die vor allen anderen Parteien voraus hat die klare Einsicht in den Zusammenhang der ökonomischen Ursachen mit den politischen Folgen, die also auch die Wolfsgestalt unter dem Schafspelz des großgrundherrlichen zudringlichen Bauernfreunds längst erspäht hat – darf sie den dem Untergang geweihten Bauern ruhig in den Händen seiner falschen Beschützer lassen, bis er aus einem passiven in einen aktiven Gegner der industriellen Arbeiter verwandelt wird? Und damit sind wir inmitten der Bauernfrage.“

Und nun untersucht Engels die Frage der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauern, zwischen Arbeiterpartei und Bauernforderungen:

„Welche von diesen Unterabteilungen der Landbevölkerung können für die sozialdemokratische Partei gewonnen werden? Wir untersuchen diese Frage selbstredend nur in ihren großen Zügen; wir nehmen nur die scharf ausgeprägten Formen heraus; zur Berücksichtigung der Mittelstufen und gemischten Landbevölkerungen fehlt uns der Raum.

Fangen wir an mit dem Kleinbauer. Er ist nicht nur für Westeuropa im allgemeinen von allen Bauern der wichtigste. Sondern er liefert uns auch den für die ganze Frage kritischen Fall. Sind wir uns über unsre Stellung zum Kleinbauern klar, so haben wir alle Anhaltspunkte zur Bestimmung unsrer Haltung gegenüber den anderen Bestandteilen des Landvolkes.

Unter Kleinbauer verstehen wir hier den Eigentümer oder Pächter – namentlich den ersteren – eines Stückchens Land, nicht größer, als er mit seiner eignen Familie in der Regel bebauen kann, und nicht kleiner, als was die Familie ernährt. Dieser Kleinbauer, wie der kleine Handwerker, ist also ein Arbeiter, der sich vom modernen Proletarier dadurch unterscheidet, daß er noch im Besitz seiner Arbeitsmittel ist; also ein Überbleibsel einer vergangnen Produktionsweise . . . kurz, unser Kleinbauer ist wie jeder Überrest einer vergangnen Produktionsweise unrettbar dem Untergang verfallen. Er ist ein zukünftiger Proletarier.

Als solcher sollte er der sozialistischen Propaganda offene Ohren leihen. Daran aber verhindert ihn einstweilen noch sein eingefleischter Eigentumssinn. Je

schwerer ihm der Kampf wird um sein gefährdetes Fetzchen Land, mit desto gewaltsamerer Verzweiflung klammert er sich daran fest, um so mehr sieht er im Sozialdemokraten, der von Überweisung des Grundeigentums an die Gesamtheit spricht, einen ebenso gefährlichen Feind wie im Wucherer und Advokaten. Wie soll die Sozialdemokratie dies Vorurteil überwinden? Was kann sie dem untergehenden Kleinbauer bieten, ohne sich selbst untreu zu werden? . . .

Sagen wir es grade heraus: Bei den aus seiner ganzen ökonomischen Lage, seiner Erziehung, seiner isolierten Lebensweise entspringenden und durch die bürgerliche Presse und die Großgrundbesitzer genährten Vorurteilen können wir die Masse der Kleinbauern von heute auf morgen nur gewinnen, wenn wir ihnen etwas versprechen, wovon wir selbst wissen, daß wir es nicht halten können. Wir müssen ihnen eben versprechen, ihren Besitz nicht nur gegen alle anstürmenden ökonomischen Mächte unter allen Umständen zu schützen, sondern auch ihn von den ihn schon jetzt bedrückenden Lasten zu befreien: den Pächter in einen freien Eigentümer zu verwandeln, dem der Hypothek erliegenden Eigentümer seine Schulden zu bezahlen. Könnten wir das, so wären wir wieder da, von wo aus der heutige Zustand sich mit Notwendigkeit von neuem entwickelt. Wir hätten den Bauern nicht befreit, wir hätten ihm eine Galgenfrist verschafft.“

Also kann die Arbeiterklasse die Kleinbauern nicht gewinnen, es sei denn durch Betrug? Natürlich ist es nicht so, denn sonst könnten die Bauern in ihrer großen Mehrheit nicht Verbündete der Arbeiterklasse objektiv sein und subjektiv werden. Es gilt nicht, die Bauern „von heute auf morgen“ zu gewinnen. Die Gewinnung der Bauern ist ein langwieriger, komplizierter Prozeß. Darum erklärt Engels:

„Was ist denn unsre Stellung zur Kleinbauernschaft? Und wie werden wir mit ihr verfahren müssen am Tag, wo uns die Staatsmacht zufällt?

Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsrerseits zu beschleunigen.

Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsre Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck. Und da haben wir allerdings Mittel genug, um dem Kleinbauer Vorteile in Aussicht zu stellen, die ihm schon jetzt einleuchten müssen.“ – In großen Zügen entsprach dem auch die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik.

Und über die anderen Schichten innerhalb der Bauern stellt Engels fest: „Kommen wir nun zu den größten Bauern. Hier findet sich infolge hauptsächlich von Erbteilungen, aber auch von Verschuldung und Zwangsverkäufen

von Land, eine ganze Musterkarte von Zwischenstufen vom Parzellenbauer bis zum Großbauer, der seine volle alte Hufe und selbst darüber besitzt. Wo der Mittelbauer unter Parzellenbauern wohnt, wird er in seinen Interessen und Anschauungen sich von diesen nicht wesentlich unterscheiden; muß ihm doch die eigne Erfahrung sagen, wie viele seinesgleichen schon zu Kleinbauern herabgesunken sind. Wo aber Mittel- und Großbauern vorherrschen und der Wirtschaftsbetrieb allgemein die Hilfe von Knechten und Mägden erfordert, da steht die Sache ganz anders. Eine Arbeiterpartei hat natürlich in erster Linie für die Lohnarbeiter einzutreten, also für die Knechte, Mägde und Tagelöhner; es verbietet sich ihr damit von selbst, den Bauern irgendwelche Versprechungen zu machen, die die Fortdauer der Lohnknechtschaft der Arbeiter einschließen. Solange aber die Groß- und Mittelbauern als solche fortbestehen, solange können sie ohne Lohnarbeiter nicht auskommen. Ist es also von unsrer Seite eine einfache Torheit, den Parzellenbauern ihre dauernde Fortexistenz als Parzellenbauern in Aussicht zu stellen, so grenzte es schon direkt an Verrat, wollten wir den Groß- und Mittelbauern dasselbe versprechen.¹⁶ Frage: Hat sich an dieser Situation im Laufe der Geschichte des deutschen Imperialismus etwas Grundsätzliches geändert? Die Antwort lautet: Etwas Grundsätzliches hat sich bis etwa 1950 nicht geändert. Untersuchen wir zunächst die Entwicklung der Zahl der Betriebe und der Betriebsgrößen auf dem Gebiet der Bundesrepublik¹⁷:

Größe, Zahl und Fläche landwirtschaftlicher Betriebe

Fläche (L. N.) [ha]	Zahl der Betriebe			Betriebsfläche		Landwirtschaftliche Nutzfläche		Durchschnittsgröße je Betrieb					
	1907	1949	1959	[1000 ha]	1907	1949	[1060 ha]	1949	1959	1907	1949	1949	1959
2 bis unter 5	634	544	429	2765	2551	1807	1424	4,4	4,7	3,3	3,3		
5 " " 10	380	401	360	3567	4701	2840	2593	9,4	9,2	7,1	7,2		
10 " " 20	220	255	278	4318	4723	3525	3861	19,7	18,5	13,8	13,9		
20 " " 50	107	112	119	4528	4535	3245	3421	42,2	40,4	28,9	28,8		
50 " " 100	14	13	13	1317	1296	823	870	94,0	102,1	64,8	64,9		
100 und mehr	4	3	3	1060	1124	561	494	294,4	374,7	137,0	176,3		

Die Statistik ist außerordentlich interessant. Die Zahl der Kleinstbetriebe hat in Westdeutschland von 1907 bis 1949 etwas abgenommen – aber die vielfach auch noch kleinbäuerlichen Betriebe in einer Größe von 5 bis 10 Hektar haben zugenommen; ebenso die mittelbäuerlichen Betriebe von 10 bis 20 Hektar, während die großbäuerlichen Betriebe stagniert haben, mit einer schwachen Tendenz zur Zunahme.

¹⁶ Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. Berlin 1951, S. 3, 4, 5, 6, 7, 19, 20, 24.

¹⁷ Vgl. hierzu Deutsches Wirtschaftsinstitut, Bericht 18, 7. Jahrg., September 1956, S. 9; Statistisches Reichsamt, Berlin, Statistik des Deutschen Reichs 1907, Bd. 212, Teil 1; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955; Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, Drucksache 1600, Bonn 3. 2. 1960. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes („Grüner Bericht“ 1960).

Ganz anders war die Entwicklung von 1949 bis 1959. Die Zahl der Kleinstbetriebe sank in den zehn Jahren von 1949 bis 1959 um 21 Prozent – in den 42 Jahren von 1907 bis 1949 jedoch nur um 14 Prozent: *In den letzten 10 Jahren war die jährliche Rate des Abgangs von Kleinstbauern rund siebenmal so groß wie in den vorangehenden 40 Jahren!*

Vergleichen wir die entsprechende Entwicklung für ganz Deutschland, so finden wir zwischen 1907 und 1925 ebenfalls keine wesentlichen Änderungen. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe mit zwei und mehr Hektar entfielen auf die Betriebe mit 2 bis unter 10 Hektar 1907 27 Prozent, 1925 30 Prozent; die Zahl der Betriebe mit 2 bis unter 10 Hektar machte 1907 71 Prozent, 1925 72 Prozent aller Betriebe mit 2 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche aus. Als Engels schrieb, lauteten die entsprechenden Zahlen für das damalige Reich (1895): 24 und 70 Prozent.

Wie erklärten sich diese außerordentliche „Haltbarkeit“ des Kleinbauern in Deutschland bis 1949 und der dann so schnell folgende Ruin?

Die Entwicklung in Westdeutschland entspricht genau dem, was Engels erwartet hatte. Während die erwerbstätige Bevölkerung von 1949 bis 1959 um rund 20 Prozent zugenommen hat, ist die Zahl der Bauern um rund 5 Prozent gesunken und die Zahl der mithelfenden Angehörigen um rund ein Viertel zurückgegangen! Die Bauernfamilien sind nicht in erster Linie proletarisiert worden in dem Sinne, daß der Lebensstandard der Bauern immer elender wurde, sondern in einem ganz anderen Sinne: Ein immer größerer Teil der Mitglieder der Bauernfamilien wurde Proletarier, ging in die Industrie, um als Arbeiter dort Beschäftigung zu suchen. Gleichzeitig, und beide Vorgänge hängen auf das engste miteinander zusammen, stieg die Produktionsleistung pro Beschäftigten in der Landwirtschaft rapide an – ganz im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung im Kapitalismus schneller als in der Industrie (genau wie in den USA)! Die Basis für die rapide Steigerung der Produktionsleistung ist die eilige Mechanisierung des Arbeitsprozesses, die wiederum zu einer bedeutenden Schuldenaufnahme bei den Bauern führt. Allein die jährliche Schuldzinslast der Landwirtschaft ist nach der amtlichen Statistik von 185 Millionen Mark 1950/51 auf 595 Millionen Mark 1958/59 gegenüber 273 Millionen Mark im Durchschnitt der Jahre 1935/36 bis 1938/39 gestiegen!¹⁸

Und damit sind wir bei dem Punkt angelangt, den Lenin immer wieder hervorgehoben hat: die durch den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft hervorgerufene enorme Verschuldung der Bauern. Aber warum hat diese Verschuldung nicht spätestens in dem der Voraussage von Engels folgenden Vierteljahrhundert zu einer Ruinierung des Klein- und teilweise des Mittelbauerntums geführt? Und wenn nicht nach einem Viertel-, dann doch zumindest nach einem halben Jahrhundert?

Die Begründung dafür, die Begründung für die Rettung der Kleinbauern, ist zugleich eine furchtbare Anklage gegen den deutschen Kapitalismus im Sta-

¹⁸ Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. A. a. O., S. 169.

dium des Imperialismus. Das deutsche Volk ging zweimal im letzten Jahrhundert durch je zwei Jahrzehnte der Nahrungsmittelknappheit, der Preissteigerungen und Inflation, der Schwarzmarktpreise zugunsten der Landwirtschaft und zuungunsten der Werktätigen in den Städten. In diesen beiden Jahrzehnten – 1914 bis 1923 und 1939 bis 1948 –, in denen deutsche Bauernfamilien in zwei Weltkriegen Hunderttausende Söhne und Brüder und Väter verloren . . . da (gräßlich und barbarisch und zutiefst unmoralisch ist diese Gegenüberstellung, aber die Wirklichkeit macht sie) verloren die Bauern auch einen Großteil ihrer Schulden. Zwei Weltkriege, zwei Massenmorde, zwei Inflationen „retteten den deutschen Kleinbauern“ vor dem Untergang. So schreibt der Imperialismus deutsche Geschichte!

Aus solchen Gründen gelten vielfach im großen und ganzen noch heute die Worte, die Engels am Ende des 19. Jahrhunderts über den deutschen Bauern schrieb. Das Landleben ist zwar keineswegs mehr isoliert wie damals, aber immer noch etwas entfernt von der Stadt. Die politische Apathie, von der Engels spricht, ist immer noch stark verbreitet. Im ganzen und großen akzeptiert der Bauer in Westdeutschland auch heute noch den Großgrundbesitzer als Vorkämpfer der Interessen der Kleinbauern. Noch immer gilt es, den Kleinbauern, objektiv den engen Verbündeten der Arbeiterklasse, für die Arbeiterklasse subjektiv als Verbündeten zu gewinnen. Das einzige, was sich in stärkerem Maße geändert hat, und zwar seit 1950, ist folgendes: Wenn Engels sagt, der Kleinbauer ist „ein zukünftiger Proletarier“, so können wir hinzufügen: zahlreiche Familienangehörige, die früher in der Bauernwirtschaft mitarbeiteten, sind heute schon Proletarier (und natürlich auch Angestellte). Und damit wird, auch wo die geographische Isolierung der Bauern sich nicht sehr geändert hat, die soziologische Familienisolierung in zunehmendem Maße durchbrochen und die Verbindung zwischen Kleinbauern (sowie einem Teil der Mittelbauern) und Proletariat eine wesentlich engere.

Zu den großen Schichten des Kleinbürgertums gehörte im vormonopolistischen Kapitalismus das Handwerk. In seiner schon zitierten Schrift über die Bauern vergleicht Engels die Lage der Groß- und Mittelbauern mit der der Handwerker: „Wir haben hier wieder die Parallele mit den Handwerkern der Städte. Sie sind zwar schon mehr dem Ruin verfallen als die Bauern, aber es gibt doch auch noch welche, die neben Lehrlingen Gesellen beschäftigen, oder bei denen Lehrlinge Gesellenarbeit tun. Diejenigen dieser Handwerksmeister, die als solche sich verewigen wollen, mögen zu den Antisemiten gehn, bis sie sich überzeugt haben, daß ihnen auch dort nicht geholfen wird. Die übrigen, die die Unvermeidlichkeit des Untergangs ihrer Produktionsweise eingesehen, kommen zu uns, sind aber auch bereit, in der Zukunft das Schicksal zu teilen, das allen Arbeitern bevorsteht.“¹⁹

¹⁹ Engels, Friedrich, a. a. O., S. 24. – Unter Antisemiten versteht Engels hier die sozialdemagogischen Gründungen von A. Stöcker & Co.

Eine statistische Erfassung des Handwerks ist außerordentlich schwer. In den einleitenden Bemerkungen zu einer Untersuchung des Handwerks nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925 heißt es:

„Mangels einer genauen und dabei doch einfachen Abgrenzung des Begriffs ‚Handwerk‘ war es bisher nicht möglich, im Rahmen der großen Betriebszählungen einen klaren Gesamtüberblick über Umfang und Bedeutung des Handwerks innerhalb der gesamten Volkswirtschaft zu gewinnen. Die Übergänge zwischen Handwerk und Industrie sind flüchtig: der ‚gelernte‘ Handarbeiter, der neben dem Handwerksmeister als der wichtigste Träger und Repräsentant des Handwerksbetriebs angesehen zu werden pflegt, findet sich in großer Zahl auch in Fabrikbetrieben; umgekehrt dringt die Maschinenverwendung und mit ihr auch der ‚angelernte‘, ja auch der ‚ungelernte‘ Arbeiter in das Handwerk ein. Auch gegenüber dem Hausgewerbe ergeben sich keine festen Grenzen, da viele Meister teils auf eigene Rechnung, teils für fremde Arbeitgeber (Verleger, Fabrikanten) arbeiten. Da auch die von den Organisationen des Handwerks angestrebte verwaltungsmäßige Registrierung der Handwerksbetriebe, welche wenigstens einen äußeren Anhaltspunkt für eine gesonderte statistische Erfassung hätte bieten können, noch nicht besteht, mußte bei der letzten Betriebszählung ebenso wie bei den vorausgegangenen auf eine getrennte Erhebung des Handwerks verzichtet werden. Bei der Unmöglichkeit einer scharfen und einwandfreien Grenzziehung mußten wieder Handwerk und Industrie in einer einheitlichen Gewerbeabteilung (B) zusammengefaßt werden; nur das Hausgewerbe wurde, soweit dies nach den Angaben der Gewerbetreibenden möglich war, herausgehoben.

Den Umfang des Handwerks kann man aus der gewerblichen Betriebszählung 1925 jedoch wenigstens annäherungsweise mit Hilfe der Betriebsgrößengliederung feststellen, indem man die kleineren Betriebe (nach Abzug des Hausgewerbes) dem ‚Handwerk‘ und die größeren Betriebe der ‚Industrie‘ zuordnet. Die Grenze zwischen beiden Betriebskategorien kann man entweder bei den Betrieben mit 5 Personen, bei den Betrieben mit 10 Personen oder bei den Betrieben mit 50 Personen annehmen. Bei den Betrieben mit bis 5 Personen entfallen etwa 90 v. H. aller beschäftigten Personen auf die fünf Gewerbsgruppen, in denen das Handwerk die typische Betriebsform ist; bei den Betrieben mit 6 bis 10 Personen sind es noch 75 v. H. und bei den Betrieben mit 11 bis 50 Personen noch 60 v. H. Bei der Größenklasse der Betriebe mit 11 bis 50 Personen treten nichthandwerksmäßige Betriebe in so starkem Ausmaße auf, daß diese Gruppe als Ganzes nicht dem Handwerk zugerechnet werden kann. Die Grenze zwischen Handwerk und Industrie wird demnach am zweckmäßigsten bei den Betrieben mit 10 Personen gezogen.“²⁰

Um ganz sicher zu gehen, und da uns vor allem das ganz echte Handwerk interessiert, werden wir die Grenze bei Betrieben mit bis zu 5 Personen ziehen.

²⁰ „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamte, 8. Jahrg. 1928, Berlin 1928, S. 739.

Vergleichen wir zunächst die Entwicklung bis 1933, und gehen wir auch auf die Zeit zurück, in der Engels die Schlußfolgerungen, die wir zitierten, in der Wirklichkeit rapid bestätigt sah:

*Betriebe und Beschäftigte im Handwerk*²¹

Jahr	Betriebe		Beschäftigte	
	[Mill.]	[%]*	[Mill.]	[%]*
1875	2,30	97,5	3,23	60,1
1882	2,47	97,0	3,35	56,7
1895	2,25	93,5	3,17	39,8
1907	2,09	90,7	3,17	29,4
1925**	1,66	87,4	3,02	23,4
1933**	1,73	90,9	3,05	33,9

* Prozent aller in Industrie und Handwerk vorhandenen Betriebe beziehungsweise Beschäftigten

** Gegenüber dem vorangehenden kleineres Reichsgebiet

Für die Jahre 1933 und 1939 können wir nur die Betriebe mit 1 bis 10 Beschäftigten vergleichen:

*Betriebe und Beschäftigte im Handwerk*²²

Jahr	Betriebe		Beschäftigte	
	[Mill.]	[%]*	[Mill.]	[%]*
1933	1,82	95,8	3,72	41,4
1939**	1,64	92,7	3,71	25,4

* Vgl. entsprechende Fußnote in vorangehender Tabelle

** Gegenüber dem vorangehenden größeres Reichsgebiet

Für die Jahre 1939 und 1949 haben wir die Möglichkeit, zwei spezielle Handwerkszählungen zu vergleichen:

*Das Handwerk auf dem Gebiete der Bundesrepublik*²³

Jahr	Betriebe	Beschäftigte
1939	792079	2609524
1949	864428	3059932

²¹ Statistik des Deutschen Reichs. Bd. 466, Gewerbliche Betriebszählung. Berlin 1937, S. 190f.

²² Vgl. Fußnote 21 und Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944. München 1949.

²³ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 1952. Stuttgart 1952.

In diesen Zahlen sind sämtliche Handwerksbetriebe in der offiziellen Bezeichnung enthalten, also auch solche, die mehr als 25 Beschäftigte (insbesondere im Bauhandwerk und in der Metallverarbeitung) haben.

Die Entwicklung während der folgenden Jahre deuten diese Zahlen an:

*Betriebe und Beschäftigte im Handwerk²⁴
in 1000*

Jahr	Betriebe	Beschäftigte
Betriebe mit 1–4 Beschäftigten		
1949	705,3	1390,8
1956	561,1	1108,7
Betriebe mit 5–9 Beschäftigten		
1949	111,4	695,3
1956	124,1	784,8

Die „echtste“ Handwerksgruppe, Betriebe mit 1 bis 4 Beschäftigten, zeigt einen sehr starken Rückgang sowohl in der Zahl der Betriebe wie in der Zahl der Beschäftigten – anders in der Gruppe der Betriebe mit 5 bis 9 Beschäftigten, in denen sich auch andere als Handwerksbetriebe finden.

Als Engels 1894 schrieb, war der relative Schrumpfungsprozeß des Handwerks gerade in einen absoluten übergegangen. Zum ersten Male in der Geschichte des Kapitalismus war die Zahl der Handwerksbetriebe, war auch die Zahl der Beschäftigten absolut zurückgegangen, während die relative Verminderung der Bedeutung des Handwerks, die mit dem Beginn der Industriellen Revolution eingesetzt hatte, noch viel schneller als zuvor ihren Weg ging.

Seitdem, seit 1895, aber setzte sich der Prozeß des absoluten Rückgangs kaum fort. Die Zahlen der Betriebe und der Beschäftigten stagnierten mit gewissen Schwankungen bis 1925, während die Krise von 1929/32 dazu führte, daß zahlreiche arbeitslose Industriearbeiter „Handwerker“ wurden. Von 1933 bis 1939 wurde die Situation von 1925/29 „wiederhergestellt“. 1949 hatten die Verhältnisse wieder ähnliche Auswirkungen wie die Wirtschaftskrise von 1929/32²⁵. Seit 1949 beobachten wir einen schnellen Verfall des Handwerks –

²⁴ Handwerkszählung 1956, Heft 7, Textliche Auswertung der Ergebnisse. Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 203. Statistisches Bundesamt. Stuttgart und Mainz 1960, S. 18.

²⁵ *Weisser, G., Fasnacht, B.*, Cooperatives as an Aid to Small Business in Germany. Law and Contemporary Problems. Duke University, 1959, Bd. XXIV, Nr. 1, S. 209, schreiben dazu: „Viele von diesen inzwischen verschwundenen Handwerkern machten ihren Betrieb nach dem Krieg auf, obwohl sie nur über ungenügende Erfahrungen verfügten. Ein solcher Zufluß von selbständigen Gewerbetreibenden findet gewöhnlich in Nachkriegsjahren und in Zeiten von Wirtschaftskrisen statt. Wenn aber die Wiederherstellung der Wirtschaft die Bedingungen für die Vollbeschäftigung verbessert, dann geben viele Selbständige einem stabileren und regelmäßigeren Verdienst den Vorzug.“

genau wie der Bauernschaft. Genau wie Marx und Engels es vorausgesagt hatten?

Nein, nicht in dem Sinne – oder richtiger: auch in dem Sinne. Denn eine andere Art von Verfall hatte lange vorher eingesetzt. Ist der Anteil des Handwerks an der Gesamtbeschäftigung von Industrie und Handwerk seit 1895 um fast die Hälfte gesunken, so gilt das für den Anteil des Handwerks an der Produktion in noch viel größerem Maße. Nicht etwa vor allem deswegen, weil die Produktion pro Arbeiter in der Industrie schneller gestiegen ist als pro Handwerker im Handwerk, sondern vor allem deswegen, weil ein beachtlicher Teil der Handwerke mehr und mehr von der Produktion zur Reparatur übergegangen ist. Typisch für solche Handwerke ist zum Beispiel das der Schuhmacher im Gegensatz zum Beispiel zu dem der Bäcker und Fleischer. Hören wir dazu einen Bürgerlichen aus dem Jahre 1927:

„. . . Wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse in dem anderen Bekleidungs-gewerbe, im Schuhmacherhandwerk, wo von einem schätzungsweisen Gesamtbedarf von 75 Mill. Paar Lederschuhen im Jahr 90% durch die Industrie, d. h. 67 bis 68 Mill. Paar, hergestellt, 1 bis 2 Mill. durch Einfuhr und nur 4 bis 5 Mill. durch das selbständige Handwerk geliefert werden. Die Schuhreparatur liegt überwiegend in Händen des Handwerks. Die von Schuhwarengeschäften errichteten Reparaturanstalten haben wenig Bedeutung und bestehen z. T. auch nur in einer Annahmestelle, die die Arbeit an einen Handwerksbetrieb weitergibt.

Das Bäckerhandwerk befriedigt den Brotkonsum zu 80 bis 95%, in den Gegenden allerdings, wo Konsumvereine und Werkbäckereien von großem Einfluß sind, sinkt der Anteil auf 75%. In Weißgebäck ist die Konkurrenz geringer, so daß hier das Minimum 80 bis 95% ist, während teilweise sogar eine 100-prozentige Bedarfsdeckung durch das Handwerk eintritt.

Ebenso groß ist der Anteil des Fleischerhandwerks am Gesamtfleischumsatz. Im Reichsdurchschnitt betrug der Anteil für das Handwerk i. J. 1907 von einem Umsatzwert von 3,6 Md. M. etwa 98%, i. J. 1925 von 4,42 Md. M. etwa 96%. Örtlich treten allerdings hier auch Verschiebungen ein, je nachdem Schlächtereien von Konsumvereinen und Werkschlächtereien einen Einfluß ausüben.“²⁶

Ein sowjetischer Forscher bemerkt zu dieser Problematik:

„In den Arbeiten bürgerlicher Autoren stößt man des öfteren auf die Ansicht, daß der Elektromotor und die transportable Maschine das Handwerk auf neuer technischer Grundlage wiederbelebt und den Bedingungen der modernen Produktion angepaßt hätten. Wenn dem so wäre, dann würde die Verdrängung der Kleinproduktion nicht weiter fortschreiten, die Produktion der Kleinbetriebe ansteigen und ihre Konkurrenzfähigkeit sich erhöhen. In Wirklichkeit ist es aber gerade umgekehrt. In den USA wie auch in den anderen hochentwickelten Ländern hat die Großindustrie das Handwerk aus den meisten

²⁶ Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. Hrsg. von *Harms, B.*, Berlin 1928, Bd. 2, S. 25.

Zweigen fast völlig verdrängt. Solche früher weit verbreiteten Gewerbebezüge wie Schuhmachergewerbe, Gerberei, Kürschnerei, Hutmacherei usw. sind fast ausnahmslos verschwunden. Vom Kunstgewerbe ist nur wenig übriggeblieben. Die Produktion von Glas und keramischen Erzeugnissen, die Teppich- und Tapetenherstellung, der polygraphische Produktionszweig und viele andere sind seit langem eng mit der maschinellen Großindustrie verbunden. Im Kunstgewerbe gibt es heutigentags nur noch einzelne Spezialisten (Juweliere und einige andere Kunsthandwerker).

Die überwiegende Mehrheit der Handwerker ging von der Herstellung handwerklicher Erzeugnisse zur Reparatur und Instandhaltung fabrikmäßig gefertigter Erzeugnisse über. Dazu gehören die Schuhmacher, Uhrmacher, Mechaniker, Schlosser, Schmiede, Klempner usw. Eine mehr oder minder gewichtige Ausnahme bilden die Damen- und Herrenschneider und einige Kategorien von selbständigen Handwerkern, die im Bauwesen tätig sind, wie beispielsweise Putzer, Maler und Anstreicher, Elektromonteur, Installateure und andere. Aber auch im Schneiderwesen vollzieht sich eine weitere Verdrängung der Kleinproduzenten.

Von Bedeutung ist aber weniger die abnehmende Zahl der Kleinbetriebe als vielmehr der fallende Anteil an der gesamten Industrieproduktion. Im Jahre 1955 betrug der Produktionswert von 561 000 westdeutschen Kleinbetrieben (Handwerksbetriebe bis zu 4 Beschäftigte) 5,5 Prozent der gesamten in der Industrie, im Bauhauptgewerbe und Handwerk erzeugten Produktion²⁷ . . .

Die in Kleinbetrieben zur Anwendung kommenden verbesserten Werkzeuge, Anlagen, einzelnen Maschinen und die Elektroenergie konnten also den Prozeß der weiteren Verdrängung der Kleinproduktion nicht aufhalten. Genau das Gegenteil ist der Fall: Der technische Fortschritt ist der entscheidende Faktor bei der Verdrängung der Kleinbetriebe, die der Konkurrenz der kapitalistischen Großbetriebe nicht standhalten können, da letztere über unvergleichlich größere Möglichkeiten sowohl für den Erwerb von Maschinen als auch für deren effektivere Ausnutzung verfügen.²⁸

Im Gegensatz zur Landwirtschaft, in der die Jahrzehnte 1914/23 und 1939/48 aus schon genannten Gründen den Prozeß der Vernichtung der Kleinbauern aufgehalten haben, ist der produzierende Handwerker zu einem sehr wesentlichen Teile vernichtet worden. Ich halte es für durchaus wahrscheinlich, daß trotz starker Bevölkerungssteigerung die Zahl der produzierenden Handwerker auf dem Gebiet der Bundesrepublik heute um zwei Drittel niedriger ist als zur Zeit, in der Engels seine zitierte Arbeit schrieb.

²⁷ Errechnet nach: Wellmanns, H., Das deutsche Handwerk im Gemeinsamen Markt. Bonn 1960, S. 191; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958. S. 174, 214, 223.

²⁸ Nadel, S., Der heutige Kapitalismus und das Kleinbürgertum. In: „Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen“. Moskau 1960, Heft 12 – zitiert nach Übersetzung in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“, Jahrg. 1961, Berlin 1961, H. 5, S. 502f.

Dazu kommt, daß ein weiterer Teil des Handwerks sich mit Dienstleistungsarbeiten beschäftigt. Verbunden und getrennt existieren Schneiderwerkstätten, in denen Anzüge gemacht werden, Werkstätten, in denen Anzüge repariert oder gar nur gesäubert und gepreßt werden. Verbunden und getrennt finden wir Autoreparatur- und Tankstellen.

Das heißt, die Rolle der Handwerker hat sich in der Gesellschaft geändert. Aus den produzierenden Handwerkern des 19. Jahrhunderts, die auch Reparaturen durchführten, sind solche geworden, die wie zuvor vornehmlich produzieren, solche, die vorwiegend oder gar nur noch reparieren, und solche, die sich in der einen oder anderen Tätigkeit nur noch halten, indem sie zusätzlich Dienstleistungen durchführen.

Aber die Handwerker sind weder ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln nach noch ideologisch Proletarier geworden. Sie haben sich – in einer steigenden Bevölkerung – zahlenmäßig etwa gehalten, benutzen ihre ihnen als Eigentum gehörenden Arbeitswerkzeuge zum beachtlichen Teil für Reparaturzwecke sowie Dienstleistungen und stehen ideologisch im Kleinbürgertum.

Betrachten wir die Handwerkerfamilien, dann finden wir, daß nicht wenige Familienmitglieder Proletarier werden. Die größere Zahl der Familienmitglieder, die nicht im Handwerk verbleiben, insbesondere die Frauen, gehen jedoch in andere kleinbürgerliche Berufe. Etwas übertreibend, aber nicht die Haupttendenz verzerrend, schreibt Nadel: „Die aus der Industrie verdrängten Kleinproduzenten wandten sich dem Handel und dem Dienstleistungsgewerbe im privaten Interesse zu. Die bürgerlichen Ökonomen, die sich auf die zunehmende Anzahl von Läden, gastronomischen Einrichtungen, Friseur- und Kosmetiksalons usw. berufen, lassen sich des langen und breiten über die ‚Lebensfähigkeit‘ der Kleinproduktion aus. Die Verdrängung der Kleinbetriebe aus der Sphäre der materiellen Produktion und ihre Verlagerung in die Zirkulations- und Distributionssphäre zeugt jedoch nicht von der ‚Lebensfähigkeit‘ der Kleinproduktion, sondern von ihrer Zersetzung und Auflösung. Dazu kommt, daß trotz einer gewissen Zunahme der Kleinbetriebe in der Zirkulations- und Distributionssphäre ihre ökonomische Bedeutung in diesen Bereichen ständig geringer wird.“²⁹

Das heißt, in der Periode des Imperialismus blieb das Handwerk, wie das Kleinbauerntum, bis etwa 1950 absolut erhalten, wobei das Handwerk jedoch – im Gegensatz zum Kleinbauerntum – zum Teil einen sehr wichtigen Wandlungsprozeß vom produzierenden zum reparierenden Handwerk durchmachte. –

Wieder recht anders war die Entwicklung der Kleinbourgeoisie im Handel. Zunächst einmal ist sie von der Bourgeoisie nicht so getrennt, wie es im allgemeinen beim Handwerk der Fall ist. Während man ganz allgemein und grob gliedert sagen kann: Handwerksmeister gleich Kleinbourgeoisie – Industrielle gleich Bourgeoisie . . . kann man nicht ebenso allgemein grob gliedern

²⁹ Ebenda, S. 503.

zum Beispiel Kleinhandel gleich Kleinbourgeoisie, Großhandel gleich Bourgeoisie. Ganz, ganz grob konnte man vielleicht (!) im vormonopolistischen Kapitalismus solche Behauptung als Arbeitshypothese aufstellen. Im Stadium des Imperialismus mit der Entwicklung der Warenhäuser und Filialgeschäfte ist auch das natürlich unmöglich. Was den Großhandel betrifft, so kann man vielleicht sagen, daß von den Geschäftsbesitzern die Mehrheit der Bourgeoisie angehört – was den Kleinhandel betrifft, so wird ein steigender Teil des Umsatzes unter bourgeoiser Geschäftsleitung getätigt, während die Zahl der im Kleinhandel als Betriebsinhaber Fungierenden im überwältigenden Prozentsatz kleinbourgeois ist und im Gegensatz zur Zahl der Bauern und Handwerker auch ständig absolut bedeutend zunimmt.

Wir besitzen keine zuverlässigen Angaben über die Größe der wichtigen Schicht der kleinen Ladenbesitzer. Untersuchen wir die Betriebe mit bis zu 5 „Erwerbspersonen“ im Handel insgesamt, dann zeigt sich folgende Entwicklung:

*Betriebe und Beschäftigte im Handel*³⁰

Jahr	Betriebe		Beschäftigte	
	[Mill.]	[%]*	[Mill.]	[%]*
1875	0,48	98,8	0,52	86,9
1882	0,53	98,2	0,60	83,0
1895	0,67	96,2	0,86	74,1
1907	0,93	95,5	1,18	66,2
1925**	0,88	92,9	1,51	59,2
1933**	0,93	94,3	1,64	64,3

* Prozent aller im Handel vorhandenen Betriebe beziehungsweise Beschäftigten

** Gegenüber dem vorangehenden kleineres Reichsgebiet

Die Zahl der im Handel in Kleinbetrieben Beschäftigten stieg um beträchtlich mehr als das Dreifache in der hier betrachteten Zeit (1925 und 1933 kleineres Reichsgebiet!), wobei allerdings die Zahl für 1933 insofern krisenbedingt ist, als zahlreiche arbeitslos gewordene Arbeiter und Angestellte versuchten, mit irgendwelch kleinem Handel sich über Wasser zu halten. Diese Entwicklung wurde in der Folgezeit mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wieder abgelenkt: Im Handel gab es insgesamt Betriebe und Beschäftigte³¹:

Jahr	Betriebe	Beschäftigte
1925	787 942	1 746 771
1933	850 392	1 951 079
1939	689 422	1 933 047

³⁰ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 466, a. a. O.

³¹ „Wirtschaft und Statistik“, 22. Jahrg. 1942, a. a. O., S. 271.

An diesem Rückgang waren fast ausschließlich die Kleinbetriebe beteiligt: Die Gesamtzahl der Betriebe lag 1939 um 12,5 Prozent niedriger als 1925, die Gesamtzahl der Beschäftigten aber lag um 11 Prozent höher!

In der Bundesrepublik stieg der Umfang des Kleinhandels weiter an. Die Zahl der Betriebe betrug auf vergleichbarem Gebiet 1939 395 855 und 1950 467 216, eine enorme Ausdehnung, ganz offenbar auch der Kleinstbetriebe, zumal die Zahl der Beschäftigten sich nur von 1,10 auf 1,27 Millionen erhöhte. Seit 1950 nahmen die Beschäftigung im Handel, im Kleinhandel und auch die Zahl der kleinen Ladenbesitzer im Bundesgebiet weiter zu.

Im Gegensatz zu Bauern und Handwerk handelt es sich hier, bei den kleinen Ladenbesitzern, also um eine gegenüber dem 19. Jahrhundert *bedeutend wachsende, aber unter keinen Umständen ökonomisch aufsteigende Schicht der Kleinbourgeoisie*. Da sie nicht aufsteigt, da sie ebenso wie Handwerk und Kleinbauern ständig gegen die „Großen“ um ihre Existenz ringen muß, da sie einkommensmäßig ebenso wie Handwerk und Kleinbauern fast laufend eine äußerst prekäre Existenz hat, auf niedrigem ökonomischem Niveau lebt, so stehen sich ideologisch alle drei Schichten als „Selbständige“ sehr nahe. Da sie zugleich starke Wurzeln in der vormonopolistischen Vergangenheit haben – nicht nur Bauern und Handwerker, sondern auch kleine Ladenbesitzer –, und da ihre gesellschaftliche Bedeutung, trotz der beachtlichen Steigerung in der Zahl der kleinen Ladenbesitzer, gemeinsam gefallen ist, sie also auch gemeinsam auf „eine bessere Vergangenheit“ zurückblicken, da sie ihre stete Annäherung an das ökonomische Lebensniveau des Proletariats ebenso wie ihre ideologische Absperrung vom Proletariat, insbesondere auf Grund ihres Eigentumsbewußtseins³², ihres „Selbständigkeitsbewußtseins“ und ihres Bewußtseins, andere in Abhängigkeit von sich zu wissen – vielleicht einen Knecht oder einen Gesellen und ein oder zwei Lehrlinge, vielleicht ein Lehrlingmädchen – zusammenhält, so kann man diese drei Schichten vielleicht zusammenfassen zu dem, was man das „alte Kleinbürgertum“ nennen könnte. Dabei muß man aber im Auge behalten:

daß das „alte“ Handwerk als produzierendes seit dem Beginn des Stadiums des Imperialismus mehr und mehr verschwindet und durch ein reparierendes und dienstleistendes Handwerk ersetzt wird,

daß das „alte“ Kleinbauerntum, das mit seinen Familienmitgliedern sich kaum noch existent hält, seit dem zweiten Weltkrieg mehr und mehr verschwindet und durch einen durch Käufe von mechanischen Geräten verschuldeten, ohne, beziehungsweise mit weniger Familienmitgliedern arbeitenden Kleinbauern ersetzt wird,

daß der „alte“ kleine Ladenbesitzer, der sich kümmerlich, aber ohne viel Konkurrenz von seiten eines Großkapitals im Kleinhandel, durchs Leben schlug, seit dem Beginn des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus, mehr und mehr

³² In kleinen und Mittelstädten sind nicht wenige Handwerker und Ladenbesitzer auch Hausbesitzer!

ersetzt wird durch den kleinen Ladenbesitzer, der ständig der schärfsten Konkurrenz durch Warenhäuser, Filialgeschäfte usw. ausgesetzt ist.

*

Die bürgerliche soziologische Literatur ist voll von Betrachtungen über einen „neuen Mittelstand“, den sie einem „alten Mittelstand“ gegenüberstellt. Die Formulierung „Mittelstand“ soll, wohl in Anlehnung an den englischen Ausdruck „middle class(es)“, einen „Stand“ ausdrücken, der zwischen der „Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie“ und der großen Masse der Werktätigen oder zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse (verschieden bei verschiedenen Autoren) steht.

Engels spricht von einer „Mittelklasse“ im Vorwort von 1845 zur „Lage der arbeitenden Klasse in England“ so: „Ich verfuhr dabei so: Ich verzichtete auf die Gesellschaft und die Bankette, den Portwein und den Champagner der Mittelklasse und widmete meine Freistunden fast ausschließlich dem Verkehr mit einfachen Arbeitern; ich bin froh und stolz zugleich, so gehandelt zu haben. Froh, weil ich mir auf diese Weise manche frohe Stunde verschaffte, während ich gleichzeitig euer wirkliches Leben kennenlernte – manche Stunde, die sonst vertan worden wäre in konventionellem Geschwätz und langweiliger Etikette; stolz, weil mir dies Gelegenheit gab, einer unterdrückten und verleumdeten Klasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, der bei allen ihren Fehlern und unter allen Nachteilen ihrer Lage höchstens eine englische Krämerseele die Achtung versagen wird; stolz auch, weil ich auf diese Weise in die Lage versetzt wurde, das englische Volk zu bewahren vor der wachsenden Verachtung, die auf dem Festland die unvermeidliche Konsequenz der brutal-eigennütigen Politik und überhaupt des Auftretens eurer herrschenden Mittelklasse gewesen ist.“ Hier wird, genau wie es dem englischen middle class entspricht, unter Mittelklasse die Bourgeoisie verstanden – mittel, da sie zwischen der Landaristokratie und den großen Massen der Werktätigen steht.

Auch im letzten, nicht vollendeten Kapitel des „Kapital“ spricht Marx in diesem Sinne von drei Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft: „Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital, und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommenquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft.“

Jedoch verwendet Engels wenige Seiten nach dem zitierten Vorwort in der Einleitung seines Buches über die Lage der arbeitenden Klasse in England den Begriff so: „So entstanden die großen Fabrik- und Handelsstädte des britischen Reichs, in denen mindestens drei Viertel der Bevölkerung der Arbeiterklasse angehören und die kleine Bourgeoisie nur aus Krämern und sehr, sehr wenigen Handwerkern besteht. Denn wie die neue Industrie erst dadurch bedeutend wurde, daß sie die Werkzeuge in Maschinen, die Werk-

stätten in Fabriken – und dadurch die arbeitende Mittelklasse in arbeitendes Proletariat, die bisherigen Großhändler in Fabrikanten verwandelte; wie also schon hier die kleine Mittelklasse verdrängt und die Bevölkerung auf den Gegensatz von Arbeitern und Kapitalisten reduziert wurde, so geschah daselbe außer dem Gebiet der Industrie im engern Sinne, in den Handwerken und selbst im Handel.“³³ Hier ist von der „arbeitenden Mittelklasse“ die Rede, und damit sind die Handwerker und Krämer, also die Kleinbourgeoisie, gemeint, weshalb auch Engels von „kleiner Mittelklasse“ (englisch: lower middle class) spricht. Im „Anti-Dühring“ jedoch benutzt Engels den Ausdruck Mittelstand und wendet diesen nur noch auf die Kleinbourgeoisie an: „Der schläfrige Entwicklungsgang der Manufakturzeit verwandelte sich in eine wahre Sturm- und Drangperiode der Produktion. Mit stets wachsender Schnelligkeit vollzog sich die Scheidung der Gesellschaft in große Kapitalisten und besitzlose Proletarier, zwischen denen, statt des frühern stabilen Mittelstandes, jetzt eine unstete Masse von Handwerkern und Kleinhändlern eine schwankende Existenz führte, der fluktuierendste Teil der Bevölkerung.“³⁴ Nur in diesem Sinne sollte man auch heute diesen Ausdruck gebrauchen.

Über den „neuen Mittelstand“ als soziologischen Begriff schreibt ein westdeutscher Soziologe, uns zugleich einen Überblick über verschiedene typische bürgerliche Gedankengänge vermittelnd, so:

„Die schlagendste Widerlegung des Zweiklassenmodells sahen und sehen viele Soziologen in der Entstehung einer Zwischenschicht, die weder aus Kapitalisten noch aus Proletariern, weder aus Unternehmern noch aus Arbeitern besteht und unter dem Namen ‚neuer Mittelstand‘ seit E. Lederer und J. Marschak³⁵ Gegenstand einer ständig wachsenden Zahl von Untersuchungen geworden ist. Die jüngsten Ergebnisse dieser Untersuchungen sind aus den Werken von C. Wright Mills³⁶ für die USA, R. Lewis und A. Maude³⁷ für England, F. Croner³⁸ für den europäischen Kontinent, insbesondere für Schweden, sowie aus Th. Geigers noch immer wichtigem Werk³⁹ ersichtlich. Auch diese so wichtige Wandlungserscheinung der industriellen Gesellschaft der letzten hundert Jahre soll hier nur in ihren Umrissen skizziert und unter dem besonderen Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenkonfliktes und seiner Träger erörtert werden.

Es liegt eine merkwürdige Ironie der Geschichte in der Tatsache, daß die Industrie, von der Marx glaubte, daß sie alle anderen Klassen auflösen und in ihren Zwiespalt von Bourgeoisie und Proletariat aufsaugen würde, tatsäch-

³³ Engels, Friedrich, a. a. O., Berlin 1952, S. 7f. und 47f.

³⁴ Engels, Friedrich, a. a. O., Berlin 1948, S. 321.

³⁵ Lederer, E., und Marschak, J., Der neue Mittelstand. Grundriß der Sozialökonomik, Tübingen 1926, IX. Abt., I. Teil.

³⁶ Mills, C. W., White Collar. The American Middle Classes. New York 1951.

³⁷ Lewis, R., und Maude, A., The English Middle Classes. London 1949.

³⁸ Croner, F., Die Angestellten in der modernen Gesellschaft. Frankfurt a. M. und Wien 1954.

³⁹ Geiger, Th., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932.

lich zum Ausgangspunkt einer neuen, dem Produktionsverhältnis nach durchaus nicht eindeutig festzulegenden Kategorie geworden ist. Denn mit der Entstehung industrieller Großbetriebe und der Rationalisierung ihrer Organisation entstand ein steigender Bedarf für Bürokräfte, die mit mehr oder minder untergeordneten Planungs-, Buchführungs-, Ein- und Verkaufs- und Kontrollaufgaben betraut wurden. Die Entwicklung war spektakulär. Lag im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts der Anteil der Angestellten im Verhältnis zu den Produktionsarbeitern in den Industrien der entwickelten Länder noch z. T. erheblich unter 10%, so war das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern in der Mitte der dreißiger Jahre sogar auf über 20% angestiegen . . .

Das zahlenmäßige Wachstum der Angestellten blieb nicht auf die Industrie beschränkt. Im Handel, Transportwesen, Bank- und Versicherungswesen und vor allem in der staatlichen Verwaltung nahm die Zahl der Angestellten und Beamten ähnlich rapide zu. Während z. B. in den Vereinigten Staaten die Zahl der Bundesbeamten auf je 1000 Einwohner zwischen 1851 und 1901 nur von 1,5 auf 3,4 gestiegen war, stieg sie zwischen 1901 und 1951 von 3,4 auf 16,4. Vom Standpunkt der Bürokratisierung sind in der Tat die ‚Tertiärindustrien‘ (Handel, Transport, Post usw.) am weitesten fortgeschritten: Ein Drittel aller in ihnen Beschäftigten bestand 1950 in der Bundesrepublik Deutschland aus Angestellten. Zwei Drittel aller Angestellten arbeiten in Tertiärindustrien. Das Wachstumsbild des gesamten ‚neuen Mittelstandes‘ im Verhältnis zur beschäftigten Bevölkerung der entwickelten Industrieländer entspricht etwa dem der Industrieangestellten zu den Arbeitern. In Deutschland waren 1882 7,3% aller Erwerbstätigen Angestellte und Beamte, 1895 waren es 10,8%, 1907 13,2%, 1933, 17,1% und 1950 19,7%. Daß hier ein bezeichnender sozialer Strukturwandel vorliegt, kann kaum bezweifelt werden.

Der Name ‚Mittelstand‘ (oder ‚Mittelklasse‘: ‚classe moyenne‘, ‚middle class‘), den diese Kategorie vom ‚alten Mittelstand‘ der Kleingewerbetreibenden und Handwerker übernahm, hat auf den ersten Blick manches Bestechende. In mehr als einer Hinsicht scheinen die Angestellten in der Tat eine Position des ‚teils – teils‘ oder auch des ‚halb und halb‘ zwischen der herrschenden und der unteren Klasse, der ‚Bourgeoisie‘ und dem ‚Proletariat‘ einzunehmen. So kann M. Crozier als Arbeitshypothese einer Untersuchung in Frankreich formulieren: ‚Die Situation des Angestellten ist eine Situation, die die Identifikation mit der Welt der herrschenden Klasse ermöglicht und erhebliche Resultate verspricht, wenn diese gelingt. Aber zugleich ist sie eine Arbeitersituation, die an der Mehrzahl der Beschränkungen leidet, denen auch die übrigen Arbeiter sowohl hinsichtlich ihres Einkommens als auch des Fehlens von Autonomie und der Unterordnung unterworfen sind‘⁴⁰. Zwischen ‚Oben‘ und ‚Unten‘ liegt nach allen bisherigen Untersuchungen das Berufsprestige der Angestellten und Beamten; zwischen ‚Oben‘ und ‚Unten‘ sehen sie selbst

⁴⁰ Crozier, M., *Le rôle des employés et des petits fonctionnaires dans la structure sociale française contemporaine*. Transactions of the Third World Congress of Sociology. Bd. III, London 1956, S. 311f.

ihren Platz. Sogar politisch sind sie eine gespaltene Schicht, wenschon J. Bonham für England gezeigt hat, daß zwei Drittel des ‚neuen Mittelstandes‘ konservativ und nur etwa ein Drittel sozialistisch (Labour Party) wählen⁴¹. Eine ähnlich gespaltene Wahlentscheidung wies von der Heydte für die deutschen Beamten und Angestellten bei den Wahlen seit dem letzten Kriege nach⁴². Hier allerdings tauchen die Fragen auf, ob der ‚neue Mittelstand‘ durch seine Mittellage wirklich zureichend beschrieben ist, warum er politisch nicht als einheitliche Gruppe (oder Klasse) in Erscheinung getreten ist und in welchem Sinn seine Entstehung den Klassenkonflikten der industriellen Gesellschaft ein neues Gesicht gegeben hat . . .

Begnügt man sich nicht mit der Feststellung, daß in den Angestellten und Beamten eine neue, zwischen den alten vermittelnde oder auch diese überwindende Schicht entstanden ist, so bleiben zwei Möglichkeiten der Bestimmung ihres Platzes. Die eine geht aus von der Tatsache, daß die Bürokratie wie das Proletariat ‚eigentumslos‘ ist, daß ihre Mitglieder in abhängiger Position sind, oft wenig verdienen und allgemein keineswegs als Träger einer Oberschicht angesprochen werden können. Nach dieser Auffassung . . . stellt die Entstehung des ‚neuen Mittelstandes‘ im wesentlichen einen Prozeß der Erweiterung der Arbeiterschaft um eine bloß äußerlich von ihr unterschiedene Kategorie dar. Im Gegensatz dazu entwickelt Croner⁴³ – ähnlich auch Bendix⁴⁴ und Renner⁴⁵ – eine ‚Delegationstheorie‘, nach der die bürokratischen Rollen sich aus den Unternehmerrollen herausdifferenziert haben. ‚Die Erklärung für die soziale Sonderstellung der Angestellten ist in dem Faktum zu finden, daß ihre Arbeitsaufgaben einmal Unternehmeraufgaben gewesen sind‘⁴⁶. Hier geht es uns noch nicht um die Erörterung analytischer Theorien. Ihre Erwähnung soll uns helfen, genau zu bestimmen, ob und inwiefern die Entstehung der Bürokratie ein neues Element in die industrielle Klassengesellschaft gebracht und die Hypothesen von Marx widerlegt hat.

Fragen wir uns zunächst: Wer gehört denn zu dieser neuen Kategorie von Bürokraten und Angestellten? Ihre Abgrenzung ist, wie zuletzt Croner eindrucksvoll gezeigt hat, nicht leicht. In der Vertikalen umfaßt sie im Grunde den angestellten Manager eines Großunternehmens wie den Postboten, den Staatssekretär wie seine Sekretärin, den Bundesrichter wie den Werkmeister. In der Horizontalen reicht sie vom Staatsbeamten bis zum Industrieangestellten, vom Angestellten des Einzelhandels bis zum Bankbeamten. Ist es sinnvoll anzunehmen, daß all diese Unterkategorien strukturell dieselbe Bedeutung haben?

⁴¹ Bonham, J., *The Middle Class Vote*. London 1954.

⁴² von der Heydte, F. A., und Sacherl, K., *Soziologie der deutschen Parteien*. München 1955, S. 259, 266.

⁴³ Croner, F., a. a. O.

⁴⁴ Bendix, R., *Work and Authority in Industry. Ideologies of Management in the Course of Industrialization*. New York und London 1956, Kap. IV.

⁴⁵ Renner, K., *Wandlungen der modernen Gesellschaft. Zwei Abhandlungen über die Probleme der Nachkriegszeit*. Wien 1953.

⁴⁶ Croner, F., a. a. O., S. 36.

Das wird zu zeigen sein. Jedenfalls sind hier offenkundig Unterscheidungen nötig. Aber nach welchen Kriterien und wie viele? Die meisten Soziologen erklären hier nur die Unmöglichkeit einer Einteilung und überlassen eine solche den statistischen Ämtern⁴⁷. Diese wiederum folgen ihren eigenen Erfordernissen unbekümmert um die soziologische Relevanz ihrer Klassifizierungen. Immerhin ist es möglich – und auch von Geiger⁴⁸, Mills⁴⁹, Renner⁵⁰ und anderen versucht worden –, ohne Anspruch auf systematische Vollkommenheit und auch ohne vorausgesetzte soziologische Bedeutung einige Hauptgruppen der großen Kategorie von Bürokraten- und Angestelltenberufen zu unterscheiden und damit diese Kategorie analytisch manipulierbar zu machen.⁵¹

Das Zitat zeigt das große Interesse, das die bürgerliche Soziologie der Problematik des „neuen Mittelstandes“ der Angestellten widmet – und mit Recht! Handelt es sich doch hier nicht nur wegen der soziologischen „Zwischenstellung“ des „neuen Mittelstandes“, wegen seiner Schwankungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern vor allem wegen seiner eigenartigen Zusammensetzung um ein Hauptreservoir der Bourgeoisie bzw. noch enger, des Monopolkapitals, für seine Politik. Ob das Monopolkapital bürgerlich-demokratisch oder bürgerlich-diktatorisch regieren will: Es ist auf diesen „neuen Mittelstand“ als „Massenreservoir“ angewiesen. So war es im Deutschland der Weimarer Republik, so war es im faschistischen Deutschland, und so ist es in der Bundesrepublik. *Das Problem des „neuen Mittelstandes“ hat also eine eminente politische Bedeutung!*

Eine ganze Reihe dieser Soziologen meinen, daß es sich bei diesem „neuen Mittelstand“ um eine keineswegs „einheitliche Schicht“ handelt.

In der Tat muß man sagen, daß dieser von ihnen konstruierte „neue Mittelstand“ sich in zwei Schichten, vielleicht sogar in drei Schichten gliedert.

Die eine Schicht ist die Spitze der Angestellten, einschließlich Betriebsdirektoren, Syndici usw., die zweifellos ideologisch und ihrer Lebensweise nach zur Bourgeoisie rechnet und keineswegs sehr klein ist. Sie wird in Westdeutschland heute mehrere Hunderttausend, einschl. der oberen Beamten, höheren Offiziere, Universitätsprofessoren, oberen angestellten bzw. beamteten Ärzte usw., umfassen. Sie stellt in der Tat heute den größeren Teil der Bourgeoisie (im breitesten, soeben erklärten Sinne) und wird, einschließlich ihrer Familienmitglieder, rund eine Million Menschen umfassen. Dabei haben wir zu ihr, soweit beamtet oder angestellt, einen Großteil der Intelligenz gerechnet, die

⁴⁷ Croners sogenannte ‚Funktionstheorie‘ (a. a. O., S. 29 ff.), nach der die Angestellten durch vier ‚Arbeitgeberfunktionen‘ – die ‚arbeitsleitende‘, die ‚konstruktive‘, die ‚verwaltende‘ und die ‚merkantile‘ Funktion – gekennzeichnet sind, ist ein Ansatz, beweist aber in dieser Form das Gegenteil von dem, was Croner mit ihr beweisen will: Sie legt Zeugnis ab von der Uneinheitlichkeit, nicht der Geschlossenheit der Angestelltenschaft.

⁴⁸ Geiger, Th., a. a. O.

⁴⁹ Mills, C. W., a. a. O.

⁵⁰ Renner, K., a. a. O.

⁵¹ Dahrendorf, R., a. a. O., S. 49 ff.

man aus Gründen, die noch mitzuteilen sind, unter Umständen, als eine besondere Schicht betrachten könnte.

Von dieser bourgeoisen Schicht der Angestellten und Beamten sind scharf zu trennen – aber bei voller Berücksichtigung der Tatsache, daß es zwischen ihnen nicht nur keine Chinesische Mauer, sondern eine ständig sich von oben und unten erneuernde Übergangsschicht gibt – die Millionen Angestellten und Beamten, die wirklich „neuer Mittelstand“ – Mittelstand im Sinne von Engels (Anti-Dühring) – sind, das heißt zur Kleinbourgeoisie zu rechnen sind.

Diesen „neuen Mittelstand“ gab es noch nicht zur Zeit, als Marx die kapitalistische Gesellschaft analysierte, auch noch kaum, als Engels seine letzten Arbeiten schrieb. Bourgeoise Soziologen, die weder die Vergangenheit verstehen, noch die Gegenwart begreifen, noch die Zukunft ahnen, stellen mit Genugtuung fest, daß hier, mit dem „neuen Mittelstand“, eine Entwicklung eingetreten ist, die Marx und Engels nicht vorausgesehen haben. Aber während diese bourgeoisen Soziologen leicht feststellen konnten, daß bei Marx und Engels weder eine Analyse des Imperialismus des 20. Jahrhunderts gegeben wird noch des mit ihm aufkommenden „neuen Mittelstandes“, ist es ihnen gleichzeitig „entgangen“, daß diese Analyse sofort begonnen wurde, als diese Erscheinungen auftauchten. Wir Marxisten brauchten nicht auf Lederer und Marschak (1926) zu warten, um auf den „neuen Mittelstand“ aufmerksam zu werden. Schon um die Jahrhundertwende (mehr als ein Vierteljahrhundert bevor nach Dahrendorf Lederer und Marschak den Ausdruck „neuer Mittelstand“ geprägt haben sollen) spielt er bereits eine Rolle in dem Kampf zwischen Marxisten und Revisionisten. Bereits Ende 1899 schrieb Lenin in einer Rezension von Kautskys Buch gegen Bernstein: „Äußerst interessant und besonders lehrreich für uns Russen ist auch das Kapitel ‚Der neue Mittelstand‘. Hätte Bernstein nur sagen wollen, daß an Stelle der untergehenden kleinen Produzenten ein neuer Mittelstand – die Intelligenz – entsteht, so hätte er, sagt Kautsky, recht gehabt. Kautsky weist darauf hin, daß er schon vor einigen Jahren die große Bedeutung dieser Erscheinung hervorgehoben hat. Der Kapitalismus erhöht auf allen Gebieten der Volksarbeit mit besonderer Schnelligkeit die Zahl der Angestellten, seine Nachfrage nach Angehörigen der Intelligenz wird immer größer. Diese letztere nimmt unter den anderen Klassen eine eigenartige Stellung ein, sie schließt sich teilweise – ihren Verbindungen, ihren Anschauungen usw. nach – der Bourgeoisie an und teilweise – in dem Maße, wie der Kapitalismus den Intellektuellen immer mehr und mehr seiner selbständigen Stellung beraubt, ihn in einen abhängigen besoldeten Angestellten verwandelt und sein Lebensniveau zu senken droht – den Lohnarbeitern. Die labile, widerspruchsvolle Übergangsstellung der hier betrachteten Gesellschaftsschicht kommt darin zum Ausdruck, daß jene zwieschlächtigen, eklektischen Anschauungen unter ihr besonders weit verbreitet sind, jener Mischmasch entgegengesetzter Prinzipien und Ansichten, jenes Bestreben, sich in Worten in die erhabensten Sphären zu erheben und die Konflikte der histo-

rischen Bevölkerungsgruppen durch Phrasen zu vertuschen – Anschauungen, die Marx vor einem halben Jahrhundert mit seinen Sarkasmen so schonungslos geißelte.“⁵²

Der „neue Mittelstand“, das heißt die Angestellten in Industrie und Handel und anderswo, als große Schicht⁵³ innerhalb der Werktätigen und zugleich als Schicht zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist im übrigen insofern nicht „neu“, nicht anders als der „alte Mittelstand“, als sie genau wie der „alte Mittelstand“ stets dem Schicksal ausgesetzt sind, ins Proletariat geschleudert zu werden oder gar ins Lumpenproletariat zu verfallen. Der „neue Mittelstand“ ist genau wie der „alte Mittelstand“ eine Schicht ohne Perspektive in der kapitalistischen Gesellschaft – was natürlich nicht ausschließt, daß einzelne Mitglieder zur Bourgeoisie aufsteigen können. Der „neue Mittelstand“ hat wie der alte nur eine Perspektive, wenn er sich als Verbündeter dem Proletariat anschließt.

Was ihn von dem „alten Mittelstand“ trennt, ist, daß er zahlenmäßig wächst – Ausdruck vor allem des Parasitismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus – und daß er formell in seiner Funktion auch in der neuen Gesellschaft zu einem beachtlichen Teil weiter arbeiten können – bei völlig verändertem Inhalt seiner Funktion, wie wir es nach 1917 beziehungsweise nach 1945 gesehen haben.

Während aus dem Kleinbauern im Sozialismus sehr schnell ein Mitglied einer landwirtschaftlichen Genossenschaft und aus dem Fall in den Abgrund, den ihm Marx und Engels mit völligem Recht – entgegen allen Behauptungen bourgeoiser Soziologen – als objektives, gesetzmäßiges Schicksal im Kapitalismus prophezeit haben, ein Aufstieg in einer sozialistischen Landwirtschaft wird, kann der Handelsangestellte, kann der Industrieangestellte als solcher von der sozialistischen Gesellschaft übernommen werden – mit, wie bemerkt, anderem Funktionsinhalt, bar der parasitären Elemente, die es in einer sozialistischen Gesellschaft nicht gibt . . . bis die sozialistische Gesellschaft soweit entwickelt ist, daß die Klassen verschwunden und die Arbeit so verteilt ist, daß es Angestellte als Schicht der Gesellschaft zum Unterschied von Arbeitern nicht mehr gibt.

Ist es aber überhaupt richtig, in die Lehre von der Gesellschaft die Ausdrücke „alter Mittelstand“ und „neuer Mittelstand“ einzuführen? Sie haben, wie wir gesehen haben, einen gewissen Sinn. Aber doch nur in weit beschränkterem Rahmen als die bürgerliche Soziologie angibt.

Entscheidend ist doch, daß

der „neue Mittelstand“ ebensowenig wie der „alte Mittelstand“ eine Perspektive im Kapitalismus hat,

der „neue Mittelstand“ ebenso wie der „alte Mittelstand“ der Kleinbourgeoisie

⁵² Lenin, W. I., Werke. Bd. 4, Berlin 1955, S. 196.

⁵³ Eine kleine Schicht von Angestellten in besonderer Position hat es selbstverständlich immer im Kapitalismus gegeben.

angehört und eine Schicht zwischen den großen Klassen Proletariat und Bourgeoisie darstellt, der „neue Mittelstand“ ebenso wie der „alte Mittelstand“ nur im Bündnis mit dem Proletariat, nur unter Führung der Arbeiterklasse in einer sozialistischen Gesellschaft die Perspektive hat, all die Fähigkeiten, die jedes seiner Mitglieder besitzt, zum Wohle der Gesellschaft als ganzer und zum eigenen Wohle zu entwickeln – wobei weder der „alte“ noch der „neue“ Mittelstand als solcher erhalten bleiben.

*

Wie schon angedeutet, wäre zu erwägen, die Intelligenz als eine Sonderschicht zu betrachten. Und zwar aus folgenden Gründen:

Der höchstbezahlte Universitätsprofessor oder Forscher in einem Industrielaboratorium ebenso wie der Lateinlehrer des Gymnasiums einer Kleinstadt sind vielfach nicht nur ihrer sozialen Herkunft nach gleich, sondern haben auch viele Jahre auf der Schule und auf der Universität gemeinsam verbracht. Ähnlich ist das Verhältnis des hochbezahlten Wirtschaftsjournalisten eines Börsenblattes und des Lokalreporters einer kleinen Provinzzeitung, des mit dem Monopolkapital verbundenen Syndikus und des kleinen Advokaten einer Landstadt, des weltbekannten Schriftstellers, der von seinen Honoraren großbourgeois lebt, und des niemals erfolgreichen Dichters auf dem Lande. Sie alle eint vielfach nicht nur die soziale Herkunft, sondern auch ein nicht unbeachtlicher Teil ihrer Jugend und ersten Schaffensjahre. Dazu kommt die gerade bei der Intelligenz, insbesondere der gesellschaftswissenschaftlich im Gegensatz zur naturwissenschaftlich tätigen, häufige Inkongruenz zwischen Einkommen und Ansehen unter den Fachgenossen, eine Inkongruenz, die sich auch auf die Lebensgestaltung und „außerfachlichen“ Interessen erstrecken kann: kleinbourgeois und großbourgeois. Dazu kommen die ganz anderen Aufstiegsmöglichkeiten von einer Schicht zur anderen, die jedem Mitglied der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft offenstehen, das überdurchschnittlich begabt ist, überdurchschnittlich ehrgeizig, skrupellos und jederzeit bereit ist, sich an das Monopolkapital zu verkaufen. Dazu kommt, und das ist eine wichtige Parallelerscheinung zu dem soeben Festgestellten: Ohne eine gewisse Begabung und gewisse Charaktereigenschaften, sei es auch nur die Kombination von gutem Stil und fester, unerschütterlicher Servilität dem Monopolkapital gegenüber, keine höhere Position innerhalb der Intelligenz – während jeder Trottel, der als Sohn eines Monopolisten geboren wurde, mittels der Couponschere seines Vermögensverwalters sich als Mitglied der Monopolistenschicht halten kann.

Aus all diesen Gründen kann man die Intelligenz nicht wie die Angestellten scheiden in solche, die ihrer Lebens- und Denkweise nach zur Bourgeoisie gehören und solche, die zur Kleinbourgeoisie gehören, die weder in der Ideologie noch in ihrem Einkommen Gemeinsames haben, weil die einen einkommens-

mäßig Bourgeois sind, vielfach über Produktionsmittel (Aktienbesitz usw.) und eine bourgeoise (oder gar speziell monopolistische) Ideologie verfügen, während die anderen einkommensmäßig dem Proletariat nahestehen und kleinbourgeois denken. Ein beachtlicher Teil der Intelligenz, der einkommensmäßig dem Proletariat nicht fern steht, hat die Ideologie der Bourgeoisie seit seiner Kindheit in sich aufgenommen und fühlt sich ständig ihr verwandt, ein anderer beachtlicher Teil dieser Intelligenz lebt und denkt kleinbürgerlich, und ein dritter, nicht unbeachtlicher Teil kann, genau wie es bei den „kleinen Angestellten“ der Fall ist, sich offen zur Ideologie der Arbeiterklasse bekennen, subjektiv ihr Verbündeter sein, *auch wenn er bisweilen einkommensmäßig der Bourgeoisie nahesteht. In keiner gesellschaftlichen Tätigkeit ist die Beziehung zwischen Einkommen, Kapital und Ideologie so kompliziert, so locker wie in der der Intelligenz (einschließlich der künstlerischen Berufe).*

*

Der Arbeiterklasse steht im Imperialismus nur eine Klasse gegenüber: die Klasse der Bourgeoisie. *Die Bourgeoisie umfaßt alle mittleren und Großeigentümer von Produktionsmitteln sowie alle mittleren und Großeigentümer anderen Kapitals, die auf Grund dieses Kapitals Anteil am von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert haben, indem sie Profit einstecken. Zur Bourgeoisie, jetzt im breitesten Sinne des Wortes, rechnen wir weiter die höheren und höchsten Funktionäre, die die Bourgeoisie in ihrem Herrschaftsapparat beschäftigt, ohne daß sie notwendigerweise Kapitalbesitzer sind – Universitätsprofessoren, hohe Regierungsbeamte, Generäle, Chefingenieure, Syndici, Gehalt beziehende Direktoren ohne wirkliches Eigentum an Produktionsmitteln usw.* Diese stehen einkommensmäßig und ideologisch, ihren Interessen (insbesondere ihren oft von der Höhe der Profite der Bourgeoisie direkt, unmittelbar abhängigen Geldinteressen) und ihrem persönlichen Verkehr, wie auch ihrer Herkunft und Heirat nach, der Bourgeoisie so nahe, daß sie vielfach nicht von ihr zu trennen sind.

Das war anders im deutschen vormonopolistischen Kapitalismus, als die Junker noch eine besondere Rolle spielten, als Junker und Militärs und Hof, vor 1870 dazu auch noch fast alle Spitzen der Staatsverwaltung, nicht zur Bourgeoisie gerechnet werden konnten – eine Trennung, die sich vielleicht sogar bis 1918 im großen und ganzen aufrecht erhalten läßt. Damals gab es neben der Bourgeoisie noch die „Restklasse“ (überkommen als Klasse aus dem Feudalismus) der Junker.

Innerhalb der Bourgeoisie scheidet sich von ihrer großen Masse das Monopolkapital – und zwar nicht nur dadurch, daß es reicher ist, daß es über mehr Kapital verfügt, sondern in seiner ganzen gesellschaftlichen Stellung, prinzipiell in gewisser Weise, wovon jetzt gesondert und ausführlich die Rede zu sein hat.

II. WER HERRSCHT IM IMPERIALISTISCHEN DEUTSCHLAND?

In den dem Kapitalismus vorangehenden Ausbeutergesellschaftsordnungen gab es im allgemeinen mehrere herrschende und mehrere unterdrückte Klassen. So werden im Kommunistischen Manifest für die Sklavenhaltergesellschaft genannt: Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer – für die feudale Gesellschaft: Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell. Über die kapitalistische Gesellschaft aber heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Und in seiner Besprechung des Buches von Starcke, als er über die treibenden Ursachen der Geschichte schreibt, bemerkt Engels: „Während aber in allen früheren Perioden die Erforschung dieser treibenden Ursachen der Geschichte fast unmöglich war – wegen der verwickelten und verdeckten Zusammenhänge mit ihren Wirkungen –, hat unsre gegenwärtige Periode diese Zusammenhänge soweit vereinfacht, daß das Rätsel gelöst werden konnte. Seit der Durchführung der großen Industrie, also mindestens seit dem europäischen Frieden von 1815, war es keinem Menschen in England ein Geheimnis mehr, daß dort der ganze politische Kampf sich drehte um die Herrschaftsansprüche zweier Klassen, der grundbesitzenden Aristokratie (landed aristocracy) und der Bourgeoisie (middle class). In Frankreich kam mit der Rückkehr der Bourbonen dieselbe Tatsache zum Bewußtsein; die Geschichtsschreiber der Restaurationszeit von Thierry bis Guizot, Mignet und Thiers sprechen sie überall aus als den Schlüssel zum Verständnis der französischen Geschichte seit dem Mittelalter. Und seit 1830 wurde als dritter Kämpfer um die Herrschaft in beiden Ländern die Arbeiterklasse, das Proletariat, anerkannt. Die Verhältnisse hatten sich so vereinfacht, daß man die Augen absichtlich verschließen mußte, um nicht im Kampfe dieser drei großen Klassen und im Widerstreit ihrer Interessen die treibende Kraft der modernen Geschichte zu sehn – wenigstens in den beiden fortgeschrittensten Ländern.“⁵⁴

Verfolgen wir die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft bis in ihr letztes Stadium, bis in „das Zeitalter der Atombombe“, so beobachten wir eine Entwicklung, die zu folgender Überlegung Anlaß geben muß:

Kann man heute noch von einer herrschenden Klasse sprechen? Entspricht es nicht mehr der Wirklichkeit, von einer herrschenden Gruppe zu sprechen?

Herrschende Gruppe nicht in dem Sinne, daß sich innerhalb der herrschenden Klasse das Schwergewicht von einer Gruppe zur anderen (oft gesetzmäßig) verschiebt. Wenn wir die Geschichte der herrschenden Klasse der Bourgeoisie in Westeuropa verfolgen, dann beobachten wir nämlich zum Beispiel ganz natürlicherweise im Laufe der Zeit eine Verschiebung des Schwergewichts

⁵⁴ Engels, Friedrich, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Berlin 1946, S. 44.

innerhalb der herrschenden Klasse von den Kapitalisten der Textilindustrie zu den Kapitalisten der Eisen- und Stahlindustrie (einschließlich Bergbau). Gruppe nicht in dem Sinne, wie Marx sie schildert, wenn er sagt: „Nach der Julirevolution, als der liberale Bankier Laffitte seinen Compère, den Herzog von Orleans, im Triumph auf das Hotel de Ville geleitete, ließ er das Wort fallen: ‚Von nun an werden die Bankiers herrschen.‘ Laffitte hatte das Geheimnis der Revolution verraten. Nicht die französische Bourgeoisie herrschte unter Louis Philippe, sondern eine Fraktion derselben, Bankiers, Börsenkönige, Eisenbahnkönige, Besitzer von Kohlen- und Eisenbergwerken und Waldungen, ein Teil des mit ihnen ralliierten Grundeigentums – die sogenannte Finanzaristokratie. Sie saß auf dem Throne, sie diktierte in den Kammern Gesetze, sie vergab die Staatsstellen vom Ministerium bis zum Tabaksbüro.“ Denn bei solchen Gruppierungen handelt es sich nicht darum, daß die eine die andere von der Macht praktisch ausschaltet und im Grunde gegen sie herrscht.

Gerade an der zitierten Stelle macht Marx den Unterschied der Beziehungen zwischen diesen alten Gruppierungsformen innerhalb der herrschenden Klasse und denen der modernen Gruppe des Monopolkapitals zur übrigen Bourgeoisie klar. Marx fährt nämlich an der zitierten Stelle fort: „Die eigentlich industrielle Bourgeoisie bildete einen Teil der offiziellen Opposition, das heißt sie war in den Kammern nur als Minorität vertreten. Ihre Opposition trat um so entschiedener hervor, je reiner sich die Alleinherrschaft der Finanzaristokratie entwickelte und je mehr sie selbst nach den in Blut erstickten Emeuten 1832, 1834 und 1839 ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse gesichert wähnte. Grandin, Fabrikant von Rouen, in der konstituierenden wie in der legislativen Nationalversammlung das fanatischste Organ der bürgerlichen Reaktion, war in der Deputiertenkammer der heftigste Widersacher Guizots. Léon Faucher, später durch seine ohnmächtigen Anstrengungen bekannt, sich zum Guizot der französischen Konterrevolution aufzuschwingen, führte in den letzten Zeiten Louis Philippes einen Federkrieg für die Industrie gegen die Spekulation und ihren Schleppträger, die Regierung. Bastiat agitierte im Namen von Bordeaux und des ganzen weinproduzierenden Frankreichs gegen das herrschende System. Die kleine Bourgeoisie in allen ihren Abstufungen, ebenso die Bauernklasse waren vollständig von der politischen Macht ausgeschlossen.“⁵⁵

Das heißt, die industrielle Bourgeoisie als Teil der herrschenden Klasse ist zwar in der Opposition in der Minderheit, und sie wird erst 1848 zur entscheidenden Gruppe innerhalb der herrschenden Klasse werden – aber sie ist natürlich nicht wie die Kleinbourgeoisie von der politischen Macht „vollständig ausgeschlossen“ und ihre Interessen sind in allen entscheidenden Fragen identisch mit denen der herrschenden Gruppe.

Heute verbindet natürlich in gleicher Weise wie zu den von Marx geschilderten Zeiten den Großbourgeois und den gewerblichen Kleinbourgeois, die monopolistische Bourgeoisie, die nichtmonopolisierte Bourgeoisie, den Handwerker,

⁵⁵ *Marx, Karl*, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. Berlin 1951, S. 29f.

den Ladenbesitzer, den Großbauern und viele mittlere Bauern die Tatsache, daß sie Ausbeutergruppierungen sind. Aber ebensowenig, wie die Tatsache, daß ein Bäcker fünf Gesellen und Lehrlinge, ein Bauer zwei Knechte und eine Magd ausbeuteten, uns 1848 veranlaßte, sie zur herrschenden Klasse zu zählen, zwingt uns heute die Tatsache, daß ein Textilkapitalist tausend Arbeiter ausbeutet, ihn zur herrschenden Klasse zu rechnen.

Betrachten wir zunächst die politische Seite:

Ist nicht gerade die Entwicklung vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus der Ausdruck dafür, daß die Monopole der Staat und der Staat die Monopole sind? L'état c'est le monopole – le monopole c'est l'état. Wie aber kann man unter solchen Umständen dann noch von anderen Gruppierungen der Bourgeoisie sagen, daß sie herrschen, daß sie den Staat als Instrument benutzen?

Nicht, daß der Staat in der Handhabung durch die Monopole nicht auch noch in vielerlei Hinsicht der nichtmonopolisierten Industrie und anderen nichtmonopolisierten Wirtschaftszweigen dient! Selbstverständlich tut er das; ja, auch der Kleinbourgeoisie dient er noch in mancher Hinsicht und auch den Großbauern und manchen Mittelbauern! Aber das bedeutet nicht, daß diese Gruppierungen herrschen und den Staat auch als ihr „eigenes Instrument“, als Instrument ihrer „ureigenen Interessen“ benutzen können.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der Staat das Machtinstrument allein der Monopole und dient den Interessen aller anderen Schichten und Gruppen der Gesellschaft nur insofern, als deren Interessen mit denen der Monopole zusammenfallen.

Diese Feststellung besagt einerseits, daß es auch eine objektive Basis gibt, auf der das Monopol sich Verbündete in der nichtmonopolisierten Wirtschaft suchen kann, daß es keineswegs allein auf Betrug und Verwirrung angewiesen ist, um seiner Herrschaft eine breitere gesellschaftliche Stütze zu geben – so fallen zum Beispiel in der Sicherung der Ausbeutung gegenüber den Ausbeuteten die Interessen von Monopolkapital, nichtmonopolisierter Bourgeoisie und einem nicht unbeachtlichen Teil der Kleinbourgeoisie zusammen. Diese Feststellung hat aber andererseits nur tiefere gesellschaftliche Bedeutung, wenn es fundamentale Gegensätze zwischen den Interessen des Monopolkapitals und allen anderen Schichten und Klassen der Gesellschaft gibt. Und diese gibt es.

Heute ist eine Frage zur Kardinalfrage für die ganze Menschheit geworden, die Frage: Krieg oder Frieden? Und in dieser Kardinalfrage stehen sich die Interessen der Monopole und der ganzen übrigen Gesellschaft objektiv und antagonistisch gegenüber. Die Monopole (darunter verstehen wir hier natürlich die großen, einflußreichen Monopole, also nicht Bierkartelle oder Pinselsyndikate) bergen in sich die Elemente des Krieges, sie bringen gesetzmäßig, aus sich ständig Kriegstendenzen hervor, sie sind Ursachen steter Kriegsgefahr. Und mit dieser Eigenschaft sind ihre Interessen und darum auch ihre Handhabung des Staates als Machtinstrument in der Kardinalfrage unserer Zeit den Inter-

essen aller anderen Gruppen und Schichten entgegengesetzt. Darum sprach auch Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag der KPdSU von der „Vertiefung der Widersprüche zwischen dem Häuflein der Monopolherren und allen Schichten des Volkes“ und erklärte: „Außer einer kleinen Handvoll von Monopolherren sind alle Völker, alle Schichten der Gesellschaft am Frieden interessiert.“ In der Kardinalfrage unserer Zeit herrschen die Monopole also gegen die ganze übrige Gesellschaft. Und darum kann man meiner Ansicht nach sagen, daß an die Stelle einer herrschenden Klasse heute, im äußersten Verfallsstadium der kapitalistischen Gesellschaft, eine herrschende Gruppe, eben das Monopolkapital, getreten ist.

Also:

Auf Grund der ungeheuerlichen Entwicklung der Produktivkräfte in Form von Zerstörungskräften, der Atombombe, der Wasserstoffbombe usw., die die Existenz eines Großteiles der Menschheit bedrohen, in Verbindung mit dem ökonomisch, gesetzmäßig bedingten, der Basis entspringenden Drang der Monopole zum Krieg, ist die Frage Krieg oder Frieden zur Kardinalfrage der Gegenwart für die Menschheit geworden. In der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 heißt es: „Das brennendste Problem unserer Zeit ist das Problem von Krieg und Frieden . . .“

Der Krieg ist eine Begleiterscheinung aller Ausbeutergesellschaften. Nur die erste aber mußte ohne laufende Kriege zugrunde gehen – denn die „Beschaffung“ von Sklaven, der Grundlage der Sklavenhaltergesellschaft, war nur durch Krieg möglich. Nur das letzte Stadium der letzten Ausbeutergesellschaft, das Stadium des Imperialismus, bringt notwendigerweise, bringt gesetzmäßig Weltkriege hervor. Denn die Monopole befinden sich in einer „bereits aufgeteilten Welt“ objektiv notwendig, gesetzmäßig in stetem Kampf um die „Neuaufteilung der Welt“ – einer Welt, die überdies seit 1917 immer enger für sie wird. Eine „Neuaufteilung der Welt“ im Interesse der Monopole aber ist nur durch Weltkriege möglich.

Da die Politik der Monopole, die heute einen neuen Weltkrieg vorbereiten, effektiv vorbereiten, weil sie herrschen, weil sie an der Macht sind, die Produktivkräfte der imperialistischen Länder in den Dienst der Aufrüstung stellt, und da diese Politik der Monopole den Interessen aller Klassen, auch der überwiegenden Mehrheit ihrer eigenen Klasse, der Bourgeoisie, widerspricht, so ergibt sich eine Situation,

in der die Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1960) feststellen kann: „Für die Politik der friedlichen Koexistenz spricht sich auch ein bestimmter Teil der Bourgeoisie der entwickelten kapitalistischen Länder aus, der das Kräfteverhältnis und die verhängnisvollen Folgen eines modernen Krieges nüchtern einschätzt“, in der Walter Ulbricht (Referat auf dem 11. Plenum des ZK der SED, 15. bis 17. Dezember 1960) erklären konnte: „Ich bin der Meinung, daß es auch für den westdeutschen Kapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes gesünder, be-

kömmlicher und in jeder Hinsicht zweckmäßiger ist, auf eine friedliche Entwicklung hinzuarbeiten und jenen Kräften aus der eigenen Klasse Einhalt zu gebieten, die in engstirniger Verblendung Katastrophenpolitik betreiben, deren Opfer nicht zuletzt die kapitalistische Klasse und ihre Herrschaft wären.“

Dabei muß sich die nichtmonopolisierte Bourgeoisie, wenn sie sich durch Erhaltung des Friedens vor dem Atomtod retten will, in ihrem Kampf gegen die Monopole der breiten Antimonopolbewegung der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse anschließen.

Was Deutschland speziell betrifft, so muß die westdeutsche nichtmonopolisierte Bourgeoisie erkennen, daß der stärkste Hort der Bewegung für den Frieden und gegen das den Frieden bedrohende westdeutsche Monopolkapital die Deutsche Demokratische Republik ist. –

Es geht also in der Frage der Lösung des brennendsten Problems unserer Zeit eine tiefe Spaltung durch die Kapitalistenklasse (objektiv! und zum Teil bereits subjektiv!). Es herrscht aber und beherrscht das ganze Wirtschaftsleben mit Hilfe des Staates derjenige Teil der Bourgeoisie, der für die „Lösung Krieg“ ist, das Monopolkapital.

Für die „Lösung Krieg“ – nicht aus persönlicher, „privater“ Kriegslust (die natürlich auch teilweise vorhanden ist), sondern objektiv, ökonomisch bedingt. Darum heißt es auch in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1960):

„Der aggressive Charakter des Imperialismus hat sich nicht geändert.“

„Am Wettrüsten ist nur ein verschwindend kleines Häuflein von Monopolen und Rüstungsschiebern interessiert.“

Interessiert – objektiv und subjektiv! Darum gilt es auch nicht, die Monopolisten von der Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens, in dem sie objektiv „nicht leben können“, zu überzeugen, sondern die Monopole heute zu bändigen und morgen auszurotten.

Diese tiefe objektive (und subjektive) Spaltung innerhalb der Bourgeoisie in der Kardinalfrage Krieg – Frieden, hervorgerufen letztlich durch die enorme Entwicklung der Produktivkräfte, die sich im Zusammenhang mit der Militarisierung der Wirtschaft in Destruktivkräfte verwandeln, in Verbindung mit der Tatsache, daß die Kriegskräfte, die Monopole, die Herrschaft in den imperialistischen Ländern in Form der Diktatur ausüben, macht es notwendig, heute nicht mehr von einer herrschenden Klasse, sondern von einer herrschenden Gruppe, eben von der Herrschaft des Monopolkapitals, das keine Klasse darstellt, zu sprechen.

Diese Feststellung trägt auch dazu bei, die ganze Schwäche des Kapitalismus in seinem Endstadium des Imperialismus, die ganz ungeheuerliche Häufung von antagonistischen Widersprüchen, die er in sich birgt, aufzuzeigen. Denn selbstverständlich bleiben nicht nur die alten antagonistischen Widersprüche, allen voran der Grundwiderspruch, erhalten, sondern verschärfen sich noch, während weitere neue hinzukommen.

Darum heißt es auch in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1960):

„Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerer Krieg – nur so steht heute die Frage . . .

Der Kurs auf die friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen, tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern: Ihrerseits tragen die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz bei. Die Kommunisten halten es für ihre Pflicht, den Glauben der Volksmassen an die Möglichkeit der Festigung der friedlichen Koexistenz, ihre Entschlossenheit zur Verhinderung eines Weltkrieges zu verstärken. Sie werden auf jede Weise dazu beitragen, daß die Völker durch ihren tatkräftigen Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Befreiung eine zunehmende Schwächung und Einengung der Positionen des Imperialismus erreichen.

Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus. Ideologischer und politischer Streit zwischen Staaten darf jedoch nicht durch Kriege ausgetragen werden.“

(Man müßte überhaupt überlegen, ob nicht allein schon aus der Tatsache, daß Monopolprofite gemacht werden, sich ein antagonistischer Widerspruch zwischen den Monopolen und der nichtmonopolisierten Industrie ergibt, der die letztere von der Herrschaft ausschließt. Werden doch die Extraprofite der Monopole nicht nur auf Kosten der Werktätigen des „Heimatlandes“ der Monopole und der Kolonien, sondern auch auf Kosten der nichtmonopolisierten Bourgeoisie gemacht. Die Frage taucht auf: So offenbar ein „Kernwaffen-Weltkrieg“ die erweiterte, ja überhaupt die Reproduktion des Kapitals unmöglich macht und damit der Bourgeoisie als Klasse ihre Existenzgrundlage raubt – ist es nicht auch so, daß die Existenz von Monopolen, die Gewinnung von Monopolprofiten überhaupt die erweiterte Reproduktion von Kapital für die nichtmonopolisierte Bourgeoisie dauernd bedroht? Im „Imperialismus“ deutet Lenin das schon an, als er davon spricht, daß unter der Herrschaft des Monopolkapitals die Warenproduktion nur noch „herrscht“ (Lenins Anführungsstriche).⁵⁶ Wenn aber die Warenproduktion nur noch „herrscht“, gilt das dann nicht entsprechend auch für die Bourgeoisie als Klasse?! Wenn

⁵⁶ *Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. A. a. O., S. 29f.*

man aber zur Zeit, als Lenin schrieb, nicht mehr von der Herrschaft, sondern nur noch von der „Herrschaft“ der Warenproduktion, also doch wohl auch der Bourgeoisie sprechen kann – wieviel mehr muß das von der Gegenwart gelten!)

*

Natürlich hat die Herrschaft der Monopole in den verschiedenen imperialistischen Ländern ihre Besonderheiten. Bestimmte, nichtmonopolisierte Teile der Bourgeoisie können Anteil an der Herrschaft auf Grund besonderer Umstände haben, oder der Großgrundbesitz kann eine spezielle Rolle spielen usw.

In Deutschland kann man die Herrschaft der Monopole nicht isoliert von der Funktion der Junker in der Geschichte der deutschen Gesellschaft betrachten. Die Junker stellten in Preußen in der Zeit des Feudalismus die herrschende Klasse dar.

Da der Kapitalismus in Deutschland sich ökonomisch bereits recht stark entwickelt hatte, ohne daß der Staat schon der Bourgeoisie diene – wie es zumeist der Fall ist, vielleicht der Fall sein muß, wenn die Landwirtschaft den Preußischen Weg geht –, konnten die Junker lange Zeit hindurch während der kapitalistischen Entwicklung ihre Herrschaft behaupten: Halbfeudalismus. Sie waren, insofern sie halbfeudal waren, noch eine Klasse, insofern sie halbkapitalistisch waren, eine Schicht innerhalb der Klasse der Kapitalisten.

In den sechziger Jahren ging der Preußische Weg seinem Ende entgegen: Die feudalen Lasten der Bauern waren abgelöst, und der Junker war zum vollen Kapitalisten geworden. Wie aber war die Machtverteilung zwischen Bourgeoisie und Junkern? Engels gibt eine sehr präzise Analyse für die Zeit nach 1871: „Jetzt, wo die französischen Milliarden Deutschland überfluten, eröffnete sich für die Bourgeoisie eine neue Periode fieberhafter Erwerbstätigkeit, in der sie sich zum erstenmal als große Industrienation bewies durch einen national-deutschen Krach. Sie war damals schon ökonomisch die mächtigste Klasse der Bevölkerung; ihren ökonomischen Interessen mußte der Staat gehorchen; die Revolution von 1848 hatte den Staat in die äußere konstitutionelle Form übergeführt, worin sie auch politisch herrschen und ihre Herrschaft ausbilden konnte. Trotzdem war sie noch weit entfernt von der wirklichen politischen Herrschaft. Im Konflikt war sie gegen Bismarck nicht siegreich gewesen; die Beseitigung des Konflikts durch die Revolutionierung Deutschlands von oben hatte ihr des ferneren beigebracht, daß die Exekutivgewalt einstweilen noch von ihr höchstens in sehr indirekter Weise abhängig sei, daß sie weder Minister absetzen noch aufdringen, noch über die Armee verfügen könne. Dabei war sie feig und schlaff gegenüber einer energischen Exekutivgewalt, aber das waren die Junker auch, und sie hatte mehr Entschuldigung als diese durch ihren direkten ökonomischen Gegensatz zur revolutionären industriellen Arbeiterklasse. Aber sicher war, daß sie das Junkertum allmählich ökonomisch

vernichten mußte, daß sie von allen besitzenden Klassen die einzige war, die noch Aussicht auf eine Zukunft besaß.“⁵⁷

Um die Mitte der neunziger Jahre, als das deutsche Monopolkapital sich rüstete, die Herrschaft im Staate an sich zu reißen, versuchte die Bourgeoisie, die Junker auszuschalten, das heißt aus ihrer speziellen Machtposition zu verdrängen – speziell, weil sie nicht mehr der relativ immer schwächer werdenden ökonomischen Position der Junker entsprach. Doch die Regierung Caprivi wurde von den Junkern gestürzt, und seitdem hat die deutsche Bourgeoisie von sich aus keinen solchen Versuch mehr unternommen.

1918, durch die Novemberrevolution, wurde die Position der Junker nicht durch die Bourgeoisie, sondern durch den Kampf der Arbeiterklasse so geschwächt, daß jetzt die Bourgeoisie, genau die Monopole, auch die Exekutivgewalt übernahm. Wenn ich in meinen Studien zur Geschichte des Kapitalismus über Position der Junker feststellte: „Daß sie nur abgeschwächt wurde, zeigt die Rolle Hindenburgs, zeigt die Rolle der Junker in Diplomatie und Heer, zeigt die im Vergleich zu den Industriesubventionen relativ große ‚Osthilfe‘ an die Junker in der Weimarer Republik.“⁵⁸ – so genügt das nicht für unsere Analyse. Wir müssen klare Antwort darauf haben, ob das Monopolkapital nach 1918 noch die Macht mit den Junkern teilen mußte, wie es vor dem November 1918 der Fall war (wobei natürlich auch vor 1918 der entschieden überwiegende Teil beim Monopolkapital lag!⁵⁹), oder ob das Monopolkapital jetzt allein diktatorisch herrschte. Ich meine, daß man bereits in der Weimarer Republik von einer ungeteilten Machtausübung des Monopolkapitals sprechen muß, was nicht ausschließt, daß die Junker noch ihre Spezialprivilegien hatten, mehr aus Tradition, aus einer Nuancierung des gesellschaftlichen Klimas durch Nachwehen aus der Vergangenheit, nicht etwa wegen der ökonomischen Stärke ihrer Position oder ihrer politischen Rolle. Die Ausschaltung der Junker aus der entscheidenden Machtgruppe innerhalb der Kapitalisten war eines der für die Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur Deutschlands wichtigsten Resultate der bürgerlichen Novemberrevolution im Jahre 1918.

Seit dem Jahre 1919 herrscht in Deutschland, uneingeschränkt durch die Junker, das Monopolkapital.

*

⁵⁷ Engels, Friedrich, Über die Gewaltstheorie. Berlin 1946, S. 67f.

⁵⁸ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 114.

⁵⁹ Schon am 21. 11. 1904 schrieb Walther Rathenau an Wedekind: „Was bedeuten schon die adligen Nachkommen und Erben der Starken? Als Schatten sitzen sie auf den letzten Thronen, kommandieren ein paar Exerzierplatztruppen und ‚bekleiden‘ Hofchargen. Die wahre Macht halten die klugen Emporkömmlinge. Vanderbilt, Rockefeller, Carnegie, Krupp sind die Könige und das Schicksal unserer Zeit. Kein Xerxes und Attila ist so angebetet worden und hat so effektive Macht besessen. Wie ein brünstiges Tier stürmt die Epoche in die Sklaverei des Plutokratismus.“

(Rathenau, Walther, Briefe. Dresden 1926, Bd. 1, S. 44.)

Wenden wir uns jetzt einer Analyse des Monopolkapitals zu. In meinen Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus bemerkte ich über die Monopolarten: „Man findet die verschiedensten Arten von Monopolen. Die einfachste Gliederung ist die nach wichtigen und weniger wichtigen. Das Monopol der 1889 gegründeten Vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg ist natürlich weit unwichtiger als das 1893 gegründete Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. Es ist unwichtiger deshalb, weil Pinsel in der kapitalistischen Wirtschaft eine viel geringere Rolle spielen als Kohle. Diese Beurteilung trifft zu, auch wenn die Vereinigten Pinselfabriken einen wesentlich größeren Teil der Pinselproduktion beherrschen als der Anteil des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats an der gesamten deutschen Kohlenproduktion betrug. Wenn ein Monopol ein Schlüsselprodukt der Wirtschaft kontrolliert, ist seine Position stärker, sein Einfluß auf die Wirtschaft, seine Bedeutung für die Geschichte im allgemeinen größer, als wenn es sich um ein Monopol über weniger wichtige Waren handelt. In bürgerlichen Lehrbüchern findet man im allgemeinen tief-sinnige Betrachtungen von großer Länge und in reichlicher Fülle über die sogenannte innere Stärke des Monopols. Diese ist natürlich auch von Bedeutung. Aber sie tritt an Gewicht weit zurück hinter die Warenart, die das Monopol beherrscht. Ein ganz lockeres Stahlmonopol kann eine weit gefährlichere Rolle spielen als ein festes Lebertranmonopol. Ein Kohlenmonopol, das nur die Preise kontrolliert, ist weit ernster zu nehmen als ein Bleistiftmonopol, das Preise, Produktion und Absatzgebiete kontrolliert. Darum kommt es im Gesamtgefüge einer Wirtschaft auch nicht so sehr auf die Zahl der monopolistischen Organisationen an, als auf die Produktionszweige, die von Monopolen kontrolliert werden.“⁶⁰

Die wichtigsten, alle anderen an Bedeutung weit überragenden Monopole in Deutschland sind die im Kohlenbergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Elektroindustrie und in der chemischen Industrie gebildeten – und mit ihnen in Verbindung die Bankmonopole.

Die Bankmonopole können keine „eigene“ politische Rolle spielen, da sie stets mit Industriemonopolen verbunden sind – Finanzkapital! Und da sie ferner mit verschiedenen Monopolen verbunden sind, die zwar zumeist nicht ökonomisch auf dem Warengbiet, das sie beherrschen, aber häufig politisch konkurrieren, so treten die Banken politisch viel häufiger wie Vertreter des „Gesamtmonopolkapitals“ als in der Eigenschaft von Vertretern spezifischer politischer (!) Interessen von Monopolgruppen auf. Als darum zum Beispiel zwischen 1919 und 1923 ein heftiger Kampf zwischen einer Monopolgruppe unter Führung von Stinnes und einer anderen unter Führung von Rathenau um die Ausrichtung der deutschen Politik ausgefochten wurde, ließ es sich ganz leicht feststellen, auf welcher Seite das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat oder die „Farbeninteressengemeinschaft“ stand – bei den Großbanken aber war das kaum möglich: Sie waren mit beiden kämpfenden Mono-

⁶⁰ *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1952, S. 22.

polgruppen mehr oder weniger eng verbunden. Wir werden daher im folgenden die Monopolbanken aus unseren Betrachtungen über politische Gruppenbildungen innerhalb des Monopolkapitals praktisch ausschalten können.⁶¹

Als das Monopolkapital zu Beginn des Jahrhunderts seine Herrschaft antrat, übertrafen alle anderen an Macht und Stärke die Monopole im Kohlenbergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie (künftig als Gruppe Kohle-Eisen-Stahl genannt). Das war zum Teil allgemein gesetzmäßig, zum Teil durch Besonderheiten der deutschen Geschichte bestimmt.

Wir wissen, daß sich in der Geschichte des vormonopolistischen Kapitalismus das Schwergewicht der industriellen Entwicklung allmählich von der Textilindustrie (Leichtindustrie) auf die Schwerindustrie verschiebt. Wenn Marx, wie schon zitiert, in den „Klassenkämpfen in Frankreich“ für die Jahre nach 1830 feststellt: „Nicht die französische Bourgeoisie herrschte unter Louis Philippe, sondern eine Fraktion derselben, Bankiers, Börsenkönige, Eisenbahnkönige, Besitzer von Kohlen- und Eisenbergwerken und Waldungen, ein Teil des mit ihnen ralliierten Grundeigentums – die sogenannte Finanzaristokratie. Sie saß auf dem Throne, sie diktierte in den Kammern Gesetze, sie vergab die Staatsstellen vom Ministerium bis zum Tabaksbüro“ – so war das eine zu schwache Kombination, und die Geschichte fegte sie dann auch nach achtzehn Jahren weg. Hätte die Finanzaristokratie sich mit der Textilindustrie statt mit Kohle und Eisen zusammengetan, dann hätte ihre Herrschaft länger dauern können. Entsprechend umgekehrt war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Ministerium, das mit der Textilindustrie gegen Kohle, Eisen, Stahl in irgendeinem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande hätte regieren wollen, zu schnellem Abgang verurteilt.

Es war also nicht verwunderlich, daß zu Beginn der Herrschaft der Monopole in Deutschland wie in England, Frankreich, den USA Kohle-Eisen-Stahl eine beachtliche Rolle spielten. Dazu kommt aber noch eine spezifisch deutsche historische Besonderheit:

Die späte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hatte dazu geführt, daß die stärkere Entfaltung der Schwerindustrie zu einer Zeit erfolgte, in der bereits die ersten Monopole gebildet wurden. Da überdies die deutsche Schwer-

⁶¹ Das heißt natürlich nicht, daß die einzelnen Bankenkonzerne nicht ihr eigenes Profil haben, mit spezifischen charakteristischen Interessen, wie zum Beispiel die Deutsche Bank, mit ihren Balkan- und Bagdad-Bahn-Interessen, die sie jedoch niemals gehindert hatten, hätten hindern können, auch mit der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl zusammenzugehen, obgleich doch die genannten Unternehmen viel stärker auf der außenpolitischen Linie Elektro-Chemie lagen (siehe folgende Ausführungen im Text). Sehen wir uns die großen Kapitalverbindungen der Deutschen Bank im Jahre 1914 an, dann gehen sie eben zu AEG und zu Siemens & Halske (Elektro) zu Agfa und Meister Lucius & Brüning (Chemie) zu Bochumer Verein, Rombacher Hütte, Harpener Bergbau, Schalker Verein (Kohle-Eisen-Stahl) (Vgl. dazu zum Beispiel *Müller-Jabusch, M.*, Oscar Schlitte, zum 10. Januar 1938, Privatdruck der Deutschen Bank 1938.)

industrie wegen der Prominenz der Rüstungsindustrie in Vorbereitung und im Gefolge dreier siegreicher Kriege (1864, 1866, 1870/71) hinsichtlich der Konzentration von Produktion und Kapital gerade ein besonders günstiges Entwicklungsgebiet für die Monopole darstellte, so war die deutsche Produktionsmittelproduktion fast vom ersten Tag ihrer machtvollen Entfaltung an der Monopolbildung stärker ausgesetzt als die anderer Länder, in denen sich die Schwerindustrie bereits in einer Zeit zu entwickeln begonnen hatte, als von Monopolbildungen noch nicht gesprochen werden konnte, und in denen die Rüstungsindustrie nicht solche prominente Rolle spielte. Das führte dazu, daß die deutsche Schwerindustrie sehr bald nach dem Einsetzen ihrer starken Aufwärtsentwicklung monopolisiert wurde, daß sie zu einem gewissen Grade monopolisiert aufwuchs und daß sie daher in das Stadium des Imperialismus, in dem die Monopole einen entscheidenden, einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Wirtschafts- und allgemeine Politik nehmen, gewissermaßen schon mit der Tradition eines besonders starken Gewichts im deutschen gesellschaftlichen Leben eintrat.⁶² Kohle-Eisen-Stahl betraten das Stadium des Imperialismus in Deutschland weit stärker durchmonopolisiert als etwa in England und Frankreich und mit einem größeren gesellschaftlichen Kudos (drei militärische Siege! „Krupp und das Haus Hohenzollern“ in enger Verbindung) als in irgendeinem anderen kapitalistischen Lande.

Dazu kommt weiter als historische Besonderheit: Da Deutschland als nationaler Staat zu spät zur Aufteilung der Welt gekommen war und da auf der anderen Seite der deutsche Imperialismus gerade auch infolge seiner industriellen Stärke das besondere Bedürfnis hatte, hier aufzuholen, so beobachteten wir in den Jahren vor 1914 in Deutschland die Herausbildung einer außerordentlichen Aggressivität und Aktivität auf außenpolitischem Gebiet. Diese findet ihren Ausdruck einmal in einer schnellen Steigerung der deutschen Kapitalanlagen im Ausland – wenn man schon keine Kolonien von großem Reichtum hat, dann will man wenigstens die halbkolonialen und schwächeren kapitalistischen Länder „friedlich durchdringen“, auf „friedliche Weise“ dort eine Kapitaldiktatur errichten. Und neben dieser „friedlichen Durchdringung“ finden wir eine starke Bereitschaft, auch mit der Waffe auf Beute auszugehen.⁶³

Diese starke Bereitschaft, auch mit der Waffe auf Beute auszugehen, trägt weiter noch zur Stärkung der Position der Rüstungsindustrie, der Schwerindustrie, von Kohle-Eisen-Stahl bei.

Das heißt, Kohle-Eisen-Stahl mit ihrem Kern der Rüstungsindustrie haben um 1900 durch den hohen Grad ihrer Monopolisierung, die Stärke ihres ökonomischen Gewichts allgemein, ihre historische Vergangenheit bei der Bildung des deutschen Reichs und ihre allgemeine politische Stellung mit besonderen Verbindungen zu Herrscherhaus (neben Krupp auch Stumm!) und Regierung,

⁶² Vgl. dazu auch *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des Kapitalismus. A. a. O., S. 113.

⁶³ Ebenda, S. 112.

die Vorbereitung eines Weltkrieges⁶⁴ eine ganz besondere Stellung innerhalb des Monopolkapitals und damit innerhalb der deutschen Gesellschaft. Und doch – so erstaunlich stark die Position von Kohle-Eisen-Stahl ist, darf man nicht übersehen, daß sowohl die Position der Elektro- sowie auch der Chemie-Monopole eine zwar nicht gleich mächtige, aber doch relativ sehr bedeutende ist.

Im Weltraum nahm die deutsche Elektroindustrie einen ersten Platz ein. Lenin schreibt:

„Am typischsten für die neuesten Fortschritte der Technik, für den Kapitalismus am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Elektroindustrie. Sie entwickelte sich am stärksten in den zwei fortgeschrittensten der neuen kapitalistischen Länder – in den Vereinigten Staaten und Deutschland. In Deutschland wurde das Anwachsen der Konzentration in diesem Industriezweig besonders stark beeinflußt durch die Krise vom Jahre 1900. Die Banken, die damals schon fest genug mit der Industrie verwachsen waren, beschleunigten und vertieften während dieser Krise in höchstem Grade den Untergang der verhältnismäßig kleinen Unternehmungen und ihre Aufsaugung durch die Großbetriebe. ‚Indem sie (die Banken)‘, schreibt Jeidels, ‚gerade von den kapitalbedürftigsten Unternehmungen ihre Hand zurückziehen, befördern sie erst eine schwindelhafte Hausse, dann den rettungslosen Ruin der Gesellschaften, die nicht dauernd eng mit ihnen liiert sind.‘⁶⁵

Die Folge davon war, daß nach 1900 die Konzentration mit Riesenschritten vorwärtsging. Vor 1900 gab es in der Elektroindustrie sieben oder acht ‚Gruppen‘, wobei jede aus mehreren Gesellschaften (im ganzen 28) bestand, und hinter jeder standen je 2–11 Banken. In den Jahren 1908–1912 verschmolzen alle diese Gruppen zu zwei oder zu einer einzigen . . .

Die berühmte AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft), die auf diese Weise entstanden ist, beherrscht (durch das ‚Beteiligungssystem‘) 175–200 Gesellschaften und verfügt über ein Kapital von ungefähr 1,5 Milliarden Mark. Sie hat allein 34 direkte Auslandsvertretungen, davon 12 Aktiengesellschaften, in mehr als 10 Staaten. Schon 1904 berechnete man die Kapitalanlagen der deutschen Elektroindustrie im Auslande auf 233 Millionen Mark, davon 62 Millionen in Rußland. Es erübrigt sich zu sagen, daß die AEG ein riesiges ‚kombiniertes‘ Unternehmen darstellt – allein die Zahl ihrer Fabrikationsgesellschaften beträgt 16 –, das verschiedenartige Erzeugnisse, von Kabeln und Isolatoren bis zu Automobilen und Flugzeugen, herstellt. Die Konzentration in Europa war aber auch ein Bestandteil des Konzentrationsprozesses in Amerika . . .

Auf diese Weise entstanden zwei ‚Elektromächte‘. ‚Andere Elektromächte, wenigstens von diesen beiden völlig unabhängig, gibt es auf der Erde nicht‘,

⁶⁴ Vgl. zu all dem auch Bde. 3, 4, 14, 16 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

⁶⁵ Jeidels, O., Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie. Leipzig 1905, S. 232.

schreibt Heinig in seinem Aufsatz: ‚Der Weg des Elektrotrusts‘. Über den Umsatz und den Umfang der Betriebe beider Truste geben folgende Zahlen eine ungefähre, bei weitem nicht erschöpfende Vorstellung:

Jahr	Warenumsatz (in Millionen Mark)	Zahl der Be- schäftigten	Reingewinn (in Millionen Mark)
Amerika: GEC (General Electric Co.)			
1907	252	28 000	35,4
1910	298	32 000	45,6
Deutschland: AEG (Allgem. Elektr.-Ges.)			
1907	216	30 700	14,5
1911	362	60 800	21,7

Und nun schließen 1907 der amerikanische und der deutsche Trust einen Vertrag über die Aufteilung der Welt. Die Konkurrenz wird ausgeschaltet. Die GEC ‚erhält‘ die Vereinigten Staaten und Kanada; der AEG werden Deutschland, Österreich, Rußland, Holland, Dänemark, die Schweiz, die Türkei und der Balkan ‚zugeteilt‘. Besondere – natürlich geheime – Verträge werden über die ‚Tochtergesellschaften‘ abgeschlossen, die in neue Industriezweige eindringen und ‚neue‘, formell noch unverteilte Länder erschließen. Erfindungen und Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht.“⁶⁶

Was aber die deutsche chemische Industrie betrifft, so stand sie unbestritten an der Spitze aller solcher Industrien in der Welt. Wickel leitet sein Kapitel über den Weg der chemischen Industrie zum Monopol so ein:

„Die chemische Industrie erweckt den Anschein, als hätte sie ihre eigenen Entwicklungsgesetze, als unterläge sie einer eigenen Dynamik. Nicht nur, daß von ihren Laboratorien und Versuchsfabriken aus in unablässiger Folge, bald stärker, bald schwächer, Umwälzungen ausgehen, von denen alle übrigen Wirtschaftszweige betroffen werden und die häufig genug zu völligen Umschichtungen in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen führen, auch in ihrem eigenen Bereich herrscht das Prinzip des ewigen Wechsels. Als sich die Erfindung des unglücklichen Leblanc durchgesetzt hatte und vor allem in England eine mächtige Sodaindustrie entstanden war, fand der Belgier Ernest Solvay in neues, billigeres, das Ammoniaksodaverfahren, das am Ausgang des vorigen Jahrhunderts den Leblanc-Prozeß zurückdrängte. Aber nach Leblancs Methode wurde neben dem Soda auch Chlor als Nebenprodukt gewonnen, das bei Solvay verlorengiht. So konnte sich das Leblanc-Verfahren noch halten, aber nun nicht mehr als bester Weg zur Sodaproduktion, sondern nur noch als Verfahren zur Chlorgewinnung. Das ursprüngliche Hauptprodukt Soda wurde Nebenprodukt, bis kurz vor der Jahrhundertwende die deutsche Fabrik

⁶⁶ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. A. a. O., S. 72 ff.

Griesheim-Elektron die Elektrolyse für die chemische Großindustrie ausbaute und eine Methode fand, auf elektrochemischem Wege Chlor billiger als nach Leblanc zu finden. Damit war die Erfindung, die den wissenschaftlichen Grund zur chemischen Großindustrie überhaupt gelegt hat, auf allen Seiten geschlagen und gleichzeitig das Schwergewicht von England auf den belgischen Solvaykonzern und auf die deutsche Industrie übergegangen. Die englische Chemieindustrie behielt ihren Einfluß indirekt, indem sie sich am Solvaykonzern beteiligte. Dieses ist das klassische Beispiel für die ständige innere Unruhe und die ewigen inneren Wandlungen in der chemischen Industrie.

Noch im Jahre 1876, als sich die deutsche chemische Industrie zum ersten Male an einer großen Ausstellung, der berühmten Weltausstellung von Philadelphia, beteiligte, fällt der Vertreter der deutschen Regierung, Geheimrat Reuleaux, das wegwerfende Urteil: ‚Billig und schlecht‘. Ein Vierteljahrhundert später war der erste große Angriff auf den Weltmarkt im Prinzip entschieden, war ein auf der weltumspannenden Kolonialmacht Englands beruhendes wichtiges Rohstoffmonopol zerstört, war die Textilindustrie der Welt in bezug auf die wertvollsten Farbstoffe der deutschen chemischen Industrie hörig geworden.“⁶⁷

*

Charakterisieren wir nun näher die Haltung dieser drei Monopole (Kohle-Eisen-Stahl als eines gerechnet) in der Zeit vor dem ersten Weltkriege zur Außenpolitik – die Unterschiede im Kampf gegen die Arbeiterklasse, die zweifellos sich ebenfalls bereits in Nuancen herausbildeten, wurden erst während des Weltkrieges wirklich schärfer.

Natürlich war die Linie aller drei Gruppen eine imperialistische. Sie alle erstrebten die Neuaufteilung der Welt in einem Weltkriege. Sie alle wollten die Welt erobern, sie alle wünschten Deutschland als „führende Weltmacht“ zu etablieren in ihrem ureigenen Monopolprofitinteresse. Das heißt, in der ganz großen Strategie des Monopolkapitals gab es zwischen ihnen keine Meinungsverschiedenheiten, konnte es nicht geben.

Aber schon in der Forcierung des Krieges, in der Frage der Fronten und Verbündeten (bzw. Kumpane) im Kriege gab es beachtliche Meinungsverschiedenheiten – und entsprechend waren auch die Staatsstellen, die sie für ihre spezifische Politik mobilisierten, verschieden.

Kohle-Eisen-Stahl waren zweifellos die reaktionärste und akut aggressivste Monopolgruppe. Sie standen im Hintergrund, wenn der Alldeutsche Verband oder die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie oder der Deutsche Flottenverein agitierten.

Typisch dafür sind die Resultate betreffend die Verbindung von Alldeutschem Verband und Monopolen, zu denen ich kam, ohne an eine Analyse wie die,

⁶⁷ Wickel, H., I.-G. Deutschland. Ein Staat im Staate. Berlin 1932, S. 54f.

die wir jetzt unternehmen, zu denken, als ich die Propagandaorganisationen des Monopolkapitals untersuchte: „Zunächst ist festzustellen, daß, obgleich es sich hier um eine Organisation des Monopolkapitals handelt, dieses niemals stark in Erscheinung tritt. Aufgabe von Organisationen wie dem Alldeutschen Verband ist nicht die Propaganda der rein wirtschaftlichen Ziele des Monopolkapitals. Dazu dienen die eigentlichen Wirtschaftsorganisationen, wie Kartelle und Syndikate, Unternehmervereinigungen, Handels- und Industriekammern usw. Darum hält sich auch äußerlich das Monopolkapital aus Organisationen wie dem Alldeutschen Verband zurück: Mit Ausnahme von Hugenberg und Kirdorf ist kein großer Monopolkapitalist im Alldeutschen Verband hervorgetreten.⁶⁸ Und beide haben, wenn überhaupt, nur selten Aufrufe des Verbandes mit unterzeichnet. Sie waren Geldgeber, und sie haben, wenn Schwierigkeiten irgendwelcher Art entstanden, helfend eingegriffen.⁶⁹ Aber sie haben sich im ganzen während des halben Jahrhunderts der Wirksamkeit des Verbandes öffentlich zurückgehalten. Das war schon deswegen notwendig, weil der Alldeutsche Verband als erster der Monopol-Propagandaverbände auch zu der später von der NSDAP so erfolgreich gebrauchten List des gelegentlichen Angriffs auf das Finanzkapital griff, insbesondere in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, wobei dann häufig Großkapital und ‚Judenherrschaft‘ identifiziert wurden, während vor dem ersten Weltkrieg das Finanzkapital zumeist mit ausländischen Investitionen in den deutschen Kolonien gleichgesetzt wurde.“⁷⁰ Nur Vertreter der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl werden hier genannt.

Den Hauptfeind sah diese Gruppe im französischen Monopolkapital – denn Frankreich verfügte über vorzügliche Erze, und wenn man auch begann, sich einzukaufen, ging das langsam und kostete viel Geld . . . und weiterhin verlor man laufend gegenüber Frankreich an Einfluß in erzeichen Gebieten, mit denen man fest gerechnet hatte: Nordafrika.

Die Gruppe Kohle-Eisen-Stahl hatte engste Verbindung zum Militärapparat des Staates. Generäle und Industrielle waren auswechselbare Fürsprecher einer möglichst schnellen Aggression. Recht klar formuliert ihre Linie General v. Keim, Leiter des „Wehrvereins“ – nach dem die 1913 im Reichstag durchgepeitschte Große Heeresvorlage auch „lex Keim“ genannt wurde. Nach einem Zeitungsbericht über den ersten ordentlichen Verbandstag des „Wehrvereins“ 1912 in Erfurt heißt es: „General Keim aus Berlin betonte, daß der Weg

⁶⁸ Ein äußerst aktives Mitglied war Alexander Tille – aber nur vor seiner Anstellung als Generalsekretär des Saarländischen Unternehmerverbandes. Schwerindustrielle wie Kleine und Hilbck oder Breuer vom Langnamverein waren Mitglieder, ohne hervorzutreten, selbst wenn sie, wie Kleine und Leuschner, im Vorstand saßen.

⁶⁹ So berichtet *Clafß* in seinen Erinnerungen „Wider den Strom – vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich“, S. 48, von einem Streit mit einem anderen Alldeutschen, in den „gemeinsame Freunde wie Hugenberg, Kirdorf u. a.“ eingriffen.

⁷⁰ *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus. Bd. II, Berlin 1950, S. 17.

zur Einigung und Macht nicht mit Tintenfässern, Druckerschwärze und parlamentarischen Beschlüssen gepflastert war, sondern durch Blut, Wunden und Waffentaten bezeichnet ist. Staaten aber werden nur durch die Mittel erhalten, mit denen sie geschaffen wurden.“⁷¹ Eine Staatstheorie, die es notwendig macht, daß Deutschland ewig Krieg führen muß – denn das Deutsche Reich wurde im Kriege geschaffen, und so muß es immerdar durch Kriege am Leben gehalten werden. Aber auch der Wille zum Krieg reicht noch nicht aus. Zur gleichen Zeit schrieb der General im „Tag“: „Mit dem Willen zum Kriege muß auch der Entschluß zur rücksichtslosen Offensive verbunden sein, weil eben nur Offensive den Sieg verbürgt. Sie ist und bleibt die wirksamste Form, um den politischen Willen in militärische Taten umzusetzen. Deshalb ist es auch eine so wenig erfreuliche Erscheinung, wenn in Deutschland, das, wie ich kürzlich durchaus zutreffend las, ‚den gesichertsten Platz in der ganzen Welt einnimmt‘, es zum amtlichen und parlamentarischen Gebrauch geworden ist, stets von der ‚Verteidigung‘ seitens Deutschlands zu reden, für die es gerüstet sein müsse. Nein, zum Angriff muß Deutschland gerüstet sein, genau wie 1870.“⁷²

Hier ist alldeutscher Chauvinismus ins Extremste formuliert. Da Deutschland als Reich im Kriege geeinigt wurde, muß es auch vom Kriege leben. Und da die Offensive die beste Form des Krieges sei, muß es dauernd auf einen Offensivkrieg aus sein.

Bemerkenswert ist, daß in Aufrufen des „Wehrvereins“ die Industriellen stärker in den Vordergrund rücken als bei anderen Verbänden. Unter ihnen seien hier genannt nicht nur der auch beim Alldeutschen Verband und anderswo gelegentlich öffentlich auftauchende Kirdorf, sondern auch Mitglieder der schwerindustriellen Familien Pönsgen und Röchling, der Hamburger Bankier Max Warburg und der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Heineken.

Man kann abschließend sagen: Im großen und ganzen war – trotz zahlreichen Widerstandes auch aus Monopolkreisen – die deutsche Außenpolitik der Jahre vor dem ersten Weltkrieg die Politik von Kohle-Eisen-Stahl, die Politik der Schwer-, insbesondere der Rüstungsindustrie.

Das ist außerordentlich bemerkenswert.

Denn einmal muß man feststellen, daß, wenn auch das Monopolkapital seit dem Beginn des Jahrhunderts herrschte, es noch keineswegs das gesamte gesellschaftliche Leben beherrschte. Wie viele Vertreter des Großkapitals traten vor 1914 zum Beispiel noch in Handelskammerberichten, an den Universitäten, in politökonomischen Schriften offen und prinzipiell gegen das Monopolkapital auf!⁷³

Sodann konnte sich diese Monopolgruppe in keiner Weise auf innenpolitischer Linie gegenüber der Arbeiterklasse durchsetzen. Ganz im Gegenteil war sie seit dem Scheitern der Zuchthausvorlage durch den Kampf der Arbeiterklasse,

⁷¹ „Erfurter Allgemeiner Anzeiger“ vom 9. 11. 1912.

⁷² „Der Tag“ vom 16. 10. 1912.

⁷³ Vgl. dazu auch Bd. 13 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

aber auch durch Vertretung einer anderen, weniger offen (!) aggressiven und um so wirksameren Taktik von seiten gewisser Teile des Großkapitals auf diesem Gebiet in der Fortführung ihrer Politik gehindert worden.

Schließlich auch deswegen, weil zahlreiche monopolistische Kreise dieser außenpolitischen Linie von Kohle-Eisen-Stahl opponierten.

Niemand wird bestreiten, daß die Elektromonopole letztlich ebenso kriegerisch-aggressiv waren wie Kohle-Eisen-Stahl. Aber eben nur letztlich! Sie waren zweifellos erfolgreicher in ihrem aggressiven ökonomischen Kampf um die Weltherrschaft durch Waren- und Kapitalexport sowie internationale Abkommen. Sie hatten darum mehr Zeit als Kohle-Eisen-Stahl, um den Weltkrieg vorzubereiten. Sie wünschten, ohne sich über den objektiven Hauptgegensatz Deutschland – England klar zu sein, wenn es schon gegen Frankreich im Interesse der Schwerindustrie losging, England zumindest neutral zu halten und ebenso die Vereinigten Staaten von Amerika. War die AEG besonders eng mit dem USA-Monopolkapital verbunden, so Siemens mit dem englischen. Auf dieser Linie trafen sie sich mit den Frankfurter Banken, die besonders über amerikanische Beziehungen verfügten (Speyer, etc), den Hamburger Banken, die stärker auf England (Schröder, etc.), aber auch auf die USA (M. Warburg) orientiert waren, sowie mit einflußreichen Berliner Privatbanken wie insbesondere Bleichröder, die Berliner Handelsgesellschaft und Mendelsohn (obgleich sich die letzteren vor allem auf das Rußlandgeschäft konzentrierten). Ihnen schlossen sich die Schifffahrtstruste an, deren bedeutendster Vertreter Ballin als der Exponent der Verständigung mit England galt.

Es ist kein Zufall, daß Carl Fürstenberg, der Chef der Berliner Handelsgesellschaft, geschäftlich, politisch und persönlich engstens mit Emil wie Walther Rathenau und Albert Ballin verbunden war – und Fürstenberg seine Sporen bei Bleichröder verdiente . . . der Nachfolger Bleichröders war Schwabach, mit dessen Familie Fürstenberg eng befreundet war, und der als Leiter von Bleichröder von 1900 bis 1914, insbesondere über die Londoner Rothschilds, einer der hervorragendsten Vertreter der pro-englischen Linie war.

Die chemischen Monopole traten an Bedeutung hinter denen der Elektroindustrie zurück. Ihre Position war an sich eine ähnliche wie die der Elektroindustrie: Auf dem Weltmarkt waren sie noch stärker, waren in ihrer ökonomischen Aggression noch erfolgreicher, hatten mit dem Krieg also faktisch noch länger Zeit, ja brauchten ihn in absehbarer Zeit überhaupt nicht.

Zu ihnen gesellen sich solche Gestalten wie Robert Bosch, der noch am 31. Juli 1914 seiner Frau schrieb: „Wenn man gewiß wüßte, daß in absehbarer Zeit ein Krieg kommt, dann wäre es vielleicht besser, jetzt zu schlagen. Da man aber nicht weiß, ob sich ein Krieg nicht vermeiden läßt, da man wohl daran denken kann, daß einmal Deutschland und Frankreich und England sich nähern, um die Slawen zu bekämpfen, so ist ein Aufschub meines Erachtens vorzuziehen.“⁷⁴

⁷⁴ Heuß, Theodor, Robert Bosch – Leben und Leistung. Stuttgart und Tübingen 1946, S. 277.

Ferner ein großer Teil des Handelskapitals, das von der Linie Kohle-Eisen-Stahl eine Unterbrechung seiner Profiteinnahmen befürchtete.

Was Kohle-Eisen-Stahl betrifft, so waren sie keineswegs dagegen, daß England und die USA neutral blieben – aber sie waren weder bereit, um England zu neutralisieren, das ganz ungewöhnlich profitable Geschäft einer ständigen und schnellen Flottenvermehrung aufzugeben, noch mit der Auslösung des Krieges zu warten, bis England für eine Neutralität gewonnen war.

So unsinnig es wäre, dem deutschen Monopolkapital mehr Schuld am ersten Weltkrieg zu geben als dem englischen oder französischen oder russischen – so richtig ist es, die Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl in Deutschland dafür verantwortlich zu machen, daß der Weltkrieg bereits 1914 ausbrach. Die Herren von Kohle-Eisen-Stahl waren nicht bereit, länger zu warten. Darum entsprach es auch durchaus der Linie von Kohle-Eisen-Stahl, als sofort nach Kriegsausbruch in den „Alldeutschen Blättern“⁷⁵ jener berühmte „Waffensegens“ erschien, der mit den Worten beginnt: „Es ist eine Lust zu leben“, und der jenen furchtbaren Satz enthält, der doch ganz richtig die Gefühle aller Alldeutschen und der hinter ihnen stehenden Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl wiedergibt: „Die Stunde haben wir ersehnt – unsere Freunde wissen es –, wo wir vor die gewaltigste Schicksalsentscheidung gestellt werden, weil wir glauben und wissen, daß sie neben furchtbar Schwerem Rettung und Segen bringen wird. Nun ist sie da, die heilige Stunde! Der Atem der Welt stockt, und jedes Volk zeigt, was es ist.“

*

Wenige Wochen vor Ausbruch des ersten Weltkrieges begab sich der Kaiser auf seine seit langem geplante übliche Nordlandreise. Am 5. Juli hatte er sich zum 6. abends nach Kiel einen Gast bestellt. Sein Flügeladjutant notierte ins Tagebuch: „8 Uhr abends Abendtafel, zu der Gesandter Krupp von Bohlen und Halbach geladen war. Anschließend Unterhaltung bis 11 Uhr abends, dann Ruhe.“

Die Unterhaltung mit Krupp war so deutlich, daß anschließend Krupp zwei seiner Direktoren berief, um alle für den Krieg notwendigen Maßnahmen zu besprechen.

Sehr zurückhaltend, aber doch deutlich genug, lautete die schriftliche Aussage, die Krupp 1920 darüber machte⁷⁶:

„Nachdem Seine Majestät der Kaiser Anfang Juli in Kiel mir gegenüber zu erkennen gegeben hatte, daß die politische Lage ernst werden könne, falls – wider Erwarten – Rußland und England ihre Hand über die serbischen

⁷⁵ „Alldeutsche Blätter“, 24. Jahrg., Sondernummer, 3. 8. 1914.

⁷⁶ „Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 1. Unterausschuß, Beilage 1: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner“. Berlin 1920, S. 87.

Fürstenmörder halten sollten, hatte ich pflichtgemäß mit den beiden zuständigen Herren des Direktoriums der Firma Krupp AG vertraulich die Frage besprochen, ob zur Ergänzung der Bestände der Firma für den Mobilmachungsfall etwas zu geschehen habe.“⁷⁷

Wenige Wochen nach Ausbruch des ersten Weltkrieges empfängt der Reichskanzler Bethmann-Hollweg Walther Rathenau, Chef der AEG, um mit ihm dessen Kriegsziele zu besprechen, die vor allem die Vorherrschaft Deutschlands in Mitteleuropa beinhalten.

Und nun sehen wir uns noch das Namensregister von Ludendorffs Kriegserinnerungen an: Der Name Rathenau erscheint dort nicht – wohl aber Krupp (wie auch sein Direktor Rausenberger).

Die Linien sind klar gezogen: Alle Monopolisten tun alles, was sie können, um den Weltkrieg, nachdem er einmal ausgelöst, zu gewinnen. Alle sind für Annexionen, für Eroberung und Raub . . .

aber während Kohle-Eisen-Stahl dafür sind, die „Welt von Feinden zu vernichten“, West- und Nordfrankreich, Belgien, Luxemburg sich einzuverleiben, im Osten den Junkern freie Hand für Landraub zu lassen, und auf das engste mit der militärischen Führung zusammenarbeiten –⁷⁸

hat die Elektroindustrie die Konzeption, Deutschland in „Mitteleuropa“ unter der Voraussicht des Weiterbestandes eines starken England und Rußland in seiner Position soweit wie möglich zu festigen und sobald das erreicht ist, zu

⁷⁷ Vgl. dazu auch *Kuczynski, Jürgen*, Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Berlin 1957, S. 9.

⁷⁸ *Pinner, F.*, Deutsche Wirtschaftsführer. Charlottenburg 1925, S. 31, schildert diese Linie in seiner Studie über Stinnes so: „Der Schwerverdiener in der Kriegskonjunktur war wie alle seiner Art und seines Erfolges für Fortführung des Krieges bis zum endgültigen Siege. Er mit ein paar Andern träumte von Ausweitung des großen deutschen Industriereichs nach Westen, bis tief ins belgische, lothringische und normannische Industriebecken hinein. Das geschlossene westeuropäische Industrievier in einer einzigen Hand, und zwar in deutscher, mit Küsten, die aus dem nassen ‚Dreieck‘ bis an den Atlantic vorstießen, mit Briey-Erzen, mit gewaltigen Kartell- und Trustsmöglichkeiten wurde zur ‚nationalen Lebensnotwendigkeit‘ gestempelt und als solche Ludendorff und den andern militärischen Annexionisten suggeriert. Der Verteidigungskrieg wandelte sich, um gegen einen neuen Angriff Sicherheiten zu schaffen“, in den Eroberungskrieg, die psychologischen Augenblicke für einen möglichen Verständigungsfrieden, der Deutschland gestattet hätte, mit einigermaßen heilen Knochen aus diesem Krieg sich herauszuwinden, wurden verpaßt; hauptsächlich deswegen, weil die großen ‚realpolitischen‘ Wirtschaftsführer, von denen Stinnes der aktivste und mächtigste war, die deutsche Kraft überschätzend, die der Gegner unterschätzend, an den Realitäten vorbei in einen großmannssüchtigen Traum starteten. Und als dann die Illusion zusammenbrach, war es Hugo Stinnes, der in Ludendorffs Auftrag – Huldermann hat es in seinem Buch erzählt – keinen Andern als den vorher verhöhten ‚Wasserjuden‘ Albert Ballin, den schärfsten Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges und eifrigsten Mittler für einen Verständigungsfrieden, drängte, zu Wilhelm ins Hauptquartier zu fahren, um ihn auf die Wahrheit schonend vorzubereiten.“

einem Frieden zu kommen, wobei sie auf das engste mit dem Reichskanzler zusammenarbeitet.⁷⁹ – Daß dieser Friede nur solange dauert, bis man in einem zweiten Weltkrieg „den Rest der Welt“ erobert, ist für Monopole selbstverständlich; ebenso daß, wenn der erste Weltkrieg schon die Eroberung der Welt ihnen von Zeit zu Zeit als möglich erscheinen läßt, die Elektromonopole an Aggressivität hinter keiner anderen Monopolgruppe zurückstehen.

(Die chemische Industrie hat in dieser Zeit eine etwas schwankende Haltung – bereit mit dieser oder jener Gruppe zu gehen. Carl Bosch von der Badischen Anilin unterhielt während des ganzen Krieges über die Schweiz engste Verbindung zu den USA, während Carl Duisberg von Bayer-Leverkusen gelegentlich mehr zur Kohle-Eisen-Stahl-Gruppe tendierte; war er doch einer der Hauptorganisatoren der sogenannten „Adlon-Konferenz“ zum Sturze Bethmann-Hollwegs.)

Ferner: Auf innenpolitischem Gebiet billigt die Monopolgruppe um Rathenau die Linie des Kaisers („Ich kenne keine Parteien mehr“) und Bethmanns: Zusammenarbeit mit allen Verrätern der Arbeiterklasse in der Führung von Partei und Gewerkschaft – während die Gruppe Kohle-Eisen-Stahl auf der alten Herr-im-Hause-Linie verbleibt, sich weigert, Tarifverträge abzuschließen, irgendwelche Vertreter von Arbeiterorganisationen, seien sie auch noch so lakaienhaft, in kriegswirtschaftlichen Institutionen usw. anzuerkennen.

Richter bemerkt zu dieser Frage:

„Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit dem monarchistischen Staat, und besonders der Eintritt Schlickes in das Kriegsamt war nichts anderes, als eine Einreihung in die bürgerliche Bürokratie, wobei die sachlichen Kenntnisse dieser opportunistischen Führer sowie die demagogische Wirkung ihres Auftretens für die Bourgeoisie in dieser Situation unbezahlbare Dienste bedeuteten. Die Frage, ob man sich der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbeamten bedienen sollte, war für die Monopolherren lediglich eine taktische Frage, die von der Beurteilung der eigenen Klassenkräfte und der Festigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung abhängig war. Ende 1916 war der einflußreichste Teil des deutschen Monopolkapitals, voran die Schwerindustriellen⁸⁰

⁷⁹ Euler, Heinrich, Die Außenpolitik der Weimarer Republik 1918/1923. Aschaffenburg 1947, S. 275, legt diese Linie in seinen ausführlichen Bemerkungen über Rathenau so dar:

„Der Wirtschaftspolitiker des Reiches der Seele hielt den Gedanken eines deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverbandes für den einzigen politischen Gedanken, der im Kriege bis jetzt geäußert worden sei.

Schon bei Ausbruch der Feindseligkeiten hatte er diesen Gedanken persönlich dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg nahezubringen versucht.

An diesen Zollverband sollten sich nach seiner Meinung die Staaten des Ostens anschließen.

Er war für die Schaffung 5 ‚chemisch reiner‘ neutraler Staaten im Osten, ohne Heer und Außenpolitik mit internationaler Garantie.

Nach einer Vereinigung mit dem mitteleuropäischen Zollbund bildeten sie die wirtschaftliche Grundlage eines neuen Europas.“

⁸⁰ Wie Kirdorf, Stumm, Krupp, Thyssen und andere.

der Meinung, daß man auf die Mitarbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verzichten könne. Sie wollten das deutsche Volk nach dem alten Herr-im-Hause-Standpunkt regieren. Das fand vor allem in der Diktatur der OHL seinen politischen Ausdruck.

Ein anderer Teil, zu dem in zunehmendem Maße Industrielle bedeutender Exportindustrien gehörten⁸¹, hielt aus den unterschiedlichsten Motiven heraus die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften für nötig. Sie erkannten, daß sich die Volksmassen unter den Verhältnissen des Krieges nicht regieren lassen würden wie ein Kruppscher Betrieb oder eine Stinnessche Zeche.“

Und als Fußnote zum letzten Satz bemerkt er: „Diese beiden Konzeptionen im Lager der deutschen Bourgeoisie spiegeln sich auch in einem Schreiben des Unterstaatssekretärs der Reichskanzlei, Wahnschaffe, vom 24. 2. 1917 an Ludendorff wider. Während Ludendorff der Reichsregierung den Vorwurf der ‚Bevorzugung der Gewerkschaften‘ macht, weist Wahnschaffe darauf hin, daß die Regierung nur der Tatsache Rechnung trage, daß die Gewerkschaften ‚das Rückgrat der Politik des 4. August der Sozialdemokratischen Partei bilden, und im schärfsten Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft (Parteiopposition, spätere USPD, d. Verf.) und die noch weiter links stehende ganz extreme Spartakusgruppe stehen‘. Wahnschaffe fügte hinzu, daß die Regierung ‚zu weitgehende Wünsche der Gewerkschaften viel energischer bekämpft als diejenigen Abgeordneten, die industrielle Interessen zu vertreten pflegen‘.⁸² ⁸³ Richtig arbeitet Richter hier die Linie Kohle-Eisen-Stahl-OHL (Oberste Heeresleitung) heraus. Richtig auch die Linie Rathenau-Elektroindustrie-Wahnschaffe (rechte Hand von Bethmann-Hollweg und ganz auf dessen Linie).

Unrecht hat Richter, wenn er meint, daß es sich bei diesen Linien um taktische in dem Sinne handelt, daß man mal so und mal so kann. Denn bis zur Wandlung des Gewichts der jeweils von ihnen produzierten Produktionsinstrumente und Waffen insbesondere im Verlaufe des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit vertreten Kohle-Eisen-Stahl stets die eine und Elektro-Chemie die andere Linie – was nicht ausschließt, daß durch den Kampf der Werktätigen in der Novemberrevolution Kohle-Eisen-Stahl kurzfristig auf die Elektro-Linie gezwungen wurde oder daß, ebenso kurzfristig, Elektro-Chemie wie Kohle-Eisen-Stahl bei den Verhandlungen von Brest-Litowsk im großen und ganzen die gleiche Linie hatten. Mit vollem Verständnis für die Situation schreibt Richter selbst:

„Die Berliner Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern und den Konzernherren waren ebenso wie ihre Ergebnisse weitgehend von den Plänen Rathenaus beeinflußt . . .

⁸¹ Wie Stresemann, Rathenau und andere.

⁸² Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2272, Bl. 14–21.

⁸³ Richter, Werner, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914–1919). Berlin 1959, S. 88f.

Wir haben im Zusammenhang mit den Verhandlungen im Oktober 1918 gesehen, daß erst die Erkenntnis, daß die Revolution unmittelbar bevorstehe, auf seiten der Schwerindustriellen die Bereitschaft zu Verhandlungen mit der rechten Gewerkschaftsführung hervorbrachte und damit das letzte Hemmnis für gemeinsame Abmachungen zur Rettung der bestehenden Verhältnisse in der gesamten Großindustrie hinwegräumte. Die Pläne Rathenaus und sein Bericht über die Verhandlungen sowie das Einverständnis der rechten Gewerkschaftsbürokratie zeigen den ausschließlich konterrevolutionären Charakter dieser Verhandlungen auch von dieser Seite.⁸⁴

(Rathenau-) Elektro-Chemie setzten hier nur ihre Linie fort, an der sie – mit einer Unterbrechung eigener Art im Faschismus – bis in die fünfziger Jahre in Westdeutschland festgehalten haben, während Kohle-Eisen-Stahl von ihrer Linie, an der sie, soweit ihnen das möglich war, immer festgehalten haben, kurzfristig in mancher, längerfristig in anderer Beziehung, faktisch abgehen mußten.

Auch hat Richter nicht ganz recht, wenn er die Vertreter der Linie, mit den Arbeitervvertretern zusammenzugehen, „zunehmend Exportindustrielle“ nennt. Es war eben eine andere Gruppe des Monopolkapitals, die diese Linie vertrat, und das ist das entscheidende.

Je länger der Krieg dauerte, desto schärfer wurden im allgemeinen die Gegensätze dieser beiden Monopolgruppen. Während Kohle-Eisen-Stahl bis nach zwölf Uhr die Durchhaltepolitik vertraten – noch am 29. September 1918, als die Oberste Heeresleitung „sofortigen Waffenstillstand um einer Katastrophe vorzubeugen“ verlangte, erklärte gleichzeitig Hindenburg, daß man beim Friedensschluß die Annexion von Briey und Longwy durchsetzen“ müsse⁸⁵ –, drangen die Kräfte um Elektro-Chemie auf einen „gemäßigten Siegfrieden“, empörten sich über den Wahnsinn des U-Boot-Krieges und gründeten gegen die „Vaterlandspartei“ den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“.

Über die Vaterlandspartei, hinter der Kohle-Eisen-Stahl sowie die Oberste Heeresleitung standen, schreibt Richter:

„Ein besonderer Höhepunkt dieser schwerindustriell-großagrarischen Umtriebe war die Gründung der ‚Vaterlandspartei‘ am 2. September 1917 unter dem Initiator des uneingeschränkten U-Bootkrieges, Großadmiral von Tirpitz, und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp. Bereits in den ersten Aufrufen dieser ‚Vaterlandspartei‘ wurden Kämpfe um Verfassungsfragen als Gefährdung des Vaterlandes und Förderung der Feinde⁸⁶ und die belgische Frage als eine Lebensfrage für Deutschland⁸⁷ bezeichnet. Wilhelm II. und auch Hindenburg begrüßten die Bildung dieses extrem chauvinistischen Sammelbeckens.

⁸⁴ Ebenda, S. 225 und 228f.

⁸⁵ Vgl. Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Berlin 1928, Bd. 2, S. 405.

⁸⁶ Schultheß' „Europäischer Geschichtskalender“, S. 783.

⁸⁷ Ebenda, S. 905, „Aufruf der Vaterlandspartei“ vom 12. 10. 1917.

Das Sieges- und Annexions-Geschrei der Siegfriedenspartei war nicht allein das Produkt so reaktionärer Phantasten wie Tirpitz und Kapp. Auch Monopolisten vom Schlage Stinnes waren fanatisch auf den Hindenburg-Frieden eingeschworen. Groener schrieb über Stinnes: „Stinnes pochte auf den Sieg L.'s und war jeder anderen Meinung unzugänglich. Ich hatte im Sommer 1917 eine lange Unterredung mit Stinnes, um ihn zu überzeugen, daß L. wegen des ungeheuren Mißverhältnisses der Kräfte einen vollen Sieg nicht erringen könnte. Worauf Stinnes mir die Worte entgeschleuderte: «Und L. wird doch siegen!»“⁸⁸

Über die Gegenründung, die 12 Tage später erfolgte, bemerkt Richter: „An der Gründung des Volksbundes war die rechte Gewerkschaftsführung maßgebend beteiligt. Auf der Versammlung am 14. September 1917, die den Auftakt zur Gründung des ‚Volksbundes‘ bilden sollte, sprachen Friedrich Meinecke, Giesberts (vom Zentrum – J. K.) und Bauer von der Generalkommission. Giesberts und Bauer legten die innenpolitische Linie des ‚Volksbundes‘ als Durchhalteorganisation dar.⁸⁹ Außenpolitisch und hinsichtlich der Kriegsziele forderte Giesberts für Deutschland ‚seinen Platz an der politischen Sonne‘ und verwahrte sich dagegen, ‚in dem Bekenntnis zu einer Verständigung mit den anderen Völkern ein Bekenntnis zu einem sogenannten «Verzicht»-Frieden‘ zu sehen. ‚Wir vertrauen‘, rief Giesberts aus, ‚bezüglich der Erreichung des Kriegsendes der Schlagkraft und der Tatkraft unserer Armee. . . . Diese Armee wird uns ein Resultat des Krieges bringen, das uns den gesunden guten Verständigungsfrieden gibt, der Deutschland in der Welt die Entwicklung und Bewegungsfreiheit gewährt, die es verlangt und die es braucht.“⁹⁰ Und Bauer fügte hinzu: ‚Auch in der Frage des Friedensschlusses, der Kriegs- und Friedensziele schließe ich mich vollinhaltlich dem an, was meine Vorredner gesagt haben.“⁹¹ Gustav Bauer wurde zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Volksbundes gewählt. Legien trat in den sogenannten ‚Arbeitsbeirat‘ ein.“ Welche Monopolkonzeption hinter dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ wirklich steht – nämlich, nicht, wie Richter meint, die Durchhalte-um-jeden-Preis-Konzeption, enthüllt er selbst:

⁸⁸ *Groener-Geyer, D.*, General Groener, Soldat und Staatsmann. Frankfurt a. M. 1955, S. 374.

⁸⁹ Giesberts: „Meine Herren, ich plaudere kein Geheimnis aus, wenn ich sage, daß wir im letzten Frühjahr vor einer großen Katastrophe gestanden haben, welche durch die selbstlose, entschiedene, energische Art abgewendet werden konnte, mit der die Führer der Organisationen zu den Massen eilten, um ihnen Mut zum Durchhalten zu machen und sie von unbesonnenen Schritten zurückzuhalten. Es ist möglich, daß wir im Frühjahr 1918 einer ähnlichen Sachlage gegenüberstehen. Darum muß vorbereitende Arbeit geleistet werden.“ Und Bauer ergänzte: „Es reicht nicht mehr aus, . . . mit schönen Worten zum Durchhalten und zum Ertragen aller Widerwärtigkeiten und all der Not aufzufordern.“

Aus: Um Freiheit und Vaterland. Erste Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Gotha 1918, S. 14 und 36.

⁹⁰ Ebenda, S. 15/16.

⁹¹ Ebenda, S. 42.

„Die realistischer denkenden Kreise des Monopolkapitals glaubten ebenso wenig wie Groener an den Hindenburg-Sieg. So schrieb Walther Rathenau am 27. April 1917 an den Vertreter der Elektro-Radio-Industrie, Kommerzienrat Körting, daß auch er dafür sei, jede wie auch immer geartete Stärkung der zukünftigen Friedensposition rückhaltlos zu fordern und durchzusetzen, aber er lasse es noch dahingestellt sein, ob die Niederwerfung Englands gelänge.⁹² Angesichts der schlechten Kriegslage des deutschen Imperialismus, die sich im Jahre 1917 immer mehr herausentwickelte, strebten diese Kreise des deutschen Monopolkapitals einen imperialistischen Verständigungsfrieden an, was im Reichstag in der Erzbergerschen Friedensresolution zum Ausdruck gekommen war.

Die ideologischen Väter der neuen Konzeption, zu denen vor allem Walter Rathenau zählte, wollten beim Zustandekommen eines imperialistischen Verständigungsfriedens die eigentliche Entscheidung über den Kriegsausgang in der Zeit nach Friedensschluß erreichen. Sie gingen davon aus, daß nach dem Kriege in allen Ländern, auch den Entente-Ländern, mit sehr erheblichen Schwierigkeiten bei der Umstellung der Produktion auf die Nachkriegsaufgaben zu rechnen war. Sie betrachteten es als entscheidend, welches imperialistische Land den ‚Wirtschaftskrieg nach dem Kriege‘ gewinnen würde. Aus solchen Plänen heraus entstand die Rathenausche Vorstellung von der ‚Neuordnung der Wirtschaft‘.⁹³ Eine ganz besondere Bedeutung maßen diese Kreise der Stabilität der innenpolitischen Lage bei. Sie betrachteten die Haltung der Arbeiterschaft des eigenen Landes als den entscheidenden Faktor in den wirtschaftspolitischen Kämpfen der imperialistischen Staaten um die Vorherrschaft. In diesem Sinne schrieb Rathenau an Körting, der ein berühmter ‚Sozialistentöter‘ war: ‚Meine Auffassung von Optimismus besteht nicht darin, daß man den Gegner als schwächer ansehen muß, als er ist, sondern darin, daß, wie auch immer die Stärke des Gegners sich herausstellt, man an der Zukunft nicht verzagt, sondern auf neue Mittel sinnt, ihn zu bekämpfen. Ich teile deshalb die Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der deutschen Zukunft auch dann nicht, wenn die Versprechungen der Marine sich nicht voll verwirklichen. Vor allem aber teile ich nicht Ihre Meinung, daß die Zukunft den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Mittelpunkt ihrer Orientierung stellen soll.‘ Er glaube, daß es möglich sei, sagte Rathenau, mit der Sozialdemokratie zu einer Lebensverständigung zu gelangen.⁹⁴ In seinem Brief vom 21. April 1917 an Bethmann-Hollweg bezeichnete er es als eines der von ihm angeführten drei wichtigsten Momente, ‚der sozialistischen, insbesondere gewerkschaftlichen Bewegung ein ihrer Stärke entsprechendes produktives Arbeitsfeld zu geben und sie von reibendem und zerstörendem Leerlauf abzulenken‘.⁹⁵

⁹² Rathenau, Walther, Politische Briefe. Dresden 1929, S. 122.

⁹³ Vgl. dazu insbesondere Rathenau, Walther, Probleme der Friedenswirtschaft. Berlin 1917; ebenso seinen programmatischen Brief vom 1. 4. 1917 an Bethmann-Hollweg, a. a. O., S. 111–119.

⁹⁴ Rathenau, Walther, a. a. O., S. 123.

⁹⁵ Ebenda, S. 113.

Daß Rathenau mit solchen Gedanken nicht allein stand, beweist u. a. eine Zuschrift von Prof. Duisberg aus Leverkusen, einem der führenden Monopolisten der chemischen Industrie, der Groener anläßlich der Absetzung als Chef des Kriegs-amts sein Bedauern aussprach und sich ausdrücklich dagegen verwahrte, in der Öffentlichkeit für diesen Sturz verantwortlich gemacht zu werden.^{96 97}

Groener war bekanntlich der führende General der Gruppe Elektro-Chemie, der dann auch, als er zu offen auftrat, von Ludendorff abgesetzt wurde.

Am Ende des Krieges vereinen sich beide Gruppen kurzfristig – einmal, wie schon erwähnt, gelegentlich der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, und so-dann gewissermaßen in einer Minute des Wahnsinns, der an Hindenburgs Auf-forderung nach dem Zusammenbruch der Front zur Annexion von Briey und Longwy erinnert: Als Rathenau nach dem Zusammenbruch der Obersten Heeres-leitung am 7. Oktober in der „Vossischen Zeitung“ zum Levée en masse aufrief.⁹⁸

*

Die Jahre 1919 bis 1923 sind von heftigsten Kämpfen um die Macht zwischen Kohle-Eisen-Stahl und Elektro-Chemie erfüllt.⁹⁹

Dabei stehen drei Fragen im Vordergrund:

Inflation oder Stabilisierung der Währung,

Reparationspolitik: „Erfüllungspolitik“ oder „Sabotage“,

Taktik gegenüber den Organisationen der Arbeiterklasse.

Dabei stehen zwei Monopolistenführer im Vordergrund:

Rathenau, Stinnes.

In der bekanntesten fortschrittlichen bürgerlichen kulturpolitischen Zeitschrift der Nachkriegsjahre, der „Weltbühne“, schrieb der Wirtschaftspolitiker des großkapitalistischen „Berliner Tageblatt“, Felix Pinner, über Rathenau:

„Walther Rathenau, erwachsen aus der Welt einer großen und ursprünglich reinen Privat-Initiative, die durch Konzentration immer größere und mannig-facher gestaltete Komplexe um sich gruppierte, hat versucht, unter dem Ein-druck der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung und des Kriegssozialismus das überkommene Wirtschaftssystem in einer Mischform fortzubilden, die er – oder waren es Andre? – Planwirtschaft nannte. Er hat zu der Zeit, wo sich solche Gedanken in ihm und in der Nationalökonomie zu kristallisieren be-gannen, um die aufdämmernden gemeinwirtschaftlichen Ideale ein großes, geistreiches, gedankenüberfülltes und manchmal dunkles Buch: ‚Von kom-menden Dingen‘ geschrieben, auf dessen Grunde nur sehr wenig Konkretes, und dieses in ziemlich dürrer, nüchterner Gestalt lag. Immer, wenn man dieses Buch liest, glaubt man auf das Neue, das Wahre, das Wesentliche

⁹⁶ Groener-Geyer, D., a. a. O., S. 68.

⁹⁷ Richter, Werner, a. a. O., S. 124, 131f. und 128ff.

⁹⁸ So jedenfalls wurde sein Artikel allgemein aufgefaßt, auch wenn er ihm später einen anderen Sinn unterschieben möchte.

⁹⁹ Vgl. dazu insbesondere auch Bd. 16 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

zuzuschreiten, oft glaubt man ihm ganz nahe zu sein, und schließlich sagt man sich immer wieder enttäuscht, daß es doch nur wieder – Dialektik war. Als Rathenau später, beeinflußt übrigens und gestützt durch Andre, von der gemeinwirtschaftlichen Philosophie zur gemeinwirtschaftlichen Wirtschaft herabstieg, als er sich über die praktische Durchsetzung seiner Lehre konkreter verbreiten mußte – da trat der magere, zeugungsunfähige Kern seiner Gedanken, die Künstlichkeit seiner Konstruktion klarer zutage, und die Entwicklung ist dann in der Tat auch einen ganz andern Weg gegangen, als Rathenau ihn vorausgesagt und vorgezeichnet hatte: nicht zur Gemeinwirtschaft, sondern zum Trust. Und Rathenau, der den planwirtschaftlichen Gedanken so bestechend ausgedrückt hatte, hat, als er das Amt des Wiederaufbauministers übernahm, in ebenso einleuchtenden Worten gesagt, daß er auch anders könne, daß er in diesem Amt seine programmatischen wirtschaftspolitischen Ideen nicht zu verwirklichen suchen werde . . . Dem Dialektiker Rathenau, der doch seinen Schriften eine so stark ethisierende Färbung verliehen hat, fehlt das Ethos der großen Persönlichkeit, und im praktischen Leben gar endet sein so prachtvoll ausgedrücktes Sozialgefühl vor – den Büros der A.E.G.“¹⁰⁰

Pinner war mit Rathenau persönlich bekannt. Pinner war kein schlechter Wirtschaftsjournalist, wenn es galt, über Verflechtungen in der Wirtschaft oder Möglichkeiten der Ausnutzung von Steuergesetzen für Konzerne zu schreiben. Pinner konnte auch nicht ungeschickt über Vorder- wie Hintertreppenskandale, Bett- und Börsenabenteuer der Monopolisten plaudern. Aber, wie seine zitierten Ausführungen zeigen, von der Wirklichkeit eines staatsmonopolistischen Kapitalismus hatte er keine Ahnung.

Die ökonomische Konzeption Rathenaus war bestimmt durch sein Kriegserlebnis als führender Mitschöpfer des staatsmonopolistischen Kapitalismus in seiner bis dahin am höchsten ausgebildeten, am stärksten ausgeprägten Form. Dazu kommt als zweites Erlebnis die Novemberrevolution, das *Levé en masse* – aber nicht, wie er es am 7. Oktober 1918 gefordert hatte, zur Fortführung des Krieges, sondern wie es in der zweiten Novemberwoche geschah: zur Beendigung des Krieges, zur Revolutionierung der gesellschaftlichen, zur „Sozialisierung“ der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Daraus ergab sich für ihn die Fortsetzung der Linie seiner Monopolgruppe, die sie bereits im Kriege begonnen hatte: weitere bzw. auch im Frieden fortzusetzende Verschmelzung von Monopol und Staatsapparat unter Beteiligung der Organisationen der Arbeiterklasse soweit sie unter reformistischer, das heißt verräterischer, Führung standen.

Solcher Linie dienten „gemischt-“ und „gemeinwirtschaftliche“ Unternehmungen und Organisationen, an denen in dieser oder jener Form der Staat, die Monopole und die Vertreter von Arbeiterorganisationen beteiligt waren. Und an dieser Linie hielt diese Monopolgruppe während all den Jahren von

¹⁰⁰ Zitiert nach *Pinner, F.*, a. a. O., Charlottenburg 1925, S. 4f.

1919 bis 1923 fest. Sie konnte das um so leichter, als sie bis 1922 führend in der Regierung vertreten war. Rathenau selbst hatte verschiedene Ministerposten inne. Diese Linie vertrat er beim Aufbau des Kohlenmonopols in Form einer Organisation mit staatlicher Spitze, auf der auch Arbeitervertreter balancieren durften, vertrat er auch beim Wiesbadener Abkommen, unter dem die Reparationslieferungen von privaten Monopolen unter staatlicher Aufsicht mit gewerkschaftlichen Ornamenten geschehen sollten. Diese Linie vertrat er bei jeder anderen Gelegenheit – etwa in seiner Zustimmung zum Betriebsrätegesetz insofern es Arbeiterorganisationsvertreter im Aufsichtsrat vorsah oder in seiner offenen Befürwortung der Vertretung der SPD in der Regierung, auch wenn es gelegentlich ohne sie ging, was aber keineswegs Rathenau dazu bringt, irgendeine neue Linie in der Sozial- oder Lohnpolitik entwickeln zu wollen, weshalb Pinner auch ganz unrecht hat, wenn er Rathenau vorwirft, mit seinem „Sozialgefühl“ vor den Büros der AEG haltzumachen.

Was die Reparationspolitik von Elektro-Chemie betrifft, war sie ausgerichtet auf Verständigung mit den „alliierten“ Monopolen – wobei den englischen Monopolen der Vorzug vor den französischen und den amerikanischen der Vorzug vor den englischen gegeben wurde. Wie weit diese Monopolisten zu gehen bereit waren, wie weitgehend sie sich dem amerikanischen Monopolkapital zeitweilig unterordnen wollten, um eine weltpolitisch neue Linie gegenüber der „französischen Entente“ zu entwickeln, zeigt Gescher auf Grund amerikanischer Akten auf:

„Am 10. April (1921 – J. K.) telegraphierte Dresel¹⁰¹, daß er eine vertrauliche Unterredung mit dem deutschen Wiederaufbauminister, Walther Rathenau, gehabt habe. Rathenau habe ihm auseinanderzusetzen versucht, wie Deutschland die alliierten Schulden an Amerika übernehmen könne, ohne daß die Vereinigten Staaten im Nichterfüllungsfalle ihren Anspruch gegen ihre Erstschuldner verlieren müßten. Zusammen mit der internationalen Anleihe, von der in dem deutschen Memorandum die Rede war, und die 9–10% Zinsen abwerfen solle, würde die Übernahme der alliierten Schulden den Pariser Forderungen von 226 Milliarden entsprechen. Auf diese Weise würde Deutschland die Hauptforderung der Pariser Resolution annehmen, könne sich aber über die Zahlungsmodalitäten noch unterhalten. Rathenau habe versucht, diesen Plan zur Grundlage für das deutsche Programm auf der unglückseligen März-Konferenz in London zu machen, habe sich aber im Kabinett nicht durchsetzen können. Nur Reichsminister Wirth habe ihn unterstützt. Das Hauptgegenargument seiner Kabinettskollegen sei gewesen, daß Amerika nie auf diesen Plan eingehen würde. Rathenau sei überzeugt, daß, wenn er in irgendeiner Form einen ermutigenden Wink von der Republikanischen Regierung in Washington bekäme, er das Kabinett umstimmen könne.“¹⁰²

Was Rathenau mit diesem außerordentlich hohen Angebot bezweckte, ist leicht zu erraten. Er wollte das Schuldverhältnis zu den alliierten Regierungen in

¹⁰¹ E. L. Dresel, amerikanischer Geschäftsträger in Berlin – J. K.

¹⁰² National Archives, Dresel Telegram, April 10, 1921, 46200 R 29/1043.

ein Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten einerseits, und zu privaten Geldgebern andererseits verwandeln. Selbst dieser verständigungswillige deutsche Minister sah keine Möglichkeit, mit Frankreich in der Reparationsfrage zu einer Lösung zu kommen. Um Frankreich gegen Amerika als Verhandlungspartner auszutauschen, war er bereit, einen hohen Preis zu zahlen.

In Washington besprachen Mr. Cumberland von der Außenhandelsabteilung des ‚State Department‘ und Mr. Wadsworth vom Finanzministerium den Rathenau-Plan und hielten die Angelegenheit für wichtig genug, Außenminister Hughes vorzuschlagen, Finanzminister Mellon zu Rate zu ziehen. Im übrigen waren sich die beiden Herren einig, daß der Plan politisch und finanziell gesehen grotesk sei und nichts weiter als einen Versuch darstelle, die Vereinigten Staaten in den Reparationsstreit hereinzuziehen und ein wirtschaftliches Interesse Amerikas an Deutschlands Prosperität zu begründen. Hughes selbst lehnte den Plan nicht nur ab, sondern ging überhaupt nicht auf ihn ein . . .¹⁰³

Die Versuche der deutschen Regierung, Washington zur Intervention zu bewegen, waren noch nicht am Ende. Am 20. April richtete Berlin ein feierliches Bittgesuch um Vermittlung in der Reparationsfrage an die amerikanische Regierung. Deutschland unterwarf sich bedingungslos der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten.¹⁰⁴ Dieser außerordentliche und gewagte Schritt der deutschen Regierung war fraglos aus Verzweiflung geboren. Außenminister Simons rechnete innerlich nicht mit einer Annahme des Gesuches, aber er wollte, wie er Dresel sagte, nichts unversucht lassen.¹⁰⁵ Weniger als 24 Stunden später erhielt Dresel die Antwort, in welcher Washington eine Schiedsrichterrolle ablehnte, stattdessen aber in Anbetracht der ernststen Lage Deutschlands dringend riet, die direkten Verhandlungen wieder aufzunehmen und solche neuen Vorschläge zu formulieren, die eine tatsächliche Basis für eine Diskussion bieten würden. In diesem Falle würde es die amerikanische Regierung in Erwägung ziehen, den deutschen Vorschlag in einer den Alliierten genehmen Form in London und Paris zu unterbreiten und unter Umständen sogar an den Verhandlungen teilzunehmen.¹⁰⁶

Ohne Zögern ging die deutsche Regierung auf das amerikanische Angebot, so zurückhaltend es auch war, ein. Am 24. April telegraphierte Dresel die neuen deutschen Vorschläge nach Washington.“^{107 108}

¹⁰³ National Archives, Memorandum by W. W. Cumberland of the Office of the Foreign Trade Adviser, April 10, 1921, Deminal 46200 R 29/624.

¹⁰⁴ Foreign Relations of the United States, Dresel to the Secretary of State, Berlin Tel., April 20, 1921, Bd. II, Washington D.C., S. 41.

¹⁰⁵ Foreign Relations, Dresel to the Secretary of State, Berlin Tel., April 20, 1921, Bd. II, S. 42.

¹⁰⁶ Foreign Relations, The Secretary of State to Dresel, Wash. Tel., 1. Telegramm abgeschickt um 5 – p.m., 2. um 6 – p.m., April 21, 1921, Bd. II, S. 44–45.

¹⁰⁷ Foreign Relations, Dresel to the Secretary of State, Berlin Tel., April 24, 1921, Bd. II, S. 46–48.

¹⁰⁸ Gescher, D. B., Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924. Bonn 1956, S. 60ff.

England und Frankreich lehnten natürlich ein solches Abkommen ab. Doch ist der ganze Vorgang kennzeichnend für die Haltung dieser Monopolgruppe. Entsprechend war auch ihre Haltung zur Inflation. Sie war nicht anti-inflationistisch aus Prinzip, erst recht nicht deflationistisch eingestellt. Aber seit 1920 etwa meinte sie, genügend von der Inflation profitiert zu haben, trat im allgemeinen für Stabilisierung der Währung ein und verlangte allgemein eine „Sanierung der Finanzen“.

Ganz im Gegensatz dazu stand bekanntlich und tausendfach bewiesen¹⁰⁹ die Linie der Monopolgruppen Kohle-Eisen-Stahl. So schildert zum Beispiel Vallentin in ihrer Stresemann-Studie: „Als einmal Stinnes dem belgischen Mitglied der Reparationskommission sagte, die deutsche Industrie brauche die Inflation zur Hebung ihrer Leistungsfähigkeit – die Mark stand damals auf 6000 –, ließ Haguenin in einem Wutausbruch Stinnes, zu dem er persönlich in ausgezeichneten Beziehungen stand, erklären, er hoffe, „Herr Stinnes würde nicht eines Tages eine so verbrecherische Dummheit am eigenen Leibe zu bereuen brauchen“.“¹¹⁰

Doch auf dieser Linie arbeitete Stinnes bis zum Ende des Jahres 1923. Und mehr: Nicht nur war es die Linie von Kohle-Eisen-Stahl, die Inflation immer weiterzutreiben. Während diese Monopolgruppe ihre Herr-im-Hause-Politik, ihre Politik der Nichtanerkennung von Arbeiterorganisationen, der Ablehnung von Tarifverträgen usw. nicht gegenüber der Linie Elektro-Chemie durchsetzen konnte, insbesondere natürlich, weil sie hier auf den stärksten Widerstand der Arbeiterklasse stieß – während sie auch in der Frage der „gemischt-“ und „gemeinwirtschaftlichen“ Unternehmungen geschlagen und der Linie Elektro-Chemie weitgehend nachgeben mußte . . . gelang es ihr mit Hilfe eines Teiles des Staatsapparates – Reichsbank auf Linie Kohle-Eisen-Stahl, Kabinett auf Linie Elektro-Chemie –, die Inflation, nach gewissen Stabilisationsphasen, immer von neuem weiterzutreiben.

Auch auf dem Gebiet der Reparationspolitik konnte sich die Linie Kohle-Eisen-Stahl kurzfristig 1923 durchsetzen – aber nicht länger.

Fassen wir den Kampf der Monopolgruppen untereinander in den Jahren 1919 bis 1923 noch einmal zusammen, dann kann man sagen:

Gegenüber den Jahren von der Jahrhundertwende bis kurz vor Ende des Krieges hatte die Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl an Position verloren: Sie gab nicht mehr den Ausschlag innerhalb des Monopolkapitals.

Die Elektroindustrie hatte die stärkste Position unter allen monopolisierten Industrien, hatte den stärksten Einfluß auch auf die Regierung, konnte sich jedoch, selbst im Bündnis mit den Chemiemonopolen, nicht soweit durchsetzen, daß sie die gleiche Position der Stärke von 1919 bis 1923 wie Kohle-Eisen-Stahl von 1900 bis 1918 innehatte. Aber daß Elektro-Chemie in den

¹⁰⁹ Vgl. dazu auch Bd. 16 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

¹¹⁰ Vallentin, A., Stresemann. Leipzig 1930, S. 70.

Jahren 1919 bis 1922 im ganzen stärker waren als Kohle-Eisen-Stahl, daran kann nicht gezweifelt werden.

Gleichzeitig darf man niemals vergessen, daß alle Monopolgruppen fundamentale gemeinsame Interessen hatten, und daß auch im einzelnen Monopolisten der einen Gruppe aus den verschiedensten Gründen teilweise oder ganz zu der anderen Gruppe „überliefen“. Man braucht nur an die zwielichtige politische und die sehr klare ökonomische Verbindung von Siemens (Elektroindustrie) und Stinnes während einiger Zeit in den hier betrachteten Jahren zu denken.

*

In seinen bisweilen ausgezeichnet treffenden, zumeist aber recht oberflächlichen, doch über die Oberfläche vielfach gut informierten Ausführungen zur Frage „Wem gehört Deutschland“, zitiert und kommentiert Pritzkolet einen Artikel von Jan Bargenhusen in der „Weltbühne“ vom 11. August 1931 (unter seinem richtigen Namen Dr. Erwin Topf schrieb dieser Bargenhusen im „Berliner Tageblatt“) über die Rolle des I.G.-Farbenkonzerns in der Weimarer Republik:

„Unser Reichsarbeitsminister, Herr Adam Stegerwald“, hebt sein Artikel an, „mag es als persönlichen Erfolg für sich buchen, daß die Kandidatur des Geheimrats Schmitz von der IG Farben für den Posten des Reichswirtschaftsministers nach einem heftigen Ausfall des «Deutschen» gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist. «Der Deutsche» nämlich, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, wollte keinen neuen Wirtschaftsminister. Man glaubt wohl bei den «Christen», daß Adam Stegerwald das wirtschaftliche Ressort im Reichskabinett am besten auch weiterhin allein verwalten könne.

Der Finanzdirektor bei der IG Farben, Geheimrat Schmitz, wird freilich nicht sehr traurig darüber gewesen sein, daß er gar nicht erst in die Verlegenheit gekommen ist, sich über seine Bereitwilligkeit, als Wirtschaftsminister dem Reich zu dienen, positiv oder negativ zu äußern. Er bleibt weiter im Hintergrund als der unverantwortliche Ratgeber der Reichsregierung in allen wirtschaftlichen Fragen. Und diese Stellung ist ja für ihn in jeder Hinsicht bequemer und angenehmer als die Verwaltung eines Ministerportefeuilles.

Weshalb soll sich der Farbentrust exponieren, wenn die Dinge ohnedies schon soweit in Ordnung sind, daß gegen seinen Willen kein Sperling von den Dächern der Wilhelm-Straße fällt? Was soll der IG schon passieren? Das mächtigste wirtschaftliche Reichsressort – Adam Stegerwald, der nur in den Außenbezirken der Wirtschaftspolitik gebieten darf, ist dort fast ohne jeden Einfluß – bleibt ja doch, besonders in kritischen Zeiten, das Finanzministerium. Und da ist, bei der wechselseitigen großen Schätzung, die Schmitz und Dietrich füreinander empfinden, die Sache der IG Farben bestens aufgehoben. Es ist ja noch gar nicht so lange her, daß der «persönliche Referent» des Reichsfinanzministers, sein Vorzimmermann also, ein Oberregierungsrat, das Geheim-

nis dieser Beziehungen ausgeplaudert hat: Wer die Dinge etwas näher kenne, so schrieb er, der wisse auch, daß die Großindustrie bei dem Erlaß der Wirtschaftsnotverordnungen der Ministerialbürokratie still mitgearbeitet habe. So sehen diese Verordnungen denn ja auch aus.

Allmählich hat es sich nun herumgesprochen, daß die IG Farben, und mit ihr die übrige Großindustrie, selbst in den Zeiten des Unglücks und der Krise eine reiche Ernte an wirtschaftspolitischen Errungenschaften hat halten können. Mögen andere Hunger leiden – ihre Krippen werden von den Wirtschaftsministerien immer wieder aufs neue gefüllt. So schlimm hat man es beim Reich zugunsten der Leuna-Leute getrieben, beim Benzinzoll und bei der Einfuhrsperre für Stickstoff, daß selbst eines der sanftesten Regierungsblätter aufbegehrte. Welchem Faktum wir das bittere, aber berechnete, Wort vom «IG Deutschland» verdanken.'

Das ‚sanfte Regierungsblatt‘, von dem Bargenhusen spricht, war das Berliner Tageblatt, und der Autor, der das ‚bittere, aber berechnete Wort vom «IG Deutschland!» – von der Interessengemeinschaft Deutschland – geprägt hatte, war, wenn wir uns recht erinnern, niemand anders gewesen als Bargenhusens alter ego, sein anderes Ich: Erwin Topf, der nämliche Topf, in dem heute die ‚Zeit‘ – auch wieder ein Regierungsblatt, wenngleich nicht eben ein sanftes – das wirtschaftspolitische Süppchen der Offiziellen und Hochmögenden auf dem Feuer hält.

Doch das nur nebenbei.

Viel wichtiger scheint uns einerseits die Tatsache, daß ein bürgerlicher Journalist, dessen Pseudonym nicht nur in Fachkreisen bekannt war, im Jahre 1931 den Mut aufbrachte, die Machtstellung des Farbentrusts und die Ohnmacht der Regierung mit der Feststellung festzunageln, daß gegen den Willen des Trusts ‚kein Sperling von den Dächern der Wilhelmstraße‘ falle; andererseits aber der Umstand, daß er nicht ahnte, wie wenig mit der Erledigung der Kandidatur Schmitz die Frage ihrer Regierungsbeteiligung auch für die IG Farbenindustrie abgetan war.

Adam Stegerwald war als Verwalter des ‚wichtigsten wirtschaftlichen Reichsressorts‘, des Reichsarbeitsministeriums, sicherlich ein mächtiger Mann und seine Zeitung, das Blatt der Christlichen Gewerkschaften, ‚Der Deutsche‘, ein publizistisches Organ, dessen Bedeutung im reziproken Verhältnis zur Zahl seiner Leser stand, also sehr groß war. Gleichwohl – es gab Mächte, mit denen der Minister sich nicht messen konnte: Knapp zwei Monate, nachdem Topf-Bargenhusen in der Weltbühne geschrieben hatte, daß die Kandidatur des IG-Farben-Magnaten Hermann Schmitz ‚gänzlich von der Bildfläche verschwunden‘ sei, am 9. Oktober 1931, wurde ein anderes Mitglied des IG-Farben-Vorstandes, Professor Dr. Hermann Warmbold – seit Januar 1922 Vorstandsmitglied der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik (BASF), die im Dezember 1925 unter Übernahme der führenden Chemie-Unternehmen zur IG Farbenindustrie umgegründet worden war – von Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning als Wirtschaftsminister in sein zweites Kabinett berufen.

In dieser kurzlebigen Regierung (9. Oktober 1931 – 30. Mai 1932) amtierte neben ihm noch Adam Stegerwald als Arbeitsminister.

Herr von Papen, Brünings Nachfolger im Kanzleramt (1. Juni – 17. November 1932), hatte für den Gewerkschaftler Stegerwald, mochte er noch so christlich sein, keine Verwendung mehr. Er berief einen Fachmann, den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgerichts, Dr. Hugo Schäffer, als Arbeitsminister. Bei Warmbold aber war es ein ander Ding. Der IG-Farben-Professor blieb auch in Papens ‚Kabinetts der Barone‘ Wirtschaftsminister. Und als Papen abtreten mußte, übernahm ihn der General von Schleicher, der zu seinem Unglück nach der Kanzlerwürde gegriffen hatte – er hielt sich nur acht Wochen (3. Dezember 1932 – 28. Januar 1933) und wurde beim großen Aufwaschen, dem der SA-Stabschef Röhm zum Opfer fiel, von den Nazis erschossen –, in der gleichen Funktion, als Reichswirtschaftsminister, in die Regierung . . .

Topf-Bargenhusens Verdienste um die Historiographie der IG werden dadurch nicht geschmälert, daß er es unterließ, daran zu erinnern, daß auch der Versicherungsfachmann Professor Paul Moldenhauer – der Kölner Volksparteiler, der vom 23. Dezember 1929 bis zum 27. März 1930 unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller und vom 30. März bis zum 20. Juni 1930 im erten Kabinetts Brüning als Finanzminister des Reiches amtierte – der IG-Farbenindustrie manchen Gefallen tun konnte. Beispielsweise war seinem Einfluß das Zustandekommen jenes Geheimvertrags zwischen Reich und IG zu verdanken, der die Ausgleichsabgabe auf inländische Treibstoffe, die allgemein 3,80 RMark je Doppelzentner betrug, für die Leuna-Produktion auf 10 Pfennig festsetzte. Erst im Juni 1932 setzte die Konkurrenz durch, nicht etwa, daß die IG Farben ebensoviel zahlen mußte wie sie, sondern daß alle nur noch den geringen Satz von 0,10 RMark als Ausgleichsabgabe abzuführen hatten. Allerdings währte die Freude nur dreieinhalb Monde. Dann wurde die Ausgleichsabgabe für alle auf 1 RMark fixiert.

Inzwischen waren jedoch die Benzinzölle erhöht worden. Ein Segen für die Inlandsproduzenten, namentlich für die IG. Denn, so schrieb 1932 Helmut Wickel in seinem Buch ‚IG Deutschland. Ein Staat im Staate‘: ‚Allein die in der Notverordnung vom Juni 1931 festgesetzte Erhöhung der Benzinzölle bedeutet für die IG bei einer Produktion von 100000 t Benzin eine Subvention von 8 Mill. Mark. Steigert sie nun ihre Produktion auf 300000 t, so hat sie durch diese eine Notverordnung einen Überverdienst von rund 24 Mill. Mark. An den vorhergegangenen Zollmaßnahmen gegen die Erdöleinfuhr hatte sie natürlich auch schon verdient. Die Finanzberatung der Regierung durch Hermann Schmitz ist also für den Farbentrust recht einträglich.‘

Auf dergleichen Einzelheiten kam Jan-Erwin, wie gesagt, nicht zu sprechen. Er hatte sie nur angedeutet: Sowohl die kalte Subventionierung der Benzinproduktion, die auf zollpolitischem Wege geschah, wie auch die Einfuhrsperre für Stickstoff – verfügt in einer durch die Drohung der Firma erzwungenen Notverordnung des ersten Kabinetts Brüning: sonst müsse das Leuna-Werk

stillgelegt werden – welche zur Folge hatte, daß der Stickstoffpreis um 66 Prozent stieg.

Aber was nützte die publizistische Kanonade, die Topf-Bargenhusen und ein paar Gleichgesinnte gegen den ‚Staat im Staate‘ eröffnet hatten? Im Berliner Zeitungsviertel war ihr Echo noch nicht verrollt, als an die Seite des im wahrsten Sinne Geheimen Rats Schmitz, des geheimen Wirtschaftsberaters der letzten Weimarer Regierungen, als Wirtschaftsminister der IG-Farben-Mann Warmbold trat. Ein hochelastischer Politiker, der nicht nur Bilanzen, sondern auch in den Sternen des politischen Himmels zu lesen verstand. Er machte die Entdeckung, daß nicht mehr der Freihandel, den Carl Duisberg jahrzehntelang als nationale Notwendigkeit proklamiert hatte, für Deutschland und die IG vonnöten, sondern daß dem Reich und dem Staat im Staate besser mit dem von der Landwirtschaft geforderten System der Autarkie gedient sei. Zwar würden dadurch nicht nur die Getreide-, sondern auch die Stickstoffpreise ‚angehoben‘, die Düngemittel also verteuert werden. Aber was verschlug das schon? Im dritten Quartal des Jahres 1932 – als Warmbold Wirtschaftsminister war – übernahm das Reich die Ausfallbürgschaft für den Herbstbezug von stickstoffhaltigen Düngemitteln. Warmbolds Firma, die IG Farbenindustrie, brauchte nicht mehr wie die tausend und abertausend Lieferanten in den ländlichen Kleinstädten um ihr Geld zu zittern; schlimmstenfalls würde das Reich einspringen.“¹¹¹

In dem entscheidenden Punkt hat Pritzkoleit recht: Im Laufe der Periode der relativen Stabilisierung erstarkt die chemische Industrie in solchem Maße, daß

wir jetzt statt von der Gruppe Elektro-Chemie von der Gruppe Chemie-Elektro sprechen müssen –

wir jetzt wieder eine Monopolgruppe haben, deren Position wohl so stark ist, wie die von Kohle-Eisen-Stahl in den Jahren 1900 bis 1918.

Die neue Stellung der IG Farben kommt auch darin zum Ausdruck, daß an die Spitze der mächtigsten Unternehmerorganisation Deutschlands, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, an der seit Kriegsende der Krupp-Direktor Kurt Sorge gestanden hatte – noch hatte die Tradition eine solche Wirkung gehabt, daß auch nach dem Kriege, trotz der so gewaltig gewachsenen Bedeutung der Position Elektro-Chemie ein Schwerindustrieller an der Spitze stand, allerdings mit einem Elektromann, mit Carl Friedrich v. Siemens als Stellvertreter – jetzt Carl Duisberg von IG Farben trat.

Ganz lächerlich dagegen ist die Bedeutung, die Pritzkoleit der Tatsache beimißt, daß Bargenhusen-Topf nicht ahnte, daß die IG zwei Monate nach der „Erledigung der Kandidatur Schmitz“ ihren Mann Warmbold in die Regierung entsenden würde.

„Die Beziehungen zwischen Industrie und Politik“ sind wesentlich komplizierter als man im allgemeinen annimmt und es ist notwendig, jetzt, wo wir

¹¹¹ Pritzkoleit, Kurt, a. a. O., Wien, München und Basel 1958, S. 549 ff.

das höchste Stadium bürgerlicher parlamentarischer Demokratie, das die deutsche Geschichte kennt, nämlich die Weimarer Republik in der Periode der Relativen Stabilisierung erreicht haben, diese Frage näher zu untersuchen. Überprüfen wir zunächst die Beteiligung der Industrie am Parlament. Aus Rosenbaums Studien entnehmen wir folgende Zahlen¹¹²:

Industrielle, Kaufleute und Gewerbetreibende in preußischen und deutschen Parlamenten

Parlament	Prozent der Abgeordneten
Deutsche Nationalversammlung 1848	6,5
Preußische Nationalversammlung 1848	19,5
Preußisches Abgeordnetenhaus 1858	4,3
Preußisches Abgeordnetenhaus 1868	6,5
Zollparlament 1868	9,5
Reichstag 1871	8,0
Reichstag 1881	12,9
Reichstag 1893	16,2
Reichstag 1903	12,4
Reichstag 1913	11,9
Deutsche Nationalversammlung 1919	10,0

Liesebach berechnet speziell für die Industriellen in deutschen Parlamenten¹¹³:

Parlament	Prozent der Abgeordneten
Nationalversammlung 1848	1,6
Nationalversammlung 1919	2,5
I. Legislaturperiode 1920	5,0
II. Legislaturperiode 1924	4,5
III. Legislaturperiode 1924	7,0
IV. Legislaturperiode 1928	4,5
V. Legislaturperiode 1930	3,0
VI. Legislaturperiode 1932	2,0
VII. Legislaturperiode 1932	2,5

Vergleichen wir 1848 und 1913, dann ist der Prozentsatz der „Kaufleute, Industriellen und Gewerbetreibenden“ unter den Abgeordneten zwar absolut gestiegen, unter Berücksichtigung der relativen Stärke der entsprechenden Wirtschaftszweige gegenüber der Landwirtschaft jedoch relativ zurückgegangen. Das gilt natürlich erst recht für 1919! In der Weimarer Republik stieg der Prozentsatz der Industriellen-Abgeordneten von 1919 bis 1924 sehr beachtlich, um dann wieder auf das Niveau von 1919 abzusinken. *1932 war die Zahl der Industriellen im Parlament, genau wie 1919, wesentlich geringer als 1848, wenn wir die gewaltig gestiegene Bedeutung der Industrie in Deutschland von*

¹¹² Rosenbaum, L., Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den Deutschen und Preußischen Parlamenten 1847 bis 1919. Frankfurt a. M. 1923.

¹¹³ Liesebach, I., Der Wandel der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie von 1918 bis 1945. Hannover 1947, S. 43 ff.

1848 bis 1919 berücksichtigen. Man kann also eindeutig feststellen, daß der enorm gestiegene Einfluß der Industrie von der bürgerlichen Revolution 1848 bis zum staatsmonopolistischen Kapitalismus der Weimarer Republik nicht in entsprechend stärkerer parlamentarischer Beteiligung der Industriellen zum Ausdruck kommt. Auch die Ausweitung des staatsmonopolistischen Kapitalismus von 1919 bis 1932 findet sich nicht so reflektiert.

Genauer zu untersuchen ist noch die Verstärkung der Vertretung von 1919 bis 1924. In dem über die wahren „Beziehungen von Wirtschaft und Staat“ denkbar uniformierten und keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse bringenden Buch von Liesebach heißt es (zum wievielten Male in der bürgerlichen Literatur?) über die Beziehungen von Rathenau und Stinnes:

„Die Trennung zwischen Rathenau und Stinnes hatte Gründe, die über die nur unterschiedliche Beurteilung der notwendigen politischen Maßnahmen der Tagespolitik hinausgingen und sich auf die grundsätzliche Frage der Wirtschaftsordnung erstreckten. „Erwachsen aus der Welt einer großen und ursprünglich reinen Privatindustrie, die durch Konzentration immer größere und mannigfaltigere Komplexe um sich gruppierte, hat (Walther Rathenau) versucht, das unter dem Eindruck der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung und des Kriegssozialismus überkommene Wirtschaftssystem in einer Mischform fortzubilden, die er «Planwirtschaft» nannte.“¹¹⁴

In diesem Punkt war Rathenau von der übrigen Industrieführerschaft abgerückt. Er stand somit als Zeichen einer neuen Auffassung – einer Gestaltwandlung – da, die ihn aus der hier notwendigen Betrachtungsweise heraus als ‚ersten‘ Manager erscheinen läßt (im Burnham’schen Sinne).

In diesem Licht sind auch die Gegensätze zwischen ihm und Stinnes, die sich aus der Diskussion der gegebenen politischen Tagesfragen ergaben, zu sehen. Die Primatsfrage, wem der Vorrang gebühren sollte, der Politik (dem Staat) oder der Wirtschaft, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Die Wege, die von beiden aufgezeigt wurden, waren grundverschieden. Rathenau verfolgte mit seiner Erfüllungspolitik den ‚Staaterhaltungsgedanken‘, während Stinnes ihm mit der Ansicht der ‚grundsätzlichen Nichterfüllung vor der Vertragsrevision‘ gegenübertrat und die ‚Präponderanz des wirtschaftlichen Substanzerhaltungsgedankens‘¹¹⁵ forderte.

Rathenau vertrat den Primatsgedanken des Staates vor der Wirtschaft, Stinnes sprach an erster Stelle der Industrie die Fähigkeit und das Recht zu, die politische Führung in Deutschland zu übernehmen.“¹¹⁶

Liesebach fällt hier, wie zahlreiche andere vor ihm, auf den äußeren Schein herein.¹¹⁷ Da Rathenau beziehungsweise Elektro-Chemie mit dem Kabinett

¹¹⁴ Pinner, F., a. a. O., S. 4 (nicht einmal richtig zitieren kann Liesebach – siehe das korrekte Zitat auf S. 71 – J. K.).

¹¹⁵ Ebenda, S. 9.

¹¹⁶ Liesebach, I., a. a. O., S. 58f.

¹¹⁷ Vgl. dazu auch Bd. 16 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

als Spitze des Staatsapparates verbunden war, die Gruppe Kohle-Eisen-Stahl aber mit untergeordneteren Stellen (die aber, wie die Reichsbank, deshalb keineswegs immer wirkungsloser waren), beide Gruppen also auf teilweise verschiedener Ebene mit dem Staat verschmolzen waren (teilweise – denn natürlich beherrschte die Gruppe Elektro-Chemie auch einen sehr beachtlichen Teil der untergeordneten Stellen), so konnte Rathenau als „Vertreter des Staates“, Stinnes als Anti-Etatist auftreten.

Die Tatsache, daß sowohl Rathenau wie Stinnes staatsmonopolistische Kapitalisten waren, bedeutet aber nicht, daß sie sich nicht selber, genau wie es zahlreiche andere und auch Liesebach taten, über ihre eigene Rolle und Position täuschten. Und diese Täuschung rief wirklich unter den Monopolisten gerade der Schwerindustrie und ihren Gefolgsleuten im Großkapital das Gefühl hervor, daß man sich, um der Regierung, um Elektro-Chemie, entgegenzutreten, auch stärker am Parlament beteiligen mußte. Diese Stimmung unter den Schwerindustriellen in den Jahren 1919 bis 1923/24 schilderte 1926 Silverberg auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Dresden so:

„Die politische Revolution, mit der nach dem Kriegsverlust die Nachkriegszeit anfang, wurde sehr bald zu einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution. Das deutsche Unternehmertum, bis zum Kriege und von einzelnen abgesehen, auch im Kriege, politisch indifferent, jedenfalls nicht aktiv, sah sich plötzlich als Objekt des politischen Kampfes. Es sah als seine unmittelbaren Gegner die revolutionäre Arbeiterschaft und den von ihr beherrschten Staat. Es hatte einen Kampf um seine Existenz nach vielen Seiten zu führen: Gegen die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, von der es gleichermaßen mit dem ganzen Volke getroffen wurde, dazu gegen die den Staat repräsentierenden revolutionären Regierungen. Gegen sie in ihren auf Sozialisierung und Gemeinwirtschaft hinzielenden Tendenzen mußte es um seinen Besitz und die Grundlage seiner Existenz den Kampf führen. Es folgte daraus, daß das deutsche Unternehmertum gegen den neuen Staat, wie er sich in der ersten Zeit nach der Revolution darstellte und gebärdete, geschlossen eine ablehnende Stellung einnahm.“¹¹⁸

Natürlich konnte nicht die Rede von „revolutionären Regierungen“ in den Jahren 1919 bis 1923/24 sein – mit der Monopolgruppe Elektro-Chemie in der Regierung! Natürlich konnte man nicht davon sprechen, daß „das deutsche Unternehmertum geschlossen eine ablehnende Stellung gegen den neuen Staat einnahm“, wenn die Partei von Siemens, die demokratische, Minister stellte, und Rathenau selbst Mitglied der Regierung war. Aber diese trügende und betrügerische Stellungnahme des Bergbau-Industriellen Silverberg schildert gut die Stimmung unter einem beachtlichen Teil des Großkapitals, einschließlich und geführt von den Monopolisten in Kohle-Eisen-Stahl, die den Prozent-

¹¹⁸ Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. H. 32, September 1926, Berlin 1926, S. 55.

satz der Industriellen-Abgeordneten von 2,5 in der Nationalversammlung auf 7,0 im zweiten Reichstag des Jahres 1924 herauftrieb.

Das zur Frage Industrie (Industriemonopole) und Parlament. Wie steht es mit der Frage Industrie (Industriemonopole) und Kabinett beziehungsweise Regierung?

Bülow schreibt in seinen Erinnerungen:

„Als sich Anfang September (1906 – J. K.) die Angriffe gegen die Kolonialabteilung immer mehr häuften, hatte ich den Leiter des Kolonialamtes um eingehenden Vortrag gebeten. Die Ausführungen des Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg waren sehr dürftig. Er beschränkte sich im wesentlichen darauf, mir in überaus höflicher Form zu sagen, es würde ihn lebhaft interessieren, zu hören, wie ich selbst über die ganze recht schwierige und verwickelte Materie dächte. Ich sah ein, daß es nicht so weiterginge, und da er mir am Tage vorher gesagt hatte, wie sehr er bedaure, den Winter nicht mit englischen Verwandten und guten Bekannten in Nizza verleben zu können, ersuchte ich ihn in freundlicher Weise, die Côte d'Azur aufzusuchen und die Politik lieber anderen zu überlassen. Aber wen als Nachfolger wählen? Erni Hohenlohe war außer an seiner Unfähigkeit auch daran gescheitert, daß er wegen seiner nahen Beziehungen zum Evangelischen Bund vom Zentrum mit Mißtrauen behandelt worden war. Da erinnerte ich mich an ein Wort, das mir in seiner humoristischen Weise der Präsident des Reichstags, der treffliche Graf Ballestrem, einmal gesagt hatte: ‚Ein evangelischer Kultusminister ist uns nicht gerade sympathisch‘, meinte er, ‚einen katholischen können wir als Minorität nicht verlangen, wie wäre es, wenn Sie uns einen jüdischen Kultusminister gäben?‘ Ich dachte für das Kolonialamt zuerst an Walther Rathenau, den ich damals noch nicht persönlich kannte, von dessen vielseitiger Begabung ich aber gehört hatte. Schließlich entschied ich mich für den Direktor der Darmstädter Bank, Bernhard Dernburg. Der Kaiser gab gern seine Zustimmung. Als ich ihm gar erzählte, daß Dernburg bei mir in einem prächtigen Automobil vorgefahren wäre, meinte er befriedigt: ‚Das ist recht! Ich wollte, alle meine Minister führen Automobil.‘ Dernburg ist auch immer gut mit Seiner Majestät ausgekommen, obwohl er sich nur allmählich an höfische Sitten gewöhnte. Als einmal bei einem Diner in meinem Hause der Kaiser ihm zutrank, stand er nicht auf, wie dies in solchen Fällen der Brauch war. Als darüber Bemerkungen laut wurden, meinte der gleichfalls anwesende, sehr witzige Chef des Militärkabinetts, Graf Dietrich Hülsen: ‚Nanu! Dernburg soll ja doch den Aufstand in Afrika dämpfen, da kann er doch nicht aufstehen.‘

Ich ließ es mir angelegen sein, gerade beim Zentrum Stimmung für den neuen Kolonialdirektor zu machen, und sagte allen Zentrumsabgeordneten, mit denen ich zusammentraf, ich rechnete bestimmt darauf, daß die unbegründete und schädliche Opposition gegen unsere Kolonialverwaltung jetzt aufhören würde. Am 28. November (1906 – J. K.) begründete ich vor dem Reichstag den Wechsel im Kolonialamt. Ich protestierte gegen das kleinliche und schädliche

Breitreten auch der bedeutungslosesten Vorfälle, da dadurch unser gutes und zuverlässiges Beamtentum gekränkt würde, im Ausland aber ganz falsche Vorstellungen über unsere Zustände entstünden. Dann führte sich Dernburg mit einer sachlichen, verständigen Rede selbst ein. Am folgenden Tage richtete Erzberger gegen Dernburg ähnliche Angriffe, wie er sie schon gegen den Erbprinzen Hohenlohe häufig vorgebracht hatte, aber in weniger scharfem Ton als nach ihm der Zentrumsabgeordnete Roeren, der daraufhin von Dernburg glänzend abgeführt wurde. Unter lebhaftem Beifall der Rechten schloß Dernburg seine Replik mit den Worten: ‚Wir werden die Missionen in den Kolonien unterstützen, denn unser Staatswesen ist aufgebaut auf christlicher Grundlage, und wir leben in einer christlichen Kultur.‘ Unter vier Augen hatte Dernburg mir schon früher nicht ohne Stolz erzählt, daß ‚Pastorenblut‘ in seinen Adern fließe.¹¹⁹

Dernburg war der erste monopolistische Minister der deutschen Bourgeoisie, und seine Ernennung, die Bülow hier so zynisch schildert, wurde von ihr als ein großer Erfolg gefeiert. Aber man kann nicht sagen, daß die Beherrschung des Staatsapparates durch die Monopole dadurch verstärkt wurde – es war vor allem ein rein äußerlicher, ornamentaler Erfolg. Auch wird man nicht sagen können, daß die Tatsache, daß unter dem Faschismus die Monopole kaum in der Regierung vertreten waren, sie daran hinderte, enger als je mit dem Staatsapparat zu verschmelzen und größere Macht als je zu haben.

Die Vertretung in der Regierung hatte Vorteile anfangs vor allem auch symbolischer, später rein taktischer Natur – besonders wenn eine Monopolgruppe in heftigem Kampf mit einer anderen lag, aber *man kann nicht sagen: Je mehr Monopolisten in der deutschen Regierung, desto größer die Macht und Stärke des deutschen Monopolkapitals.*¹²⁰

So wichtig unter dem Kapitalismus in besonderen Situationen die Position eines Ministers für das „Gesamtmonopolkapital“ oder eine einzelne Monopolgruppe ist – von ungleich größerer Bedeutung ist immer die zweite und dritte, möglichst nicht durch Wahlen sondern durch die „Beamtenordnung“ (civil service) bestimmte Garnitur des Staatsapparates. Minister lassen sich immer leicht und schnell kaufen – bei einer ganzen Beamtengarnitur macht das mehr Mühe. Minister kommen und gehen, insbesondere in der Weimarer Republik – die oberen Beamten, die zweite und dritte Garnitur des Staatsapparates aber bleibt bestehen. Mit ihr hat sich unsere politische Geschichtsschreibung noch ganz ungenügend beschäftigt. Das gleiche gilt für sogenannte unabhängige

¹¹⁹ v. Bülow, Bernhard, Denkwürdigkeiten. Bd. 2, Berlin 1930, S. 266f.

¹²⁰ Geradezu grotesk in ihrem Mißverständnis der Beziehungen von Bourgeoisie und Staat, insbesondere auch von Monopol und Regierung ist die folgende Formulierung in Rosenberg, A., Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (Frankfurt a. M. 1955, S. 18): ‚Das Ende war da, als der preußische Militäradel 1918 zusammenbrach und das Bürgertum die Herrschaft antrat.‘ Als ob nicht die Bourgeoisie 1918 bereits seit einem halben Jahrhundert in solchem Ausmaße herrschte, daß der Staat überwiegend ihren Interessen diene – seit der Jahrhundertwende speziell denen des Monopolkapitals!

Staatsinstitutionen wie die Zentralbank (man denke nur an die enorme Bedeutung, die die Reichsbank für Stinnes-Kohle-Eisen-Stahl in ihrem Kampf gegen Rathenau-Elektro-Chemie 1920/23 hatte, oder an die Bedeutung des CID in den USA usw.).

Wenn Lenin das Verhältnis von Großkapital beziehungsweise Monopolkapital und Regierung in der Formel Heute Minister Morgen Bankier und umgekehrt zum Ausdruck bringt, dann deutet er damit zweierlei an: Einmal die selbstverständliche Austauschbarkeit der Funktionen im staatsmonopolistischen Kapitalismus – und sodann die Schnelligkeit des Austausches. In dieser Schnelligkeit liegt für das Deutschland von 1919 bis 1945 aber auch die Möglichkeit einer weiteren Feststellung: Heute eine Regierung mit Monopolisten, morgen eine Regierung ohne Monopolisten. Aber ob die Regierung nun Monopolisten als Minister hat oder nicht – immer ist sie eine Regierung von Monopolvertretern in dem Sinne, daß sie die Interessen der Monopolisten vertritt, präziser: ihnen gehorcht; noch präziser: ihr Lakai ist – es sei denn, sie setze sich aus Monopolisten selbst zusammen. –

Als Bargenhusen im August 1931 seinen Artikel über die eminente Rolle der IG-Farben schrieb, war deren Position bereits gefährdet. Gefährdet durch die Rivalengruppe Kohle-Eisen-Stahl. Und zwar nicht etwa wegen der Stärke, sondern wegen der Schwäche dieser Gruppe.

Die Krise hatte Kohle-Eisen-Stahl weit mehr getroffen als Chemie-Elektro, die, nicht zum wenigsten auch auf dem Weltmarkt, eine größere Resistenz zeigten. Die Situation von Kohle-Eisen-Stahl wurde immer prekärer. Sie waren zu allem bereit und unterstützten seit dem Januar 1931 auch offiziell die NSDAP (Beschuß des Zechenverbandes, 5 Pfennig pro Tonne verkaufter Kohle der NSDAP zur Verfügung zu stellen).

Die gesellschaftliche Position von Kohle-Eisen-Stahl war zu schwach, um die alleinige Macht an sich zu reißen – genau wie das ihnen 1919 bis 1923 nicht mehr möglich war. Aber sie war viel zu stark; um sich nicht bei laufender Verschlechterung der Gesamtwirtschaftslage mit einer Desparado-Politik durchzusetzen, die der Linie Chemie-Elektro nicht antagonistisch entgegengesetzt war.

Natürlich hatte auch die Chemie-Elektro-Gruppe ihre Verbindungen zur NSDAP. Aber sie hatte auch andere. So gab es einen „Stegerwaldkreis“, der sich im Hause eines führenden Mitgliedes der Demokratischen Staatspartei, des Abgeordneten Stolper, traf, an dem unter anderen teilnahmen¹²¹: A. Stegerwald, Führer der Christlichen Gewerkschaften, Zentrum – H. Bücher, Generaldirektor der AEG – Fritz Tarnow, führendes Mitglied der sozialdemokratischen Gewerkschaften – H. Schlüpmann, Vorstandsvorsitzender von Osram. So gab es auch den Minister Warmbold, der Schleichers Verbindungen zum ADGB beziehungsweise zu einzelnen rechten Gewerkschaftsführern keineswegs ungerne sah. Doch gab es eben auch die „Ruhrlade“ der Schwerindustrie, an deren

¹²¹ Vgl. dazu *Stolper, T.*, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit, Gustav Stolper 1888–1947. Tübingen 1960, S. 290f.

Beratungen in dieser Zeit auch AEG und Siemens beteiligt waren ebenso wie Chemie – wobei von der AEG der gleiche Bücher erschien, der uns im „Stegerwaldkreis“ begegnet. Im „Freundeskreis“ der NSDAP finden wir neben A. Vögler von den Vereinigten Stahlwerken und O. Steinbrink vom Flickkonzern auch R. Bingel von Siemens & Halske. H. Gattineau von der IG-Leitung war seit langem ein Vertrauter führender NSDAP-Mitglieder.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, daß Carl Duisberg im Jahre 1931 im Vorsitz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie von Krupp abgelöst wurde.

Im Jahre 1932 war die Situation die folgende: Chemie-Elektro konnten – unter den gegebenen Klassenverhältnissen (rechte SPD- und Gewerkschaftsführer auf ihrer Seite) – so oder so, mit oder ohne Hitler, mit der Diktatur des Paragraphen 48 à la Brüning oder mit der offenen faschistischen Diktatur.

Kohle-Eisen-Stahl drängten auf die faschistische Diktatur. Also setzten Kohle-Eisen-Stahl ihre Linie durch. Führend in dieser Monopolgruppe sind nach dem Tode von Stinnes wieder E. Kirdorf, der schon 1929 den Nürnberger Parteitag der NSDAP besuchte, und Fritz Thyssen, der gar schon 1923 über Ludendorff Kontakt mit Hitler aufnahm und ihn finanziell unterstützte. Während Kirdorf schon aus dem 19. Jahrhundert als Nachfolger Krupps an der Spitze der Reaktionäre auf der Linie des Herr-im-Hause-Standpunkts bekannt ist, kommt die große Zeit für Fritz Thyssen, Sohn des bedeutenden Eisen- und Stahlmonopolisten August Thyssen, mit der Gründung der Vereinigten Stahlwerke. Ihnen zur Seite treten vor 1933 als Hitlerbegeisterte Albert Vögler, ein führender Mann des alten Stinnestrusts und zeitweise Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke, Friedrich Springorum, schon als Generaldirektor der Hösch-AG ein bedeutender Eisen- und Stahlmagnat, sowie Wilhelm Zangen, Generaldirektor im Mannesmann-Konzern.

Es kann sogar sein, daß zu Beginn der faschistischen Herrschaft Kohle-Eisen-Stahl einen kleinen Vorsprung vor Chemie-Elektro hatten. Aber wenn das tatsächlich der Fall war, dann nicht für lange Zeit. Denn bald hatten die IG-Farben nicht nur ihre alte, sondern noch eine stärkere Position.¹²² Dabei benutzten sie unter den führenden Faschisten nicht zum wenigsten Göring, der seit 1936 mehr und mehr die „Leitung der Wirtschaft“ übernimmt und sich dabei sehr wesentlich auf IG-Angestellte, die er in seinen Apparat direkt überführt, stützt.

*

Bevor Pritzkolet, wie oben wiedergegeben, die Machtposition von IG-Farben in der Weimarer Republik schildert, bemerkt er einleitend:

„Wenn man heutzutage noch den Spiegel fragen könnte: ‚Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Mächtigste im Land?‘, so würde der nach einer Minute

¹²² Vgl. dazu auch Bd. 16 der „Geschichte der Lage der Arbeiter“ von Jürgen Kuczynski.

indignierten Schweigens wahrscheinlich antworten: ‚Sie lesen wohl keine Zeitung, Herr?‘, und nach einer weiteren Pause ziemlich verdrossen über soviel Unkenntnis: ‚Die Leute von Eisen und Kohle, natürlich. Sehen Sie sich doch mal die neuen Konzerne an.‘

Vor einem Vierteljahrhundert dagegen, Anfang der dreißiger Jahre, hätte das Spieglein ganz anders geredet. ‚Daß ich nicht lache‘, könnt’s aus dem Rahmen geklungen haben; ‚die Montanindustrie schleppt sich hart an der Pleite vorbei, Flick ist im Begriff, beim Stahlverein auszusteigen, da bleibt doch nur die IG-Farben: der Hermann Schmitz, der Duisberg und der Bosch, die Leute wissen, was sie wollen. Die brauchen keine Regierung, um mit den Japanern, den Amerikanern und den Franzosen zu verhandeln. Schon lange nicht. Die machen ihre Handelsverträge selbst. Und jetzt reden sie sogar den Bauern nach dem Munde. Kredite für die Landwirtschaft, Osthilfe und was weiß ich, damit die Bauern Kunstdünger kaufen können – beim Farbentrust natürlich.‘¹²³

Wir haben gerade gesehen, daß Pritzkoleit für die Zeit ‚vor einem Vierteljahrhundert‘, für die Krisenjahre, nicht unbedingt recht hat. Aber für das Westdeutschland von 1956/57, als er sein Buch schrieb, hat er mit der Vormacht von Kohle-Eisen-Stahl sicherlich recht – mit der Einschränkung, daß die wahren Herren Westdeutschlands seit 1945 die amerikanischen Monopolisten sind: zuerst mehr, dann weniger.¹²⁴ War Westdeutschland zunächst eine amerikanische Halbkolonie, weniger selbständig als irgendein kleiner mittelamerikanischer Staat, so änderte sich das im Laufe der Zeit, das westdeutsche Monopolkapital wurde selbständiger – aber nicht souverän.

Wenn wir das erste Halbjahrhundert der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals überblicken, dann können wir in bezug auf die Verschiebungen des Schwergewichts innerhalb der Hauptgruppen feststellen:

Verschiebungen objektiver Natur, auf der Gestaltung der Produktivkräfte beruhend: Kohle-Eisen-Stahl verlieren laufend an Gewicht gegenüber Elektro-Chemie beziehungsweise seit 1924 Chemie-Elektro.

Verschiebungen historischer Art: wann immer das Monopolkapital reine Desparado-Politik betreibt (1914, 1923, 1932) oder sich in besonders schwacher Position befindet (1932, nach 1945), ist die politische Stärke von Kohle-Eisen-Stahl auf Grund seiner ökonomischen Schwäche (der große Schuldner kann stärker sein als der große Gläubiger!) relativ größer als der relativen Bedeutung ihrer Produktivkräfte zukommt.

Mit dem Erstarken des deutschen Monopolkapitals im Rahmen Westdeutschlands und auf internationaler Ebene verlieren Kohle-Eisen-Stahl wieder an relativer Stärke – aber nicht so schnell wie nach 1923.

Das letztere ist meiner Meinung nach darin begründet, daß Kohle-Eisen-Stahl neue Wege des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf internationaler Ebene

¹²³ Pritzkoleit, Kurt, a. a. O., S. 548.

¹²⁴ Vgl. dazu auch Bd. 7 der ‚Geschichte der Lage der Arbeiter‘ von Jürgen Kuczynski.

gegangen sind: Ich meine die zunehmende Verschmelzung von Kohle-Eisen-Stahl in Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern. Dabei handelt es sich um eine ökonomisch bedingte und den Tendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprechende Entwicklung, nicht um eine „taktische Kombination“.

Diese Entwicklung ist, glaube ich, die Hauptursache dafür, daß Chemie-Elektro in Westdeutschland heute noch nicht die Macht von 1925–1944 wieder erreicht haben, weshalb heute beide Monopolgruppen – Kohle-Eisen-Stahl und Chemie-Elektro – noch darum ringen, wer der Stärkere an der Spitze des Staates ist.

Jedoch muß auch ein zweiter historisch bedingter Faktor noch berücksichtigt werden: Zwar haben sowohl die Entwicklung der Destruktivkräfte – die moderne Kriegstechnik – wie auch die Entwicklung der Produktivkräfte – Automatisierung, Plastprodukte – die Gruppe Chemie-Elektro besonders in ihrer Entwicklung begünstigt. Andererseits aber haben die spezifischen deutschen Umstände, das Verbot der Herstellung moderner Waffen und die Kapitalarmut nach dem Kriege, die Entwicklung gerade auf diesen Gebieten stark gehemmt. Dadurch wurden zunächst Chemie-Elektro behindert, den ihnen objektiv zukommenden Platz in der westdeutschen Monopolhierarchie einzunehmen.

Trotz all dieser Entwicklungen aber kann man beobachten, wie Chemie-Elektro in Westdeutschland gegenüber Kohle-Eisen-Stahl heute laufend an Macht gewinnen. Und mehr: Da Chemie-Elektro heute die entscheidenden Vertreter der modernsten Waffen sind, hat sich ihre Haltung zum Krieg geändert. Die Entwicklung der Produktiv- beziehungsweise Destruktivkräfte hat die Elektro- und die chemische Industrie zu den entscheidenden Rüstungsindustrien gemacht, und darum gehören sie heute zu den nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch aggressivsten Kräften, denen der dritte Weltkrieg gar nicht früh genug kommen kann.

Jedoch darf man nicht übersehen, daß auf zahlreichen Gebieten die Interessen aller Monopolgruppen eng verflochten sind. Richtige Differenzierung darf daher nicht zur Konstruktion unrichtiger Gegensätze zwischen ihnen führen.

Nur so, genau analysierend, präzise differenzierend, zugleich das Entscheidende, Gemeinsame darlegend, kann eine Soziologie des Monopolkapitals unmittelbare Bedeutung auch für die Politik des Tages und des Jahrzehnts haben, für den Klassenkampf, für den Friedenskampf, für den Kampf um die Nation.

Die Wirtschaftskrise vom Jahre 1866 in Deutschland

von JÜRGEN SCHUCHARDT

Vorbemerkung	91
I. Die Aufschwungsphase des kapitalistischen Wirtschaftszyklus in den Jahren vor 1866	92
II. Die Ursachen der Wirtschaftskrise vom Jahre 1866	97
III. Ausbruch und Verlauf der Wirtschaftskrise	109
1. Die Produktion	109
2. Handel und Verkehr	126
3. Die Kreditsituation	127
4. Die Lage der Arbeiter	131
IV. Das Fiasko der Antikrisenmaßnahmen im Jahre 1866	133
V. Depression und Belebung — ein kurzer Ausblick auf die deutsche Wirtschaft um 1866/67.	137

VORBEMERKUNG

Der Übergang zum Imperialismus und die volle Ausbildung des Monopolkapitalismus waren mit Veränderungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses verbunden. Diese Veränderungen, hervorgerufen durch die Existenz von Monopolen, durch die Funktion des staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch forcierte Rüstungsproduktion und Weltkriege, bedeuten nicht nur schlechthin und allgemein das Ende der Ära der freien Konkurrenz. Ihre konkreten Wirkungen sind auch spezifisch, zum Beispiel für den zyklischen Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und von größter Bedeutung für die kapitalistischen Wirtschaftskrisen. Es ist nur natürlich, daß unter diesen Umständen der Untersuchung der Wirtschaftskrisen des Imperialismus das Hauptinteresse der gegenwärtigen marxistischen Krisenforschung zukommt. Erst die umfassende Untersuchung dieser Problematik gibt den Schlüssel für eine exakte wissenschaftliche Einschätzung des gegenwärtigen und zukünftigen Verlaufs der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und einen wichtigen Nachweis für die imperialistische Fäulnis in der Gegenwart. Dennoch dürfen über dieser Aufgabenstellung die Wirtschaftskrisen des vormonopolistischen Kapitalismus nicht aus den Forschungsprogrammen verschwinden. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Frage der Vervollständigung der bisherigen historischen Erkenntnisse des konkreten Verlaufs der

Krisen. Vielmehr beruht die Notwendigkeit, sich auch mit Problemen der Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus weiter auseinanderzusetzen, gerade auch auf ihrer Beziehung zur aktuellen Krisenproblematik. Besteht doch darüber volle Übereinstimmung, daß die von Marx entwickelte Krisentheorie auch für den Imperialismus volle Gültigkeit besitzt, denn der Imperialismus „erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt“.¹

Auf die Krisen übertragen bedeutet diese Feststellung, daß bei Anerkennung der modifizierenden Rolle der Monopole und anderer auf den Krisenzyklus einwirkenden Faktoren keine Veränderung im Wesen der Gesetze der zyklischen Krisen selbst eingetreten ist. Also bedeutet die Erforschung der vormonopolistischen Krisen in ihrer konkreten Vielfalt zugleich in gewisser Weise Aufdeckung der Keimzellen für spätere Veränderungen, sowohl des Zyklus als auch der Krisen.

Unter dem doppelten Gesichtspunkt, dem der Ergänzung unserer historischen Kenntnisse und dem der Nützlichkeit auch für das Krisenstudium der Gegenwart, sei die folgende Studie der Krise von 1866 unterbreitet. Sie stützt sich im wesentlichen auf die Wirtschaftspresse der Zeit. Das kann für die umfassende Rekonstruktion des Krisenbildes nicht genügen. Die Auswertung der Zeitschriftenliteratur läßt aber einige Schlüsse auf den Charakter und die Tiefe der Krise zu, die hinsichtlich der unterschiedlichen Auffassungen von der Krise des Jahres 1866 von Wert sein können.

I. DIE AUFSCHWUNGSPHASE DES KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFTSZYKLUS IN DEN JAHREN VOR 1866

Ausgangspunkt für die Betrachtung der Wirtschaftskrise vom Jahre 1866 ist der kapitalistische Reproduktionsprozeß der sechziger Jahre in Deutschland, in dem sich die spezifischen, zur Krise führenden Widersprüche herausbildeten.

Die temporäre Lösung der Widersprüche in der Wirtschaftskrise von 1857 konstituierte einen Wirtschaftszyklus, der vor allem mit dem Beginn der sechziger Jahre im Zeichen eines mächtigen industriellen Aufschwunges stand. Mit dem Jahr 1860/61 begann eine Aufschwungsphase, die vornehmlich auch durch qualitative Veränderungen und Prozesse gekennzeichnet war. Sowohl im Hinblick auf die quantitative Ausdehnung der Industrieproduktion als auch vor allem hinsichtlich der ökonomischen Revolution des Überganges zu intensiven Produktions- und Ausbeutungsmethoden waren diese Jahre zugleich die entscheidende Übergangsperiode zum reifen Industriekapitalismus.

Es ist bekannt, daß in dieser Zeit eine moderne Eisen- und Stahlindustrie entstand. Endgültig kristallisierten sich die entscheidenden industriellen Stand-

¹ *Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Ausgewählte Werke, 2 Bde. Berlin 1955, Bd. 1, S. 838.*

orte heraus. Als Ergänzung zu einer gut gedeihenden technischen Wissenschaft in Deutschland selbst wurden verstärkt bewährte ausländische industrielle Fertigungsmethoden übernommen. Mit Hilfe dieser neuen technischen Verfahren revolutionierte die deutsche Bourgeoisie unter anderem den Maschinenbau und die Montanindustrie. Im Jahre 1863 wurde in Hörde die erste Bessemer-Birne in Betrieb genommen. Werner von Siemens legte das erste atlantische Tiefseekabel und entwickelte eine Dynamomaschine, mit der die Energieerzeugung nun auf physikalischem Wege möglich wurde. Das Ammoniaksodaverfahren fand in Deutschland Anwendung. Die erste Rotationsschnellpresse wurde hergestellt. Die Voraussetzungen für das Entstehen gänzlich neuer Industriezweige wurden geschaffen. Das gilt besonders für die chemische und optische Industrie. Im Jahre 1862 wurden die Höchster Farbwerke, im Jahre 1865 wurde die Badische Anilin- und Sodafabrik gegründet.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung setzte sich endgültig eine Gesetzmäßigkeit durch, die Lenin mit dem technischen Fortschritt schlechthin identifiziert hat. Zum ersten Mal in der deutschen Wirtschaftsgeschichte wächst die Gruppe A (unterschieden von Abteilung I) des industriellen Reproduktionsprozesses, die Produktion von Produktionsmitteln, schneller als die Gruppe B (unterschieden von Abteilung II), die Produktion von Konsumtionsmitteln.

Hand in Hand mit den technischen Neuerungen ging die bereits erwähnte Anwendung intensiver Produktionsmethoden und die damit verbundene Steigerung der Arbeitsleistung vor sich. Sie war von 1860 bis 1870 rund viermal so stark wie von 1850 bis 1860.² Beträchtliche Produktionssteigerungen waren mit dieser Entwicklung verbunden. So stieg zum Beispiel die Kohlenförderung in dem wichtigen Oberbergamtsbezirk Dortmund von 21829172 Tonnen im Jahre 1861 auf 42 678 073 Tonnen im Jahre 1865³, also um rund das Doppelte. Allein in Siegen wuchs die Förderung von Eisenerzen von 234 000 Tonnen im Werte von 253000 Taler im Jahre 1861 auf 527540 Tonnen im Werte von 924 826 Taler im Jahre 1865.⁴ Das bedeutet, daß in Siegen die Produktion von Eisenerzen in der Zeit von 1861 bis 1865 der Menge nach um 125 Prozent, wertmäßig sogar um 266 Prozent anstieg. Im amtlichen Bericht über den Bergwerksbetrieb in Preußen aus dem Jahre 1865 heißt es: „Die ganze Produktion der Bergwerke ohne Dachschieferbrüche und Steinsalzwerte hat 518526413 Ctr. Kohlen, Erze und andere Mineralien gegen 463846948 Ctr. im Vorjahre, also 54679465 Ctr. oder 11,8 p. Ct. mehr ergeben und einen Haldenwerth von 47978346 Thlr. gegen 41059869 Thlr. im Vorjahre gehabt. Der Werth ist also um 6918477 Thlr. oder 16,8 p. Ct. gestiegen.“⁵

² *Kuczynski, Jürgen*, Studien zur Geschichte des Kapitalismus. Berlin 1957, S. 103.

³ „Der Aktionär – Zeitschrift für Fonds- und Aktienbesitzer“, Nr. 685 vom 10. 2. 1867, S. 59.

⁴ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 37 vom 13. 2. 1866, S. 531.

⁵ „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preußischen Staate“, Bd. 14, 1865, S. 164.

Der Wert der gesamten Hüttenproduktion stieg in Preußen von 67 095 518 Taler im Jahre 1861 auf 105 641 635 Taler im Jahre 1865.⁶

Die preußische Hochofenproduktion nahm folgende Entwicklung:

1861	8 986 777 Zentner	zu	13 964 922 Taler
1865	15 438 052 „	zu	21 308 402 „ ⁷

Diese Entwicklung fand in hohen Zuwachsraten anderer Erzeugnisse ihren Niederschlag. So nahm die Gaserzeugung von 1860 bis 1870 um 24,3 Prozent und die Eisenerzeugung um 18,2 Prozent zu.⁸

Der ab 1860/61 zu datierende industrielle Aufschwung erfaßte auch andere Zweige und Gebiete der deutschen Wirtschaft. Es sei nur kurz auf die bekannte Ausdehnung des Eisenbahnwesens und der Seeschifffahrt hingewiesen. „Die Rhederei hat sich auch im verflossenen Jahre (im Jahr 1865 – J. S.) aufs neue gehoben“, schreibt das „Bremer Handelsblatt“ zufrieden, „indem die Zahl der Schiffe um 9, die Lastenzahl um 4330 Commerzlasten zu 6000 Pf. . . gewachsen ist. Die Hamburger Rhederei umfaßte 1865 539 Schiffe von zusammen 83 710 Commerzlasten.“⁹ Der Aufschwung der Reederei erklärt sich wieder aus der beträchtlichen Zunahme der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1865. Betrug zum Beispiel die Gesamteinfuhr Bremens im Jahre 1864 13 976 116 Zentner zu 67 113 930 Taler, so stieg sie im Jahre 1865 um 1 248 413 Zentner zu 10 180 443 Taler, auf insgesamt 15 224 529 Zentner zu 77 294 373 Taler.¹⁰ Noch eindrucksvoller entwickelte sich der Handel Stettins, der vom Jahre 1864 mit 504 747 Zentner zu 23 091 956 Taler auf 776 543 Zentner zu 47 131 917 Taler im Jahre 1865 anwuchs¹¹, das heißt sich mengenmäßig um 271 796 Zentner und wertmäßig um die bedeutende Summe von 24 039 961 Taler erhöhte.

Die Berichte der Binnenhandelsstädte lassen die Allgemeingültigkeit der Prosperität von Handel und Gewerbe im Jahre 1865 erkennen.

So ergibt sich beispielsweise für die Stadt Frankfurt am Main in einem Vergleich der Handelstätigkeit des zweiten Semesters 1865 mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine beträchtliche Steigerung der Einfuhr. Diese Mehreinfuhr betrug prozentual zum Beispiel bei rohen ein- und zweidräftigen Baumwollgarnen 300 Prozent, bei rohen mehrdräftigen sowie bei gebleichten und gefärbten Garnen 77 Prozent. Bei Zinn- und Zinkwaren betrug die Zunahme der Einfuhr 71 Prozent, bei Papier- und Pappwaren 69 Prozent. Bei Tonwaren und Porzellan wurde eine Steigerung von 68 Prozent verzeichnet. Schließlich zeigt der Vergleich der Handelstätigkeit der Stadt bei Kurzen Waren eine

⁶ Ebenda, S. 341. ⁷ Ebenda.

⁸ *Wagenführ, Rolf*, „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung“, Institut für Konjunkturforschung, Sonderheft 31, Berlin 1933, S. 15. Obwohl in dieser Statistik bereits ein neuer Zyklus enthalten ist, der hier außerhalb der Betrachtungen liegt, gilt die Tendenz der industriellen Progression uneingeschränkt auch für die Jahre bis 1866.

⁹ „Bremer Handelsblatt“, Nr. 759 vom 28. 4. 1866, S. 144.

¹⁰ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 39 vom 15. 2. 1866, S. 560.

¹¹ Ebenda, Nr. 109 vom 12. 5. 1866, S. 1544.

Zunahme von 41 Prozent, bei gebleichten und gefärbten Leinengarnen von 40 Prozent. Die Einfuhr von Manufaktur- und Zeugwaren stieg insgesamt um 35 Prozent.¹²

Unter diesen Bedingungen erzielten die Eisenbahnen, als die wesentlichen Vermittler dieser Handelstätigkeit, beträchtliche Mehreinnahmen, die beispielsweise bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn per September 1865 im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres rund 18 Prozent und bei der Oberschlesischen Bahn 17 Prozent betragen.¹³

Rückwirkend hatte der Aufschwung des Transportwesens wieder eine stimulierende Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen zur Folge.

Das zur Ausdehnung der Produktion erforderliche Kapital wurde in immer stärkerem Maße über die Bildung von Aktiengesellschaften beschafft. Im Jahre 1866 wurden 224 Aktiengesellschaften in Preußen registriert.¹⁴

Alle diese Beispiele weisen eindeutig auf eine echte Aufschwungsphase im Wirtschaftszyklus hin. Natürlich muß diese Feststellung nicht bedeuten, daß die wirtschaftliche Entwicklung der sechziger Jahre eine einzige kontinuierliche Progression darstellt. Eine solche Konjunktur läßt sich nur theoretisch vorstellen. Jeder konkrete Wirtschaftszyklus verläuft unter bestimmten ökonomischen und politischen Verhältnissen und hat aus diesem Grund seine Besonderheiten.

Auch im wirtschaftlichen Aufschwung der sechziger Jahre gab es eine Reihe von Momenten, die die industrielle Prosperität für einzelne Zweige abkühlte.

Zu diesen Ereignissen gehört der Ausbruch des nordamerikanischen Bürgerkrieges, der nicht nur für einige traditionelle deutsche Absatzgüter den Markt einschränkte, sondern auch besonders für die baumwollverarbeitenden Zweige der Wirtschaft eine ernste Rohstoffkrise heraufbeschwor. Dagegen war die Wirkung des deutsch-dänischen Krieges im Jahre 1864 mehr zwiespältiger Natur. Der Ausbruch des Krieges nötigte dem Geschäft eine gewisse abwartende Haltung auf, die der weiteren Ausdehnung der Konjunktur entgegenstand. Der Verlauf und das Ergebnis des Krieges hatten jedoch auf die deutsche Wirtschaft eine belebende Wirkung. Diese in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzenden Einflüsse auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß fanden vor allem auch im deutschen Geld- und Kreditwesen einen sichtbaren Niederschlag. Sowohl durch die allgemeine Anlagenintensität in der Industrie als auch durch die genannten besonderen Ereignisse war dieser Sektor der Wirtschaft einer starken Inanspruchnahme ausgesetzt. Da gleichzeitig viel Kapital aus den gewohnten Anlagensphären zu den großen Zentralsitzen des Geldmarktes wanderte, um den hohen Zinsfuß zu nutzen, blieb auch Deutschland von einer akuten Geldklemme nicht verschont. Sie wurde noch dadurch vertieft, daß die einsetzenden Edelmetallabflüsse an die neuen Baumwolllieferanten in gleicher Richtung wie die Kapitalabwanderung wirkten, während

¹² Ebenda, Nr. 4 vom 5. 1. 1867, 1. Beilage, S. 57.

¹³ „Vossische Zeitung“, Berlin, Nr. 239 vom 12. 10. 1865, 1. Beilage, S. 7.

¹⁴ „Der Aktionär . . .“, Nr. 644 vom 29. 4. 1866, S. 265.

die weiterhin florierenden Wirtschaftszweige, vor allem die Schwerindustrie, die Nachfrage nach Kapital ständig steigerten.

Die Lage auf dem deutschen Geld- und Kreditmarkt blieb auch im Jahre 1865 labil. In der Industrie war jedoch die Entwicklung anders. Dort, wo die genannten Ereignisse im Zusammenhang mit der Geldklemme nachteilig auf die industrielle Entwicklung eingewirkt hatten, beobachten wir im Jahre 1865 Prosperität und stürmischen Fortschritt.

Insgesamt gibt die Betrachtung der Jahre bis 1865 das Recht, von einem bedeutenden industriellen Aufschwung zu sprechen. Die historischen Besonderheiten dieser Phase des Zyklus lassen auf Grund ihrer untergeordneten Rolle selbst den Begriff der modifizierten Konjunktur bedenklich erscheinen. Wenn Oelßner aber auf Grund der Einwirkung dieser Faktoren gar von einer paralyisierten Konjunktur spricht, so befindet er sich damit zweifellos im Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung. In seinem Buch „Die Wirtschaftskrisen“ schreibt Prof. Oelßner: „... infolge außerökonomischer Ursachen (konnte – J. S.) die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion nicht voll zur Entfaltung kommen ... darum nahm auch der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, die Disproportionalität zwischen den Produktionszweigen nicht so große Spannung an.“¹⁵

Da die Einschätzung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und insbesondere die der Aufschwungsphase für die Beurteilung der Krise insofern von Bedeutung ist, als die in dieser industriellen Aufschwungsphase gewachsenen Widersprüche die Grundlage der Krise bilden, muß eine Fehleinschätzung der Konjunktur, wie wir später noch sehen werden, folgerichtig in einer unrichtigen Charakteristik der Krise wiederkehren.

Wie bereits die Wirtschaftskrise von 1857 bewies, konnte die deutsche Bourgeoisie ihrem Akkumulations- und Profitstreben nicht mehr nachgehen, ohne im Prozeß der Reproduktion des Kapitals Widersprüche hervorzurufen, die die Verwirklichung dieses Akkumulations- und Profitstrebens zeitweilig unmöglich machten. In dem Maße, wie die deutsche Bourgeoisie in der Konjunktur der sechziger Jahre die Entwicklung der Produktivkräfte vorangetrieben hatte, in dem Umfang mußten diese, für deutsche Verhältnisse enormen Produktivkräfte, in Konflikt mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten. Aus stimulierenden Faktoren mußten die Produktionsverhältnisse zu Hemmschuhen der Produktivkräfte werden und einen Widerspruch erzeugen, der nur im Verlauf einer Wirtschaftskrise seine temporäre Lösung finden konnte.

Äußerlich und ganz allgemein betrachtet befindet sich Ende 1865 die deutsche Wirtschaft im blühendsten Zustand. Im Hintergrund aber stauen sich die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, wie der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, wie die Disproportionalität zwischen den Zweigen der Produktion, und drängen auf ihre Lösung.

¹⁵ Oelßner, Fred., Die Wirtschaftskrisen. Berlin 1955, S. 244.

Selbst einige bürgerliche Zeitschriften können sich nicht mehr diesem Druck der ökonomischen Verhältnisse verschließen. In der „Zeitschrift für Kapital und Rente“ liest man deshalb die bemerkenswerten Sätze: „Die ganze kultivierte Welt ist seit zwei Jahren von einem Vorgefühl kommender Krisen erfüllt. Zuckungen verschiedener Art sind da und dort bemerkbar geworden, aber noch ist ein allgemeiner Ausbruch nicht zutage getreten . . . Der Appetit des Publikums und Kapitalisten nach fetten Zinsen und Dividenden ist so sehr gereizt, daß er sobald nicht gestillt sein soll . . . Aber sie mögen nicht vergessen, daß der neuen Aussaat Stürme und Gewitter drohen und daß sie sich vor diesen bestmöglichst schützen müssen.“¹⁶

Im folgenden Abschnitt gilt es, an die Stelle bürgerlicher Ahnungen, die die genannte Zeitschrift zum Ausdruck bringt, den marxistischen Nachweis zu setzen, daß Deutschland tatsächlich am Vorabend einer Krise stand. Dazu ist es erforderlich, zunächst die materielle Produktion zu untersuchen.

II. DIE URSACHEN DER WIRTSCHAFTSKRISE VOM JAHRE 1866

Der Zeitpunkt für die periodische Wiederkehr der zyklischen Krisen im Kapitalismus ist durch den Umschlag des in der großen Industrie gebannten fixen Kapitals bestimmt. Über den Charakter und die Tiefe der zyklischen Krise selbst entscheiden wesentlich die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Der kapitalistische Grundwiderspruch als die letzte Ursache aller kapitalistischen Wirtschaftskrisen setzt sich über den Widerspruch zwischen Produktion und Markt, über die Disproportionalität zwischen den Abteilungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch.

Welches jedoch immer die wechselseitige Verflechtung und Abhängigkeit dieser Widersprüche sein mag, ihre objektive Grundlage bildet die kapitalistische Produktion. Deshalb drückt sich die bürgerliche Krisenforschung um diese Sphäre wie die Katze um den heißen Brei, deshalb hat sie eine solche Vorliebe für den Zirkulationsprozeß und das sogenannte Konjunkturbarometer und für andere Produkte einer durch Apologie beschränkten Geisteswelt. Lediglich die Handelsberichte der Handelskammern und anderer Institutionen, die im wesentlichen der Selbstverständigung dienen, können in dieser Zeit ein indirektes, objektives Bild von der Lage der Produktion vermitteln. Betrachtet man nun an Hand dieser Berichte die Situation der Produktion um die Jahreswende 1865/66, so zeigen sich bereits einige deutliche Anzeichen einer Überproduktion. So heißt es in dem Bericht über den Berliner Handel für 1865: „Bei der ausgedehnten Thätigkeit der hiesigen Etablissements und der starken Vermehrung ihres Umsatzes wird indeß über die gedrückten Preise der fertigen Arbeiten bei hohen Materialpreisen geklagt . . . Die Preise (für Woll-Garne – J. S.), die im Vorjahr durch die außerordentliche Nachfrage . . . angespannt waren, erfuhren, als diese nachließ, einen bedeutenden Rückgang

¹⁶ „Zeitschrift für Kapital und Rente“, Stuttgart 1865, Bd. II, S. 9.

und waren am Ende des Jahres um 6 bis 10 p. Ct. niedriger als gegen Ende des Vorjahres, worauf die Anhäufung der Lager nicht ohne Einfluß war . . . Nothverkäufe kamen vielfach vor und das Geschäft war für die Spinner wenig nutzbringend . . . Kammgarne litten unter demselben Druck . . . Es wurde zwar viel fabrizirt, aber die Preise sind sehr gedrückt.“¹⁷

Wie ernst teilweise die ökonomische Lage im Bereich der Gruppe B zu Beginn des Jahres 1866 ist, zeigt auch ein Bericht vom 15. Januar aus Crefeld. Darin liest man unter anderem, daß sich die Geschäftslage in Gladbach und Umgebung wie folgt entwickelt hat: „Nachdem in den Monaten Oktober und November die bedeutenden Schwankungen der Baumwollpreise auf das Geschäft im Allgemeinen sehr hemmend eingewirkt und in fast allen Etablissements große Reduktionen veranlaßt hatten, war auch Anfang December der Geschäftsgang ein sehr schleppender, indem es sich überall nur um Ausführung kleinerer, durch den momentanen Bedarf hervorgerufener Aufträge handelte.“¹⁸ Und die Stadt Nordhausen meldet am 20. Januar 1866: „Unter den andauernd knappen Geldverhältnissen und dem daraus folgenden hohen Zinsfuße mußte das Waarengeschäft . . . nicht unbeträchtlich leiden. Während die Umsätze . . . auf den täglichen Konsum beschränkt blieben und alle größeren Geschäftsabschlüsse möglichst vermieden wurden, konnte es nicht ausbleiben, daß ein Teil des Fabrikationsquantums auf Lager gebracht und dafür Banquer-Kredite in Anspruch genommen werden mußten.“¹⁹

Wenig hoffnungsvoll ist auch der Bericht des Görlitzer Korrespondenten des „Preußischen Handelsarchivs“. Er schreibt am 12. Februar, daß „im Tuchgeschäft . . . gegenwärtig wenig Regsamkeit wahrzunehmen (ist – J. S.). Neue Aufträge sind nicht nur seit einiger Zeit ausgeblieben, sondern auch ältere Ordres mehrfach annulliert worden.“²⁰

Wenige Tage zuvor hatte Crefeld am 8. Februar ergänzend zu dem zitierten Januarbericht feststellen müssen: „In der hiesigen Seidenwaaren-Fabrik war die Thätigkeit in Stoffen, wie seit längerer Zeit, so auch im verflossenen Monat nur gering. Auch in Sammet und Sammetband wird gegenwärtig nur auf Lager gearbeitet. Die Entnehmer sind in ihren Bestellungen sehr zurückhaltend . . . Die Hoffnung auf eine Besserung der Lage in Gladbach und Umgebung ist nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil ist der Gang derselben noch viel stiller und schleppender geworden . . . Niemand macht Bestellungen, die nicht durch den augenblicklich dringendsten Bedarf gefordert werden.“²¹

Ähnliche Berichte aus anderen Gegenden weisen darauf hin, daß die für die Jahreswende und den Monat Januar 1866 festgestellten Merkmale einer akuten Überproduktion, ja bereits eine beginnende kriselhafte Lage im Bereich der Gruppe B, Allgemeingültigkeit besitzen. Das schließt nicht aus, daß in einigen

¹⁷ „Bericht über den Berliner Handel“, 1865, S. 63 ff.

¹⁸ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 4 vom 26. 1. 1866, S. 116.

¹⁹ Ebenda, Nr. 6 vom 9. 2. 1866, S. 153.

²⁰ Ebenda, Nr. 9 vom 2. 3. 1866, S. 252.

²¹ Ebenda.

Zweigen vornehmlich der Gruppe A die Produktion ihren gewohnten Fortgang nimmt.

Voller Optimismus berichtet die Stadt Essen am 13. Januar: „Der Umstand, daß die Walzwerke mit ganz besonderem Nutzen gearbeitet haben, hat zur Entstehung einiger neuer derartiger Etablissements Veranlassung gegeben.“²²

Am gleichen Tag berichtet die Handelskammer Köln über glänzende Geschäftsergebnisse. „In Folge davon erzielen auch die Eisenhütten- und Kohlenwerke einen kaum geahnten Absatz und sehr lohnende Preise.“²³

Diese günstig lautenden Berichte aus Städten, in denen die Gruppe A besonders stark vertreten ist, stehen zu den festgestellten Anzeichen der Überproduktion in keinem Widerspruch. Im allgemeinen wird die Überproduktion in der Gruppe A besonders hochgetrieben.

Diese Charakterisierung der Gruppe A unterstreichen auch die Berliner Marktberichte im Metall- und Kohlengeschäft. Danach war im Oktober und Anfang November 1865 in diesen Artikeln, auch vom Standpunkt ihrer Realisierung, eine außerordentlich günstige Situation zu verzeichnen. Noch am 3. November 1865 liest man im Berliner Marktbericht: „In der abgelaufenen Woche verfolgten fast alle Metalle ihre steigende Bewegung und fanden in einzelnen Artikeln sehr bedeutende Umsätze statt.“²⁴ Bereits in dem Bericht vom 24. November 1865 heißt es jedoch lakonisch: „Kohlen und Coaks, die große Nachfrage besteht nicht mehr.“²⁵ Zwei Wochen später, am 8. Dezember 1865, finden wir in einer längeren Betrachtung über die Berliner Marktsituation im Kohlen- und Metallgeschäft folgende Bemerkungen: „Auch in der abgelaufenen Woche läßt sich von großen Umsätzen im Metallgeschäft nicht berichten. Käufer bleiben abwartend und vergrößern zum Jahresabschluß nicht gern ihre Läger. Es treffen bei dem gebesserten Wasserstande die Zufuhren rasch und reichlich hier ein, was nun namentlich von Roheisen und Kohlen unverkauft ist, muß sich, um placirt zu werden, einen kleinen Abschlag von den bisher üblichen Preisen gefallen lassen.“²⁶

Über die Entwicklung der Preise einiger Erzeugnisse in den letzten Monaten des Jahres 1865 gibt folgende Zusammenstellung nähere Auskunft:

*Monatliche Durchschnittspreise für Berlin*²⁷

Artikel	Oktober 1865	November 1865	Dezember 1865
Schlesisches Holzkohlen-Roheisen/Sgr.	52 ³ / ₄	53	46 ¹ / ₄
Koksroheisen/Sgr.	44 ¹ / ₄	44	42 ¹ / ₂
Eisenbahnschienen zum Verwalzen/Sgr.	56 ¹ / ₄	56 ¹ / ₂	57 ¹ / ₄
Englischer Koks/Thlr.	18 ¹ / ₂	19	18 ¹ / ₂
Westfälischer Koks/Thlr.	16 ¹ / ₂	16 ¹ / ₂	16 ¹ / ₄
Nußkohle/Thlr.	22	22 ¹ / ₄	21

²² Ebenda, Nr. 4 vom 26. 1. 1866, S. 116. ²³ Ebenda, S. 118.

²⁴ „Vossische Zeitung“, Berlin, Nr. 259 vom 4. 11. 1865, 1. Beilage, S. 6.

²⁵ Ebenda, Nr. 277 vom 25. 11. 1865, 1. Beilage, S. 6.

²⁶ Ebenda, Nr. 289 vom 9. 12. 1865, 1. Beilage, S. 6.

²⁷ Errechnet und zusammengestellt nach wöchentlichen Ausweisen in der „Vossischen Zeitung“.

Die ungünstige Tendenz des Umsatzes, wie sie aus dem letzten Dezemberbericht hervorging, setzt sich auch im Monat Januar fort. Am 19. Januar 1866, in der gleichen Woche also, in der die Stadt Essen meldet, daß die günstige ökonomische Lage zur Entstehung neuer Walzwerke Veranlassung gegeben hat, heißt es vom Standpunkt der Realisierung auch rheinischer Artikel: „Die abgelaufene Woche war in allen Metallen sehr geschäftslos.“²⁸ Nicht anders ist die Lage im Kohlenabsatz. Prognostisch heißt es in den Berliner Marktnachrichten: „Kohlen und Coaks, hierin wird ein reges Geschäft vor der Hand wohl nicht stattfinden, unsere größeren Fabriken haben viel Vorrath.“²⁹

Mit dem anbrechenden Monat Februar 1866 tritt nun auch im Bereich der Abteilung A der deutschen Wirtschaft ein, was von vornherein nur eine Frage der Zeit sein konnte. Die Produktionszentren können die Verschlechterung der Absatzlage nicht mehr übersehen. Die auch in diesem Bereich der deutschen Wirtschaft bestehende Überproduktion findet nun auch in industriellen Hiobsbotschaften aus dem Rheinland und anderen Zentren der Schwerindustrie ihren Ausdruck. Die kapitalistische Produktion gerät in zunehmendem Maße in eine kriselhafte Lage. Die Sturmvögel der kommenden Krise sind über der deutschen Wirtschaft. So erfährt man am 6. Februar aus der Stadt Essen, daß „die Nachfrage nach Kohlen geringer und der Kohlenhandel ziemlich still“ ist.³⁰ In einer Nachricht aus der Stadt Siegen wird festgestellt, daß das Roheisengeschäft wenig belebt war, „der Absatz war geringer wie bisher und auf den Hütten bilden sich Vorräthe . . . Die Puddlings- und Walzwerke sind zwar meistens beschäftigt gewesen, haben jedoch hauptsächlich nur auf Lager gearbeitet . . . Nur der augenblickliche Bedarf wurde gedeckt und der Absatz der Fabrikate ist sehr ins Stocken gerathen.“³¹

Gleiwitz berichtet am 7. Februar: „Im Walzeisengeschäft war ein bedauerlicher Rückschritt unverkennbar, besonders ist in Stab- und feinem Handelseisen eine völlige Geschäftsstille eingetreten und die Preise haben einen Rückgang erfahren.“³²

In Übereinstimmung mit diesen Berichten stehen die Nachrichten über die Absatzlage, die Berlin für den Monat Februar so charakterisiert:

„Unsere hiesigen Fabrikanten beeilen sich keineswegs mit ihren Ankäufen in Roheisen, ihre großen Vorräthe und die großen Schwankungen auf dem englischen Eisenmarkt rathen zur Vorsicht. Auch haben diejenigen Fabriken, welche nicht gerade für den Eisenbahnbedarf arbeiten, vor der Hand wenig Bestellungen. Aus diesen Ursachen war der Eisenmarkt in der abgelaufenen Woche wieder recht leblos.“³³

²⁸ Ebenda, Nr. 16 vom 20. 1. 1866, 1. Beilage, S. 6.

²⁹ Ebenda, Nr. 28 vom 3. 2. 1866, 1. Beilage, S. 6.

³⁰ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 9 vom 3. 2. 1866, S. 255.

³¹ Ebenda, S. 287.

³² Ebenda, Nr. 9 vom 2. 3. 1866, S. 252.

³³ „Vossische Zeitung“, Nr. 40 vom 17. 2. 1866, 1. Beilage, S. 6.

Die Periode Ende Februar/Anfang März bricht an und damit ein letzter Versuch, das bereits unabänderliche Krisenschicksal der deutschen Wirtschaft abzuwenden und die überfüllten Lager zu ignorieren. Im Zusammenhang mit einer Diskontermäßigung von 7 auf 6 Prozent und einer gewissen Belebung durch ein vermeintliches Frühjahrsgeschäft kommt es zu einem letzten spektakulären Aufbäumen der Industrie, einer Forcierung der Produktion und Belebung des Absatzes. „In der abgelaufenen Woche war in einzelnen Metallen ein recht lebhaftes Geschäft, die Tendenz ist bei allen Metallen eine steigende zu nennen“³⁴, verlautet in diesem Zusammenhang aus Berlin.

Diese Entwicklung, die in einigen Zweigen zu einem nicht unbedeutenden Produktionszuwachs führte, darf allgemein jedoch nicht überschätzt werden. Abgesehen von der Tatsache, daß die Gruppe B bereits nicht mehr in der Lage war, sich an dieser „industriellen Hausse“ zu beteiligen, mußte diese „Belebung“ unter den Bedingungen offen zutage getretener Überproduktion für den übrigen Bereich der Wirtschaft verheerende Folgen haben. Kaum, daß diese „Belebung“ wirksam werden konnte, reißen die objektiven Verhältnisse der deutschen Wirtschaft die Fabrikanten aus ihren Hoffnungen auf den Boden der Wirklichkeit zurück. „Die Erwartung, daß von billigerem Gelde unterstützt, das Metallgeschäft nun recht lebhaft werden soll, hat sich nicht erfüllt“³⁵, heißt es diesbezüglich aus Berlin, und Essen ergänzt diese Feststellung vom Standpunkt der Produktion mit der Bemerkung: Trotz Preisnachlaß „vermehrten sich die unverkauften Roh-eisenvorräte“³⁶.

Wider allem Pseudooptimismus einiger Wirtschaftszeitschriften dieser Zeit, wider allen Versuchen, das milde Wetter, den niedrigen Wasserstand des Rheines oder die in einigen Gegenden herrschende Cholera für die Warenstockung verantwortlich zu machen, wider allem ungeduldigen Abzählen der ökonomischen Schönwetterbarometer vertieft sich auf der Grundlage der Überproduktion die kriselhafte Lage der Wirtschaft. Die kurze „Belebung“ erweist sich als ein besonderer Aktivposten der zyklischen Überproduktionskrise. Der Berichterstatter aus Frankfurt an der Oder trifft daher den Kern der Sache, wenn er feststellt, es sei „die bedeutend vermehrte Produktion dieses Jahres, welche nachtheilig auf das Geschäft einwirkt“³⁷.

Aus diesem Grund bleibt dem rheinischen Industriegebiet nur noch die Hoffnung, daß mit dem zeitigen Eintreten des Frühjahres „die Mehrproduktion . . . willigen und lohnenden Absatz findet“³⁸.

In dem betrachteten Zeitraum der ersten drei Monate des Jahres 1866 entwickelten sich die Preise einiger Artikel wie folgt:

³⁴ Ebenda, Nr. 46 vom 24. 2. 1866, 1. Beilage, S. 6.

³⁵ Ebenda, Nr. 52 vom 3. 3. 1866, 1. Beilage, S. 6.

³⁶ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 12 vom 23. 3. 1866, S. 317.

³⁷ Ebenda, Nr. 13 vom 30. 3. 1866, S. 364.

³⁸ Ebenda, S. 368.

*Monatliche Durchschnittspreise für Berlin*³⁹

Artikel	November 1865	Januar 1866	Februar 1866	März 1866
Schlesisches Holzkohlen- Roheisen/Sgr.	53	50 ³ / ₄	49	49
Koksroheisen/Sgr.	44	43	43 ¹ / ₂	42
Eisenbahnschienen zum Verwalzen/Sgr.	56 ¹ / ₂	58	58	58
Englischer Koks/Thlr.	19	18 ¹ / ₂	18	19
Westfälischer Koks/Thlr.	16 ¹ / ₂	16	16	16
Nußkohle/Thlr.	22 ¹ / ₄	21	21	21

Die Preisbewegung zeigt für den Monat November im allgemeinen den Höhepunkt. In den darauffolgenden Monaten verzeichnen wir Stagnation und Absinken der Preise. Diese Entwicklung zeigt das Ende der Aufschwungsphase und unterstreicht die Labilität der ökonomischen Lage in den ersten Monaten des Jahres.

Die Lage der Produktion spiegelt sich naturgemäß im Transportwesen wider, das in den ersten Monaten des Jahres bereits erhebliche Einbußen hinnehmen mußte. Die Reduzierung des industriellen Gütertransports betrug zum Beispiel auf der Köln-Mindener Bahn im Monat Februar gegenüber Januar 1866 33,3 Prozent. Die Versendung via Deutz nach den Rhein- und Oberrheinischen Bahnen fiel im gleichen Zeitraum von 1267800 Zentner im Januar auf 556500 Zentner im Monat Februar, also um etwa 56 Prozent.⁴⁰

Nicht anders reflektierte auch das Geld- und Kreditwesen die zunehmende Verschlechterung der ökonomischen Situation. Bereits die Periode vor dem eigentlichen Ausbruch der Krise wurde für das deutsche Geld- und Kreditwesen zu einer Zerreißprobe. Bei der Bedeutung des Kredits für die Produzenten mußte diese Entwicklung ernste Rückwirkungen auf die Produktion haben. Unter Hinweis auf die bekannte kriselhafte, durch allgemeine Überproduktion gekennzeichnete Lage der Produktion kann bereits an dieser Stelle die Behauptung einiger Ökonomen, daß die Zerrüttung des Kredits die Ursache der Krise von 1866 sei, zurückgewiesen werden. Auch die in ähnlicher Form von Oelßner vertretene Ansicht erweist sich, wie die Betrachtung der Produktion beweist, als unrichtig. In dem kurzen Abschnitt über die Krise von 1866 schreibt Oelßner unter anderem: „Die Krise von 1866 weist also einen besonderen Charakter auf, sie war vorwiegend eine Kreditkrise.“⁴¹

Es ist richtig, daß die deutsche Wirtschaft mit einem Zinsfuß von 7 Prozent in das neue Jahr ging. Dieser Zinssatz spiegelt aber die Beanspruchung des Kredits infolge der Überproduktion wider. In welchem Umfange das der Fall war, zeigt der Monatsausweis der Preußischen Bank für Dezember 1865. Der

³⁹ Errechnet nach den Angaben der „Vossischen Zeitung“.

⁴⁰ „Der Aktionär . . .“, Nr. 639 vom 31. 3. 1866, S. 170.

⁴¹ Oelßner, *Fred*, a. a. O., S. 244.

Monatsbericht weist eine Abnahme des baren Geldes und des Banknotenvorrates um 2 Millionen Taler, eine Zunahme des Lombardbestandes um die enorme Summe von 4 Millionen Taler und des Wechselbestandes um nahezu 2,5 Millionen Taler aus. Der Banknotenumlauf steigt um mehr als 8 Millionen Taler.⁴² Dieser Auszug gibt ein plastisches Bild von der sich hinter diesen Ziffern verbergenden Überproduktion. Die gemeinsame Basis der ausgewiesenen Zunahme des Wechselbestandes und des Banknotenumlaufes sind die Schwierigkeiten, den kapitalistischen Reproduktionsprozeß immer mehr zu erweitern. Mit der Banknote der Preußischen und anderer deutscher Banken hält der Produzent nun zwar das ersehnte Geldkapital in den Händen. Infolge der zunehmenden Unabsetzbarkeit der Ware ist dieses Geldkapital jedoch nicht die verwandelte Form des Warenkapitals. Das bedeutet, daß die Schwierigkeiten in der materiellen Sphäre, Waren abzusetzen, in immer stärkerem Maße auch die Angelegenheiten des Kredits und der hinter diesem stehenden Bank werden. Mag der Kredit im Hinblick auf die Beseitigung von Zahlungsverpflichtungen für den Produzenten selbst eine wesentliche persönliche Erleichterung sein, an der Überproduktion ändert sich dadurch nichts, weil dieser Kredit vorwiegend als Zahlungsmittel, immer weniger aber als Kaufmittel Verwendung findet. Neben der mit der Überproduktion parallel verlaufenden Aufblähung des Lombard- und Wechselbestandes sowie der Ausdehnung des Banknotenumlaufes vermindern sich durch zurückströmende Banknoten die Barvorräte der Banken. Gleichzeitig wandert Kapital massenhaft in das von Krisenerscheinungen noch freie Ausland. Die Metallschatzreserve vermindert sich. Zusammen mit der Abnahme der Depositen durch die Rücknahme der Einlagen vermehren sich die Gefahren für den Kredit und das Bankwesen.

Die sogenannten Konsolidierungsmaßnahmen des größten Teils der deutschen Banken im Frühjahr 1866 zeigen bereits deutliche Anzeichen der Kreditkrise. Systematisch wird der Wechselbestand abgestoßen und der nicht gedeckte Notenumlauf radikal reduziert. Die Privaten Preußischen Zettelbanken schränken auf diese Weise ihren Notenumlauf um 50 Prozent ein.⁴³

Diese „Konsolidierungsmaßnahmen“ der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Banken sind Ausdruck der Überproduktion und Unabsetzbarkeit der Waren sowie der Kontraktion der Preise. Das heißt, wie immer die Kreditkrise ausfallen mag, als Folge der krisenhaften Verhältnisse der materiellen Produktion kann sie nicht deren Ursache sein.

Wir bestreiten damit nicht die mögliche Eigenständigkeit einer Geld- und Kreditkrise infolge einer Zerrüttung der Zirkulationssphäre durch außerökonomische Faktoren. Unter den Bedingungen einer nachweisbaren Überproduktion aber muß die Kreditkrise aus den Grundursachen der kapitalistischen Wirtschaftskrisen hergeleitet werden, auch wenn der Grad und die Tiefe der Schwierigkeiten des Geld- und Kreditwesens das Dominierende zu sein

⁴² „Der Zollverein“, Nr. 2 vom 10. 1. 1866, S. 11.

⁴³ „Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik“, Bd. 11, 1868, S. 15.

scheinen. Man kann deshalb mit den Worten von Karl Marx zusammenfassen: „In einem Produktionssystem, wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht, wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muß augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich die Krise nur als Kredit- oder Geldkrise dar. Und in der Tat handelt es sich nur um die Konvertibilität der Wechsel in Geld . . . Aber diese Wechsel repräsentieren . . . wirkliche Käufe und Verkäufe, deren das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung schließlich der ganzen Krisis zugrunde liegt.“⁴⁴

Verfolgt man die weitere Entwicklung der Produktion in der Periode Ende März/April, so tritt mit dem Aufkommen einer akuten Kriegsgefahr zwischen Preußen und Österreich ein weiterer mobilisierender Faktor der Krise hinzu.

Als Zeitpunkt für das Offenbarwerden der Kriegsgefahr können die letzten März Tage angenommen werden.⁴⁵ Es ist heute bekannt, daß im Monat März zwischen Preußen und Österreich erneut Depeschen über das weitere Schicksal Schleswig-Holsteins gewechselt werden. Man weiß heute, daß Bismarck damit zielstrebig seiner Funktion als „Testamentsvollstrecker der deutschen Revolution“ nachzukommen begann. Für die damalige Zeit war dieser Depeschenwechsel auf Grund seiner Geheimhaltung kein modifizierendes Element. Erst eine preußische Depesche vom 27. März, in der Preußen die österreichische Regierung des Bruches des Gasteiner Vertrages beschuldigte, hatte nachweisbar ernstere Folgen, die besonders an den Börsen sichtbar wurden. Unter dem Einfluß der Verhältnisse entwickelten sich die Börsenkurse wie folgt:

*Entwicklung der Börsenkurse: Berlin*⁴⁶

Art	30. Dezember 1865	15. Februar 1866	29. März 1866
1. Staatsfonds und Pfandbriefe			
Staatsschuldscheine	89 ¹ / ₂	88 ¹ / ₄	85
2. Prioritäten			
3 ¹ / ₂ p. Ct. Bergisch-Märkische	81	80 ² / ₄	78
3. Industrie ⁴⁷			
Hörder Hüttenwerk	114	117 ¹ / ₂	112 ¹ / ₂
4. Eisenbahnaktien			
Bergisch-Märkische	155 ¹ / ₂	161 ³ / ₄	149 ¹ / ₂
Rheinische	131	128 ⁷ / ₈	118 ¹ / ₂

⁴⁴ Marx, Karl, Das Kapital. Bd. III, Berlin 1953, S. 534/35.

⁴⁵ „Erst gegen Ende März stellt sich die Besorgnis ein, die Verwicklungen zwischen Österreich und dem deutschen Bundestage einerseits und Preußen und Italien andererseits möchten zur Entscheidung durch Waffen führen.“ („Kgl. Stat. Bureau“ vom 27. 3. 1866, S. 148).

⁴⁶ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 78.

⁴⁷ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“ in der Reihenfolge – Nr. 1 vom 3. 1. 1866, S. 161, Nr. 38 vom 14. 2. 1866, S. 556, Nr. 74 vom 28. 3. 1866, S. 1056.

Art	30. Dezember 1865	15. Februar 1866	29. März 1866
5. Bankaktien			
Preußische Bank	156 $\frac{1}{2}$	155 $\frac{1}{2}$	148
Darmstädter Bank	91 $\frac{1}{4}$	91 $\frac{1}{4}$	83 $\frac{1}{4}$
Discontogesellschaft	101	99 $\frac{1}{8}$	96
6. Diverse			
Österreichische 1860er Loose	81 $\frac{1}{4}$	79 $\frac{1}{4}$	73 $\frac{3}{4}$
Italiener	64	62 $\frac{3}{4}$	59
Amerikaner	69	72 $\frac{1}{4}$	74 $\frac{1}{2}$

Ohne die Rolle der Kriegsgefahr überzubewerten, kann angenommen werden, daß der vom 29. März gegenüber Februar ausgewiesene Kursstand zu einem gewissen Teil auf Rechnung der ungünstigen politischen Nachrichten ging. Es muß jedoch betont werden, daß der Kurssturz Ende März auf einem degressiven Trend der Kurse fußte. Man spricht deshalb besser von einer zusätzlichen Wirkung der Kriegsgefahr auf die bestehende kriselhafte Lage. Bereits in einem Februarartikel – also zu einem Zeitpunkt, an dem von der Wirkung der Kriegsgefahr keine Rede sein konnte – schreibt die Zeitschrift „Der Aktionär“ über die Börsenlage: „Geschäftsstille, Mangel an Anregung, Stagnation usw. Das sind die Klagen, welche täglich an der Börse laut werden und wir erinnern uns kaum eines Jahres, in welchem im Februar die Geschäftsstille einen so hohen Grad erreichte wie jetzt.“⁴⁸

Selbstverständlich kann auch die Entwicklung des fiktiven Kapitals nicht isoliert von den Vorgängen im Bereich der Produktion gesehen werden, die im Monat Februar im Zeichen allgemeiner, deutlich zutage getretener Überproduktion mit kriselhaften Merkmalen in einer Reihe von Zweigen steht. Das bedeutet vom Standpunkt der Aktienkurse, daß die Profite geschmälert werden und die industriellen Unternehmungen nicht mehr die Dividenden wie einst versprechen. Die Wirkung zeigt sich sowohl in der Entwicklung der Aktienkurse des Hörder Hüttenwerks als auch in der Bewegung der Eisenbahnaktienkurse, die auf die Einnahmenrückgänge infolge verminderten Warentransports zurückzuführen sind.

Bei den festverzinslichen Papieren bewirkt der allgemein hohe Zinssatz den Kursrückgang. Schließlich tritt auf Grund der schlechten Geschäftslage zu der Verteuerung des Leihkapitals eine Kapitalabwanderung in das Ausland oder in ausländische Devisen ein, die vor krisenhaften Entwertungen sicher erscheinen. Man beobachtet das in der angeführten Tabelle unter anderem in dem Steigen der „Amerikaner“.

Daraus geht hervor, daß die beginnende kriselhafte Situation der Produktion ähnlich wie für das Kreditsystem auch für das fiktive Kapital die schiefe Ebene ist, auf der die Börsenkurse in die Deroute rollen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß das politische Moment die Entwertung des fiktiven Kapitals beschleunigt hat. Es spricht für die Einfallslosigkeit

⁴⁸ „Der Aktionär...“ vom 8. 2. 1866, S. 67.

einer Vielzahl bürgerlicher Autoren, wenn sie ohne Rücksicht auf die vorangehende industrielle Entwicklung den Preußisch-Österreichischen Krieg als Ursache der Krise von 1866 nennen. Das lautet dann etwa so: „Die Steigerung (der Börsenkurse – J. S.) anfangs Januar war von kurzer Dauer. Die mexikanische, die rumänische und endlich die deutsche Frage, sowie die damit verbundenen Einwirkungen auf Frankreich und die übrigen Länder des Kontinents, veranlaßten das Kapital sich von den Börsen zurückzuziehen.“⁴⁹

Betrachtet man die These vom Preußisch-Österreichischen Krieg als Ursache der Krise von 1866 nicht nur vom Standpunkt des fiktiven Kapitals, sondern überprüft sie in prinzipieller Hinsicht, so zeigt sich ebenfalls die Unhaltbarkeit dieser Behauptung. Dabei ist es allein mit dem Hinweis auf die zeitlich früher nachweisbare Überproduktion nicht getan. Grundsätzlich muß gesagt werden, daß Krisen und Kriege wohl beides Faktoren ökonomischer Herkunft, aber „Erscheinungen ganz verschiedener Ordnung, verschiedenen historischen Ursprungs und verschiedener Klassenbedeutung“⁵⁰ sind. Lange vor dem Aufkommen der modernen kapitalistischen Wirtschaftskrisen gab es Kriege, ohne daß diese zur Auslösung derartiger Krisen führten. Auch die an Kriegen reiche vormonopolistische Ära des Kapitalismus zeigt, daß das Zusammentreffen von Krise und Krieg in den Bereich der historischen Zufälligkeit gehört. Darüber hinaus konnte es im Monat März noch nicht um die Auswirkungen des Krieges selbst gehen, sondern um die Wirkung des sozusagen psychologischen Elements der Kriegsfurcht auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Ein Vergleich mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 zeigt jedoch die ökonomische Wirkungslosigkeit der Kriegsfurcht in bezug auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß in seiner Gesamtheit. Obwohl seit der Luxemburg-Krise eine militärische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich unabwendbar erschien und jederzeit möglich war, obwohl jeder Fabrikant wußte, daß es sich um einen großen Krieg handeln mußte, setzte die bedingte Desorganisation der Wirtschaft erst mit dem Kriegsausbruch selbst ein. Im wesentlichen kam es nur in den Zweigen zu einer Einschränkung, die von der französischen Nordseeblockade betroffen wurden. Wo es zu Preisnachteilen kam, geschah das ebenfalls nur bei Waren, die der Krieg in ihrer Absatzbarkeit beschränkte. Die Regel ist vielmehr die Preissteigerung, so vor allem bei Kohlen, Eisenerzen und Wolle. Letztere stieg um 12 Taler pro Zentner.⁵¹ Sofort mit der Beendigung des Krieges 1870/71 trat eine Normalisierung der Lage ein. Auch das war, wie wir noch sehen werden, 1866 nicht der Fall, weil mit dem Ende des Krieges die Überproduktion nicht beseitigt war und der kapitalistische Reproduktionsprozeß seinen eigenen Gesetzen folgen mußte.

Der Krieg unterbricht also weder den Ablauf des Reproduktionsprozesses noch hebt er das Krisengesetz auf oder führt zum Wirken dieses Gesetzes.

⁴⁹ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 71.

⁵⁰ *Lenin, W. I.*, Werke. Bd. 26, Berlin 1961, S. 148.

⁵¹ „Bericht über den Berliner Handel“, 1870, S. 1 ff.

Entsprechend der Unterschiedlichkeit der Ursachen, die Krieg und Krise zugrunde liegen, gemäß der Verschiedenartigkeit ihrer Funktionen, sind auch ihre Wirkungen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß grundsätzlich anderer Art.

Anders verhält es sich mit der Wirkung des Krieges auf den Zyklus, das heißt auf die Phasenfolge innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftszyklus. Eine Unterbrechung dieser Phasenfolge, die Störung ihres natürlichen Ablaufes, wie wir sie beispielsweise im ersten Weltkrieg beobachten, das heißt das Umschlagen der Krise von 1913/14 in eine „Kriegskonjunktur“, setzt jedoch eine Kriegsperiode voraus, in der sich die Größe und Dauer des Krieges mit einer spezifischen Kriegswirtschaft verbindet. Die totale Unterordnung der Wirtschaft unter die Erfordernisse des Krieges, möglich durch die Machtmittel des von den Monopolen beherrschten Staates, der gewaltige Kriegsgüterbedarf, erforderlich durch die Größe des Krieges, macht eine zeitweilige Verhinderung beziehungsweise Beseitigung der Überproduktion möglich. Die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses werden zeitweilig überlagert, ohne selbst im geringsten an Bedeutung zu verlieren. Im Gegenteil – die Verelendung der Massen im Gefolge derartiger Weltkriege vertieft die Konsumtionsbeschränkung der Mehrheit der Bevölkerung, den letzten Grund aller wirklichen Krisen.

Im Jahre 1866 konnte nicht von einer Unterbrechung des Zyklus, nicht einmal von einer ernsthaften Modifikation der Krise die Rede sein. Weder die Größe und Dauer des Krieges noch die fehlenden Voraussetzungen für eine totale Kriegswirtschaft gaben dazu die Möglichkeit.⁵²

Der Krieg von 1866 konnte weder die Ursache der Krise sein noch war er in der Lage, die Krise an ihrem objektiven Ausbruch und Verlauf zu hindern. Im Gegenteil führte die durch ihn verursachte Verelendung der Werktätigen und die Desorganisation der Wirtschaft im Jahre 1866 unmittelbar zur Verschärfung der Krise.

Unter diesen Umständen erhalten die Polemiken der Wirtschaftszeitschriften jener Zeit gegen den Krieg, das Anführen des Krieges als Ursache der Krise, einen interessanten Aspekt.

Im Bericht über den Berliner Handel heißt es zum Beispiel: „... der Krieg unterbrach eine strebsame und mit den besten Hoffnungen erfüllte Geschäfts-

⁵² Nur dort, wo die Wirtschaft tatsächlich den Interessen des Krieges untergeordnet worden war, wo für die Vernichtung produziert wurde, nur dort befanden sich inmitten der Geschäftsstockung Oasen der wirtschaftlichen Belebung. Einem Bericht der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 154 vom 1. 7. 1866, S. 2005) entnehmen wir folgendes über die Lage in der Stadt Essen: „Die Geschäfte ... leiden zwar im Allgemeinen wie anderwärts, es ist aber für den hiesigen Platz von besonderem Vorteil unter den obwaltenden Umständen zu betrachten, daß die Krupp'sche Gußstahlfabrik fortwährend mit unverminderter Arbeitskraft tätig ist, ja sogar keine Einbuße an Beamten, Technikern und Arbeitern erfahren hat, da die Dienstpflichtigen mit Rücksicht auf die Kanonen-Fabrikation größtentheils als unabkömmlich gelten.“

thätigkeit.“⁵³ Ähnlich verhält es sich mit dem „Bremer Handelsblatt“. Dort liest man: „Die ganze Welt will den Frieden, aber der preußische Ministerpräsident nöthigt sie, die Anstrengungen und die Opfer eines fürchterlichen Krieges aufszunehmen . . . Kriege . . . sind ärztliche Operationen am Leibe der Völker, mit denen nur der gewissenlose Virtuose des Messers spielt . . . Mit diesem Maßstab der Vernunft gemessen ist Graf Bismarck . . . der ausgesuchtesten Strafe werth, welche für einen Verbrecher am Glück der Millionen erfunden und angewendet werden kann.“⁵⁴

Welch „revolutionärer Standpunkt“, welch „begeisternder Appell“, welche Scheinheiligkeit, denn in der gleichen Zeitschrift liest man weiter: „Wir behaupten nicht, daß ein Krieg zwischen Österreich und Preußen nicht geführt werden dürfe – aber dann muß es ein Krieg um die deutsche Kaiserkrone, nicht um einen Herzogshut, um die Erhöhung Preußens über alle anderen Mächte Europas . . . sein.“⁵⁵

Schließlich berichten die „Grenzboten“, weshalb der überwiegende Teil der deutschen Bourgeoisie nicht gegen die Revolution von oben als solche, wohl aber über den Termin des Krieges besorgt ist. Weil „in Wahrheit . . . sowohl die preußische als auch die österreichische Regierung ihrer inneren Lage (hervorgehoben von mir – J. S.) nach nicht imstande (ist – J. S.), einen großen Krieg so zu führen, daß ein immerhin mächtiger Feind niedergeworfen wird.“⁵⁶

Die innere Lage aber wurde nicht zuletzt in ihrer ungünstigen Konstellation durch eine heranreifende Krise bestimmt. Die bereits bestehende kriselhafte Lage der deutschen Wirtschaft erschien, zusammen mit der verstärkten proletarischen Bewegung, als ungeeignete Basis für einen Krieg.

Das bis zur Krisenursache selbst verabsolutierte Mißtrauen und die Furcht der deutschen Bourgeoisie vor einem Krieg sind damit als Krisenursache nicht nur völlig abwegig, sondern erweisen sich neben zahlreichen anderen Gesichtspunkten als Produkt der kriselhaften Lage der deutschen Wirtschaft selbst.

Da die Erklärung der Krise aus dem Krieg als Apologie letzten Endes nichts taugt, sahen sich einige bürgerliche Zeitschriften der Zeit zur Distanzierung von dieser These veranlaßt. So schreibt die „Zeitschrift für Kapital und Rente“ in Übereinstimmung mit den Tatsachen: „Eine solche Krisis nun, wie wir sie während des Sommers 1866 erlebt haben, wäre unmaßgeblich auch ohne Krieg eingetreten, denn die Symptome eines herannahenden Sturmes zeigten sich schon im Herbst 1865, wo man nicht an den Ausbruch des Krieges dachte.“⁵⁷

Mit dieser Darstellung ist allerdings keineswegs bestritten, daß auf der Grundlage bestehender ökonomischer Schwierigkeiten die Kriegsfurcht, das Mißtrauen in die geschäftliche Lage sowie gewisse Kriegsvorbereitungen diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten verstärken.

⁵³ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 2.

⁵⁴ „Bremer Handelsblatt“, Nr. 756 vom 7. 4. 1866, S. 119.

⁵⁵ Ebenda, S. 119.

⁵⁶ „Die Grenzboten“, 1866, 25. Jahrg., 1. Semester, Bd. 2, S. 261.

⁵⁷ „Zeitschrift für Kapital und Rente“, 1867, Bd. III, S. 274.

Haben die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses einen solchen Grad erreicht, daß eine Krise unvermeidlich geworden ist, dann kann im vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus die Kriegsfurcht durchaus die Funktion der Auslösung der Krise haben.

Die Betrachtung hat ergeben, daß die Ursachen der Krise von 1866 weder im Kreditsystem noch im bevorstehenden Krieg zu suchen sind. Grundsätzlich müssen diese Krisenursachen, wie bei jeder anderen Krise auch, aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktion erklärt und abgeleitet werden. Im Hinblick auf die marxistische Krisentheorie mag das selbstverständlich erscheinen. In bezug auf die zahlreichen historischen und ökonomischen Besonderheiten, die sich mit dem Reifeprozeß dieser Krise verbanden, sowie im Hinblick auf die darauf beruhende Einschätzung der Krise durch einige Ökonomen erscheint diese Feststellung notwendig.

III. AUSBRUCH UND VERLAUF DER WIRTSCHAFTSKRISE

1. Die Produktion

Die Betrachtung der Produktionslage fand mit der Analyse des Monats März ihren Abschluß. Es ist nur natürlich, daß nach dem Zusammenbruch der kurzen industriellen „Belebung“ der Gruppe A, bei gleichzeitiger Vertiefung der kriselhaften Situation in der Gruppe B, und unter dem Einfluß einer sich entwickelnden Kreditkrise und der zunehmenden Kriegsgefahr, die kriselhafte Lage die gesamte Wirtschaft erfaßt. Mit dem Beginn des April schlägt sie vorerst lokal und auf die Gruppe B beschränkt in die Krise um, die im weiteren Verlauf des Monats bis einschließlich Anfang Mai auf die gesamte deutsche Wirtschaft übergreift. Diese Entwicklung findet in immer ungünstiger lautenden Handelsberichten ihren Niederschlag. Allgemein gilt nun die Einsicht: „Wie an der Ruhr, so scheint auch an der Saar eine Überschätzung des Konsums stattgefunden zu haben.“⁵⁸

Die Einschätzung, daß „Handel und Gewerbethätigkeit . . . seit langer Zeit nicht so darnieder gelegen“⁵⁹, wird vorherrschend.

Am 24. April berichtet die Stadt Elberfeld an das „Preußische Handelsarchiv“ resigniert:

„. . . leider (ist – J. S.) die jetzige Lage des geschäftlichen Verkehrs weit davon entfernt, den gehegten Erwartungen zu entsprechen. An die Stelle des gehofften Aufschwunges hat sich eine große Geschäftsstille eingestellt und der Mangel an Aufträgen, über den allseitig geklagt wird, bedingt eine Einschränkung der Produktion und nöthigt dem Geschäft eine abwartende Haltung auf. . . Die Leipziger Messe liefert die unbefriedigendsten Resultate. Nicht minder ungünstig sind die Verhältnisse für das Exportgeschäft . . . In Rohseiden hat

⁵⁸ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 17 vom 27. 4. 1866, S. 479.

⁵⁹ Ebenda, S. 477.

die Geschäftsstille weiter zugenommen, in Folge dessen die Preise einen Rückgang erfahren haben.“⁶⁰

Einen Tag zuvor, am 23. April, schrieb der Görlitzer Berichterstatter des Handelsarchivs über das Exportgeschäft der Stadt: „Die in Amerika herrschende Waarenkrise übt einen empfindlichen Druck auf die diesseitige Tuchfabrikation aus und hat das Exportgeschäft vorläufig fast gänzlich zum Stillstande gebracht. Die überseeischen Märkte sind dermaßen mit gewebten Waaren aller Art überfüllt, daß solche dort aus freier Hand gar nicht mehr verkauft sein sollen. Auch der Verkauf im Wege der Auction stellt sich für die meisten Artikel so, daß dadurch nicht die Fabrikationskosten gedeckt werden.“⁶¹

In einem Bericht aus Krefeld vom 15. Mai heißt es rückblickend auf den Monat April:

„Die Thätigkeit der Seidenwaarenfabriken war auch im verflossenen Monate von geringem Belange . . . die Stofffabrikation (lag – J. S.) fast ganz darnieder. Die in letzterer thätig gewesenen Arbeiter wandern theils aus, theils gehen sie zur Sammetfabrikation oder zu anderen Beschäftigungen . . . über. Die durch Geschäftslosigkeit herbeigeführten Armenlasten werden für die Stadt und die Gemeinde immer drückender.“⁶²

Auch in Düsseldorf weist einem Bericht vom 13. Mai zufolge die Baumwollindustrie „für den jüngst verflossenen Monat keine erfreulichen Erscheinungen auf. Den unsicheren politischen Verhältnissen, die den Absatz auf ein Minimum beschränken, gesellt sich seit der ersten Woche des Monats April ein unerwartetes und bedeutendes Sinken der Baumwollpreise in Liverpool.“⁶³

Ähnlich war die Lage der Baumwollfabriken in Westfalen. Einem Bericht aus Münster vom 14. Mai entnehmen wir folgende Bemerkungen: „Unter den Baumwollspinnern und -webern der hiesigen Gegend hat sich aus Anlaß der ‚Baumwoll-Baisse‘ und des sofort auf ein Minimum gesunkenen Absatzes der Gewebe und Garne eine große Muthlosigkeit erzeugt . . . die Entwerthung der Baumwolle (machte – J. S.) rasche Fortschritte und fiel solche in 14 Tagen um etwa 25–30 p. Ct. Unsere Fabriken sind durch diese Konjunktur in eine nicht beneidenswerthe Lage versetzt, denn erstens haben die größeren Spinnereien bei dem voraussichtlichen Bedarf Ankäufe von Baumwolle noch zu einem Preis abgeschlossen, der heute sehr theuer zu nennen ist und zweitens sind ihnen bereits viele Aufträge abgeschrieben worden, zu deren Effektivierung die gemachten Ankäufe dienen sollten. Es wird unter diesen Umständen . . . kaum ein anderer Ausweg übrig bleiben als auf Lager zu arbeiten.“⁶⁴

Es kann kein Zweifel bestehen, daß es sich bei diesen Schilderungen der Lage der Gruppe B um einen Zustand handelt, wie ihn nur eine Wirtschaftskrise hervorzubringen imstande ist.

⁶⁰ Ebenda, Nr. 18 vom 4. 5. 1866, S. 495.

⁶¹ Ebenda, Nr. 20 vom 18. 5. 1866, S. 517.

⁶² Ebenda, Nr. 22 vom 1. 6. 1866, S. 611.

⁶³ Ebenda, Nr. 23 vom 8. 6. 1866, S. 639.

⁶⁴ Ebenda, Nr. 22 vom 1. 6. 1866, S. 610f.

Im Verlauf des Monats verschlechtert sich auch die ökonomische Lage in den Zentren der Schwerindustrie. Die folgenden Berichte spiegeln den Ausbruch der Krise auch in diesem Bereich wider. So heißt es in einem Bericht aus der Stadt Minden vom 12. Mai: „Die Ungewißheit und mehr noch die Befürchtung, daß die drohender gewordene Gefahr eines Krieges nicht abgewendet werde, drücken schwer auf das Geschäft, haben für fast alle Waarenartikel einen sich mehr und mehr gesteigerten Preisrückgang hervorgerufen und demzufolge auch den Absatz überall beschränkt. Am meisten werden leider dadurch unsere Fabriken betroffen, die bisher theils aus Hoffnung auf baldige bessere Zeiten, theils um ihre Arbeiter nicht brodlos zu machen, in geregelterm Gange fortgearbeitet, dadurch aber eine größere Ansammlung ihrer Fabrikate, für welche der Absatz immer geringer wird, herbeigeführt haben. Dies ist vorzugsweise bei unserer Hüttengesellschaft Porta Westfalica, deren Betriebskapital nicht solchen Zeiten wie den gegenwärtigen gewachsen ist der Fall; das Lager ihres Puddeleisens, welches zur Zeit ohne bedeutenden Schaden nicht zu verwerten ist, hat einen ausgedehnten Umfang erreicht, da ihre seitherigen Abnehmer zunächst die Aufträge einschränkten, in neuester Zeit fast ganz sistirten.“⁶⁵

Aus Gleiwitz erfährt man am 12. Mai, daß im Monat April die allgemeine Ungewißheit der Situation höchst lähmend auf alle Geschäftszweige eingewirkt hat. Die Kauflust ist gänzlich herabgesetzt. Weiter heißt es in dem Handelsbericht: „Wenn in Folge dessen auch Betriebseinschränkungen gegen Ende des Monats vielfach in Aussicht genommen und Vorbereitungen für alle Eventualitäten getroffen wurden, so ist eine eigentliche Außerbetriebsetzung einzelner Werke, innerhalb des Berg- und Hüttenrevieres jetzt noch nicht erfolgt. Leider wird aber wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen eines der bedeutendsten Walzwerke (die Marthahütte bei Kattowitz) seinen Betrieb gänzlich einstellen und mit dieser Maßregel nicht vereinzelt bleiben . . . Seitens der Letzteren (der Kunden – J. S.) werden fest ertheilte Aufträge unter Hinweisung auf die allgemeine Geschäftsstockung zurückgezogen und die Besitzer der Werke müssen sich dies in den meisten Fällen gefallen lassen, um sich wenigstens für bessere Zeiten die Kunden zu erhalten.“⁶⁶ Die Nachricht aus Siegen, 17. Mai, lautet:

„Noch zu Anfang des Monats wurde auf den Eisenerzgruben recht flott gefördert. Der Absatz hat sich jedoch außerordentlich vermindert. Nur der allernothwendigste Bedarf der Hütten wurde gedeckt. In Folge der trüben Aussichten auf die nahe Zukunft fehlte gegen Ende des Monats fast jede Nachfrage. Die Vorräthe auf den Gruben häufen sich sehr und haben manche Grubenbesitzer bereits ihre Förderung einzuschränken . . . Auf den Hochöfen wie auf den Puddlings-Walzwerken haben sich große unverkaufte Vorräthe angehäuft . . .“⁶⁷

⁶⁵ Ebenda, Nr. 21 vom 25. 5. 1866, S. 579.

⁶⁶ Ebenda, N. 22 vom 1. 6. 1866, S. 609.

⁶⁷ Ebenda, Nr. 23 vom 8. 6. 1866, S. 638.

Schließlich deuten auch die Handelsberichte aus dem Ruhrgebiet darauf hin, daß die rheinische Industrie von der Wirtschaftskrise erfaßt ist. Aus Essen, der Stadt, die vor wenigen Wochen noch Hochburg der industriellen Prosperität war, erhalten wir folgende Meldung: „Die Verhältnisse der Kohlenbergwerke haben sich ungünstiger gestaltet . . . Die Nachfrage nach Kohlen . . . ließ gänzlich nach; es können Kohlenverkäufe nur schwierig ausgeführt werden, da die Konsumenten, theils in Erwartung billiger Preise, theils um sich bei der Bedenklichkeit der Verhältnisse nicht zur Abnahme größerer Quantitäten zu verpflichten, eben nur den nöthigsten Bedarf decken . . . wenn auch mitunter noch die früheren Preise erzielt werden, so wurden die Verkäufe meistens billiger abgeschlossen, es kann jedoch nicht ausbleiben, daß die Preise allgemein heruntergehen, da sich sowohl auf den Zechen als in den Magazinen bereits größere Quantitäten ansammeln. Ebenso macht sich bei den Eisenetablissemments ein recht ungünstiger Einfluß bemerkbar und würde die Störung der Betriebe schon eine viel größere sein, wenn nicht durch die bisherige äußerst günstige Konjunktur alle Werke mit so überaus zahlreichen Aufträgen noch auf längere Zeit versorgt wären. Da aber nicht nur neue Aufträge ausbleiben, sondern auch ältere zurückgenommen werden . . . ist die Thätigkeit bei den Etablissements eine weit geringere und muß man befürchten, daß dieselben genöthigt sein werden, eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern zu entlassen.“⁶⁸

Nicht minder ungünstig hat sich die Lage der Industrie im Bereich der Stadt Düsseldorf im Monat April gestaltet. Aus dem Handelsbericht der Stadt vom 13. Mai erfahren wir, „daß neue Bestellungen nicht eingehen und hierdurch ein weiteres schwunghaftes Fortarbeiten unmöglich gemacht ist. So unterbleibt zum Beispiel das Anblasen vorgerichteter Hochöfen, die Hochöfen-Etablissements lassen sich auf neue Verträge behufs Lieferung von Eisensteinen, Kohlen und Kalk nicht ein, weil der Absatz für Roheisen ein sehr zweifelhafter geworden und so geht es weiter durch alle Zweige der in unserer Gegend so wichtigen Industrie.“⁶⁹

In Übereinstimmung mit diesen Handelsberichten läßt sich die Berliner Marktlage im Metall- und Kohlengeschäft für den Monat April so zusammenfassen: „Geschäftsstille in den Metallen ist nun schon seit längerer Zeit stehende Rubrik aller hiesigen Berichte.“⁷⁰ „Die Geschäftsunlust bleibt vorherrschend und es gleicht die abgelaufene Woche wieder ganz der vorigen.“⁷¹

In dieser, durch den Beginn der Wirtschaftskrise gekennzeichneten Situation der deutschen Wirtschaft treten Anfang Mai einige Ereignisse ein, die wie Funken in ein Pulverfaß wirken und zu einer Panik führen. Sie wird am 3. Mai durch die Nachricht von der Mobilisierung des preußischen Heeres ausgelöst. Was dieser Maipanik in den folgenden Tagen an Tiefe und Schärfe

⁶⁸ Ebenda, Nr. 22 vom 1. 6. 1866, S. 612.

⁶⁹ Ebenda, Nr. 23 vom 8. 6. 1866, S. 639.

⁷⁰ „Vossische Zeitung“, Nr. 91 vom 20. 4. 1866, 1. Beilage, S. 6.

⁷¹ Ebenda, Nr. 97 vom 28. 4. 1866, 1. Beilage, S. 6.

fehlt, vollendet die Nachricht vom Zusammenbruch des englischen Bankhauses Overend – Guerney & Co – und die Bekanntgabe der Suspension der englischen Bankakte. Am 16. Mai kommentiert die Zeitschrift „Der Zollverein“ die Geschehnisse und knüpft daran die Feststellung: „Wir stehen mitten in einer Panik, wie sie seit langer Zeit nicht stärker dagewesen. Daß die großen Geld- und Kreditinstitute ihren Zinsfuß in gewaltigen Sprüngen erhöhen, um der dringenden Nachfrage nach baarem Geld einen Damm entgegenzustellen, ist ein früher oft getadeltes, jetzt das einzig für richtig befundene Mittel, der Wirtschaft das unentbehrliche Metallreservoir zu erhalten.“⁷²

In der Tat jagt die Panik den Zinsfuß in gewaltigen Sätzen in die Höhe. Am 3. Mai noch auf 6 Prozent, springt der Zinsfuß am 4. Mai auf 7 Prozent und erreicht schließlich 9 Prozent. Hinter diesen 9 Prozent verbirgt sich die ganze Kraft der rebellierenden Produktivkräfte. Die Geschäftsstockung ist während der Panik vorerst fast allgemein. Ein großer Teil der Waren ist vorläufig unabsetzbar. Der Fluß des Kapitals stockt, Fabriken drosseln die Produktion, die Zahl der Fallimente nimmt stark zu. Gegen Ende des Monats flaut die Panik ab. An ihre Stelle tritt eine Phase, in der sich die Vernichtung des Kapitals, soweit sie die Widersprüche erfordern, vollendet. In diesen Abschnitt fällt daher der eigentliche Tiefpunkt der Krise. „Die Panik hat zwar nachgelassen, aber die kommerzielle Krisis dauert fort und fordert ihre Opfer, namentlich unter den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten. Die Wechsel- und Handelsgerichte sind mit Geschäften überhäuft“⁷³, heißt es dazu in einer Zeitschrift.

Bevor wir uns diesem Abschnitt des Krisenverlaufes zuwenden, gilt es, die Produktionsentwicklung im Krisenmonat Mai weiter zu verfolgen. In der materiellen Sphäre wurde der Konflikt zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen geboren. In diesem Bereich findet die Rebellion der Produktivkräfte für die Erlösung von der Kapitaleigenschaft ihren eigentlichen Ausdruck. Über das Ausmaß und den Verlauf der Krise in diesem Bereich informiert wiederum anschaulich die Vielzahl der Handelsberichte. Über die Lage der Gruppe B heißt es in einem Bericht aus Elberfeld vom 20. Mai: „Die gegenwärtige Lage des Geschäfts müssen wir leider als eine überaus traurige bezeichnen . . . ; die eingetretene Stockung ist eine nahezu vollständige . . . Da jeder Absatz fehlt, so ist dann auch die nothwendige Folge eine allgemeine Absatzverminderung eingetreten. Einige große Etablissements haben ihren Betrieb auf halbe Zeit gesetzt aber bereits sämtlichen Arbeitern gekündigt . . . um in ein bis zwei Wochen die Fabriken stille zu setzen . . . Die allgemeine Stimmung ist eine äußerst entmuthigte.“⁷⁴

Aus der Stadt Münster kommt folgende Meldung: „Wie wohl unser Platz von den häufigen Zahlungseinstellungen anderer Orte noch verschont geblieben ist, so ist die Lage der Fabriken und Etablissements doch eine sehr traurige. Es

⁷² „Der Zollverein“, Nr. 20 vom 16. 5. 1866.

⁷³ Ebenda, vom 30. 5. 1866, S. 11.

⁷⁴ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 26 vom 29. 6. 1866, S. 712.

sind nicht nur fast alle Aufträge zurückgezogen worden, sondern es ist auch die Betreuung der Ausstände faktisch unmöglich, während die eigenen Verpflichtungen nicht aufgeschoben werden können . . . Das Geschäft in den Baumwollspinnereien hat . . . ganz aufgehört. Die ganze Produktion geht zu Lager . . . Nicht anders ergeht es der Eisenindustrie, . . . Alle diese industriellen Unternehmungen machen eine schwere Krise durch.“⁷⁵

Die Lage der Textilindustrie im Raum Krefeld und Gladbach wurde ebenfalls dadurch beeinträchtigt, daß „fast nichts gekauft . . . bzw. für die verkauften Waaren keine Zahlung zu erlangen ist. So haben sich einige Fabrikanten entschließen müssen ihren Fabrikbetrieb . . . derart zu beschränken, daß in allen Etablissements nur etwa 3 Tage in der Woche gearbeitet wird.“⁷⁶ Auch im nahegelegenen Bielefeld ist „eine Stockung der Geschäfte bereits in hohem Grade eingetreten . . . Das Geschäft in Seiden- und Sammetfabriken ist gänzlich gelähmt und aus diesem Grund Rohseide ca. 15 p. Ct. im Preis gefallen.“⁷⁷

Von den Wollmärkten, die in dieser Zeit stattfanden, ergibt sich an Hand ihrer Berichte folgendes Bild:

Glogau, 30. Mai 1866: „Unter den traurigsten Auspicien ist der diesjährige Wollmarkt heute abgehalten worden. Von den in den Monaten März und April auf Kontrakte verkauften 200 Ctr. sind etwa 100 Ctr. abgenommen worden, in Betreff der anderen 100 Ctr. ist das Geschäft rückgängig gemacht worden.“⁷⁸

Stralsund: „Unser Wollmarkt hat . . . nur einen sehr matten Verlauf genommen . . . Etwa $\frac{1}{3}$ der ganzen Zufuhr ist wie man annimmt verkauft . . . der Rest ist theilweise auf Privatlager genommen und liegt anderen Theils noch undisponirt auf dem Markt . . . Die Preise stellten sich um 15–20 Thlr. per Ctr. billiger als im vorigen Jahr.“⁷⁹

Nicht minder trostlos ist die ökonomische Lage im Bereich der Gruppe A. Einer Nachricht aus dem industriellen Knotenpunkt Düsseldorf ist zu entnehmen, „daß sich wohl kein einziger Industrie- und Handelszweig mehr in einer normalen Lage befindet . . . Neue Aufträge gehen nicht allein nirgends ein, es werden vielmehr ältere soweit als thunlich zurückgenommen. Über die Schwierigkeiten ausstehende Forderungen einzuziehen, erheben sich allgemeine Klagen und wie sehr dieselben begründet sind, ergibt sich aus den in großer Menge und unter Protest zurückströmenden Wechseln, aus den allseitig ausbrechenden Fallimenten.“⁸⁰ Im Bereich der Stadt Siegen haben „einige Gruben . . . sogar ihre Förderung ganz eingestellt . . . Die Puddel- und Walzwerke haben ihren Betrieb ferner bedeutend eingeschränkt, manche sogar ganz eingestellt.“⁸¹

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Ebenda, Nr. 28 vom 13. 7. 1866, S. 48.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ „Vossische Zeitung“, Nr. 124 vom 1. 6. 1866, 1. Beilage, S. 6.

⁷⁹ Ebenda, Nr. 136 vom 15. 6. 1866, 1. Beilage, S. 6.

⁸⁰ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 27 vom 6. 7. 1866, S. 24.

⁸¹ Ebenda, S. 23.

„Durch Wegfall aller Bestellungen“ wurde zum Beispiel in Gleiwitz „verschiedenen Werken der Fortbetrieb unmöglich gemacht. Es gehören dazu besonders Eisenwalzwerke . . . Andere Betriebe haben den Betrieb auf die Hälfte beschränkt.“ Sie werden, wenn die Zustände in der bisherigen Weise anhalten, „ebenfalls den Betrieb einstellen müssen, denn ohne Absatz ist derselbe auf die Dauer unmöglich . . . Die meisten der kleinen Abnehmer sind zur augenblicklichen Zahlung wirklich außer Stande und müssen von den Werken durch Prolongation der fälligen Wechsel soulagirt werden.“⁸² Das Fazit der wirtschaftlichen Entwicklung im Raum Köln für den hier betrachteten Zeitraum lautet: „Die in unserem vormonatlichen Geschäftsbericht ausgesprochenen Befürchtungen über weitere unheilvolle Folgen der gegenwärtigen Handelskrise haben sich leider bewahrheitet und die Verlegenheiten auch in unserer Gegend große Dimensionen angenommen.“⁸³

Einen interessanten Einblick in die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner Werke vermitteln zahlreiche Dementis und Berichtigungen, die zu veröffentlichen die bürgerliche Presse auf Druck der Fabrikanten offenbar gezwungen war. So hatte die „Schlesische Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 11. Juni die wirtschaftliche Lage im Kreis Beuthen und die bedeutende Betriebseinstellung der fiskalischen Königshütte beschrieben und hinzugefügt, daß diese Tatsache „kein ermunterndes Beispiel für die Opferwilligkeit der Privatgewerke“ darstelle. Auf diesen Artikel hin kommt nun die „Berichtigung“, „daß bisher auf der Königshütte kein Schritt geschehen ist, welcher auch nur entfernt zu der Bezeichnung Betriebseinstellung berechtigte. Allerdings (gesperrt von mir – J. S.) sind von den sieben in Betrieb befindlich gewesenen Hochöfen zwei bereits defacto ausgeblasen (gesperrt von mir – J. S.), und es ist mit Rücksicht auf die sehr bedeutenden Vorräthe (gesperrt von mir – J. S.) an Eisenerzen vorläufig deren weitere Anfuhr eingestellt worden, der übrige Betrieb wird dagegen solange als nur möglich in solchem Umfange fortgesetzt werden, daß mit Ausnahme der zu den Fahnen Einberufenen, alle einheimischen Arbeiter nach wie vor ihren lohnenden Verdienst haben werden . . . Daß das Werk unter den jetzigen Verhältnissen . . . aus mehr als einem Grunde nicht Hunderttausende in Materialien und Produkten-Vorräthe stecken kann, wird wohl jeder Unbefangene einsehen.“⁸⁴

Natürlich blieb auch die preußische Hauptstadt von der Krise nicht verschont. Abgesehen von dem seit längerer Zeit stagnierenden Baugewerbe und der Tabakindustrie war „der Absatz von Chemikalien . . . während der Kriegszeit auf etwa Einviertel des gewöhnlichen reduziert . . . In bedruckten halbwollenen Stoffen wurde etwa Einviertel weniger als im verflossenen Jahr gefertigt . . . Die Wollfärberei war sehr eingeschränkt und arbeitet nur noch für den Export . . . Das Detailgeschäft in Manufakturwaaren günstig be-

⁸² Ebenda, S. 22.

⁸³ Ebenda, S. 68.

⁸⁴ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 144 vom 20. 6. 1866, 1. Beilage, S. 2043.

ginnend, sank tief herab, der Absatz beschränkte sich auf den nothwendigsten Bedarf.“⁸⁵

An'anderer Stelle heißt es in dem Bericht weiter: „Die Geschäfte sanken sofort wenigstens auf die Hälfte des früheren Umsatzes herab, bei der Ungewißheit der Zukunft und der geringen Aussicht, die Waaren noch rechtzeitig an den Mann zu bringen, wurden die vorhandenen Vorräthe mit geringem Nutzen, bei minder gutsituierten Firmen sogar mit Schaden losgeschlagen und trat infolgedessen in diesen Geschäftsbranchen eine Kalamität ein, wie sie nur so außergewöhnliche Zeiten hervorzurufen imstande sind.“⁸⁶ Diese Darstellung der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft steht in voller Übereinstimmung mit den Absatzschwierigkeiten des Metall- und Kohlengeschäfts. Der Marktbericht vom 25. Mai enthält dazu folgende Meldung: „Die Geschäftsstockungen mehren sich von Tag zu Tag, alle Metalle sind entwertet und selbst bei den größten Zugeständnissen seitens der Verkäufer ist nichts los zu werden; die kleinen Umsätze, welche in der vorigen Woche statt hatten, waren für den nothwendigsten Konsum.“⁸⁷

Und einen Monat später, am 22. Juni, lesen wir: „Eine Woche gleicht der anderen, Geschäftsstille in allen Metallen, unsere größten Fabriken zehren an den Vorräthen und verkauft wird nur das, was der Konsum verbraucht.“⁸⁸

Das Ergebnis der ersten drei Krisenmonate läßt sich mit einem Handelsbericht aus Magdeburg folgendermaßen zusammenfassen: „Die Zustände sind über alle Vorstellungen trostlos und zerfahren und übertreffen bei weitem diejenigen, welche durch die im Jahre 1848 und in späteren Jahren eingetretenen Krisen erzeugt wurden. Sie finden ihren Ausdruck in fast gänzlichem Stillstande des Handels und der Industrie, in Entwerthung der Waaren, in maßloser Kreditlosigkeit, Geldmangel und in der Unmöglichkeit Wirthschaften zu realisieren. Dazu kommen Fallimente großer angesehenen Firmen, die bisher für zweifellos sicher gehalten wurden, welche wieder andere Suspensionen zur Folge haben und was das Schlimmste ist, die Befürchtung ähnlicher unglücklicher Ereignisse, wodurch die Verzagtheit und Muthlosigkeit nur gesteigert, die Kalamität nur vergrößert wird. Der ganze Handels- und Gewerbestand leidet unaussprechlich unter dem Einflusse dieser unheilvollen Verhältnisse. Viele befinden sich in harter Bedrängnis und wissen sich kaum zu rathen.“⁸⁹

Trotz günstiger Nachrichten von den Schlachtfeldern wirkte die Wirtschaftskrise auch im Monat Juli mit unverminderter Intensität. Unverändert sprechen die Handelsberichte von Zahlungseinstellungen bedeutender Handelshäuser, von allgemein schweren materiellen und ideellen Verlusten.

So berichtet die Handelskammer Magdeburg am 14. Juli: „Die Handelsverhältnisse gestalten sich auch weiterhin trüber, daß leider weitere Zahlungs-

⁸⁵ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 5 ff.

⁸⁶ Ebenda, S. 68.

⁸⁷ „Vossische Zeitung“, Nr. 119 vom 26. 5. 1866, 1. Beilage, S. 6.

⁸⁸ Ebenda, Nr. 143 vom 23. 6. 1866, 1. Beilage, S. 6.

⁸⁹ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 27 vom 6. 7. 1866, S. 23.

einstellungen zum Theil sehr angesehener Handlungshäuser erfolgten. Zu einer Besserung der Verhältnisse ist vorläufig und bei der geraumen Zeit, die erforderlich sein wird, die jetzt schwelenden Angelegenheiten zu regeln, keine Hoffnung. Denn Handel und Gewerbe haben nicht nur materielle Verluste erlitten . . . ihr Kredit, ihr Vertrauen ist auf das Tiefste erschüttert worden.“⁹⁰

Ähnlich lautende negative Nachrichten erhalten wir für den Monat Juli aus Düsseldorf, Minden, Krefeld, Elberfeld und anderen Städten. In dem Bericht aus Elberfeld heißt es zum Beispiel unter dem Datum des 21. Juli: „Wir können leider eine Besserung der Geschäftslage noch nicht melden, die Stille hält vielmehr an und der Mangel an Aufträgen bedingt eine größtmögliche Beschränkung der Arbeitszeit um die Lagervorräthe nicht in bedenklicher Weise anwachsen zu lassen.“⁹¹

Anfang August tritt eine Besserung der wirtschaftlichen Situation ein. Die Meldungen aus den Produktions- und Handelszentren bringen immer mehr zum Ausdruck, daß sich die deutsche Wirtschaft in der Phase der wirtschaftlichen Depression befindet. Die Krise hat ihren Höhepunkt überschritten. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist nicht mehr festzustellen. Unter den Fabrikanten zeigt sich, einem Handelsbericht aus Münster vom 4. August zufolge, „wieder einige Rührigkeit, obgleich das Waarengeschäft in der alten Lethargie verharrt“⁹². Gleichlautende Berichte liegen aus anderen Standorten der deutschen Industrie vor. So heißt es in einer Einschätzung der Berliner Marktlage vom 10. August: „In einzelnen Metallen war in der abgelaufenen Woche ein ziemlich lebhaftes Geschäft, wenn auch nur für den Konsum; es ist jedenfalls eine erfreuliche Erscheinung, daß dieser bereits wieder größere Dimensionen annimmt.“⁹³

Die folgende Zusammenstellung gibt noch einmal vom Standpunkt der Preisbewegung einiger Erzeugnisse einen Überblick über den Verlauf der Krise:

*Monatliche Durchschnittspreise für Berlin*⁹⁴

Artikel	April 1866	Mai 1866	Juni 1866	Juli 1866	November 1865
Schlesisches Holzkohlen- Roheisen/Sgr.	49	47 ¹ / ₂	47	47	53
Koksroheisen/Sgr.	43	42 ¹ / ₄	42 ¹ / ₂	42 ¹ / ₂	44
Eisenbahnschienen zum Ver- walzen/Sgr.	57 ¹ / ₂	57 ¹ / ₄	56	56	56 ¹ / ₂
Englischer Koks/Thlr.	18	18	18	18	19
Westfälischer Koks/Thlr.	16	16	16	16	16 ¹ / ₂
Nußkohle/Thlr.	20	20	19 ³ / ₄	19 ¹ / ₂	22 ¹ / ₄

⁹⁰ Ebenda, Nr. 30 vom 27. 7. 1866, S. 87.

⁹¹ Ebenda, Nr. 31 vom 3. 8. 1866, S. 103.

⁹² Ebenda, Nr. 34 vom 24. 8. 1866, S. 183.

⁹³ „Vossische Zeitung“, Nr. 185 vom 11. 8. 1866, S. 2.

⁹⁴ Errechnet nach den Wochenberichten der „Vossischen Zeitung“ im Metall- und Kohlengeschäft. Die Aussagekraft der ausgewiesenen Bewegung bezie-

Zutiefst bedrückt steht die deutsche Bourgeoisie vor dem wirtschaftlichen Trümmerhaufen ruinierten Existenzen und vernichteten Kapitals. Unter dem Eindruck der Geschehnisse vermerkt der Chronist: „Die Erinnerung an die Schrecken und Gefahren ist noch frisch und lebendig in uns, es ist manches Vermögen zerstört, manche zukunftsreiche Entwicklung gehemmt und geknickt . . .“⁹⁵

Bevor wir uns der Beurteilung der Wirkung der Krise vom Standpunkt ihres Gesamtergebnisses zuwenden, erscheint es noch notwendig, den durch die Handelsberichte vermittelten Verlauf der Krise soweit als möglich zusammenzufassen und zu systematisieren.

Die Handelsberichte geben in gewisser Weise einen Einblick in die Phasen der Krise, indem sie uns zeigen, wie mit dem Herannahen, dem Ausbruch und Ende der Wirtschaftskrise die Sorgen und Nöte, die Wünsche und Hoffnungen der rheinischen, schlesischen und westfälischen Fabrikanten stiegen oder abnahmen.

Jedoch darf nicht übersehen werden, daß für eine annähernd exakte Systematisierung der Krise von 1866 die Sprache der Handelskammern nicht genau genug ist. So heißt es in einem Bericht vom 7. Februar 1866 aus Gleiwitz unter anderem: „Im Walzeisengeschäft war ein bedauerlicher Rückschritt unverkennbar, besonders im Stab- und feinen Handelseisen ist eine völlige Geschäftsstille eingetreten . . .“⁹⁶

Und im Monat Juli lesen wir in einem Bericht aus der gleichen Stadt, daß „verschiedenen Werken der Fortbetrieb unmöglich gemacht wurde“.⁹⁷

Zweifelsohne besteht zwischen „Rückschritt“ und „Geschäftsstille“ einerseits und „Unmöglichkeit der Fortsetzung des Betriebes“ andererseits ein Unterschied, aber er genügt nicht, um die Phasen einer Krise zu erfassen.

Nützlicher sind aus diesem Grund die Jahresberichte der Handelskammern, deren Darstellungen bereits eine gewisse, wenn auch keineswegs richtig begründete Einteilung der ökonomischen Entwicklung enthalten. In dem Jahresbericht der Handelskammer zu Hirschberg (Schlesien) liest man dazu folgendes: Bei fast allen Industriezweigen zeigte sich während des verflossenen Jahres ein und dieselbe Erscheinung. „In den ersten drei Monaten war der Umsatz und der Geschäftsverkehr im Allgemeinen nicht unbedeutend, dann aber übten die kriegerischen Ereignisse, sowie die Cholera Epidemie auf den Gang der Geschäfte einen nachtheiligen Einfluß aus . . . allenthalben trat eine plötzliche

Stagnation ein, die monatlichen Durchschnittspreise sind für die Krisenmonate eingeschränkt. Da die Waren während dieser Periode in der Regel unabsatzbar sind, bleiben sie vielfach ohne Preisnotierung. Die Statistik übergeht diese Erscheinung, indem sie in diesem Fall auf den vorwöchentlichen Preis zurückgreift, der im Prinzip für die Ware ohne Preisnotierung keine genaue Schlußfolgerung erlaubt.

⁹⁵ „Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“, Bd. 16, 1866, S. 177.

⁹⁶ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 9 vom 2. 3. 1866, S. 252.

⁹⁷ Ebenda, Nr. 28 vom 13. 7. 1866, S. 48.

Stockung ein, bei mehreren, wie zum Beispiel bei der Kammgarn-Spinnerei . . . blieb der Betrieb bis auf die Hälfte beschränkt, bei anderen, wie zum Beispiel bei der Baumwollgarn-Spinnerei . . . mußte der Betrieb ganz eingestellt werden.“⁹⁸ Die Handelskammer Solingen schreibt über das Jahr 1866, daß „das Geschäft im Solinger Kreis in den ersten drei Monaten ein leidliches (war – J. S.), später aber zunächst durch die Geldkrisis in England und sodann durch den in Deutschland ausgebrochenen Krieg gelähmt wurde.“⁹⁹

Über den Gang von Handel und Gewerbe in den Kreisen Bielefeld, Wiedenbrück, Herford entnehmen wir dem Bericht der Handelskammer folgenden Auszug: „Die unmittelbaren Folgen des vorjährigen Krieges waren für das Geschäftsleben nicht ohne vielfach störende Einwirkungen, während der Monate Mai und Juni standen Handel und Wandel fast still und nach Abschluß des Friedens machte sich als Nachklang ein schleppender, träger Geschäftsgang fühlbar.“ Es trat nicht nur „eine völlige Stockung des Absatzes ein, sondern die früher bereits aufgenommenen Aufträge wurden zum größten Teil widerrufen. Von Ende Juli ab nahm zwar der Verlauf wieder seinen Anfang, doch nicht in solchem Umfange, daß er für den Ausfall in den Sommermonaten Ersatz geboten hätte.“¹⁰⁰

Nach dem Jahresbericht der Handelskammer zu Gladbach „bewegte sich das Geschäft in dem ersten Quartal des abgelaufenen Jahres ziemlich normal, jedoch mit der Mobilisierung erfolgte plötzlich eine Stockung des Verkehrs und Kredits. Nach den Siegen der preußischen Armee hob sich zwar das Vertrauen und die theilweise geschlossenen Werkstätten wurden wieder lebendig, allein noch jetzt machen die Nachwehen des Krieges sich fühlbar.

Bezüglich der Entwicklung der einzelnen Industriezweige des Kreises ist zu verzeichnen, daß während der Sommermonate „der Betrieb der Baumwoll-Spinnereien fast gänzlich aufhörte und daß mit dem Frieden eine jedoch nur kurze Zeit günstige Konjunktur für sie eintrat . . . Bei der Vigogne-Spinnerei, die sich anfangs des Jahres 1866 eines guten Betriebes erfreute, trat mit dem Herannahen des Krieges vielfach Beschränkung der Arbeitszeit, theilweise sogar gänzliche Einstellung der Thätigkeit ein. Wiewohl mit dem Frieden etwas mehr Zug in das Geschäft kam, so blieb Vigogne bis zum Ende des Jahres bei gedrückten Preisen.“¹⁰¹

Die Handelskammer der Stadt Elberfeld rekapituliert die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres folgendermaßen: „Bei der Stahl- und Eisenwaaren-industrie zeigte sich bis zum Eintritt des Krieges mäßige Beschäftigung, die aber alsdann gänzlich aufhörte und auch durch die Herstellung des Friedens nicht den gehofften Aufschwung nahm.“¹⁰²

⁹⁸ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 116 vom 16. 5. 1867, S. 1984.

⁹⁹ Ebenda, Nr. 121 vom 22. 5. 1867, S. 3004.

¹⁰⁰ Ebenda, Nr. 139 vom 14. 6. 1867, S. 2374.

¹⁰¹ Ebenda, Nr. 139 vom 14. 6. 1867, S. 2374.

¹⁰² Ebenda, Nr. 145 vom 21. 6. 1867, S. 2426.

Die Lage der Fabriken für Baumwollwaren, der Kattundruckereien und anderer Zweige der ansässigen Industrie nahm dem Bericht der Stadt Aachen-Burtscheid zufolge eine solche Entwicklung, daß diese „von Mitte Mai bis Anfang August zum größten Theil feiern, oder wenigstens ihren Betrieb äußerst einschränken (mußten – J. S.) . . . selbst die letzten Monate des Jahres lieferten kaum mittelmäßige Ergebnisse.“¹⁰³

Schließlich faßt die Handelskammer der Stadt Duisburg den Verlauf des Jahres 1866 so zusammen: „Wenn auch die Roheisenpreise von 1865, die besonders in der letzten Hälfte des Jahres eine seltene Höhe erreichten, zu Anfang des Jahres 1866 nicht mehr ganz zu erzielen waren, so waren doch die Absatz- und Preisverhältnisse noch ungemein günstig . . . Aber schon Ende April trat als Vorbote kommender Ereignisse Sinken der Preise ein, welches sich mit rapider Geschwindigkeit steigerte, so daß es bereits gegen Mitte und Ende Mai selbst unter den größten Opfern kaum möglich war, Roheisen zu verkaufen. Die plötzliche Stockung in allen Geschäften zwang die meisten Walzwerke zur Einschränkung in ihren Bezügen, auch wenn dieselben fest kontrahirt waren, und so häufte sich selbst bei denjenigen Hochofenwerken, welche für das erste Halbjahr ihre ganze Produktion begeben hatten, der Vorrath mit erschreckender Schnelligkeit . . . Trotz der raschen Beendigung des Krieges lastete der Druck der politischen Verhältnisse, welche die Furcht vor ferneren Komplikationen nicht zu verscheuchen vermochten, ebenso schwer als vorher auf dem Roheisengeschäft, und die Preise erreichten einen so niedrigen Stand, wie nie zuvor.“¹⁰⁴

Der Verlauf der Krise, wie ihn die Jahresberichte der Handelskammern in großen Zügen vermitteln, findet auch in den Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften seinen Ausdruck. So schreibt der Vorstand der Bochumer Bergwerks AG: „Die ungünstigen Verhältnisse des verflossenen Geschäftsjahres sind noch in frischem Angedenken und die Rückwirkung derselben auf unser Unternehmen konnten nicht ganz abgewendet werden. Die Mobilmachung der Armee . . . zwang in Verbindung mit der eingetretenen Stockung des Verkehrs zeitweilig die Förderungsarbeiten während der Monate Juni, Juli, August und September erheblich zu beschränken.“¹⁰⁵

Zusammen mit den angeführten monatlichen Handelsberichten vermitteln die Jahresberichte ein Bild der Stadien, die die Wirtschaftskrise von 1866 durchlief.

Diese Phasen der Krise lassen sich folgendermaßen zusammenfassen¹⁰⁶:

¹⁰³ Ebenda, Nr. 147 vom 24. 6. 1867, S. 2494.

¹⁰⁴ „Preußisches Handelsarchiv“, 1867, Beilage „Jahresberichte der Handelskammern und kaufmännischen Korporationen des Preußischen Staates für 1866“, S. 357.

¹⁰⁵ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 113 vom 12. 5. 1867, S. 1928.

¹⁰⁶ Vgl. *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 11: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland. Teil 1, Berlin 1961, S. 159f.

Ende 1865	Höhepunkt der industriellen Prosperität; erste Anzeichen der Überproduktion in der Gruppe A, verbunden mit einem Rückgang der Preise; Phase der Überproduktion in der Gruppe B; labile Situation im Geld- und Kreditwesen.
Januar/Februar/ März 1866	Umschlagen der Phase der Überproduktion in ein krisenhaftes Vorstadium im Bereich der Gruppe B; Phase der Überproduktion im Bereich der Gruppe A im Januar – Rückgang der Produktion im Februar – rückläufige Tendenz der Preise – letzter Höhepunkt die kurze „Belebung“ Ende Februar/Anfang März; Ende des Monats Übergang in eine kriselhafte Lage; verstärkte Labilität im Geld- und Kreditwesen; Ende März Beginn der Kreditkrise – zum Teil starke Entwertung des fiktiven Kapitals.
April	Allgemeine kriselhafte Wirtschaftslage in allen Bereichen; lokaler und in zunehmendem Maße allgemeiner Ausbruch der Krise in den entscheidenden Zweigen der Gruppe B.
April/Mai	Ausbruch der Krise in der Gruppe A.
Mai	Vom Anfang bis Ende des Monats Panik – scharfer Produktionsrückgang – starker Fall der Preise – Zusammenbruch des Geld- und Kreditwesens, einschließlich der Krise des fiktiven Kapitals.
Juni/Juli	Tiefpunkt der Krise; starke Vernichtung von Kapital in allen Zweigen der deutschen Wirtschaft mit Ausnahme der für den Krieg oder den Export tätigen Werke.
Juli/August	Auf Grund der Siegesnachrichten kurze relative „Belebung“ vor allem im Bereich des Geld- und Kreditwesens. Abklingen der Geld- und Kreditkrise.
August/September	Wirtschaftliche Depression und Tiefpunkt der Warenpreise; Ende der Periode Depression und lokale Belebung in der deutschen Wirtschaft.

Diese Einteilung der Phasen der Wirtschaftskrise von 1866 in Deutschland läßt sich durch folgende Zusammenstellung illustrieren¹⁰⁷:

¹⁰⁷ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 113 vom 12. 5. 1867, S. 1928.

Kohlenförderung der Bochumer Bergwerks-AG			Gütertransport der Rheinischen Eisenbahn ¹⁰⁸	
Monat	Menge (Scheffel)	Wert (Sgr.)	Wert (Taler)	
Dezember 1865	—		260369	
Januar 1866	179000	2 Sgr. 6. 4 Pf.	237320	
Februar 1866	150000	2 „ 8. 6 „	186045	
März 1866	197530	2 „ 6.— „	258300	
April 1866	178436	2 „ 5. 5 „	192447	
Mai 1866	178692	2 „ 5. 4 „	176118	
Juni 1866	122266		149700	
Juli 1866	125922		112360	
August 1866	155872	2 „ 4. 2 „	164039	
September 1866	160778	2 „ 4. 5 „	194470	

Aus allen unseren Nachrichten ergibt sich ein relativ kurzer Verlauf der Krise. Die in diesem Zusammenhang zitierten Berichte und angeführten Statistiken weisen jedoch auf einen recht hohen Grad der Kapitalvernichtung hin, die es offensichtlich nicht erlaubt, aus der relativen Kürze der Krise auf eine Wirkungslosigkeit der Krise zu schließen. Hinsichtlich der konkreten Funktion der Krise von 1866 bei der zeitweiligen Lösung der aufgestauten Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ergab sich Ende des Jahres, daß sie reichlich erfüllt war und daß die Krise, gemessen an ihrer Kürze, verheerende Folgen hinterlassen hatte. Davon legen sowohl die Berichte aus den Zentren der deutschen Wirtschaft als auch die industriellen Hiobsnachrichten aus kleineren Industriegegenden Zeugnis ab. Auf das abgelaufene Jahr zurückblickend, kommt zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer Cottbus zu folgendem Resultat:

„Die Weberei wollener Waaren umfaßte in Cottbus 130 mechanische Stühle und 625 Handwebstühle, welche bei einem Arbeitspersonal von 1330 Personen 60000 Stück Waaren (30000 Stück weniger als 1865) herstellten. In Peitz wurden in Summa 17485 Stück Tuch und Buckskins gefertigt, 12515 Stück weniger als 1865. Das Quantum der abgesetzten Tuche war ungleich geringer als im Vorjahre. — Die Leinwandindustrie litt ebenfalls unter den politischen Verhältnissen. In den gangbaren gewöhnlichen Artikeln trat nicht nur während des Krieges, sondern auch noch einige Monate nach seiner Beendigung eine merkliche Stockung ein . . . Die Hüttenbetriebe erzielten ein vermindertes Resultat. In Maschinenguß lieferten 2 Eisengießereien in Cottbus 4700 Ctr. (2000 Ctr. weniger als 1865), in Zeitz wurden nur 400 Ctr. Stabeisen und 900 Ctr. Gußeisen (200 resp. 100 Ctr. weniger als 1865) gewonnen. Auf das Stabeisen-Geschäft wirkte der Krieg sehr nachtheilig ein; es wurden im Ganzen nur 4500 Ctr. Stabeisen (1500 Ctr. weniger als 1865) abgesetzt. Auch

¹⁰⁸ A.a.O.; in der Reihenfolge der Zahlenangaben: Nr. 14 vom 17. 1. 1867, S. 212; Nr. 43 vom 20. 2. 1867, S. 648; Nr. 68 vom 19. 3. 1867, S. 1112; Nr. 94 vom 17. 4. 1867, S. 1587; Nr. 117 vom 17. 5. 1867, S. 2010; Nr. 142 vom 18. 6. 1867, S. 2431; Nr. 166 vom 15. 7. 1867, S. 2796; Nr. 194 vom 17. 8. 1867, S. 3204; Nr. 220 vom 18. 9. 1867, S. 3555; Nr. 247 vom 18. 10. 1867, S. 4032.

der Eisenwarenhandel war gegen sonst auf die Hälfte seines Absatzes gesunken.“¹⁰⁹

Wie dem Jahresbericht der Kreise Gleiwitz, Pleß und Rybnik zu entnehmen ist, wurden im Jahre 1866 „an Kohlen im Ganzen 2205787 to (1865 2509295 to)“, also 308613 Tonnen weniger als 1865, „gefördert und 1904125 t a 8 Sgr. davon verkauft. Die Produktion der Gruben hat sich vom Jahre 1860 bis zum Jahr 1865 um 42, respektive 24,11 p. Ct. gesteigert, ist aber 1866 gegen 1865 um 7, resp. 12,10 p. Ct. wieder zurückgegangen . . . Das Gogoliner und Gorasdzter Kalk- und Produkten Comptoir produzierte 1866 mittelst 31 Oefen 187872 Tonnen Stückkalk (1865 225,805 to) und 29422 to Würfelkalk (1865 – 38403 to).“¹¹⁰

In Elberfeld „conditionierte die dort ansässige Seiden-Trocknungsanstalt auf Grund der krisenhaften Verhältnisse im Seidengeschäft im Jahre 1866 nur 229102 Pf. Rohseide und damit 194700 Pf. weniger als im Jahre 1864.“¹¹¹

Die Handelskammer zu Minden stellt am Ende des Jahres fest, daß der Preisfall der Baumwolle und die übrigen Störungen der Geschäftsverhältnisse zu einem Rückschritt der Produktion von Leinen geführt haben. „Im Jahre 1865 wurden gelegt 2300187 Ellen für 251843 Thlr., dagegen im Jahre 1866 nur 1967521 Ellen für 230342 Thlr.“¹¹²

Insgesamt nahm der Leggebetrieb und der Leinenhandel im Jahre 1866 im Vergleich zu 1865 folgende Entwicklung¹¹³:

Summe der Landdrosteien	Jahr	Stückzahl (Leinen)	Ellenzahl (Leinen)	Geldwert (Taler)
Bezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück	1865	227 830	17 841 256	1 853 920
	1866	200 041	15 572 538	1 590 304

Aus diesen Angaben ergibt sich für das Jahr 1866 im Vergleich zum Jahr 1865 folgende Verminderung: 27809 Stück oder 2268718 Ellen Leinen gleich 12,71 Prozent. Der Geldwert der Leinen reduzierte sich um 263616 Taler gleich 14,22 Prozent.

In Übereinstimmung mit den bereits bekannten ungünstigen Ergebnissen einiger preußischer Wollmärkte steht folgende Übersicht:

*Verkaufte Wolle in Preußen 1865 und 1866 (Zentner)*¹¹⁴

Jahr	extrafeine	feine	mittlere	ordinäre	Summe
1865	3109	56487	142609	38497	240708
1866	4136	44069	86801	32399	167708
mehr 1866	1031				
mehr 1865		12428	55808	6048	73303

¹⁰⁹ „Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 146 vom 22. 6. 1867, I. Beilage, S. 24.

¹¹⁰ Ebenda, Nr. 153 vom 1. 7. 1867, S. 2594.

¹¹¹ Ebenda, Nr. 145 vom 21. 5. 1867, S. 2466.

¹¹² Ebenda, Nr. 187 vom 6. 8. 1867, S. 3101.

¹¹³ Ebenda, Nr. 183 vom 5. 8. 1867, S. 3052.

¹¹⁴ Ebenda, Nr. 69 vom 20. 3. 1867, S. 1210.

Welch konkrete Auswirkungen die Krise im einzelnen Produktionsbetrieb hatte, wie sie nach der Zeitschrift „Der Zollverein“ „manche zukunftsreiche Entwicklung knickte, manches Vermögen zerstörte“, darüber erfährt man zum Beispiel an Hand des Jahresberichts der Chemnitzer Aktienspinnerei nähere Einzelheiten.

„Der Jahresbericht dieses mit so großer Erwartung seinerzeit gegründeten Unternehmens, gehört zu den trostlosesten auf dem industriellen Aktiengebiet.

Das Etablissement hat von vornherein ohne zureichende Betriebsmittel gearbeitet, zuletzt sind sie ihm ganz ausgegangen, so daß es mit theuren Krediten sich helfen und denselben zu ihrer Deckung schließlich Bestellungen von Hypotheken und selbst bedingungsweisen Verkauf der Bauareale der Gesellschaft gewähren mußte. Mit knapper Noth hat man sich am Leben gefristet, wie reduziert aber das ganze Geschäft geworden, geht daraus hervor, daß der Garnverkauf, der im März noch 160000 erreichte, im Mai auf 23000 Thlr. herabsank. Auch kam es zu gerichtlichen Schritten, indem die Schuldscheingläubiger gegen die Eintragung der Hypotheken protestierten. Anstatt den günstigen Preisstand der Baumwolle zu nutzen mußte man theure Waare verspinnen . . . Auch mußten sich durch die Verkürzung der Arbeitszeit, wie durch Stillstand von Maschinen die Produktionskosten erhöhen. Der größte Verlust lag jedoch in der Entwerthung der Waaren, denn während Ende März amerikanische Baumwolle noch 20 P., Dhollerah $16\frac{1}{2}$ Bengal $13\frac{1}{4}$ kostete, fiel der Preis Ende Mai auf $12\frac{1}{2}$, $8\frac{1}{2}$, $5\frac{1}{2}$ P. und stand Ende Juni auf 14, $9\frac{1}{2}$, $6\frac{1}{2}$ P. Der Werth des Waarenlagers schwand immer mehr zusammen und Ende Juli war ein großer Verlust eingetreten . . . Die Produktion erreichte kaum Zweidrittheile der Leistungsfähigkeit der Fabrik. Das Verlustkonto ergab im Ganzen einen Saldo von 195929 Thlr. . . . es dürfte dem Schicksal einer nothwendigen Liquidation kaum entgehen.“¹¹⁵

Die Wirkung der Krise zeigt sich nicht zuletzt darin, daß eine große Zahl von Aktiengesellschaften zum Abschluß des Geschäftsjahres nicht in der Lage war, eine Dividende auszuschütten. Von 113 Bergwerks- und Hüttengesellschaften zahlten infolge der Krise 56 Aktiengesellschaften keine Dividende. Von 40 Aktienspinnereien und Webereien in Preußen zahlten mindestens 9 keine Dividende. Auch warteten bei mindestens 17 von 58 unter der Rubrik „Diverse“ geführten Aktiengesellschaften die Aktionäre vergeblich auf ihren Profitanteil.

Das heißt, daß, von 211 Aktiengesellschaften 82 Gesellschaften infolge der erlittenen Verluste außerstande waren, am Ende des Geschäftskrisenjahres 1866 einen Profit aufzuteilen.¹¹⁶

Ergänzend seien noch folgende Zahlen mitgeteilt:

¹¹⁵ „Der Aktionär. . .“, Nr. 698 vom 12. 5. 1867, S. 347.

¹¹⁶ Ebenda, Nr. 722 vom 27. 10. 1866, S. 655.

Beim Stadtgericht Berlin sind in den Jahren 1864 bis 1866 eingeleitet worden¹¹⁷:

	1864	1865	1866
1. Subhastationen	301	404	450
2. Hypothekempfändungen	212	312	405
3. Konkurse	205	193	327
4. Wechselklagen (unter 50 Taler)	11207	12429	19535
5. Wechselklagen (über 50 Taler)	15531	15974	16803
6. Mobilar-Exekutionen in Parteisachen	129082	133158	147855

Untersuchen wir jetzt noch weiter die Gesamtauswirkungen der Krise an Hand einer Reihe von Jahreszahlen, die natürlich den Verlauf und die Tiefe der Krise in den wenigen Monaten ihrer Dauer verdecken, aber doch einigen Aufschluß geben.

Ein Bericht aus dem Regierungsbezirk Münster gibt folgende Daten über die Entwicklung des Bergbaus:

Im Jahre 1866 wurden 1901770 Zentner, das heißt 25062 Zentner mehr als im Jahre 1865 gefördert, aber nur 1648277 Zentner, das heißt 81256 Zentner weniger als im Jahre 1865 abgesetzt.¹¹⁸

Die Gesamtheit der preußischen Hüttenproduktion ergab am Ende des Jahres folgendes Bild¹¹⁹:

1865	33 141 446 Zentner	105 641 248 Taler
1866	33 173 570 „	104 757 302 „
1866	+ 32 124 Zentner	— 883 946 Taler

Einer geringfügigen mengenmäßigen Zunahme der Hüttenproduktion steht eine weniger geringfügige wertmäßige Verminderung gegenüber. Im Bergbau waren die Abwärtsbewegungen ausgeprägter:

Braunkohlenbergbau¹²⁰

1865	100 428 921 Zentner	4 736 265 Taler
1866	98 008 647 „	4 592 317 „
1866	— 2 420 274 Zentner	— 143 948 Taler

Erzbergbau¹²¹

1865	34 484 135 Zentner	3 927 573 Taler
1866	32 226 622 „	3 811 264 „
1866	— 2 257 513 Zentner	— 116 309 Taler

¹¹⁷ „Königlich Preussischer Staatsanzeiger“, Nr. 30 vom 4. 2. 1867, S. 476, 2. Beilage.

¹¹⁸ Ebenda, Nr. 57 vom 6. 3. 1867, S. 915.

¹¹⁹ „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen...“, 1866, Bd. 14, S. 158.

¹²⁰ Ebenda, S. 57.

¹²¹ Ebenda, S. 57.

So unbefriedigend Jahreszahlen für das Studium einer kurzen Krise sind, so eindrucksvoll können sie sein, wenn sie, wie in diesem Fall, trotzdem merkliche Senkungen der Produktion anzeigen.

2. Handel und Verkehr

Es liegt auf der Hand, daß sich unter den Bedingungen von Krise und Krieg das Transportwesen scharfe Restriktionen gefallen lassen mußte, die auf ihre Weise das Ausmaß der Krise widerspiegeln.

So gestaltete sich der gesamte preußische Schiffsverkehr im Jahre 1866 folgendermaßen: Es liefen in diesem Jahr 9937 Schiffe (1865: 10427) in preußischen Häfen ein. Die Lastenzahl der eingelaufenen Schiffe betrug 807 973 Tonnen, d. h. 44 166 Tonnen weniger als 1865.¹²² Besonders in Danzig war die Schiffsfrequenz recht unbedeutend. „Die Rhederei hatte während des ganzen Jahres sowohl über den niederen Stand der Frachten als auch überhaupt über Frachtenmangel zu klagen.“¹²³

Neben dieser Wirkung der Krise auf den Seehandel mußte auch die Binnenreederei beträchtliche Einbußen hinnehmen. Wenn es im „Aktionär“ heißt: „Im Kölner Hafen ist es wie ausgestorben“¹²⁴, so deutet das auf eine sehr ungünstige Lage hin. Das beweist auch die Zahl der Abfertigungen an den Flußzollämtern. Die Betriebsausgaben des Flußzollamtes – Donau-Mainkanal – betragen 1866 160 227 Fl. gegenüber nur 98 900 Fl. Einnahmen bei rentablem Betrieb in den Vorjahren.¹²⁵

Das Mainzollamt Höchst verzeichnete folgende Abfertigungen: Während im Jahre 1865 8650 Schiffe zu 3 731 051 Zentner das Zollamt passierten, waren es im Jahre 1866 nur 5288 Schiffe zu 3 234 937 Zentner.¹²⁶

Darüber hinaus gilt die vom „Aktionär“ getroffene Feststellung über den Kölner Hafen im vollen Umfange auch für den Landtransport. Während infolge des Krieges durch Militärtransporte die Personenbeförderung allgemein zunimmt, versiegt mit dem Rückgang des Gütertransports im Verlauf der Krise in wachsendem Maße die Haupteinnahmequelle der Eisenbahnen. Daraus ergeben sich zum Beispiel für den Krisenmonat Juli folgende Mindereinnahmen¹²⁷:

Rhein-Nahe-Bahn	28 190 Taler = 51 Prozent
Bergisch-Märkische Bahn	58 240 „ = 13 „
Oberschlesische Bahn	133 165 „ = 30,5 „
Rheinische Bahn	144 459 „ = 46 „

¹²² „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 99 vom 25. 4. 1867, S. 1668.

¹²³ Ebenda, Nr. 81 vom 2. 4. 1867, S. 1353/54.

¹²⁴ „Der Aktionär. . .“, Nr. 648 vom 27. 5. 1866, S. 336.

¹²⁵ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 211 vom 6. 9. 1867, S. 3413.

¹²⁶ Ebenda, N. 217 vom 13. 9. 1867, S. 3496.

¹²⁷ „Der Aktionär. . .“, Nr. 660 vom 19. 8. 1866, S. 496.

An dieser ungünstigen Konstellation des Transportwesens hatte nicht zuletzt die Einfuhrabnahme im Rahmen des Zollvereins wesentlichen Anteil. Die Mehreinfuhr einiger Artikel, wie Schwefel, Blei, Salpeter und anderes mehr, war lediglich auf die kriegerischen Ereignisse, die den Verbrauch dieser Waren steigerten, beziehungsweise auf Zollbefreiungen und Zollermäßigungen zurückzuführen. Eine erhebliche Abnahme der Einfuhr zeigte sich unter anderem bei folgenden Gegenständen: Soda, Farbhölzer, grobe Gußwaren, Rohkupfer und Messing, rohe Schafwolle, ungefärbtes wollenes Garn und wollene Waren usw. Es handelte sich überwiegend um Rohmaterialien und Halbfabrikate. Die geringen Bezüge dieser Waren lassen die Stagnation der deutschen Industrie deutlich erkennen. Unter diesen Verhältnissen betrug der Eingangszoll, den der Zollverein im Jahre 1866 erheben konnte, nur 21301155 Taler gegenüber 23923365 Taler im Jahre 1865. Es ergab sich also im Jahre 1866 gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme von 2622210 Taler oder fast 11 Prozent; es sei noch hinzugefügt, daß Roheisen an diesem Rückgang allein mit 286274 Taler beteiligt war.¹²⁸

Ein Lichtblick inmitten der allgemeinen Absatzstockung war lediglich der Export. Wie G. Bondi in seinem Buch „Deutschlands Außenhandel von 1815–1870“¹²⁹ nachweist, wurde der Außenhandel trotz des Krieges zwischen den Zollvereinsmitgliedern für das gesamte Gebiet des Zollvereins in gemeinsamer Rechnung fortgeführt.

Im Gegensatz zur Kontraktion des Binnenmarktes erfährt der Außenhandel weiterhin eine starke Ausdehnung. Die Krise förderte diese Entwicklung teils deswegen, weil der Export als „Ventil“ für den Absatz dienen sollte, teils, weil die durch die Krise gedrückten Preise den Absatz erleichterten. „Der Export nach überseeischen Ländern war infolge der niederen Preise in Deutschland bedeutender als sonst und machte es den Fabriken möglich, überhaupt noch zu arbeiten.“¹³⁰

Zweifellos ist die Expansion des deutschen Außenhandels eine Besonderheit der Wirtschaftskrise von 1866.

3. Die Kreditsituation

Wie wir feststellen konnten, war die Krise von 1866 von einer Reihe historischer Besonderheiten begleitet. Das ändert aber nichts an ihrem Charakter als zyklischer Überproduktionskrise. Die folgende von Oelßner gegebene Einschätzung der Krise steht deshalb im Widerspruch zu den wirklichen Vorgängen des Jahres 1866: „Die folgende Krise von 1866 nimmt eine Ausnahmestellung unter den Krisen des 19. Jahrhunderts ein. Sie war keine ordentliche

¹²⁸ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 114 vom 13. 5. 1867, S. 1950.

¹²⁹ Bondi, Gerhard, Deutschlands Außenhandel von 1815–1870. Berlin 1958, S. 118.

¹³⁰ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 63.

Industriekrise, noch nicht einmal eine ordentliche Handelskrise, sondern vorwiegend eine Kreditkrise.“¹³¹ Und wenig später liest man noch einmal unmißverständlich: „Die Krise von 1866 weist also einen besonderen Charakter auf, sie war vorwiegend eine Kreditkrise . . . Die Überproduktion war nicht so umfangreich wie in früheren oder in späteren Krisen.“¹³² Mein Einwand gegen Oelßner bezieht sich auf den Charakter und die Tiefe der Krise, nicht aber auf die Tatsache, daß die schwere Überproduktionskrise von 1866 mit einer Kreditkrise verbunden war.

Die „Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik“ schreibt über diese Kreditkrise offenherzig: „Unsere deutschen Zettel- und Depositenbanken haben im Frühling und Sommer eine Krisis durchgemacht, wie sie seit dem Bestehen dieser Anstalten noch nicht vorgekommen war.“¹³³

Unter den Bedingungen fortschreitender Überproduktion und kriselhafter Verhältnisse im Bereich der materiellen Produktion hatte sich die Lage auf dem Geld- und Kreditmarkt außerordentlich zugespitzt, so daß der Ausbruch der Kreditkrise im März/April des Jahres 1866 nicht überraschen konnte. Trotz des Verschwindens des Kredits, trotz gewisser „Konsolidierungsmaßnahmen“ der Banken war die Liquidität der Mehrzahl der deutschen Banken keineswegs gesichert. Die erste Resonanz des besonders im Monat Mai losbrechenden Orkans von Ansprüchen und Rückforderungen war daher der Zusammenbruch einer Reihe von Bankhäusern. In einer Meldung aus Köln heißt es beispielsweise: „Die Zahlungseinstellung des Bankhauses Joh. Pet. Clemenz hat an dem dortigen Platze und in einem großen Theil der Coblenzer Umgebung einen panischen Schrecken verbreitet und viele andere Geschäftshäuser ins Stocken gebracht. Der Kredit ist gegenwärtig untergraben und oft ist selbst gegen die besten Sicherheiten kein Geld aufzutreiben.“¹³⁴

Die allgemeine Lage im Bereich des Geld- und Kreditwesens schildert der Korrespondent des „Preußischen Handelsarchives“ so: Mit der Lähmung der Geschäfte trat „zugleich die in solchen verhängnisvollen Zeiten stets beobachtete Erscheinung des Verschwindens des Courantgeldes und des Zurückhaltens von Silbergeld seitens der Privatpersonen ein. Bankiers und Privatbanken versagten theilweise oder gänzlich den . . . Kredit, andere öffentliche Kassen zogen sich aus dem geschäftlichen Verkehr zurück und es entstanden Verlegenheiten, welche von unermeßlicher Tragweite“ waren.¹³⁵

Die Kreditkrise ist selbstverständlich nicht nur eine bloße Widerspiegelung der Krise in der materiellen Sphäre, sondern auch mit ernstesten Rückwirkungen auf die Produktion verbunden und damit „eines der wirksamsten Vehikel“¹³⁶ der Überproduktionskrise.

¹³¹ Oelßner, Fred., a. a. O., S. 240.

¹³² Ebenda, S. 244.

¹³³ „Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik“, Bd. 11, 1868, S. 1.

¹³⁴ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 29 vom 20. 7. 1866, S. 49.

¹³⁵ Ebenda, Nr. 27 vom 6. 7. 1866, S. 22.

¹³⁶ Marx, Karl, Das Kapital. Bd. III, Berlin 1953, S. 655.

Die Krise des Geld- und Kreditsystems wurde begleitet von einer Krise des fiktiven Kapitals. Die Wirkungen der zyklischen Überproduktionskrise, die Zerrüttung des Geld- und Kreditwesens, Panik und Kriegsgefahr, das waren hinreichende Gründe für den Zusammenbruch der Börsenkurse. Einen entsprechenden Überblick über die Entwicklung der Kurse gibt die folgende Zusammenstellung:

*Entwicklung der Börsenkurse (Berlin)*¹³⁷

Art	29. März	16. Juni	4. Juli	3. August	30. Dez.
1. Staatsfonds + Pfandbriefe					
Staatsschuldscheine	85	67 ¹ / ₂	79	85	89 ¹ / ₂
2. Prioritäten					
4 ¹ / ₂ p. Ct. Rheinische	95 ¹ / ₂	78	90	96	98 ¹ / ₂
3 ¹ / ₂ p. Ct. Bergisch-Märkische	78	65	74	78 ¹ / ₂	81
3. Industrie ¹³⁸					
Hörder Hüttenwerk	112 ¹ / ₂	100 ¹ / ₂	80 ¹ / ₂	108 ¹ / ₂	112
4. Eisenbahnaktien					
Bergisch-Märkische	149 ¹ / ₂	112	143	154	155 ¹ / ₂
Rheinische Bahn	118 ¹ / ₂	90	113	121	131
5. Bankaktien					
Preußische Bank	148	115	145	155	156 ¹ / ₂
Darmstädter Bank	83 ¹ / ₄	58	75	83	91 ¹ / ₄
Discontogesellschaft	96	73	93	96 ³ / ₈	101

Bei solcher Entwertung des fiktiven Kapitals verwundert es nicht zu lesen:

„Die Wechsel- und Handelsgerichte sind mit Geschäften überhäuft . . .“¹³⁹

„Die Fallimente im Zollverein . . . erreichten eine noch nie gekannte Höhe.“¹⁴⁰

An der Zahl dieser Fallimente waren neben den Fabrikanten, neben Banken, Versicherungsgesellschaften usw. überraschend stark Sparkassen beteiligt. Die Erklärung für diese Erscheinung gibt folgende Übersicht:

*Anlage des Sparkassenvermögens von 91277736 Talern*¹⁴¹:

22 164 676 Taler	städtische Grundstücke (Hypotheken)
24 246 137	ländliche Grundstücke (Hypotheken)
21 261 108	auf Inhaber lautende Papiere
10 781 454	Schuldscheine gegen Bürgschaft
5 007 576	„ „ Faustpfand
7 816 783	bei öffentlichen Instituten und Korporationen

Da ein großer Teil der Gelder fest oder in Papieren mit schnell sinkenden Kursen angelegt war, kamen die Sparkassen schnell in Schwierigkeiten. Ein Sturm auf die Sparkassen setzte ein, wie man ihn nur aus England kannte.

¹³⁷ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 78.

¹³⁸ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, in der Reihenfolge der Tabelle: Nr. 74 (28. 3. 1866, S. 1056), Nr. 107 (9. 5. 1866, S. 1524), Nr. 156 (3. 7. 1866, S. 2238), Nr. 203 (21. 8. 1866, 2882), Nr. 305 (18. 12. 1866, S. 4594).

¹³⁹ „Der Zollverein“ vom 30. 5. 1866, S. 11.

¹⁴⁰ „Bericht über den Berliner Handel“, 1866, S. 5.

¹⁴¹ „Königlich Statistisches Bureau“, Nr. 1–3, 1. Quartal 1867, S. 32.

Tagelang wurden die Sparkassen von empörten Menschengruppen, die sich vor allen Dingen aus dem Kleinbürgertum rekrutierten, belagert. „Vor einigen Tagen“, schreibt die Zeitschrift „Der Zollverein“ zu diesen Vorgängen, „herrschte ein Zustand, als ob wir uns mitten im Kriege befänden. Die städtische Sparkasse war täglich von Hunderten von Menschen belagert, welche ihre Ersparnisse zurückforderten . . .“¹⁴²

Die mit Krise und Krieg einsetzende Flut von Abhebungen zwang die Sparkassen, ihren Effektenbestand förmlich für Pffiferlinge zu verschleudern, um nur Bargeld zu erlangen. Dazu kamen Aufkündigungen von Hypotheken. Es läßt sich denken, was diese Kündigungen sowohl für den ländlichen als auch für den städtischen Grundbesitz zu einer Zeit bedeuteten, da Geld und Kredit kaum zu erhalten waren. Welche Bedeutung die „Hypothekenkrise“ hatte, wird deutlich, wenn wir bedenken, daß zum Beispiel in Berlin der gesamte Grundbesitz im Jahre 1865 mit einem annähernden Wert von 320 Millionen Taler mit einer Hypothekarschuld von 256 Millionen Taler, also zu vier Fünftel des Wertes belastet war.¹⁴³ „Der städtische Grundbesitz ist namentlich an den großen Plätzen so tief verschuldet, daß nur der geringste äußere Anstoß kommen darf, um eine Häuserkrise im kolossalsten Umfang herbeizuführen.“¹⁴⁴ Ähnlich war die Situation in der Landwirtschaft, wo die Verschuldung etwa sechzig Prozent betragen haben dürfte. Etwa 109,5 Millionen Taler zirkulierten in Form von Pfandbriefen; man schätzte, daß die ländlichen Grundstücke mit 4500 Millionen Taler Wert bis zu 2500 Millionen Taler belastet waren.¹⁴⁵

Die Lage des Grundbesitzes fand in einem Artikel des „Königlichen Preußischen Staatsanzeigers“ folgende Resonanz:

„Es sind im Jahre 1866 (in Berlin – J. S.) Kapitalien auf Hypothek bis zur Befriedigung der Bedürfnisse überhaupt nicht und selbst die weit hinter den Bedürfnissen zurückbleibenden, nur sehr schwer und mit großen Verlusten zu erlangen gewesen. In Folge dieses Mangels an Kapitalien konnten gekündigte Hypotheken nicht bezahlt werden, die Grundstücke wurden zur Subhastation gebracht, und so ist es gekommen, daß im Jahre 1866 auf Grund von Zuschlagsbescheiden 99 Besitztitelumschreibungen mehr als im Jahre 1865 stattgehabt haben. Daraus folgt wieder mit zweifelloser Gewißheit, daß die 1866 gegen 1865 mehr gelöschten 2709062 Thlr., die bei überhaupt im Jahre 1866 im Wege der Subhastation stattgehabten 195 Besitztitelumschreibungen ausgefallenen Kapitalien repräsentieren. Aber auch die nach Abzug dieser 2709062 Thlr. verbleibenden 5612102 Thlr. haben die Privatgrundstückbesitzer Berlins nur zum kleinsten Teil zur Löschung gebracht. Zum bei weitem größeren Teil ist das von juristischen Personen (Fiskus und Eisenbahnen) geschehen. Diese haben umfangreiche Grundstücke theils im Wege des Kaufs,

¹⁴² „Der Zollverein“, Nr. 24 vom 13. 6. 1866.

¹⁴³ „Zeitschrift für Kapital und Rente“, 1867, Bd. III, S. 187.

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Jäger, Ernst Ludwig, Die Fortbildung des Bodenkredits. Stuttgart 1869, S. 11.

theils im Wege der Expropriationen erworben und bei ihren Besitztitelberichtigungen die auf den Grundstücken haftenden zum Theil sehr hohen Hypotheken löschen lassen.“¹⁴⁶

Was die Rolle der Sparkassen in dieser Situation betrifft, so kann man sich dem Inhalt des nachfolgenden Auszugs aus dem Geschäftsbericht der Preussischen Hypothekenversicherungsgesellschaft anschließen, wenn dort unter anderem festgestellt wird, es lasse sich nachweisen, daß „im abgelaufenen Jahr das herrschende Sparkassensystem einen wesentlichen Anteil, wie an der Bestürzung auf dem Fondsmarkte, so an der schweren Krise des Hypothekenkredits hatte.“¹⁴⁷

Die Folge und die Begleiterscheinungen waren, wie der Artikel aus dem „Staatsanzeiger“ bereits andeutet, massenhafte Exekutionen des Grundbesitzes. Besonders in Süddeutschland war die Lage äußerst zugespitzt. In München kam auf elf Besitzer eine Versteigerung. Güter wurden bis zu fünfzig Prozent ihres Schätzwertes losgeschlagen. Eine Statistik der Immobilienzwangsverkäufe zeigt für Süddeutschland folgendes Bild:

Jahr	Immobilienzwangsverkäufe ¹⁴⁸
1864/65	1751
1865/66	2862
1866/67	3473

Nachstehende Übersicht zeigt die Bewegung der Zwangsverkäufe in Preußen¹⁴⁹:

Jahr	„Rittergüter“	„Rusticalgüter“	Städtischer Grundbesitz
1865	41	3267	1790
1866	51	3784	2098

Weder die Rittergutsbesitzer, die bourgeoisen Geschäftemacher, noch die Wucherer, die durch die Zahlungsunfähigkeit ihrer Schuldner oder durch teure Subhastationsverfahren zahlreiche Einbußen hinnehmen mußten, sind zu bedauern. Die Sympathie gehört den zahllosen kleinen Bauern, die mit der Tilgung ihrer „Ablöseschuld“ frei zu sein glaubten. Kaum hatte der Kapitalismus auf dem Land endgültig Fuß gefaßt und den Bauern durch die Hypothek mit dem Geldkapital verbunden, kaum dünkte sich der Bauer frei von Fron und Knechtschaft, begann ein neues kapitalistisches Bauernlegen.

4. Die Lage der Arbeiter

Die Hauptleidtragenden der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise von 1866 waren jedoch die Arbeiter.

¹⁴⁶ „Königlich Preussischer Staatsanzeiger“, Nr. 30 vom 4. 2. 1867, S. 476, 2. Beilage.

¹⁴⁷ „Geschäftsbericht der Preussischen Hypothekenversicherungsgesellschaft“, 1866, S. 5.

¹⁴⁸ „Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik“, Bd. 10, 1866, S. 149.

¹⁴⁹ Jäger, Ernst Ludwig, a. a. O., S. 11.

Allein die Stockung der Produktion hatte für die Lebenslage der Arbeiter schwerwiegende Folgen. „Die Unsicherheit und Unstetigkeit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage der Arbeiter unterwirft, werden normal mit diesem Periodenwechsel des industriellen Zyklus“¹⁵⁰, schreibt Karl Marx im „Kapital“ und umreißt damit vor allem das Ansteigen der industriellen Reservearmee während der Krise. Zahlreiche Handelsberichte, die das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zum Gegenstand haben, sind gleichsam die Bestätigung des Jahres 1866 für diese allgemeine Feststellung. So heißt es in einer Mitteilung über den Hallenser Bereich:

„Die in Giebichstein etablierte große Baumwollspinnerei will es zunächst mit einer Beschränkung der Arbeitszeit versuchen, die Papierfabrik von Kieferstein & Sohn . . . steht dagegen auf dem Punkte, einige Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen zu müssen. Schlimmer ist die Gewerbelosigkeit in den Weberdistrikten des Eichsfeldes . . .“¹⁵¹

In einer lakonischen Mitteilung aus Minden liest man, daß „die Hüttengesellschaft Porta Westfalica . . . den Betrieb ihres zweiten Hochofens einstellen und sämtliche Arbeiter bis auf bessere Zeiten entlassen“ mußte¹⁵².

Durch die Massenentlassungen in allen Bereichen der Wirtschaft verschlechtert sich nicht nur die Lebenslage der arbeitslos Gewordenen, sondern durch den Druck der insgesamt anschwellenden industriellen Reservearmee auf die Beschäftigten auch die Lebenslage aller Arbeiter. Gleichsam als Bestätigung dafür schreibt „Der Zollverein“: „Manche Fabrik hat ihre Produktion einschränken müssen und viele Arbeiter müssen sich mit einem niederen Lohn begnügen.“¹⁵³

Das Ergebnis ist nicht nur einfach ein Fallen der Nominallöhne; die Löhne sinken rascher als die Warenpreise fallen. Diese Feststellung gilt um so mehr, als die Preise einiger Grundnahrungsmittel auf Grund der Mißernte in der zweiten Hälfte des Jahres anstiegen und in dieser Höhe auch für das Jahr 1867 Geltung behielten. Nach einer Statistik von Jürgen Kuczynski nahmen die Reallöhne daher insgesamt folgende Entwicklung:

*Durchschnittliche Bruttoreallöhne*¹⁵⁴

1900=100

Jahr	Index
1864	84
1865	79
1866	77
1867	67

¹⁵⁰ Marx, Karl, Das Kapital. Bd. I, Berlin 1955, S. 476.

¹⁵¹ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 27 vom 6. 7. 1866, S. 23.

¹⁵² Ebenda, Nr. 30 vom 27. 7. 1866, S. 88.

¹⁵³ „Der Zollverein“, Nr. 24 vom 13. 6. 1866.

¹⁵⁴ Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland. A. a. O., S. 201.

Hinter dieser Reallohnsenkung, die die gesamte vorangehende, mit der Revolution der Produktionsmethoden verbundene Reallohnsteigerung zeitweilig zunichte machte, verbirgt sich ein Bild des Elends, das Wilhelm Liebknecht so schildert:

„... ein Stück Brot, Salz und Zichorienbrühe (Kaffee genannt) war alles, woran sich Vater, Mutter und 2 Kinder sattessen sollten.“¹⁵⁵

Natürlich kann es sich bei dieser Darstellung der sozialen Folgen der Krise von 1866 nur um einen allgemeinen flüchtigen Überblick handeln. Aber auch bei einer nur kurzen Charakteristik der Lebenslage des deutschen Arbeiters im Jahre 1866 darf die verhängnisvolle Kombination von Krise und Krieg nicht übersehen werden.

Der Krieg war in seiner Wirkung auf die Lebenslage der Arbeiter keineswegs nur das zusätzliche Moment, sondern das brutalste und grausamste Ereignis, das die Lage der Arbeiter entscheidend beeinflusste.

363109 Menschen – auf diese Zahl belief sich die unmittelbare Heeresstärke Preußens – hatten zwischen Tod, Invalidität und Gesundheit keine Wahl. 2910 Soldaten blieben tot auf den Schlachtfeldern, 15554 wurden zum Teil schwer verwundet, 3022 Mann wurden am Ende des Krieges vermißt.¹⁵⁶ Das sind die nüchternen Zahlen eines abschließenden Kriegsbulletins.

Wovon lebten nun in der Zwischenzeit die Familien, welche Perspektiven hatte der aus dem Feld heimkehrende Proletarier, welches war das Schicksal der Kriegsinvaliden?

Hören wir über die Kriegsteilnehmer wiederum das „Preußische Handelsarchiv“: „Die Einberufenen verlieren daher bei längerer Abwesenheit die Aussicht auf Rückkehr in ihre früheren Arbeitsstellen und werden, um nicht brodlos zu bleiben, alsdann gezwungen sein, nicht die Arbeit ihrer Wahl, sondern jede Beschäftigung zu übernehmen.“¹⁵⁷

Das Schicksal der Invaliden beschreibt Karl Marx in einem Brief an Friedrich Engels. In dem Brief, in welchem Marx über seine Eindrücke während seines Deutschland-Besuches berichtet, stellt er unter anderem fest, daß „die Armenanstalten . . . mit verkrüppelten Siegern und Arbeitslosen belagert“¹⁵⁸ sind. So lasten Krieg und Krise auf der Arbeiterklasse!

IV. DAS FIASKO DER ANTIKRISSENMASSNAHMEN IM JAHRE 1866

Jede Krise ist eine Demonstration der ökonomischen Unfähigkeit der Bourgeoisie, die gewaltigen Produktivkräfte zu zähmen, zu kontrollieren, und eine entschiedene und unüberhörbare Forderung, den Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften zu lösen.

¹⁵⁵ Liebknecht, Wilhelm, „Deutsches Wochenblatt“, Nr. 30 vom 18. 8. 1867.

¹⁵⁶ „Bremer Handelsblatt“, Nr. 790 vom 1. 12. 1866, S. 403.

¹⁵⁷ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 20 vom 18. 5. 1866.

¹⁵⁸ Marx/Engels, Briefwechsel. A. a. O., Brief vom 4. 9. 1867.

Jede kapitalistische Wirtschaftskrise, so auch die Krise vom Jahre 1866, ist für die bourgeoisen Ideologen das Signal und der Auftrag, die Gebrechen des Kapitalismus zu vertuschen und Krisen zu einem bedauerlichen, aber ewigen Menschenschicksal zu deklarieren, deren Ursachen in den Bereich des absoluten Zufalls gehören.

Vom Standpunkt der Erhaltung der Klassenherrschaft ist der Fabrikant für diese Apologie dankbar und bezahlt sie. Im Prinzip aber interessieren den individuellen Kapitalisten diese theoretischen Vergewaltigungen der Wirklichkeit wenig. Zweifelt er selbst doch nie daran, daß die kapitalistische Methode zu produzieren die beste sei. Und selbst eine Krise kann ihn schwerlich dazu veranlassen, diese Ansicht aufzugeben. Wohl aber interessiert ihn an den theoretischen Überlegungen seiner Ideologen der Teil, der den Ausweg aus der Wirtschaftskatastrophe und die künftige vorbeugende Umschiffung derartiger Weltmarktsungewitter zeigen soll. Die bürgerlichen Krisentheoretiker haben demzufolge eine doppelte Aufgabe.

Einerseits haben sie die Ursachen der Krise aus den wirklichen, aber die bürgerliche Gesellschaft kompromittierenden Gegenden in weniger gefährliche Bereiche zu evakuieren und zu beweisen, daß der Kapitalismus nicht ernsthaft krank sei. Zum anderen besteht ihre sozusagen praktische Aufgabe darin, diesen „gesunden“ Kapitalismus zu heilen. Das aber ist eine paradoxe, wissenschaftlich unlösbare Aufgabe.

Seit daher Wirtschaftskrisen die bürgerliche Gesellschaft periodisch stören, reflektiert die bürgerliche Nationalökonomie die Schwierigkeiten der kapitalistischen Produktion in einer Anarchie der wissenschaftlichen Produktion und einer Krise der Krisentheorie und -forschung.

Indessen bleibt der bürgerlichen Krisentheorie als Therapie nur die lindernde Wirkung einiger ökonomischer Antibiotika. Was aber in den Händen des Mediziners ein wirksames Mittel sein kann, wird in den Händen der Apologetik zur Kur nach Doktor Eisenbart.

Sieht man von der am 12. Mai erfolgten Aufhebung der gesetzlichen Beschränkung des vertragsmäßigen Zinssatzes, der Aufhebung der sogenannten Wucherakte ab – einer Maßnahme, mit der der preußische Staat in erster Linie dem bedrängten Junker zu Hilfe eilte¹⁵⁹ –, so ist aus dem Jahre 1866 als einzige praktische Maßnahme zur „Behebung“ der Wirtschaftskrise die

¹⁵⁹ Mit der Aufhebung der gesetzlichen Beschränkung des vertragsmäßigen Zinssatzes vom 12. Mai 1866 wurden alle Beschränkungen des nicht hypothekarisch sichergestellten Darlehens aufgehoben. Der Grundbesitz sollte damit in die Lage versetzt werden, sich durch Billigung von Wucherzinsen das dringend benötigte Kapital zu verschaffen, das sich wie bekannt vom Lande zurückgezogen hatte. Die Regierung half ferner dem Grundbesitz, indem sie damit die Möglichkeit verband, Zinssätze über sechs Prozent nach eigenem Ermessen und nach eigenen finanziellen Möglichkeiten zu kündigen. Damit sollte verhindert werden, daß unter den Bedingungen der Krise abgeschlossene überhohe Zinssätze über Jahre verpflichten konnten.

Verordnung vom 18. Mai 1866 über die Gründung der Darlehnskassen bekannt. Die entscheidenden Paragraphen dieser Verordnung lauten:

§ 1 „In Berlin und den Orten, wo Filialanstalten der Preußischen Bank bestehen, sollen, wo es erforderlich ist, Darlehnskassen errichtet werden, mit der Bestimmung zur Abhilfe des Kreditbedürfnisses vorzugsweise zur Beförderung des Handels und Gewerbetriebes, gegen Sicherheit Darlehen auszugeben.“

§ 2 „Für den ganzen Betrag der bewilligten Darlehen soll unter Bestimmung ‚Darlehenskassenscheine‘ ein besonderes Geldzeichen ausgegeben werden. Es vertreten diese Scheine in Zahlungen die Stelle baaren Geldes, sie werden bei allen öffentlichen Kassen nach ihrem vollen Nennwerthe angenommen, im Privatverkehr tritt ein Zwang zu ihrer Annahme nicht ein . . . Der Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine soll Fünfundzwanzigmillionen Thaler nicht überschreiten.“¹⁶⁰

Der Charakter dieser Darlehnskassen war der von Lombardbanken mit Darlehnskassenscheinen ohne Konvertibilität in Bargeld, das heißt, diese Kassen besaßen kein eigenes Betriebskapital. Als Sicherheit galten Waren, an denen sich die preußische Bank im Falle nicht termingerechter Rückzahlung schadlos halten konnte. Der Zinssatz betrug neun Prozent.

Als bürgerlich-theoretischer Ausgangspunkt für dieses „Antikrisenmittel“ kann eine Bemerkung aus dem „Bremer Handelsblatt“ gelten:

„Das Heilmittel in den Geschäftskrisen ist nicht das Geld, sondern der Kredit, dieser ist es, welcher fehlt.“¹⁶¹

Dieser Behauptung muß folgendes entgegengestellt werden: Natürlich fehlt der Kredit, aber aus dem gleichen Grund, aus dem sich das Geld in die Tresore verkrochen hat – nämlich auf Grund der Kontraktion des industriellen Zyklus. Im materiellen Bereich liegt demzufolge die Ursache der Krisen. Die Wahl der Zirkulationssphäre als Ausgangspunkt für eine „Krisentherapie“ entspricht dagegen dem vom Privateigentum diktierten Bestreben, die kapitalistische Produktion von Fehlleistungen reinzuwaschen.

Der Behauptung des „Bremer Handelsblattes“, der Kredit und die darauf aufbauende Einrichtung von Darlehnskassen seien das Heilmittel gegen Geschäftskrisen, muß entgegengehalten werden, daß diese Maßnahme wie jede „Krisentherapie“ nutzlos ist. Sie erstreckt sich nur auf Begleiterscheinungen und Folgen der Wirtschaftskrise – auf die Geld- und Kreditkrise – und übergeht die Wurzeln der allgemeinen Kalamität. Auch was den Kredit selbst betrifft, den zu beschaffen Aufgabe der Kassen sein sollte, ist diese Maßnahme wirkungslos, weil es dem Produzenten nicht um einen Kredit schlechthin, sondern um einen in Bargeld konvertiblen Kredit geht. Unter den Bedingungen der Krise einen solchen Kredit zu beschaffen und zu garantieren, war für die bedrängten Kassen der Preußischen Bank unmöglich.

¹⁶⁰ „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, Bd. 22, S. 1.

¹⁶¹ „Bremer Handelsblatt“, 1866, S. 219f.

Zur Vorgeschichte der Darlehnskassen sei aus einem längeren Artikel im „Zollverein“ folgendes zitiert: „Nicht minder wird es an der Zeit sein, daß zu einer gemeinschaftlichen Besprechung der gewerblichen Situation unserer Gegend die zunächst Beteiligten zusammentreten, um namentlich zu prüfen, ob und wie bei dem momentanen gänzlichen Mangel an Absatz und bei der gleichzeitig hereinbrechenden Geldkrise eine vollständige Einstellung des hiesigen Fabrikbetriebes zu vermeiden sein wird . . . Es hatten sich einige der bedeutenden hiesigen Industriellen bereit erklärt, als Deputation nach Berlin zu gehen, um namentlich auf die Einrichtung von Darlehnskassen nach Art derer, wie sie 1848 so gute Dienste geleistet, hinzuwirken.“¹⁶²

Wie sah es nun in der Praxis mit der Wirksamkeit der Darlehnskassen aus? Solange der unmittelbare Banksturm andauerte, war die Errichtung der Kassen sinnlos und unterblieb. Selbst einlösbare Banknoten wurden vom Verkehr abgestoßen. Die Einrichtung der Kassen fällt daher meist erst in die Zeit nach Ende Juli, das heißt in eine Zeit, in der die Krise bereits die schlimmsten Verheerungen angerichtet hatte. Immerhin hätte es auch im Monat Juli für diese Darlehnskassen noch genügend Gelegenheit gegeben, sich als „Antikrisenmittel“ zu bewähren. In der Regel funktionierten sie jedoch nicht so. Daß die Staatskassen angewiesen waren, die Darlehnskassenscheine in Zahlung zu nehmen, nützte nur dort, wo der in Bedrängnis geratene Betrieb dem Staat finanziell verpflichtet war. Entscheidend aber war der Privatverkehr, der zur Annahme dieser Scheine nicht verpflichtet war. In den seltensten Fällen erklärte sich daher der Gläubiger mit der Zahlung in diesen höchst zweifelhaften Scheinen einverstanden. Hinzu kommt, daß der hohe Zinssatz von neun Prozent sowie Unkostenbeiträge für die Aufbewahrung von Waren und anderen Sicherheiten viele Fabrikanten von der Lombardierung ihrer Waren abhielten. Ein großer Teil der von der Krise betroffenen Städte und Fabrikzentren führte aus den genannten Gründen diese ohnehin zu spät gekommene Maßnahme nicht durch. In einem Bericht der Bremer Handelskammer für das Jahr 1866 heißt es zur Begründung:

„In der Zeit der schlimmsten Aufregung wurde der Handelskammer mehrfach der Wunsch ausgesprochen, die Errichtung einer Waarendepositenbank in die Hände zu nehmen, durch welche den infolge der Unverkäuflichkeit der Waaren plötzlich entstandenen Verlegenheiten ein Ende gemacht werden könne.

Die Handelskammer vermochte sich nicht zu entschließen auf diesen Wunsch einzugehen. Sie ging von der Auffassung aus, daß eine sogenannte Waarenbank nach Lage der Verhältnisse auf die ihr behändigten Waaren nicht bar Geld darleihen, sondern nur Depositenscheine und dgl. über den Minimalwerth ausstellen könne, deren angemessene Verwerthbarkeit nicht ohne weiteres feststehe. Die Depositenscheine würden dem Inhaber keinen besseren Dienst erweisen, als die üblichen Waarenwechsel.“¹⁶³ Dort, wo diese Kassen tatsächlich eingerichtet wurden, können Meldungen wie die folgenden nicht verwundern:

¹⁶² „Der Zollverein“, Nr. 21 vom 23. 5. 1866, S. 1.

¹⁶³ „Preußisches Handelsarchiv“, vom 6. 12. 1866, S. 674.

In Zusammenhang mit der Einrichtung der Darlehnskasse in Berlin sah sich die „Berliner Börsenzeitung“ am 12. Juni zu folgender Notiz veranlaßt: „Die hiesige Darlehnskasse hat gestern ihre Wirksamkeit begonnen, es ist jedoch völlig falsch, wenn hiesige Blätter heute berichten, daß der Andrang des Publikums zu denselben überaus stark gewesen sei. Bisher zeigte sich umgekehrt wenig Verlangen von der Kasse Gebrauch zu machen.“¹⁶⁴

Aus Nordhausen verlautet: „Die Darlehnskasse hat seit dem 11. des Monats für den hiesigen Geschäftskreis ihre Wirksamkeit begonnen bis jetzt indeß noch geringen Zuspruch gefunden!“¹⁶⁵ Und die Stadt Aachen ergänzt das offensichtliche Fiasko der Darlehnskassen durch die knappe Bemerkung: „Die Stagnation hat noch weitere Fortschritte gemacht . . . Bei der hiesigen Darlehnskasse gehen wenig Darlehngesuche ein . . .“¹⁶⁶

Insgesamt zirkulierten von 25 Millionen Taler wertmäßig zugebilligten Darlehnskassenscheinen nur etwa sechs Millionen. Für die Darlehnskassen, für die allgemeine Antikrisenpolitik, wie schließlich auch für die ihnen zugrunde liegenden Überlegungen gilt ein zeitgenössisches Fazit:

„Weder die scharfsinnigsten nationalökonomischen Untersuchungen noch die beredsamsten Declamationen haben Krisen . . . bisher seltener gemacht.“¹⁶⁷

V. DEPRESSION UND BELEBUNG — EIN KURZER AUSBLICK AUF DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT UM 1866/67

Durch eine verhältnismäßig umfangreiche und schnell vor sich gehende Kapitalvernichtung hatte die Krise während des Sommers 1866 ihre Funktion im kapitalistischen Reproduktionsprozeß erfüllt.

Zugleich war der Zinsfuß, der am 9. August auf fünf Prozent sank, ein Ausdruck des Abklingens der Geld- und Kreditkrise. Nach einer anfänglichen, durch die Siegesnachrichten und den bevorstehenden Frieden zwischen Preußen und Österreich ausgelösten Haussestimung, die besonders an der Berliner Börse zum Ausdruck kam, begann eine wirtschaftliche Depression. Ab August/September wurde nun diese labile, von der voraufgegangenen Krise überschattete Phase des Zyklus bestimmend für die deutsche Wirtschaft. Die Depression dauerte länger an. Hauptgrund dafür war zweifellos, daß die Kombination von Krise und Krieg auch die Konsumtionsbeschränkung der Massen nicht so weitgehend wie die vorangehende Krise zeitweise behoben hatte. Hinzu kamen die politischen Veränderungen in Deutschland, die zumindestens für die unmittelbare Nachkriegsperiode dem Geschäft eine abwartende Haltung aufnötigte.

Lediglich der Außenhandel florierte in der gewohnten Weise und bildete in diesem Umfang einen Aktivposten der wirtschaftlichen Belebung.

¹⁶⁴ „Berliner Börsenzeitung“ vom 12. 6. 1866, S. 6, 1. Beil.

¹⁶⁵ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 32 vom 10. 8. 1866, S. 128.

¹⁶⁶ Ebenda, Nr. 33 vom 17. 8. 1866, S. 74.

¹⁶⁷ „Bremer Handelsblatt“, Nr. 784 vom 20. 10. 1866, S. 355.

In einem für diese Phase typischen Handelsbericht aus Elberfeld vom 22. Oktober heißt es: „Es hat sich dasselbe (das Geschäft – J. S.) weder zu einer besonderen Lebhaftigkeit emporgeschwungen, noch eine Abnahme bemerken lassen, vielmehr nach allen Seiten hin eine mäßige Thätigkeit entfaltet, die die vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen ausreicht.“¹⁶⁸

Schon optimistischer schreibt das „Bremer Handelsblatt“ etwa zur gleichen Zeit: „Geschäfte werden rascher und zahlreicher seit langer Zeit abgeschlossen, die Verkehrsmittel finden sich zahlreich in Anspruch genommen, die Actien der an der Verkehrssteigerung beteiligten Unternehmen steigen, neue Gesellschaften laden zum Anbau noch brachliegender Felder ein.“¹⁶⁹ Ähnlich wird aus dem Westen gemeldet¹⁷⁰:

Monat	Kohlenförderung der Bochumer Bergwerks-AG (Scheffel)	Gütertransport der Rheinischen Eisenbahn ¹⁷¹ (Taler)
Juni	122 266	149 700
August	155 872	164 039
September	160 778	194 470
Oktober	199 000	252 444
November	211 188	266 295
Dezember	195 020	239 800

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die vorhandenen Handelsberichte in immer stärkerem Maße den niedrigen Preisstand beklagen. Wie „berechtigt“ diese Klagen über den niedrigen Stand der Warenpreise sind, zeigt folgende Übersicht:

*Monatliche Durchschnittspreise (Berlin)*¹⁷²

Artikel	November 1865	Juni 1866	August 1866	Oktober 1866	Dezember 1866
Schlesisches Holzkohlenroheisen (Sgr.)	53	47	46 ¹ / ₂	46 ¹ / ₄	45 ¹ / ₄
Kokseisen (Sgr.)	44	42 ¹ / ₂	40	45 ¹ / ₄	45 ¹ / ₂
Eisenbahnschienen zum Verwalzen (Sgr.)	56 ¹ / ₂	56	55	55	54
Englischer Koks (Taler)	19	18	18	17 ¹ / ₂	17 ¹ / ₂
Westfälischer Koks (Taler)	16 ¹ / ₂	16	16	16	16
Nußkohle (Taler)	22 ¹ / ₄	19 ³ / ₄	19 ¹ / ₂	18 ¹ / ₂	18 ¹ / ₂

¹⁶⁸ „Preußisches Handelsarchiv“, Nr. 46 vom 16. 11. 1866, S. 405.

¹⁶⁹ „Bremer Handelsblatt“ vom 6. 10. 1866.

¹⁷⁰ „Königlich Preußischer Staatsanzeiger“, Nr. 113 vom 12. 5. 1867, S. 1928.

¹⁷¹ A. a. O.; in der Reihenfolge der Zahlenangaben: Nr. 166 vom 15. 7. 1867, S. 2796; Nr. 220 vom 18. 9. 1867, S. 3555; Nr. 247 vom 18. 10. 1867, S. 4032; Nr. 274 vom 19. 11. 1867, S. 4448; Nr. 298 vom 17. 12. 1867, S. 4856; Nr. 14 vom 17. 1. 1867, S. 212.

¹⁷² Errechnet nach Angaben der „Vossischen Zeitung“.

Dieses niedere Preisniveau kann für die Verbesserung der Technik nützlich sein und die Neuinvestitionen fördern. In einem Aufsatz der Zeit heißt es darüber: „Die Preise für Schienen zu Grubenzwecke im Jahre 1865 noch 31–33 Thlr. per 1000 Pfund fielen (1866 – J. S.) auf 27–28 Thlr. Dieser Druck hatte aber auch seine guten Seiten, es lag demselben der Zwang, sich alle Hilfsmittel der Technik bei der Produktion anzueignen und dadurch die Produktionskosten zu reduzieren, zugrunde.“¹⁷³

Mit dem Jahr 1867 beginnt eine allgemeine Belebung, die in einigen Bereichen der deutschen Wirtschaft bereits den Charakter des Aufschwunges annimmt.

Eine Reihe beunruhigender politischer Momente, die im Zeichen der heranreifenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich standen, konnten die deutsche Bourgeoisie nicht davon abhalten, die vorhandenen günstigen Voraussetzungen auszunutzen und die Produktion zu steigern.

So wurden im ersten Quartal 1867 im Oberbergamtsbezirk Dortmund 11936049 Tonnen Kohle gefördert; das Produktionsvolumen des gleichen Bezirks betrug im ersten Quartal 1866 11710413 Tonnen Kohle. Das heißt, im ersten Quartal 1867 wurden 225635 Tonnen mehr gefördert. Der Absatz betrug im gleichen Zeitraum 11780137 Tonnen gegenüber 11327819 Tonnen Kohle im ersten Quartal 1866. Im ersten Quartal 1867 wurden demzufolge 452317 Tonnen Kohle mehr abgesetzt.¹⁷⁴

Die Belebung setzte sich während des Jahres 1867 fort, so daß ein Vergleich der Steinkohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund in den Jahren 1866 zu 1867 folgendes Bild ergibt:

*Steinkohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund*¹⁷⁵

Jahr	Förderung in t	Verkauf von Kohlen in t	Bestand am Jahresabschluß	Geldwert der Förderung am Ursprungsort in Taler
1867	49967132	46068482	718751	18500817
1866	43921053	40183755	1008922	15792753
1867	+6046079	+5884728	–290171	+2708074

Ähnliche Steigerungsquoten lassen sich auch für den Oberbergamtsbezirk Breslau und andere industrielle Knotenpunkte anführen.

Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung entwickelte sich die deutsche Industrieproduktion im Jahre 1867 im Vergleich zum Vorjahr folgendermaßen¹⁷⁶:

¹⁷³ „Zeitschrift für Volkswirtschaft . . .“, 1867, Bd. 20, S. 202.

¹⁷⁴ „Der Aktionär . . .“, Nr. 708 vom 21. 7. 1867, S. 506.

¹⁷⁵ „Zeitschrift für Volkswirtschaft . . .“, 1867, Bd. 20, S. 202f.

¹⁷⁶ *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58f.

Vgl. zu dieser Statistik: *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 11, a. a. O., Fußnote S. 161.

Jahr	Gesamt	„Produktionsgüter“	„Verbrauchsgüter“
1913=100			
1866	16,0	12,4	26,0
1867	17,7	13,8	28,8

Die für das Jahr 1867 angeführten Zahlen und Vergleiche deuten in keiner Weise auf eine allgemeine Stagnation oder Depression der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands hin. Im Gegenteil, Professor Oelßner vertritt die Ansicht, daß die Widersprüche, „die sich in der gesellschaftlichen Produktion in diesen Jahren (gemeint sind die Jahre vor 1866 – J. S.) gebildet hatten (aber nach Oelßners Ansicht nicht stark genug waren, um eine zyklische Überproduktionskrise auszulösen – J. S.) . . . ihre zeitweilige Lösung in der auf die Kreditkrise folgenden Depression“¹⁷⁷ fanden. Anderer Auffassung ist auch Professor Ernst Engelberg, wenn er die Wirtschaftskrise für den Zeitraum von 1866/67 annimmt und bemerkt:

„Die Depression hielt mehrere Jahre an.“¹⁷⁸

Das bekannte „Bremer Handelsblatt“ schreibt über diese Zeit der „Depression“: „Großen Erschütterungen in Handel und Politik pflegt eine Periode großartigen Aufschwungs auf dem Fuße zu folgen und wenn wir jetzt sehen, wie sich in Deutschland alles regt, wie neue Eisenbahnprojekte und industrielle Unternehmungen das Publikum zu Theilnahme einladen, so kann diese Entwicklung eben nicht Wunder nehmen.“¹⁷⁹

Aus diesen Sätzen einer maßgeblichen Wirtschaftszeitschrift, aus der Summe der Zahlen, Berichte und Übersichten, die wir anführen konnten, geht hervor, daß die Wirtschaftskrise von 1866 in völlig normaler Weise einen neuen Umschlagzyklus konstituierte, dessen beginnende Aufschwungsphase bereits in das Jahr 1867 fällt. Mit diesem Jahr beginnt für die deutsche Wirtschaft ein neuer Teufelskreis. Eine jener Wirtschaftskatastrophen, von denen die bürgerliche Gesellschaftsordnung periodisch erschüttert wird, ist gerade abgeklungen, da beginnen sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktion erneut zu vertiefen. Man könnte deshalb über die neuerwachenden Wirtschaftskräfte ungeteilte Freude empfinden, schreibt das „Bremer Handelsblatt“, „läge nicht die Besorgnis nahe, daß in dem rastlosen Drängen nach neuen Unternehmungen . . . vielfach ungesunde Keime dem wirtschaftlichen Leben eingimpft werden.“¹⁸⁰

Diese Sätze sind für eine bürgerliche Zeitschrift ein hohes Maß an Selbsterkenntnis. Welches jedoch immer der Grad bürgerlicher Erkenntnis des Charakters und der periodischen Wiederkehr der Wirtschaftskrisen sein mag – sie genügt nicht, um diese Krisen aus der Welt zu schaffen. Um sie der Herr-

¹⁷⁷ Oelßner, *Fred*, a. a. O., S. 244.

¹⁷⁸ Engelberg, *Ernst*, Deutschland 1849–1871. Lehrbuchreihe für deutsche Geschichte. Berlin 1959, Bd. 7, S. 201.

¹⁷⁹ „Bremer Handelsblatt“, Nr. 784 vom 20. 10. 1866, S. 356.

¹⁸⁰ Ebenda.

schaft der Gesellschaft zu unterwerfen, bedarf es der gesellschaftlichen Tat, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In Deutschland ist das unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei nur in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden. Deshalb heißt es in der westdeutschen Apologetik noch immer: „... eine konjunkturlose Wirtschaft ist weder wünschenswert noch möglich.“¹⁸¹

¹⁸¹ „Junge Wirtschaft“, Bonn, Mai 1958, S. 97.

DISKUSSIONEN

Imperialistischer Krieg und technisch-wissenschaftlicher Fortschritt

VON GERHARD WISSMANN

Es ist eine allgemein anerkannte, durch die Praxis überzeugend bewiesene Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung die volle Entfaltung der Produktivkräfte der Menschheit nicht zuläßt und den technischen Fortschritt auf vielen Gebieten beeinträchtigt. Auch die Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege kann diesen grundsätzlichen Mangel des kapitalistischen Systems nicht aufheben; im Gegenteil, es werden massenhaft Produktivkräfte vernichtet und es wird der technisch-wissenschaftliche Fortschritt gehemmt.

Dieser Prozeß der Hemmung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts vollzieht sich in äußerst widerspruchsvollen Formen. Während die Arbeit auf einem Gebiet der Wissenschaft und Technik gehemmt oder vollkommen eingestellt wird, kann ein anderes Gebiet im Interesse der Kriegsführung mit riesigen Summe unterstützt werden und Fortschritte erfahren. Die Gesamtrechnung muß jedoch immer negativ ausgehen, da Produktivkräfte in großem Umfange unproduktiv eingesetzt und sogar vernichtet werden.

Trotzdem wird von gewissen Kreisen immer wieder ernsthaft behauptet, daß der imperialistische Krieg den technischen Fortschritt ungeheuer gefördert habe. Für diese angebliche Förderung wird ein beliebtes, weit verbreitetes Argument, die Entwicklung der Luftfahrt herangezogen. Die Scheinlogik dieser Argumentation ist so verbreitet, daß die Mehrzahl der von mir in den letzten Jahren befragten Kollegen die Behauptung zunächst bejahten. Ihrer Meinung lag dabei meistens folgender Trugschluß zugrunde: Der Staat hat im Kriege Unsummen in die Luftfahrt hineingepumpt, ein geringer Teil davon ist auch für die Luftfahrtforschung verwandt worden. Bei dem dennoch hohen Gesamtaufwand müßten eigentlich entsprechende technisch-wissenschaftliche Fortschritte herausgekommen sein.

Unberücksichtigt und völlig verkannt wurden dabei die schon während der Aufrüstung und besonders während des Krieges herrschenden ungünstigen Bedingungen, wie die völlig einseitige, beschränkte Aufgabenstellung, Materialschwierigkeiten und so weiter.

Es gibt in der westeuropäischen Literatur der letzten Jahrzehnte zahlreiche Beispiele für die erwähnte Auffassung. Einige seien hier zitiert.

„Der Krieg hat der Flugtechnik in jeder Beziehung einen ungemein großen Fortschritt gebracht. Kostspielige Versuche, die in gewöhnlichen Zeiten nicht ausführbar gewesen wären, konnten mit reichlichen Mitteln durchgeführt werden. Der ungemein gesteigerte Verbrauch an Flugmaterial zwang zur Heranziehung von bisher unbeteiligten Nebenindustrien und zur Normalisierung und Typisierung. . .“¹

Auch der bekannte deutsche Flugtechniker Professor Hugo Junkers war nach den Ausführungen seines Biographen ein Anhänger der erwähnten Theorie:

„Seine ganze Lebensarbeit galt dem technischen Fortschritt. Aber er hielt Kriege, wenigstens bei dem damaligen Stand der menschlichen Zivilisation, für unvermeidbar, und er gewann dem Kriege als leidenschaftlicher Techniker sogar noch einen Sinn ab – worin wir ihm freilich nicht folgen können –, daß der Krieg nämlich die technische Entwicklung ungeheuer beschleunige und somit gleichsam wider Willen doch auch dem wirtschaftlichen Fortschritt diene.“²

Die folgende zitierte Auffassung zum Problem stammt von Adolf Baeumker. Baeumker war bis 1945 jahrzehntelang verantwortlich in den deutschen staatlichen Luftfahrtstellen tätig und lebt heute in den USA. Auf der Tagung der westdeutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt im Jahre 1955 vertrat er im Eröffnungsvortrage die Meinung: „Als die motorische Luftfahrt begann, hoffte die Welt, ihre Geschichte werde in erster Linie dem friedlichen Fortschritt der Menschheit dienen. Es ist anders gekommen. Doch durch zwei weltweite Kriege wurde der Fortschritt der Luftfahrttechnik enorm gefördert. Die Geschichte der Luftfahrttechnik ist unlösbar mit der Geschichte beider Weltkriege verbunden.“³

Baeumker hat mit diesen Worten den Wünschen des westdeutschen Militarismus und Imperialismus aus dem Herzen gesprochen. Die beiden vom deutschen Imperialismus vom Zaune gebrochenen Weltkriege werden wenigstens auf einem Gebiet anerkennend gewürdigt. Man kann also den von diesen Kreisen gewünschten atomaren dritten Weltkrieg riskieren, denn auf alle Fälle käme wieder ein enormer technischer Fortschritt dabei heraus.

Abgesehen von den Widersprüchen innerhalb der Zitate selbst, gibt das Ergebnis einer kritischen Untersuchung den Verfechtern der ungemein großen Fortschritte der Luftfahrt durch den imperialistischen Krieg unrecht. Einer Untersuchung muß verständlicherweise eine Abstimmung des Begriffes technisch-wissenschaftlicher Fortschritt vorausgehen. Es wird allgemeines Einvernehmen darüber herrschen, daß die Ausdehnung der Flugzeugindustrie, der Übergang zur Großserienproduktion, die Erweiterung der

¹ Aus „Moedebecks Taschenbuch für Flugtechniker und Luftschiffer“. Berlin 1923, 4. Aufl., S. 519.

² *Blunck, R.*, Hugo Junkers. Ein Leben für Technik und Luftfahrt. Düsseldorf 1951, S. 89.

³ „Jahrbuch 1955 der WGL“, Braunschweig 1956, S. 12.

Flugerfahrung und andere quantitative Erweiterungen nicht mit dem technischen Fortschritt gleichgesetzt werden dürfen, wie es oft von den an einer Verteidigung des imperialistischen Krieges interessierten Kreisen getan wird.

In den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt kann man auch nicht jede Verbesserung oder Geschwindigkeitssteigerung einbeziehen. Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt wird durch wirkliche, mitunter sehr wesentliche Neuerungen bedingt, er ist vorwiegend qualitativer Natur. Ein Vergleich soll die qualitativen Unterschiede der Begriffe näher erläutern.

Ein Verkehrsdoppeldecker flog im Jahre 1930 mit einem 450 PS Motor eine Höchstgeschwindigkeit von 180 km/h. Durch den Einbau eines 600 PS starken Motors konnte die Höchstgeschwindigkeit des gleichen Typs auf 210 km/h gesteigert werden. Das ist durchaus eine Verbesserung, aber nicht im Sinne eines technisch-wissenschaftlichen Fortschrittes. Drei Jahre später dagegen wurde der gleiche 600 PS Motor in eine neue, aerodynamisch hochwertige Tiefdeckerzelle mit einziehbarem Fahrgestell und anderen Errungenschaften eingebaut. Das neue Flugzeug erreichte auf Grund dieser Maßnahmen eine Höchstgeschwindigkeit von 375 km/h bei überlegener Tragfähigkeit und größerer Flugweite. Hier handelte es sich um einen wirklichen technisch-wissenschaftlichen Fortschritt. Analog wäre die Differenzierung der Begriffe auch auf allen anderen Gebieten der Flugtechnik, wie dem des Flugzeugmotorenbaues und so weiter zu beachten. Ein wichtiges Kriterium für den technischen Fortschritt ist stets die Erreichung eines höheren Wirkungsgrades, der auf vielfache Weise sichtbar werden kann.

Wie sieht es nun mit den wichtigsten technischen Fortschritten in der Geschichte der Luftfahrt im einzelnen aus?

Die für die Verwirklichung des Menschenfluges entscheidenden Arbeiten wurden zwischen 1891 und 1903 von Otto und Gustav Lilienthal, Gottlieb Daimler, Wilbur und Orville Wright geleistet. Diese Entwicklung vollzog sich völlig unabhängig vom imperialistischen Kriege und Kriegsgedanken. Die genannten Erfinder hatten bei ihren bahnbrechenden Leistungen die friedliche Anwendung im Sinn, sie glaubten irrtümlicherweise sogar, daß die Erfindung des Flugzeuges dazu führen könnte, Kriege unmöglich zu machen. Weiterhin erhielten sie von seiten der imperialistischen Staaten und des Kapitals *keinerlei* Unterstützung und Förderung. Selbst nachdem der Motorflug im Jahre 1903 verwirklicht worden war und die Jahre 1904 und 1905 geradezu erstaunliche Flugleistungen der Brüder Wright brachten, fanden diese Erfolge aus verschiedenen Gründen jahrelang weder bei den Militärs noch bei den Kapitalisten der großen imperialistischen Staaten Beachtung.

Erst etwa vom Jahre 1909 an existierte ein größeres gesellschaftliches Interesse, das zu einem Teil von militärischen Absichten diktiert wurde.

In den Jahren 1909 bis 1914 gab es einen bedeutenden Leistungsanstieg und einen entsprechenden technisch-wissenschaftlichen Fortschritt. Wurden im August 1909 beim Flugmeeting in Reims folgende Höchstleistungen erzielt,

Höchstgeschwindigkeit	56,6 km/h
Flugdauer	3 h 4 min
Flugstrecke	180 km
Flughöhe	158 m

so standen die Weltrekorde im Jahre 1914 bei

Höchstgeschwindigkeit	197 km/h
Flugdauer	24 h 10 min
Flugstrecke	2079 km
Flughöhe	8150 m

In den Jahren 1891–1914 wurde, wie es die Tatsachen zeigen, somit ein bedeutender Fortschritt erzielt, der von der Verwirklichung des Gleitfluges, der Beherrschung des Motorfluges über viele technische Neuerungen und Fortschritte bis zu den Leistungen des Jahres 1914 führte.

Welche Leistungssteigerung brachte nun der erste imperialistische Weltkrieg 1914–1918, in dem die Luftstreitkräfte von Jahr zu Jahr eine größere Rolle spielten?

Zusammenfassend muß man feststellen, daß die Höchstleistungen des Jahres 1914 nicht wesentlich überboten werden konnten. Die bei Kriegsende im Einsatz befindlichen Jagdflugzeuge, wie der Fokker D VII, erreichten eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 200 km/h und eine Gipfelhöhe von 6000 m. Die Leistungen der Aufklärungs- und Kampfflugzeuge lagen zum Teil beträchtlich darunter. Es war lediglich gelungen, die Leistungen der Serienflugzeuge denen der führenden Flugzeuge des Jahres 1914 anzugleichen. Die neuen Dinge, die dem Kriege zugute geschrieben wurden, wie die Einführung der Metallbauweise, des Großflugzeuges und der Flugboote und so weiter gingen sämtlich im Prinzip auf die Vorkriegszeit zurück. Die Entwicklung der Metallbauweise ist durch den Krieg eher gehemmt als gefördert worden. Die Neuerungen, die auf dem nur mittelbar zur Flugtechnik gehörenden Gebiete der Flugzeugbewaffnung eingeführt wurden, sind für die Entwicklung des Flugzeuges ebenfalls so gut wie bedeutungslos. Man könnte diesen Beispielen noch beliebig viel hinzufügen, die gegebene Bilanz bleibt bestehen: der technisch-wissenschaftliche Fortschritt in der Luftfahrt während des ersten Weltkrieges ist so geringfügig, wie er in der Steigerung, genauer gesagt, der Stagnation der Flugleistungen zum Ausdruck kommt.

Unter den bürgerlichen Flugtechnikern der Vergangenheit gab es vereinzelt Persönlichkeiten, die sich von der Ausdehnung der Flugzeugindustrie, den Profiten der Unternehmer, der Pseudologik ihrer Argumente, der Zahl der sinnlosen Flugstunden nicht blenden ließen, sondern den geringen Einfluß des imperialistischen Krieges auf den technischen Fortschritt erkannten und aussprachen.

Der verstorbene Herausgeber der bekannten ältesten englischen Luftfahrtzeitschrift „The Aeroplane“ und Herausgeber des ältesten internationalen Typenbuches „Janes All the World Aircraft“, Sir C. G. Grey, veröffentlichte im Jahre 1924 die bemerkenswerten kritischen Gedanken:

„Es ist wahr, daß der Krieg in mancher Weise Probleme löste, die dem Fortschritt der Luftfahrt helfen. Zum Beispiel wissen wir heute, . . . daß man in die Luft abspringen kann, ohne sich die inneren Organe zu verletzen. Vor dem Kriege flogen einige wenige Berufspiloten Loopings und andere harmlose Kunstflugfiguren. Heutzutage . . . kann jeder Dorfbewohner für zehn Schilling all das mitmachen, was die Vorkriegs-Heroen in der Luft vollbrachten.

Auch lernten wir manches über die Festigkeit von Materialien. Da während des Krieges Geld keine Rolle spielte, war es möglich, mechanische und chemische Experimente ausschließlich für den Flugzeugbau durchzuführen, was auf der Vorkriegsbasis niemals getan werden konnte. Und als Folge dieser Experimente haben wir neue und verbesserte Materialien hergestellt, so daß wir imstande waren, leichtere und festere Flugzeuge zu bauen, als wir sie hätten wahrscheinlich bauen können, wenn kein Krieg gewesen wäre. Aber dagegen ist es wichtig zu bemerken, daß es gerade diese leichteren und festeren Materialien ermöglichten, mit sehr schlechten Flugzeugen und sehr schlechten Motoren das zu erreichen, was nach sehr guten Leistungen aussah. Dagegen hätten wir, nur im Besitz der alten Vorkriegsmaterialien geblieben, einen viel höheren Wirkungsgrad und höhere Ergebnisse durch die Beschäftigung mit den Gesetzen der Luft . . . erreicht, als wir sie jetzt durch die bloße Anwendung stärkerer Motoren erreicht haben.

Weiterhin haben wir gewisse, besser könnte man sagen, ungewisse Kenntnisse in der Wissenschaft der Aerodynamik gesammelt . . . Da, wie schon gesagt, Geld während des Krieges billig war, erhielten die Aerodynamiker aller kriegführenden Länder fast unbegrenzte Summen, mit denen sie Forschungs-Laboratorien, Versuchs-Apparate, Windkanäle und so weiter bauen konnten. Und Geld war ohne Unterbrechung in Mengen vorhanden, um erfahrene Mathematiker, aerodynamische Theoretiker und andere Experten zu bezahlen, deren Aufgabe es war, zu erklären, warum ein Flugzeug fliegt, und zu entdecken, wie man es besser fliegen machen könnte.

Von diesen wurden tatsächlich viele interessante Fakten entdeckt, aber sie entwickelten genauso viel Theorien, die weit davon entfernt waren, dem Fortschritt zu helfen, sondern ihn eher verzögerten. Zum Beispiel entdeckten sie die beste der möglichen Körperformen, die beste mögliche Gestaltung des Fahrgestells, der Streben, Drähte, Verspannungen und aller anderen Dinge einzeln genommen. Und dann glaubten sie, indem sie ein Flugzeug aus all den möglichen besten Einzelteilen und Stücken zusammensetzten, das wirklich mögliche beste Flugzeug geschaffen zu haben.

Heute nun hat sich diese Theorie als einfältig und hoffnungslos falsch erwiesen. Es ist eine Tatsache, daß der Krieg den Fortschritt der Luftfahrt ernsthaft behindert hat, und es gibt viele, die den Segelflug als die beste Methode betrachten, den Fortschritt zu erzielen, der während des Krieges verloren ging.“⁴

⁴ Weiss, J. Bernard, *Gliding and soaring flight*. London 1924, S. XIV–XVI.

Mit anderen Worten ausgedrückt, während des Krieges wurden keine wesentlichen Schritte in Richtung auf das aerodynamisch hochwertige, vollkommene Flugzeug unternommen. Man verbesserte hier und dort, ohne die aerodynamisch grundsätzlich ungünstige Konzeption des verspannten und verstrehten Doppeldeckers in Holzbauweise zu verlassen. Die Ursachen dafür liegen vor allem im Kriege selbst. Man mußte von der Hand in den Mund leben. Von Bedeutung war für die Auftraggeber nur, was in wenigen Monaten an die Front gebracht werden konnte, selbst wenn die Leistungssteigerung nur geringfügig war. Diese Anforderungen kamen dem Profitstreben der Kapitalisten entgegen. Neue fortgeschrittene Konzeptionen, die aber auf Grund der Entwicklungsschwierigkeiten erst in Jahren ausgereift sein konnten, interessierten den Militarismus und die Fabrikanten nicht. Die angespannte Situation in der Materialversorgung und in der Bereitstellung von Arbeitskräften ließ derartige Projekte der Ablehnung verfallen. Wie die Tatsache der im Kriege angestiegenen praktischen Flugerfahrung zu bewerten ist, wird noch im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg gezeigt werden.

Sämtlichen bisher angeführten Aussprüchen der bekannten Flugtechniker fehlt jedoch ein Gedanke vollständig. Es wird richtig festgestellt, daß vor dem Kriege für Forschungen und Versuche nur relativ wenig Mittel vorhanden waren, die dann im Kriege plötzlich zur Verfügung standen, es fehlt aber die entsprechende logische Schlußfolgerung. Anstatt das gesellschaftliche System – das erst des Profitansporns, militärischer Interessen oder verbrecherischer Kriege bedarf, um eine der Menschheit nützliche Sache zu fördern – einer vernichtenden Anklage und Kritik zu unterziehen, werden der imperialistische Krieg und die kapitalistische Gesellschaftsordnung stillschweigend geduldet.

Dabei ist die Geschichte der Luftfahrt angefüllt mit negativen Erfahrungen, die die Flugtechniker in der Zeit des Kapitalismus sammelten. Wilhelm Kress, ein bekannter österreichischer Flugtechniker, veröffentlichte im Jahre 1905 resigniert folgende Kritik: „So muß man dann zuschauen, wie ein Apparat, der die größte Wahrscheinlichkeit eines Erfolges verspricht, verrostet und die langjährigen, in praktischer Arbeit gesammelten Erfahrungen verlorengehen . . . weil unsere Millionäre nicht das Herz haben, für eine der schönsten Bestrebungen zur Beherrschung des unermeßlichen Luftozeans, zur Förderung des kulturellen Fortschritts und des Friedens auf dem Altare der Wissenschaft ein paar überflüssige Tropfen ihres Vermögens zu opfern.“⁵

Kress fehlten nur einige Tausend Kronen zur Fortsetzung seiner Versuche zu einem Zeitpunkt, als von den Flügen der Brüder Wright noch nichts bekannt war. Da mit der Verwirklichung der Luftfahrt vorerst noch keine Profite zu erzielen waren, verhielt sich die Kapitalistenklasse gegenüber Flugversuchen in der Regel ablehnend. Eine Änderung trat erst ein, als militärische Interessen eine Serienfabrikation und damit hohe Profite ermöglichten.

⁵ Kress, W., *Wie der Vogel fliegt und wie der Mensch fliegen wird*. Wien 1905, S. 100.

Die Einschätzung der flugtechnischen Entwicklung während des ersten Weltkrieges läßt noch ein anderes Problem offensichtlich werden. Mit welchem Aufwand wurden die geringfügigen Verbesserungen erzielt? Milliarden wurden ausgegeben, Abermilliarden wurden sinnlos vernichtet. Das deutsche fliegende Personal hatte allein 17000 Tote, hinzu kommen die vielen Millionen Toten des ganzen Krieges, die Verwüstung weiter Landstriche, die Zerrüttung der Volkswirtschaft, die Verelendung der Völker zugunsten der Profite eines kleinen Häufleins von Kapitalisten. Bei Berücksichtigung dieser Zusammenhänge wird es geradezu widersinnig, dem Kriege einen enormen technischen Fortschritt zuzuschreiben. Unter friedlichen Verhältnissen wäre bei Verausgabung eines winzigen Bruchteils der Kriegskosten ein wirklicher technisch-wissenschaftlicher Fortschritt herausgekommen. Der Kapitalismus ist jedoch außerstande, diese Bedingungen planmäßig zu schaffen.

Bemerkenswert ist noch die Tatsache, daß der von Grey angeführte Überfluß an Finanzmitteln der deutschen Luftfahrtforschung nicht zuflossen. Das Zentrum der deutschen Luftfahrtforschung, die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) in Berlin-Adlershof, hatte während der letzten beiden Kriegsjahre Etatschwierigkeiten, wie es den Akten des Deutschen Zentralarchivs Potsdam entnommen werden kann.⁶ Die Haushaltsmittel der DVL waren in der Zeit der Weimarer Republik um ein Vielfaches höher als während des ersten Weltkrieges.

Nach dem ersten Weltkriege herrschte in den Luftfahrtkreisen eine allgemeine Enttäuschung darüber, daß selbst in den Staaten der Siegermächte die Ausgaben für die jetzt im Vordergrund stehende zivile Luftfahrt rücksichtslos eingeschränkt wurden. Es kam das Gefühl auf: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn.“ Dennoch kam es auch in den Jahren 1919 bis 1939 zu bedeutenden, wirklichen technisch-wissenschaftlichen Fortschritten, da wieder friedliche und damit günstigere Bedingungen herrschten wie in den Jahren 1903 bis 1914. In den letzten Jahren dieses Zeitraumes stand die Luftfahrt unter dem Aspekt der Aufrüstung, besonders seit dem Jahre 1935, als durch den aggressiven deutschen Faschismus eine akute Kriegsgefahr heraufbeschworen wurde. Der Zeitraum der Aufrüstung und des ständig zunehmenden militärischen Interesses an der Luftfahrt ist aber noch nicht mit dem Kriegszustand gleichzusetzen. Die Bedingungen der technisch-wissenschaftlichen Arbeit während der Aufrüstung sind trotz aller Einschränkungen immer noch günstiger als im Kriege. Zum Beispiel konnten in den Focke-Wulf Werken in Bremen in den sieben letzten Friedensjahren 13 neue Typen, darunter technisch hervorragende Flugzeuge entwickelt werden, während es in fünf Kriegsjahren nur noch drei Typen waren, wovon eine nur die Weiterentwicklung eines Vorkriegsmusters war. Aber selbst wenn man die Zeit der forcierten Aufrüstung seit etwa 1935 aus anderen Gründen mit dem imperia-

⁶ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichsministerium des Innern. Luftfahrtwesen, Bd. 14 148, Bl. 42-44.

listischen Krieg gleichsetzt, gibt eine Untersuchung für unsere Fragestellung eine negative Antwort.

Die für die Weiterentwicklung der Flugtechnik entscheidenden Fortschritte wurden in den Jahren 1919 bis etwa 1935 erzielt.

Hauptanliegen der Flugtechniker war die Steigerung der Geschwindigkeit und der übrigen Flugleistungen, die alleine dem Flugzeug eine Daseinsberechtigung neben den anderen Verkehrsmitteln sichern konnten. Um die Geschwindigkeit zu steigern, benötigte man stärkere Motoren. Sollte die höhere Motorenleistung optimal in Geschwindigkeit, Tragfähigkeit und Reichweite umgesetzt werden, so mußten aerodynamisch fortgeschrittene Flugzeuge gebaut werden, die ihrerseits neue Bauweisen notwendig machten. Höhere Geschwindigkeit und aerodynamische Güte brachten bis dahin unbekannte Probleme bei Start und Landung. Die Start- und Landestrecken vergrößerten sich maßlos, so daß der absolute Geschwindigkeitsweltrekord in den Jahren 1925 bis 1938 nur von Wasserflugzeugen gehalten werden konnte, da nur auf dem Wasser Anlauf und Auslauf unbegrenzt waren. Ein Problem der Entwicklung der Flugtechnik griff dabei in das andere und es war durchaus nicht so, daß die führenden Theoretiker bereits im Jahre 1920 oder 1925 eine ideale Flugzeugkonzeption hatten und diese mit aller Macht zu verwirklichen suchten. Im einzelnen wurden in den Jahren nach 1919 folgende wesentlichen Fortschritte erzielt:

1919 Übergang zum unverspannten, freitragenden Eindecker. Zunächst in der Gemischtbauweise durch Fokker, dann in der Ganzmetallbauweise durch Junkers.

1919 Einführung der Ganzmetall-Bauweise in das Verkehrsflugwesen. Die Junkers F 13, ein freitragender Tiefdecker in einfacher Bauweise zeigte zum ersten Male die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Luftverkehrs. Diese Fortschritte waren nicht dem Kriege zu verdanken. Junkers hatte zwar im Kriege Militärflugzeuge in Ganzmetallbauweise gebaut, doch gingen die ersten zielstrebigsten Versuche in dieser Bauweise auf die Vorkriegsjahre zurück. Die Ursachen dieser Bestrebungen lagen außerhalb militärischer Absichten. Der Krieg hat die Entwicklung der Junkers-Metallbauweise sogar verzögert. Jahrelang wurden die Metallflugzeuge der Firma Junkers von der Militärverwaltung abgelehnt, und nur besondere Umstände retteten den Metallflugzeugbau. Die Heeresleitung wünschte 1917 ein gepanzertes Ganzmetall-Schlachtflugzeug. Die bisher kritisierte ungenügende Steiggeschwindigkeit, Flughöhe und Tragkraft war bei diesen „fliegenden Tanks“ unwichtig. Eine Serie von 253 Stück ermöglichte Junkers die Fortsetzung seiner Arbeiten zur Entwicklung der Ganzmetallbauweise.

1920 Beim Dayton-Wright Rennflugzeug werden praktisch brauchbare, vollständig einziehbare Fahrgestelle vorgeführt. Mit eingezogenem Fahrgestell konnte eine Geschwindigkeitssteigerung von mehr als 40 km/h

erzielt werden. Anwendung einfacher Start- und Landehilfen durch Veränderung der Profilwölbung.

1920 Erfindung des Schlitzflügels, der für die Verkürzung der Start- und Landestrecken von Bedeutung war, durch Gustav Lachmann und Handley-Page.

1920 bis 1925 Im Segelflug kommt es zur Entwicklung aerodynamisch vorbildlicher Flugzeugzellen.

1925 bis 1934 Anwachsen der Fluggeschwindigkeit der Rennflugzeuge von über 400 km/h bis auf 709 km/h.

1929 Landeklappen werden bei Langsamflugzeugen zur weiteren Verbesserung der Start- und Landeeigenschaften angebracht. In Verbindung mit den Spaltflügeln ermöglichen sie es, die Start- und Landestrecken so zu verkürzen, daß die Hochgeschwindigkeitsflugzeuge der folgenden Jahre wieder als Landflugzeuge gebaut werden können.

1929 bis 1930 Einführung von praktisch brauchbaren Verstellluftschrauben. Dank dieser Erfindung steht die volle Motorenleistung nun auch beim Start zur Verfügung, so daß die Startstrecken noch mehr verkürzt werden.

1929 bis 1930 Aerodynamisch hochwertige Flugzeuge in moderner Bauweise werden in den Luftverkehr eingeführt.

Z. B. Lockheed Vega
Lockheed Orion
und Heinkel He 70.

In diesen Flugzeugen wurden die wichtigsten technisch-wissenschaftlichen Fortschritte, die seit 1919 erzielt worden waren, angewandt. Ihr Erscheinen erzwang im Flugzeugbau eine Neuorientierung auf die moderne Technik, denn diese Flugzeuge flogen als Verkehrsmaschinen schneller als die neuesten in Dienst stehenden Jagdflugzeuge der Luftmächte.

1933 bis 1935 Als Weiterentwicklung der Linie der zuletzt genannten Flugzeuge wurde in diesen Jahren die Konzeption des modernen Großflugzeuges erarbeitet. Vorbildlich waren die Douglas DC 2 und besonders die Douglas DC 3. Die letzte Maschine stellte in jeder Beziehung – in ihrer Aerodynamik, in ihrer Ganzmetall-Schalenbauweise, in ihren überragenden Flugeigenschaften, ihrer großen Flugsicherheit und Wirtschaftlichkeit, in der Anwendung der modernen Erkenntnisse – für die gegebene Aufgabenstellung eine Optimallösung dar. Der Verkehrsflugzeugbau bis zum Jahre 1955 beruht im wesentlichen auf den mit dieser Maschine gesammelten Erfahrungen und Erkenntnissen.

Auch im Bau von reinen Geschwindigkeitsflugzeugen kam es 1935 zu einer ähnlich vorbildlichen Entwicklung. H. Hughes ließ ein Spezial-

Rennflugzeug bauen, mit dem der Geschwindigkeitsweltrekord für Landflugzeuge auf 567 km/h verbessert wurde.

1939 Die Anwendung der skizzierten Erkenntnisse ermöglichte es, im Jahre 1939 die absoluten Geschwindigkeitsweltrekorde mit Landflugzeugen zunächst auf 746 km/h (He 100) und dann auf 755 km/h (Me 209) zu steigern. Die Entwicklung des Propellerflugzeuges hatte, im Prinzip gesehen, im Jahre 1939 einen Abschluß gefunden.

Auch die Verwirklichung des Strahltriebwerkes, das eine neue technische Etappe in der Geschichte der Luftfahrt einleitete, kann nicht dem imperialistischen Krieg zugeschrieben werden. Der Engländer Frank Whittle arbeitete seit 1929 an diesem System, dessen technische Vorzüge er erkannt hatte. 1936 gründete er zur Entwicklung eines Strahltriebwerkes eine Aktien-Gesellschaft und setzte seine Arbeiten zunächst ohne jede staatliche Unterstützung oder Blickrichtung auf den Krieg fort.

In Deutschland war es ein junger Wissenschaftler, Pabst von Ohain, der sich für das neue Antriebssystem interessierte und die ersten Versuche mit eigenen Mitteln durchführte. 1936 kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen der Firma Heinkel und von Ohain. Heinkel betrieb die Entwicklung von Strahltriebwerken aus persönlicher Initiative, ohne staatlichen Auftrag oder finanzielle Unterstützung für dieses Projekt. Triebkraft war natürlich die Hoffnung auf hohe Gewinne, die Heinkel mit dieser Neuentwicklung zu realisieren gedachte. Im August 1939 erfolgte der erste Flug eines bemannten Flugzeuges mit einem Strahltriebwerk. Als nach Kriegsbeginn der Luftwaffenführung das Düsenflugzeug He 178 vorgeführt wurde, war das Echo trotz der hohen Geschwindigkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten gleich Null.

So weit die technische Entwicklung bis zum Jahre 1939.

Welche Fortschritte brachte nun der zweite Weltkrieg für die Luftfahrt? Dieser Krieg wurde von allen kriegführenden Staaten, mit Ausnahme der Sowjetunion, fast ausnahmsweise mit Flugzeugtypen beendet, die schon vor Ausbruch des Krieges projiziert und geflogen worden waren. Es erfolgte lediglich eine gewisse Leistungssteigerung durch den Einbau stärkerer Motoren. Flogen die besten Serienjäger bei Kriegsbeginn 560 km/h, so flogen sie bei Kriegsende 660 bis 720 km/h, ohne daß grundsätzliche technische Neuerungen eingeführt worden waren. Ähnlich verhielt sich die Leistungssteigerung bei den Kampfflugzeugen. Diese Leistungen waren aber bereits im Frieden von den Rekordmaschinen erreicht worden.

Auch die Entwicklung des Düsenflugzeuges kann nicht als durch den imperialistischen Krieg gebrachter Fortschritt angesehen werden. Für die Verhältnisse in Deutschland muß sogar festgestellt werden, daß eine Reihe von Kriegerscheinungen, wie Entwicklungsstops, Material- und Kraftstoffmangel, Fehlentscheidungen einzelner Personen, die Schaffung einsatzfähiger Düsenflugzeuge sogar um Jahre verzögert hat. Die Einstufung der Dringlichkeit einer wissenschaftlichen und technischen Entwicklung im Kriege und damit die

Bereitstellung von Menschen und Material hing auch nicht von der technisch-wissenschaftlichen Bedeutung und den Möglichkeiten dieser Entwicklung ab, sondern allein von sehr wechselhaften strategischen und taktischen Gesichtspunkten. Die Geschichte der Technik und Wissenschaften während des zweiten Weltkrieges in Deutschland liefert dafür zahllose Beispiele.

Die Frage, ob während des zweiten Weltkrieges wesentliche, prinzipielle Fortschritte im Flugzeugbau erzielt wurden, muß wie für den ersten Weltkrieg verneint werden. Die wesentlichen Errungenschaften der modernen Flugtechnik, stammen – wie schon ausgeführt – aus der Zeit vor dem Kriege. Während des Krieges wurden Neuerungen vorwiegend auf waffentechnischem Gebiet eingeführt. Betrachtet man diese Entwicklung, wie sie in einem Buch über die deutschen Waffen und Geheimwaffen des zweiten Weltkrieges dargestellt wird, so findet man so gut wie nichts, was für den friedlichen Fortschritt der Flugtechnik von Bedeutung wäre. Diese negativen Tatsachen sind nicht zufällig, sondern sie resultieren aus den ungünstigen Bedingungen, die im Krieg für Wissenschaft und Technik herrschen. War das kapitalistische System nicht imstande, in Friedenszeiten die günstigsten Bedingungen für die Förderung des technischen Fortschritts in der Luftfahrt zu schaffen, so konnte es das noch weniger unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges.

Es ist auch versucht worden, die Ausdehnung der Großserienproduktion, die es bereits vor dem Kriege gab, in den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt einzureihen. Im faschistischen Deutschland sind von 1939 bis 1945 113315 Kriegsflugzeuge aller Art, von allen kriegsführenden Mächten insgesamt fast 800000 Kriegsflugzeuge gebaut worden. Da der Großserienbau im Vordergrund stand, waren die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung begrenzt. Ein typisches Beispiel für eine der Grenzen, die der Krieg dem technischen Fortschritt setzt, ist der Bau der Me 109. Bereits 1941 war die Zelle dieses Flugzeuges angesichts der stärkeren und schwereren Motoren und der notwendigen Erweiterung der Bewaffnung überholt. Notwendig wäre der Bau einer völlig neuen Konstruktion gewesen, die schon vorhanden war. Von den Bauplänen konnte aber kein Gebrauch gemacht werden, da die Flugzeugwerke schon zu dieser Zeit den Verschleiß an den Fronten kaum ersetzen konnten und die technische Umstellung der Serie auf einen neuen Typ einen Produktionsausfall von etwa einem halben Jahre bedeutet hätte. Da das aus militärischen Gründen nicht tragbar war, bekam das Flugzeug statt dessen eine Ausbuchtung nach der anderen, in der man die Teile unterbrachte, die in der zu klein gewordenen Zelle keinen Platz mehr fanden. Die deutschen Piloten prägten daher für diesen aerodynamisch verunstalteten Typ den vielsagenden Begriff „Beule“. Diese Lösung kam dem Wunsch der Flugzeugwerke entgegen, aus Gründen des Profits so lange wie möglich an einem veralteten Typ festzuhalten und ihn nach wie vor in Großserie zu bauen.

Auch die durch die „Großserienproduktion“ im Kriege gewonnene Flugzeugerfahrung mit den einzelnen Flugzeugtypen hat wenig Einfluß auf einen tech-

nischen Fortschritt gehabt. Es wurden zwar viele Flugzeuge gebaut, die aber schon vom Werk aus auf eine geringe Lebensdauer angelegt waren und meistens auch nur wenige Frontflüge hinter sich brachten. Eine kleine Serie von Flugzeugen mit voller fliegerischer Auslastung und systematischen Versuchen wäre der Entwicklung der Luftfahrt unvergleichlich dienlicher gewesen. Der Wert der Mehrzahl der Kriegsflugzeuge sank nach Kriegsende auf den Schrottpreis herab. Gewinner an dieser Produktion waren die kapitalistischen Flugzeugkonzerne, nicht aber die Flugtechnik.

Die hier gegebene Einschätzung der technischen Entwicklung auf faschistischer Seite während des zweiten Weltkrieges wird von einigen Flugtechnikern bestätigt. Conradis, ein verantwortlicher Ingenieur der früheren Focke-Wulf Werke in Bremen schrieb im Jahre 1955 zu diesem Problem: „Mit dem Tage des Kriegsbeginnes setzt die Diskrepanz zwischen dem Wollen und Müssen ein, zwischen dem Geist, der frei dem Frieden, dem Fortschritt dienen will und dem brutalen Produktionszwang um jeden Preis. . . . Aber was aus den konstruktiv gestaltenden und forschenden Hirnen sich in neuen Aufwärtstufen der Flugtechnik niederschlagen möchte, findet jetzt kein Echo mehr – Mars regiert die Stunde! Der Krieg soll, gerade im Technischen, der Vater aller Dinge sein? Wir empfinden es nicht so, durchsetzen läßt sich unter seiner Allmacht zwar scheinbar alles, aber den Aufbau schöpferischer Kräfte erlaubt er kaum – er zehrt sie auf. . . . Von der ungerüsteten viermotorigen FW 200 werden nach und nach 130 Stück gebaut, von der doppelrumpfigen ‚Eule‘ FW 189, dem Nahauflklärer, im ganzen etwa 800, vom ‚Würger‘ der FW 190 über 25 000. In diesen Zahlen sind alle Energien des Werkes gebunden gewesen.“ Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Die Forschung . . . hat nur noch wenig Raum im ständig sich konvulsiver gebärdenden Kriegsgeschehen.“⁷ Die Forschung und der Aufbau schöpferischer Kräfte sind aber wichtige Grundlagen für das Erzielen eines technischen Fortschrittes. Zu den bisher genannten, während des Krieges herrschenden negativen Bedingungen kommen weitere Faktoren hinzu, die den Fortschritt hemmten. In den Laboratorien des einen Staates wurden Milliarden für eine Entwicklung ausgegeben, die in anderen Staaten ebenfalls betrieben oder vielleicht schon abgeschlossen war. Wie oft ist es vorgekommen, daß Forscher an Problemen scheiterten, die auf der Gegenseite schon längst gelöst waren. Aufrüstung und Krieg verhindern jede ernsthafte internationale Zusammenarbeit der Forschung, die durch die kapitalistischen Verhältnisse ohnehin schon beschränkt war. Im eigenen Lande bestand auch während des Krieges die Konkurrenz der Monopole und Werke fort, so daß die Zusammenarbeit selbst in einem Lande verhindert oder erschwert wurde.

In Deutschland waren es zusätzlich noch die Wissenschaftsfeindlichkeit des faschistischen Regimes, die ständige Gefahr einer Einmischung der Gestapo,

⁷ Conradis, H., Nerven, Herz und Rechenschieber. Göttingen, Frankfurt und Berlin 1955, S. 219/220 und S. 226.

die persönliche Rechtlosigkeit und Unsicherheit, die Ungerechtigkeit des Krieges und die Verbrechen, die Unmoral des Regimes, die Auswirkungen des Bombenkrieges und so weiter, die als weitere hemmende Faktoren hinzukommen.

Wenn man zu diesem sinnlosen Handeln noch die maßlosen Verluste hinzuzieht, die der Menschheit durch die Flugzeuge und den gesamten Krieg zugefügt worden sind, die vielen Millionen Toten der Armeen und Zivilbevölkerung, dann wird die These vom „enormen Fortschritt“ noch unhaltbarer und verwandelt sich in eine beträchtliche Verzögerung des Fortschritts. Die Rechnung der Förderung der Technik durch den Krieg kann nie aufgehen, denn wo Produktivkräfte in Massen vernichtet werden, wo Kräfte und Kapazitäten unproduktiv eingesetzt werden oder gar brachliegen müssen, wo Zerstörung das Ziel ist, kann es keine optimale Entwicklung geben. Der imperialistische Krieg beweist das genaue Gegenteil der Förderung der Technik. Er zeigt auf der einen Seite die maßlose Verschwendung und die vielfältige Hemmung des technischen Fortschritts, auf der anderen Seite die ungeahnten Möglichkeiten, die der Menschheit bei einer sinnvollen Kraftanstrengung und Anwendung ihrer technischen Mittel im Frieden gegeben sind. Aber zur Schaffung derartiger Verhältnisse war und ist der Kapitalismus auf Grund seiner inneren Struktur bekanntlich nicht in der Lage. Wie Marx, Engels und Lenin theoretisch nachgewiesen haben und wie es die Geschichte seit 1917 durch die Existenz der Sowjetunion und des Sozialistischen Lagers beweist, ist eine stürmische Entwicklung der Wissenschaft und Technik, frei von Katastrophen und Krisen, nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich, in der das Wohl der gesamten Gesellschaft im Mittelpunkt steht.

Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im zweiten Weltkrieg, der für diese Staaten ein antifaschistisch-demokratischer Befreiungskrieg war, ermöglichte der Menschheit eine weitere Entwicklung.

Nach dem Jahre 1945 kam es wieder zu einer schnellen Entwicklung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts in der Luftfahrt, besonders in der Sowjetunion, die in der Flugtechnik die führende Stellung einnimmt. Eine eingehende Darstellung dieses Fortschritts geht jedoch über den Rahmen des Themas hinaus. Von 840 km/h nach Kriegsende im Jahre 1945 konnte der Geschwindigkeitsweltrekord auf 2148,3 km/h über der 100 km-Grundstrecke im Jahre 1960 gesteigert werden. Bislang in der Praxis unbekannte physikalische Probleme mußten bei der Überwindung der Schallgeschwindigkeit eine technische Lösung finden. In wenigen Nachkriegsjahren wurde das viermotorige Verkehrsflugzeug mit Kolbenantrieben bis zur Vollendung weiterentwickelt. Im Bau von Kolbenantrieben erreichten die Techniker in Leistung und Gewicht die technischen und wirtschaftlichen Grenzen. Dank der Betriebsicherheit der Motoren wurde der Transozeanflugverkehr mit Landflugzeugen eine Selbstverständlichkeit. Bekannt ist die Schaffung der modernen Düsenverkehrsflugzeuge und der vielen Arten spezieller Flugzeugtypen. So wurde in den Jahren nach 1945 wieder ein wirklich bedeutender Fortschritt erzielt, und die

technischen Tatsachen dieses Zeitraumes sind ein weiterer Beweis für die Unhaltbarkeit der These von der enormen Förderung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts in der Luftfahrt durch den imperialistischen Krieg. Zusammenfassend ergeben sich – bei Beschränkung auf kapitalistische Verhältnisse – nachstehende Schlußfolgerungen zum Gegenstand des Diskussionsbeitrages:

Eine wesentliche Triebkraft der technischen Entwicklung der Luftfahrt unter kapitalistischen Verhältnissen war die Aussicht auf hohe Profite. Bei der noch unterentwickelten Flugtechnik waren diese jedoch nur zu realisieren, wenn ein militärisches Interesse vorhanden war. Das Interesse der herrschenden Kreise an der Luftfahrt zeigte sich in drei Etappen:

1. Zeiten des allgemeinen militärischen Interesses der herrschenden Klasse, das ständig vorhanden ist
2. Zeiten forcierter Aufrüstung
3. Der Krieg

Die objektiven Bedingungen für das Erzielen technisch-wissenschaftlicher Fortschritte wurden jedoch von Etappe zu Etappe ungünstiger. Selbst in der Zeit forcierter Aufrüstung waren die Bedingungen günstiger als die, die der imperialistische Krieg brachte. So wurden objektiv die größten technisch-wissenschaftlichen Fortschritte tatsächlich in den Zeiträumen 1890 bis 1914, 1927 bis 1935 und nach 1945, also nicht während der beiden Weltkriege erzielt. Von einer Reihe von Luftfahrthistorikern wird der Zeitabschnitt 1927 bis 1935 sogar als „Goldene Zeitalter“ der Luftfahrt bezeichnet.

Aber auch in der Zeit zwischen den Kriegen konnte die Luftfahrt – trotz der erzielten bedeutenden Fortschritte – auf Grund der inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems nicht optimal entwickelt werden.

GESCHICHTE

DER FABRIKEN UND WERKE

Aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte Leipzig

von RUDOLF SCHRÖDER

Immer größer wird die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeiter, die Angestellten, die technische Intelligenz sich zusammentun, um die Geschichte ihres Werkes zu schreiben. Das ist von großer Bedeutung aus verschiedenen Gründen. Einmal natürlich allgemein als Beitrag zu unserer Geschichtsschreibung, sodann spezifisch als wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Gegenwart, nicht zum wenigsten aber auch aus folgendem Grunde: Die Erfahrung der Geschichte lehrt, daß auch nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung immer noch Überreste einer durch die bürgerliche Ideologie verfälschten Erinnerung an die kapitalistische Vergangenheit im Bewußtsein der Menschen fortbestehen und den klaren Blick für das schon Erreichte verwischen.

Eine solche verfälschte Erinnerung an die kapitalistische Vergangenheit, die sich teilweise sogar zur sogenannten „guten alten Zeit“ verklärt, macht aber aufgeschlossen gegenüber einer uns fremden Klassenideologie und steht der Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins entgegen.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland, wo seitens der westdeutschen Imperialisten und Militaristen versucht wird, die Massen durch eine immer aktivere ideologische Beeinflussung im Banne der bürgerlichen Ideologie zu halten, muß somit die große, erzieherische Rolle historischer Kenntnisse besonders hervorgehoben werden, um den Werktätigen in ganz Deutschland zu helfen, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und die Gegenwart richtig zu verstehen.

In dieser Hinsicht ist es für die Verbesserung der gesamten politisch-ideologischen Arbeit wichtig, besonders die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu erforschen und zu popularisieren. Im Rahmen der Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung muß dabei der Geschichte der Industriebetriebe, die einen wichtigen Bestandteil der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse in der Epoche des Kapitalismus und beim Aufbau des Sozialismus bildet, weitaus größere Beachtung als bisher zukommen. Die Betriebsgeschichtsforschung ist für die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn wo besser, als an Hand der in den Betriebsarchiven vor-

handenen Akten kann die Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus sowie die Vielfältigkeit und Kompliziertheit der Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen mußte, erforscht werden! So erfüllt die Betriebsgeschichte eine bedeutende politisch-erzieherische Aufgabe. Durch Darstellung der Entwicklung der Betriebe, die im Kapitalismus die entscheidenden Zentren des Klassenkampfes bildeten, sowie durch die Kenntnis der Geschichte der Lage der Arbeiter und der Kämpfe der Arbeiterklasse wird den Werktätigen, und besonders unserer Jugend, geholfen, die revolutionären Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse besser zu begreifen, zu schätzen und zu festigen. Somit bildet die Betriebsgeschichte nicht nur einen wichtigen Bestandteil der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern sie trägt auch durch Veröffentlichung der in den Betriebsarchiven liegenden Dokumente über die verschwiegsten Verbrechen der ehemaligen Konzernherren entscheidend dazu bei, die grausame Wirklichkeit der kapitalistischen Vergangenheit in unseren Menschen wachzuhalten und die Wahrheit über den deutschen Imperialismus zu verbreiten.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die Geschichte der Industriebetriebe mit einer Vielzahl gesellschaftswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Probleme verbunden ist, die von der technischen und ökonomischen Entwicklung der Betriebe bis zur Problematik der Geschichte der Lage der Arbeiter und der Geschichte des Kampfes der Arbeiter reichen.

An der Lösung dieser Probleme müssen sich daher alle Wissenschaftler beteiligen – auch solche, die nicht in Produktionsbetrieben beschäftigt sind.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wurde der Deutschen Historiker-Gesellschaft von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin der Vorschlag unterbreitet, zur Verbesserung und Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung gemeinsam Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte zu bilden. Vom Bezirksvorstand IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft wurde dieser Vorschlag aufgegriffen und am 26. September 1959 auf der Jahreshauptversammlung des Bezirksverbandes IV der Beschluß gefaßt, in Verbindung mit der Abteilung Wirtschaftsgeschichte für den Bereich des Bezirksverbandes IV, das heißt für die Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus, eine Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig einzurichten. Die Abteilung Wirtschaftsgeschichte übernahm die Leitung der Konsultationsstelle, und die Außenstelle der Abteilung Wirtschaftsgeschichte in Leipzig wurde beauftragt, die entsprechenden Maßnahmen zur Bildung der Konsultationsstelle zu treffen.

Die von der Außenstelle Leipzig der Abteilung Wirtschaftsgeschichte und dem Bezirksvorstand IV durchgeführten Maßnahmen waren um so erfolgreicher, als die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den SED-Bezirksleitungen und zahlreiche wissenschaftliche Institute die Einrichtung der Konsultationsstelle begrüßten und aktiv unterstützten.

Daher war die Außenstelle der Abteilung Wirtschaftsgeschichte in der Lage, auf der am 3. und 4. Dezember 1960 bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin stattgefundenen Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ nicht nur über das Bestehen der Konsultationsstelle zu berichten, sondern es konnte auch schon ein erster Erfahrungsbericht über die Arbeit der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte gegeben werden.

Daß der von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte und dem Bezirksvorstand IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung gewählte Weg richtig ist und daß auch ein echtes Bedürfnis nach einer solchen Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte besteht, zeigten die Wochen unmittelbar nach der Berliner Arbeitstagung, in denen unsere Arbeiter, die sich in den Betrieben mit dem Schreiben einer Betriebsgeschichte befassen, die Konsultationsstelle in einem nicht vorauszu sehenden Maße in Anspruch nahmen.

Infolgedessen zeigte sich aber auch sehr bald, daß die Außenstelle Leipzig der Abteilung Wirtschaftsgeschichte auf Grund ihrer geringen personellen Besetzung kaum noch den gestellten Anforderungen nachkommen konnte. Zwar wurden bisher noch alle Wünsche der Betriebe erfüllt, aber die Durchführung von Seminaren und Besprechungen in den Betrieben, die Bearbeitung von Betriebsgeschichtsmanuskripten sowie die Erledigung anderer Arbeiten, die ebenfalls mit der Betriebsgeschichtsschreibung in Verbindung stehen – das alles konnte nur auf Kosten der wissenschaftlichen Arbeiten der Mitarbeiter der Außenstelle Leipzig geschehen.

Die starke Überlastung der Konsultationsstelle ergibt sich vor allem daraus, daß noch keine weiteren Konsultationsstellen bestehen, also die Leipziger Konsultationsstelle von den Betrieben aus allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik in Anspruch genommen wird. So werden zum Beispiel nicht nur in Betrieben, die in den Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus liegen, Beratungen und Besprechungen durchgeführt, sondern es werden auch Betriebe in den Bezirken Halle, Rostock, Erfurt und Suhl betreut.

Eine solche Inanspruchnahme der Leipziger Konsultationsstelle zeigt, daß es unbedingt notwendig ist, auch in den anderen Bezirken, entsprechend der Bezirkseinteilung der Deutschen Historiker-Gesellschaft, Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte einzurichten.

Um bei der Durchführung dieser ohne Zweifel wichtigen Aufgabe die Erfahrungen der Leipziger Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte ausnutzen zu können, sollen einige Maßnahmen, die zur Bildung der Konsultationsstelle sowie zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung getroffen wurden, durch die folgenden Auszüge aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle Leipzig demonstriert werden.

I. ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Während wir im zweiten Teil unseres Berichts über zahlreiche einzelne Bemühungen der Konsultationsstelle berichten werden, konzentriert sich der folgende, erste Teil vor allem auf allgemeine organisatorische Maßnahmen.

15. Juli 1960

Die Außenstelle Leipzig der Abteilung Wirtschaftsgeschichte wurde im Einverständnis mit dem Präsidium der Deutschen Historiker-Gesellschaft (DHG) beauftragt, in Verbindung mit dem Bezirksvorstand IV der DHG Maßnahmen zur Errichtung einer Konsultationsstelle für die Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus einzuleiten und die Leitung der Konsultationsstelle zu übernehmen.

Als Sitz der Konsultationsstelle wurden die Räume der Außenstelle der Abteilung Wirtschaftsgeschichte in Leipzig C 1, Markgrafenstr. 10, vorgesehen.

27. Juli 1960

Besprechung mit dem Leiter der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Bezirksleitung Leipzig über die Bildung der Konsultationsstelle in Leipzig. Um eine engere Verbindung zur Bezirkskommission zu erhalten, trat auf Vorschlag des Leiters der Bezirkskommission der Leiter der Konsultationsstelle in die engere Leitung der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung ein.

11. August 1960

Sitzung der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Bezirksleitung Leipzig.

Referat des Leiters der Konsultationsstelle über „Bedeutung, Aufgaben und Arbeitsweise der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte“.

Auf Vorschlag der Konsultationsstelle wurden die Leiter der Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung angewiesen, der Bezirkskommission bis zum 25. August eine Übersicht über den Stand der Betriebsgeschichtsschreibung in ihren Kreisen zu geben.

17. August 1960

Durchführung eines Seminars zur Anleitung von Betriebshistorikern mit dem Thema: „Wie schreibe ich eine Betriebsgeschichte?“

Die Einladungen erfolgten durch die Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Leipzig. Am Seminar nahmen Vertreter der Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte folgender Betriebe aus dem Bezirk Leipzig teil: Leipziger Eisen- und Stahlwerke, Leipziger Baumwollspinnerei, Leichtmetallwerk Rackwitz, Schmiedewerk Hermann Matern, Kombinat Espenhain, RAW Einheit Leipzig (insgesamt 22 Teilnehmer).

25. August 1960

Sitzung der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Leipzig. Auswertung der von den Kreiskommissionen gegebenen Berichte über den Stand der Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Leipzig.

19. September 1960

Besprechung mit dem Schulungsleiter der Betriebsarchivare für die Stadt Leipzig.

Es wurde vereinbart, bei den laufend stattfindenden Schulungen der Betriebsarchivare die Fragen der Betriebsgeschichtsforschung stärker zu beachten.

Der Leiter der Konsultationsstelle erklärte sich bereit, bei den Schulungen von Zeit zu Zeit über die Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung zu referieren.

21. September 1960

Entsprechend der vorgesehenen Zuständigkeit der Konsultationsstelle Leipzig für die Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus wurde als unbedingt notwendig beschlossen, ebenfalls mit den Leitern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den SED-Bezirksleitungen Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus eine enge Verbindung herzustellen. Die Leiter der Kommissionen wurden für den 14. Oktober 1960 zu einer Beratung nach Karl-Marx-Stadt eingeladen.

14. Oktober 1960

Besprechung mit den Leitern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den SED-Bezirksleitungen Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus in Karl-Marx-Stadt. Seitens der Konsultationsstelle nahm der Vorsitzende des Bezirksverbandes IV der DHG und der mit der Leitung der Konsultationsstelle beauftragte Mitarbeiter der Außenstelle Leipzig der Abteilung Wirtschaftsgeschichte teil.

Über folgende Punkte wurde beraten:

1. Bedeutung der Konsultationsstelle
2. Bildung einer erweiterten Leitung für die Konsultationsstelle
3. Aufgabe und Arbeitsweise der Konsultationsstelle.

Die vom Bezirksvorstand IV der DHG zum Punkt 1 gemachten Ausführungen wurden von allen Teilnehmern anerkannt und unterstützt. Auch der Vorschlag, eine erweiterte Leitung für die Konsultationsstelle zu bilden, wurde angenommen. Dabei hielten es die Vertreter der SED-Bezirksleitungen für sehr vorteilhaft, daß sie als Leiter der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Mitglieder der Leitung der Konsultationsstelle sind. Umgekehrt ist unsere Arbeit in der

Konsultationsstelle nicht denkbar ohne die stete und wirksame Hilfe von seiten der Leiter der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung.

Die Leitung der Konsultationsstelle setzt sich heute also so zusammen:

Leiter: Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte, Außenstelle Leipzig

Vertreter: Vorsitzender des Bezirksverbandes IV der DHG

Mitglieder: Die Leiter der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde beraten, in welcher Form am besten eine Unterstützung der Betriebe durch die Konsultationsstelle erfolgen kann, und es wurden folgende Maßnahmen festgelegt:

- a) Durchführung von Seminaren und Kursen für Betriebsarchivare und Arbeiter, die sich in den Betrieben mit dem Schreiben einer Betriebsgeschichte befassen, in den Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Cottbus
- b) Unmittelbare Anleitung in den Betrieben
- c) Vermittlung von Examenskandidaten zur Unterstützung der Arbeitsgruppen (zum Beispiel Diplomarbeiten auf der Basis des in den Betriebsarchiven vorhandenen Materials), Vermittlung von Fachwissenschaftlern zur Bearbeitung bestimmter Spezialprobleme
- d) Bearbeitung von Rohentwürfen; Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung; Begutachtung von Betriebsgeschichten
- e) Ausarbeitung von methodischen Grundsätzen für die Betriebsgeschichtsschreibung
- f) Zur Durchführung dieser Aufgaben ist bei der Außenstelle ein Kreis von Mitarbeitern beziehungsweise Begutachtern zu bilden, der sich aus Fachwissenschaftlern der verschiedensten Disziplinen zusammensetzt.

Weiterhin wurde von der Leitung beschlossen, halbjährlich Leitungssitzungen durchzuführen, in denen über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Konsultationsstelle beraten wird.

21. Oktober 1960

Besprechung mit dem Leiter des Referats Archivwesen beim Rat des Bezirkes Leipzig zur Vorbereitung einer Konferenz aller Betriebs- und Verwaltungsarchivare des Bezirkes Leipzig. Die Konsultationsstelle übernimmt auf dieser Konferenz ein Referat über „Die Rolle der Betriebsarchivare bei der Erarbeitung einer Betriebsgeschichte“.

3. November 1960

Zur Bildung eines Mitarbeiter- beziehungsweise Begutachterkreises wurden die nachstehend aufgeführten Institute gebeten, der Konsultationsstelle Fachwissenschaftler als Mitarbeiter zu benennen:

Institut für sorbische Volksforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Bautzen,
 Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Abteilung 1871 bis 1918, in Leipzig,
 Institut für Deutsche Geschichte, Karl-Marx-Universität, Institut für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien, Karl-Marx-Universität,
 Franz-Mehring-Institut, Karl-Marx-Universität,
 Institut für Wirtschaftsgeschichte, Karl-Marx-Universität,
 Institut für Geschichte der Technik, TU Dresden,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, TU Dresden,
 Institut für Geschichte des Verkehrs, Hochschule für Verkehrswesen, Dresden,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, Hochschule für Verkehrswesen, Dresden,
 Institut für Geschichte des Bergbaues, Bergakademie Freiberg,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, Bergakademie Freiberg,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, Hochschule für Maschinenbau, Karl-Marx-Stadt,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, Hochschule für Bauwesen, Leipzig,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, Hochschule für Binnenhandel, Leipzig,
 Institut für Gesellschaftswissenschaften, Hochschule für Grafik und Buchkunst, Leipzig,
 Pädagogisches Institut Dresden.

Bis zum 29. November 1960 wurde unser Schreiben von den oben angeführten Instituten beantwortet. Von allen Instituten wurde die Einrichtung der Konsultationsstelle begrüßt. Insgesamt erklärten sich 30 Wissenschaftler zur Mitarbeit bereit. Damit wurde die volle Arbeitsfähigkeit der Konsultationsstelle erreicht; denn durch diesen Mitarbeiterkreis ist es möglich, den Betrieben Fachwissenschaftler zur Behandlung bestimmter Spezialprobleme in ihren Betriebsgeschichten zu vermitteln.

3. Dezember 1960

Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ in Berlin. Vom Leiter der Konsultationsstelle Leipzig wurde ein Diskussionsbeitrag über „Bedeutung, Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig“ gehalten.

Weiterhin wurde der Vorschlag unterbreitet, nach dem Beispiel der Leipziger Konsultationsstelle weitere Konsultationsstellen, entsprechend der Bezirkseinteilung der DHG, einzurichten:

Für die Bezirke Rostock,

Schwerin,

Neubrandenburg

in Rostock,

für die Bezirke Potsdam,	
Frankfurt (Oder),	
Berlin	in Berlin,
für die Bezirke Magdeburg,	
Halle	in Halle,
für die Bezirke Gera,	
Suhl,	
Erfurt	in Jena.

20. Januar 1961

Leitungssitzung der Konsultationsstelle in Leipzig. Es wurde berichtet, daß die Konsultationsstelle insgesamt von 18 Betrieben in Anspruch genommen wurde. Weiter wurden insgesamt 28 Beratungen und Aussprachen mit Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte durchgeführt und auf 6 Arbeitstagen beziehungsweise Kursen Referate über die Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung gehalten.

Bei der Festlegung weiterer Maßnahmen wurde insbesondere der Vorschlag beraten, im Rahmen der Ferienuniversität 1961 des Bezirksvorstandes IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft eine Fakultät für Betriebsgeschichte einzurichten. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern der SED-Bezirksleitungen in jeder Weise begrüßt und unterstützt. Es wurde festgelegt, daß aus den Bezirken jeweils 6 bis 8 Arbeiter aus Schwerpunktbetrieben an der Ferienuniversität – Fakultät für Betriebsgeschichte – teilnehmen und daß die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den SED-Bezirksleitungen die Auswahl der Betriebe und der Teilnehmer sowie die Delegation zur Ferienuniversität vornehmen.

20. Januar 1961

Sitzung des Initiativ-Komitees zur Vorbereitung der Ferienuniversität 1961 des Bezirksvorstandes IV der DHG. Festlegung aller organisatorischen Maßnahmen zur Vorbereitung der Ferienuniversität 1961. Es wurde beschlossen, die Ferienuniversität 1961 in der Zeit vom 10. bis 22. Juli 1961 in Leipzig durchzuführen.

10. Juli 1961

Eröffnung der Ferienuniversität – Fakultät für Betriebsgeschichte.

22. Juli 1961

Abschlußbericht über die Ferienuniversität – Fakultät für Betriebsgeschichte – vom 10. bis 22. Juli 1961 in Leipzig

Im Rahmen der Ferienuniversität 1961 des Bezirksverbandes IV der DHG wurde auf Vorschlag der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig zur Qualifizierung der Betriebshistoriker und zur Förderung der Betriebsgeschichtsschreibung erstmalig auch eine Fakultät für Betriebsgeschichte eingerichtet. Hörer an dieser Fakultät waren vorwiegend Arbeiter, die sich

mit der Erforschung der Geschichte ihres Betriebes und mit dem Schreiben einer Betriebsgeschichte befassen.

Die Delegation zur Fakultät für Betriebsgeschichte erfolgte in erster Linie durch die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den SED-Bezirksleitungen Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Cottbus und Halle. Nach Absprache mit den Vertretern der Bezirksleitungen wurden, entsprechend den uns zur Verfügung stehenden Unterkunftsmöglichkeiten – mit Ausnahme des Bezirkes Leipzig – jeweils 6 bis 8 Teilnehmer aus Schwerpunktbetrieben zur Ferienuniversität delegiert.

Insgesamt nahmen 50 Hörer aus 40 Betrieben der Bezirke Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Cottbus und Halle an der Ferienuniversität – Fakultät für Betriebsgeschichte – teil.

Der nach Absprache mit den Leitern der Bezirkskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung aufgestellte Lehrplan umfaßte folgende Vorlesungen und Seminare:

1. Die nationale Grundkonzeption des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse
2. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der KPD im Jahre 1923, dem Höhepunkt der revolutionären Nachkriegskrise
3. Die Politik und Taktik der deutschen Sozialdemokratie in der Phase der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung der Aufrichtung der Hitlerdiktatur
4. Der Widerstandskampf unter Führung der KPD gegen Faschismus und Krieg in den Jahren 1933 bis 1939
5. Der Widerstandskampf unter Führung der KPD gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des zweiten Weltkrieges
6. Probleme der volksdemokratischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik
7. Zur Problematik der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland
8. Die Stellung der Betriebsgeschichtsschreibung in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik
9. Methodische Grundsätze für die Erforschung der Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe
10. Bilanzen und Profit
11. Quellenkunde zur Betriebsgeschichte
12. Erfahrungen bei der Erarbeitung einer Betriebsgeschichte
13. Lichtbildervortrag über die Industrialisierung Sachsens
14. Besuch der Deutschen Bücherei und des Stadtarchivs Leipzig.

Von den Teilnehmern wurde das Vorlesungsprogramm als ausreichend betrachtet, jedoch wurde eine Vorlesung über Wirtschaftsgeschichte stark vermißt. Deshalb halten wir es für notwendig, daß bei einer Wiederholung unbedingt Vorlesungen über Wirtschaftsgeschichte und über die Entwick-

lung bestimmter Industriezweige (zum Beispiel des Bergbaues, der Chemie, der Metallurgie und der Textilindustrie) in das Lehrprogramm aufgenommen werden. Weiterhin halten wir es, einem Wunsche der Hörer entsprechend, für vorteilhaft, mehr praktische Übungen (Arbeit mit Handbüchern und Nachschlagewerken, Anleitung für die Abfassung von Veteranenberichten, Durchsicht von schon veröffentlichten Betriebsgeschichten, Besuche von Betriebsarchiven usw.) in das Lehrprogramm aufzunehmen.

Bei der Einschätzung des Lehrprogramms insgesamt wurde betont, daß trotz der noch aufgetretenen Schwächen den Teilnehmern sowohl in theoretisch-ideologischer als auch in rein praktisch-technischer Hinsicht wesentliche Anleitung und Unterstützung zur Verbesserung ihrer Arbeit auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung gegeben wurde.

Die Hörer folgten den Veranstaltungen des Lehrganges sehr aufmerksam. Sie waren bestrebt, durch intensive Mitarbeit einen größtmöglichen Nutzen für ihre weitere Tätigkeit zu erreichen. Dies kam in der regen Mitarbeit in den Seminaren und vor allem in einer starken Beteiligung an den von der Konsultationsstelle während des Lehrganges täglich durchgeführten Konsultationen zum Ausdruck. Von vielen Hörern wurde betont, daß sie erst durch diesen Lehrgang die ganze politische Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung erkannt hätten und sie dementsprechend in ihren Betrieben arbeiten werden.

Da die mit den Teilnehmern während des Lehrganges geführten Aussprachen sehr deutlich zum Ausdruck brachten, daß ein echtes Bedürfnis nach einer Wiederholung besteht, halten wir es für erforderlich, mit den Bezirkskommissionen eine Auswertung durchzuführen und weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung zu beraten.

Ebenso möchten wir dem Präsidium der DHG und der Abteilung Wirtschaftsgeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin nach eingehender kritischer Auswertung unserer Erfahrungen mit der Fakultät für Betriebsgeschichte den Vorschlag unterbreiten, im Jahre 1962 auch an anderen Ferienuniversitäten der Bezirksverbände Fakultäten für Betriebsgeschichte einzurichten.

(Fortsetzung folgt)

Über die Arbeit zur Schaffung einer Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei*

von BOHUMIL LEHÁR

Die Erforschung der Geschichte der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei – der Problematik ihres Entstehens, ihres Wachstums, der sozialen Lage, des Revolutionskampfes zur Zeit der nationalen und sozialen Befreiung, ihres historischen Sieges und der entscheidenden Aufgaben beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei: das alles gehört zu den hervorragendsten Aufgaben der Geschichtswissenschaft auf dem Gebiete der neuen und neuesten tschechoslowakischen Geschichte. Diese Erforschung der geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei hat grundlegende Bedeutung für die Geschichte der Gesellschaft in der Epoche des Kapitalismus und des Sozialismus.

Die Verallgemeinerung der historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse hat aber außerdem noch eine große theoretische und politische Bedeutung, denn sie erklärt die gesetzmäßige Notwendigkeit der Nationalisierung der Produktionsmittel und des Aufbaus einer neuen, sozialistischen Gesellschaft in der Tschechoslowakei. Die Geschichte der Arbeiterklasse, die einen untrennbaren Bestandteil der gesamtnationalen Geschichte bildet, ist ebenso vielseitig wie das Wirken des Proletariats in der neuzeitlichen Geschichte. Deshalb ist es Pflicht der Historiker, die Geschichte der Arbeiterklasse, ihre Tätigkeit und ihre Aufgaben auf dem Gebiet der materiellen Produktion und des politischen und kulturellen Lebens unserer ganzen Gesellschaft zu studieren.

Ein wichtiger Bestandteil der reichhaltigen Geschichte der Arbeiterklasse ist die Geschichte der bedeutendsten Industriebetriebe, die naturgemäß Zentrum des gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens eines jeden Gebietes waren. Sie trägt vor allem zur Entwicklung der wissenschaftlichen Erkenntnis sowie zur Bereicherung unserer Erfahrungen bei der Bearbeitung der wirtschaftlich-sozialen und politischen Problematik der regionalen und der gesamtstaatlichen Geschichte bei. Die populärwissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichte der Industriebetriebe von deren Gründung bis zur heutigen sozialistischen Gesellschaft haben in der ideologischen, politisch-erzieherischen Arbeit große Bedeutung. Diese Arbeiten, die eine allseitige,

* Dieser Beitrag behandelt die Arbeit an der Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei bis zum Ende des Jahres 1960.

lebendige Erläuterung der Arbeit und der Kämpfe mehrerer Arbeitergenerationen geben und gleichzeitig die grundsätzlichen Änderungen in der Lage der Arbeiterklasse während des Kapitalismus auf der einen und beim sozialistischen Aufbau auf der anderen Seite erhellen, sind eine Art historische Literatur, die in bedeutender Weise die wichtigen Aufgaben der sozialistischen Kulturrevolution und des Aufbaues des Sozialismus erfüllen hilft.

In der Tschechoslowakei erschienen bereits zur Zeit des Kapitalismus Arbeiten bürgerlicher Publizisten über die Geschichte einiger Industrieunternehmen und Gesellschaften. Diese Publikationen, die für gewöhnlich auf Bestellung der kapitalistischen Unternehmer herausgegeben wurden, dienten zum größten Teil geschäftlichen Zwecken oder der Repräsentation. Die Privatunternehmer stellten zu diesem Zwecke nur das Archivmaterial zur Verfügung, das zur Verherrlichung ihrer kapitalistischen Unternehmen diente. Publikationen über die Geschichte der Unternehmen zur Zeit des Kapitalismus, die im Widerspruch zu den historischen Tatsachen die privaten kapitalistischen Unternehmer fast als einzige Erzeuger aller Werte hinstellten, waren vor allem auf die technische Entwicklung des Unternehmens eingestellt und sagten nichts aus über die Rolle der Arbeiterschaft in der Entwicklung des Unternehmens. Die soziale Lage der Arbeiterschaft, die Entlassungen und Arbeitsaussetzungen, die Streikämpfe der revolutionären Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung wurden in diesen Arbeiten völlig verschwiegen. Diese Abhandlungen bürgerlicher Publizisten, die die Interessen der kapitalistischen Unternehmer vertraten, hatten mit einer wahrhaften Geschichte der Industrieunternehmen nichts gemeinsam. Die tschechoslowakische bürgerliche Geschichtswissenschaft, die es unterließ, die wirtschaftlichen Bedingungen und die daraus entstehende gesellschaftliche Klassenordnung, die Lage der Arbeiter und der Arbeiterbewegung zu ergründen, widmete auch der Geschichte der Industrieunternehmen fast keine Aufmerksamkeit. Diese Gleichgültigkeit der tschechoslowakischen bürgerlichen Historiographie gegenüber der Geschichte der Arbeiterklasse und der Unternehmen war nicht zufällig. Denn eine wahrhaft wissenschaftliche Darlegung der Geschichte der Tschechoslowakei, der Geschichte der Arbeiterklasse und der Unternehmen hätte den Klassencharakter und die Klassenunterschiede in der kapitalistischen Tschechoslowakei enthüllt und wäre gegen die Herrschaft der tschechoslowakischen Bourgeoisie gerichtet gewesen, denn sie hätte alle Gebrechen der kapitalistischen Ordnung aufgedeckt und wäre ein Wegweiser für die Arbeiterklasse in ihrem politischen und sozialen Kampf um eine neue, sozialistische Ordnung geworden.

Einen grundsätzlichen Wendepunkt in der Erforschung der tschechoslowakischen Geschichte bildet die Entstehung der volksdemokratischen tschechoslowakischen Republik nach der Befreiung der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee im Jahre 1945. Nach der siegreichen nationalen und demokratischen Revolution im Mai 1945 sowie nach dem Sieg des Proletariats im Februar 1948 wurden Voraussetzungen geschaffen, daß auch in der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiter-

klasse – der Marxismus-Leninismus – im Kampf mit der bourgeoisen Ideologie siegte. Erst die marxistische Geschichtsschreibung konnte eine wissenschaftliche, wahrheitsgemäße Schilderung der tschechoslowakischen Geschichte geben. Nur sie konnte die objektive Gesetzmäßigkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung der konkreten Lebensbedingungen der Menschen, der geschichtlichen Tätigkeit der Volksmassen, der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse, der Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte und demgegenüber die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der kapitalistischen Tschechoslowakei enthüllen. Dabei konnte die Aufmerksamkeit der marxistischen Historiker auf die Fragen konzentriert werden, die von den bürgerlichen Historiographen übergangen wurden, das heißt vor allem auf die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, der Klassenkämpfe und der historischen Aufgaben der Arbeiterklasse sowie der Kommunistischen Partei in der neueren Geschichte der Tschechoslowakei.

Jetzt erst waren auch in der Tschechoslowakei günstige Vorbedingungen zur Erforschung der Geschichte der Industriebetriebe gegeben. Durch die marxistisch-leninistische Konzeption erhielt sie eine wissenschaftliche Grundlage: Die Tätigkeit der Arbeiterklasse als Klasse der wahren Schöpfer der materiellen Güter, ihr Kampf um die Verbesserung ihrer sozialen Lage und um ihre Befreiung sowie ihre Aufgaben bei der Entwicklung der Betriebe und der gesamten Gesellschaft wurden ihr Hauptgegenstand.

Bei der Bearbeitung und Popularisierung der Geschichte der Industriebetriebe in der Tschechoslowakei konnten sich die Autoren die reichen Erfahrungen der bedeutenden Bewegung der sowjetischen Betriebsgeschichtsschreibung zunutze machen. Bevor wir daher die Geschichte der Industriebetriebe in der Tschechoslowakei behandeln, wollen wir der Entwicklung dieser Bewegung in der UdSSR unsere Aufmerksamkeit schenken, deren Wiederhall so entscheidend zur Entwicklung der Arbeiten über die Geschichte der Betriebe in der Tschechoslowakei beigetragen hat.

Die großartige Massenbewegung der Arbeiter, Techniker, Historiker, Schriftsteller und der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die Geschichte der Fabriken und Werke in der UdSSR zu schreiben, wurden zum Quell wertvoller Hinweise für die Betriebsgeschichtsschreibung in der Tschechoslowakei. Der Gedanke, die Geschichte der Werke niederzuschreiben und zu diesem Zweck dokumentarisches Material in den Betriebsarchiven sicherzustellen, entstand in der Sowjetunion ursprünglich schon in der Mitte der zwanziger Jahre. Aber erst das Auftreten M. Gorkis am 7. September 1931 und der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 10. Oktober 1931 über die Herausgabe einer Geschichte der Industriebetriebe legten zu Beginn der dreißiger Jahre den Grundstein zu einer breiten Massenbewegung auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung der Industriebetriebe in der UdSSR.

Nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses des Zentralkomitees der KPdSU wurden in einer großen Anzahl von Betrieben Redaktionskollektive gebildet,

die unter der Beteiligung einer großen Anzahl von Arbeitern dokumentarisches Geschichtsmaterial und Erlebnisberichte sammelten und Diskussionen mit alten Arbeitern und Teilnehmern der Revolutionskämpfe veranstalteten, Pläne und Entwürfe ausarbeiteten sowie Darstellungen zur Geschichte einzelner Betriebe erarbeiteten und redigierten.

Die gesamte Arbeit an der Geschichte der Industriebetriebe wurde unter der Leitung der Organe der KPdSU entwickelt und von der Hauptredaktion der Betriebsgeschichte geleitet. Diese Hauptredaktion veröffentlichte eine spezielle Serie von Sammelbänden, „Geschichte der Betriebe“, die den Autorenkollektiven und Arbeitern an der Betriebsgeschichte methodische und organisatorische Hilfe leisteten.

Den Redaktionskollektiven, die die Geschichte ihres Betriebes schrieben, halfen im sozialistischen Einsatz Wissenschaftler, Historiker, Ökonomen, Archivare und Schriftsteller, die die betreffenden Betriebe aufsuchten. Einen besonderen Beitrag zur Entstehung dieser Bewegung leistete die sowjetische Geschichtswissenschaft. Dem Institut für Geschichte an der Kommunistischen Akademie wurde im Jahre 1930 eine eigene Sektion zum Studium der Geschichte des Proletariats unter der Leitung von A. M. Pankratowa angegliedert; diese Sektion widmete ihre ständige Aufmerksamkeit auch der Geschichte der Industriebetriebe. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter dieser Sektion und der Kommission für Geschichte der Industriebetriebe beim Ökonomischen Institut der Kommunistischen Akademie unterstützten aktiv die Autorenkollektive durch Konsultationen, in Seminaren oder durch Bearbeitung konkreter Themen aus der Geschichte einzelner Betriebe.

An der Betriebsgeschichtsschreibung waren weitere staatliche und öffentliche Institutionen und Organisationen beteiligt, wie zum Beispiel die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Hochschulen, Archive, Bibliotheken, Museen, Schriftstellerorganisationen und so weiter. Das Historische Zentralarchiv und die regionalen Archive fertigten Verzeichnisse der archivalischen Fonds an, die sich auf die Betriebsgeschichte bezogen, sie organisierten Konsultationen der Archivare mit den Mitgliedern der Autorenkollektive, veranstalteten Ausstellungen von Archivalien und so weiter.

Die Bibliotheken in Moskau und Leningrad sowie die regionalen Bibliotheken arbeiteten spezielle Literaturverzeichnisse aus, die sich ebenfalls auf die Geschichte der Industriebetriebe bezogen. An dieser Bewegung beteiligten sich auch eine Reihe von Schriftstellern, indem sie den Autorenkollektiven bei den Redaktionsarbeiten halfen oder aber selbst die Themen der Betriebsgeschichte literarisch verarbeiteten.

Durch die kollektive Zusammenarbeit der Arbeiter und Techniker mit den Wissenschaftlern und Schriftstellern entstanden in den dreißiger Jahren mehrere beachtliche Bücher über die Geschichte der Industriebetriebe in der Sowjetunion, die einen wertvollen Beitrag zur Erarbeitung der Geschichte der Industrie, der Revolutionskämpfe der Arbeiter sowie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bildeten.

In den letzten Jahren nahm die Bewegung zur Erarbeitung geschichtlicher Werke über die Industriebetriebe wiederum einen Aufschwung und zwar in Leningrad, Moskau, Charkow, Dnepropetrowsk, Swerdlowsk, Gorki, Kalinin und in anderen Gebieten der Sowjetunion. Kollektive von Arbeitern und Technikern, Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolfunktionären und Redakteuren der Betriebszeitungen sammeln wiederum mit Hilfe von Historikern, Archivaren und Schriftstellern dokumentarisches Geschichtsmaterial und Erinnerungen und schreiben die Geschichte ihrer Betriebe, wobei sie die reichen Erfahrungen dieser Bewegung aus den dreißiger Jahren nutzen.

Die Arbeit an der Geschichte der Betriebe in der UdSSR entwickelt sich unter der Leitung der Organe der KPdSU und wird von den Kommissionen für Betriebsgeschichte in den einzelnen Gebieten geleitet. Im Leningrader Gebiet redigiert diese Arbeit die Städtische Redaktion der Betriebsgeschichte, die durch Beschluß des Stadtkomitees der KPdSU in Leningrad im August 1957 gegründet wurde. Im Moskauer Gebiet nimmt sich der politischen, wissenschaftlichen und schöpferischen Leitung der Arbeit die Städtische Kommission für Betriebsgeschichte an, die durch Beschluß des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU im Sommer 1958 gegründet wurde. Ähnliche Kommissionen für Betriebsgeschichte wurden in Charkow und anderen Gebieten der Sowjetunion ins Leben gerufen.

Der Schwerpunkt für diese Arbeit an der Betriebsgeschichte liegt im Betrieb selbst, wo Angestellte der wissenschaftlichen Institute, Archivare, Bibliothekare und Schriftsteller den Autorenkollektiven aus den Reihen der Arbeiter, Techniker, Archivare, Funktionäre der Betriebsorganisationen der KPdSU, Gewerkschafter und Komsomolzen den Betriebszeitungen und literarischen Zirkeln aktive Hilfe leisten. Ein charakteristischer Zug dieser Bewegung in der UdSSR ist die Massenbeteiligung der Werktätigen an der Abfassung der Geschichte des eigenen Betriebes. In einigen Betrieben wirken an dieser Arbeit eine große Anzahl Arbeiter und Techniker mit, die den Plan und die einzelnen Kapitel beurteilen, die in den Betriebszeitungen abgedruckt werden. Andere Arbeiter wiederum tragen durch ihre Erlebnisberichte zu dieser Arbeit bei, und einige talentierte und erfahrene Arbeiter beteiligen sich direkt an der Erforschung der Geschichte des eigenen Betriebes durch Bearbeitung bestimmter Themen.

Ein weiterer Grundzug dieser Bewegung, die Geschichte der Betriebe zu schreiben, ist in der UdSSR die allseitige Hilfe durch Wissenschaftler, Archivare, Redakteure der Verlagsanstalten, Schriftsteller und andere. Die Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute (zum Beispiel des Historischen Institutes an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau, des Moskauer Historisch-archivarischen Institutes und so weiter) und der Hochschulen arbeiten direkt mit den Autorenkollektiven in den Betrieben. Die Hochschulen empfehlen ihren Studenten, Diplomarbeiten über dieses Thema anzufertigen. Die Mitarbeiter des Zentralen Staatlichen Archivs der Oktoberrevolution und des Sozialistischen Aufbaues der UdSSR, des Zen-

tralen Staatlichen Historischen Archivs in Moskau und Leningrad, des Staatlichen Archivs der UdSSR in Moskau und des Staatlichen Archivs des Moskauer Kreises arbeiteten ausführliche Zusammenstellungen von Archivbeständen aus, die die Geschichte der Industriebetriebe in der UdSSR betreffen. Unter anderem stellten die W. I. Lenin-Bibliothek in Moskau und die Staatliche Öffentliche Bibliothek M. E. Saltykow-Stschedrin in Leningrad Bibliographien der Arbeiten und Studien zur Geschichte einzelner Industriebetriebe und zur Geschichte der Arbeiterklasse der Sowjetunion zusammen. Auch die Mitarbeiter der Städtischen Redaktion der Betriebsgeschichte in Leningrad und Schriftsteller helfen den Autorenkollektiven der Industriebetriebe wirksam bei der Ausarbeitung und Redigierung ihrer Manuskripte. Dank dieser fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Betriebsarbeitern, Mitarbeitern wissenschaftlicher Institute und Institutionen und Schriftstellern wurden bereits eine Reihe von Publikationen über die Geschichte der Betriebe in der UdSSR herausgegeben, oder sie sind in Vorbereitung.

Die Bewegung der Betriebsgeschichtsschreibung in der UdSSR – sowohl die der dreißiger Jahre als auch die der heutigen Zeit – rief bei den Autorenkollektiven ein lebhaftes Interesse hervor und regte sie zur Beschäftigung mit schöpferischen und methodischen Fragen an. Eine ausgezeichnete methodologische Hilfe gewähren den Autorenkollektiven der Betriebsgeschichte auch die neu herausgegebenen Sammlungen, die Material über diese Bewegung in der UdSSR veröffentlichen, zum Beispiel der Sammelband „Schreiben wir die Geschichte der Leningrader Betriebe“¹, der von Leningrader Aktivisten dieser Bewegung unter der Redaktion von M. D. Rozanow im Dezember 1958 in Leningrad herausgegeben wurde, und der Sammelband „A. M. Gorki und die Schaffung einer Geschichte der Fabriken und Werke“², zusammengestellt von L. M. Zak und S. S. Zimina, erschienen im Dezember 1959 in Moskau.

Auch das Material der wissenschaftlichen Tagung über die Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse, die von der Leningrader Staatlichen A. A. Shdanow-Universität und dem Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in der Zeit vom 22. bis 25. Dezember 1959 in Leningrad durchgeführt wurde, vor allem das Referat von B. I. Schabalin „Wissenschaftliche Probleme beim Studium der Geschichte der Betriebe der Sowjetunion (Geschichte der Fabriken und Werke)“³, das auf dieser Konferenz

¹ Создадим историю заводов Ленинграда (Schreiben wir die Geschichte der Leningrader Betriebe). Unter der Redaktion von Rozanow, M. D., Leningrad 1958.

² А. М. Горький и создание истории фабрик и заводов. Сборник документов и материалов в помощь работающим над историей фабрик и заводов СССР. (А. М. Gorki und die Schaffung der Geschichte der Fabriken und Werke. Sammlung von Dokumenten und Materialien als Hilfsmittel zur Bearbeitung der Geschichte der Fabriken und Werke der UdSSR.) Zusammengestellt von Zak, L. M., und Zimina, S. S., Moskau 1959.

³ Шабалин, Б. И., Научные проблемы изучения истории советского предприятия [История фабрик и заводов] (Wissenschaftliche Probleme beim Studium

gehalten wurde, gaben den Autoren der Betriebsgeschichte wichtige methodische Hilfe. Das Studium all dieser schöpferischen und organisatorischen Erfahrungen der Pioniere auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung in der UdSSR vermittelte viele wertvolle Hinweise und Lehren für die Entwicklung der Bewegung zur Erarbeitung der Geschichte der Industriebetriebe in der Tschechoslowakei.

Nach dem historischen Sieg des tschechoslowakischen werktätigen Volkes im Februar 1948, an dessen Spitze die von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geführte Arbeiterklasse stand, entstanden auch in der Tschechoslowakei allmählich günstige Voraussetzungen für die wissenschaftliche Erarbeitung der Geschichte der Industriebetriebe. Damals bildeten sich an den Hochschulen nach und nach Zentren für die Erziehung marxistischer Historiker und Archivare, von denen sich eine ganze Reihe mit der Geschichte der Industriebetriebe befaßte. Eine der ersten Forschungsstellen, die sich mit der Entwicklungsgeschichte der Industriebetriebe beschäftigte, befand sich an der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag, wo das Beispiel der sowjetischen Erforschung der Betriebsgeschichte beherzigt wurde und eine Reihe von Seminar- und Dissertationsarbeiten über die Geschichte der Industriebetriebe zustande kamen.

In den späteren Jahren entstanden dann neue wissenschaftliche Arbeitsstätten, die zu bedeutenden ideologischen und organisatorischen Zentren der marxistischen Geschichtsforschung wurden: das Institut für Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Jahre 1950 und das Historische Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1952. Diese wissenschaftlichen Institute hatten großen Anteil an der Entwicklung der Forschungen auf dem Gebiete der neuzeitlichen tschechoslowakischen Geschichte, der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte der Industriebetriebe. Zur Entwicklung der Arbeit an der Geschichte der Industriebetriebe hat auch das Kabinett für Gewerkschaftsgeschichte beim Zentralrat der Gewerkschaften bedeutsam beigetragen.

Außerordentlich wichtig für die Ausbildung der Autoren der Geschichte der Industriebetriebe, die aus den Reihen der Werktätigen der betreffenden Betriebe hervorgingen, war die marxistisch-leninistische Schulung Zehntausender Arbeiter in den Parteischulen, besonders auf der Parteihochschule beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, auf der Zentralschule des Zentralrates der Gewerkschaften und in den verschiedenen Beratungsstellen des Marxismus-Leninismus.

Grundlegende Bedeutung für die Erarbeitung der Geschichte der Betriebe hatte auch die Tatsache, daß hierzu unentbehrliche Quellen aus den Betriebsarchiven zugänglich wurden. Dies geschah erst nach der Nationalisierung der Industrie-

der Geschichte der Betriebe der Sowjetunion [Geschichte der Fabriken und Werke]. In: Wissenschaftliche Tagung über die Geschichte der Arbeiterklasse der Sowjetunion (22.—25. Dezember 1959). Vortrags тезисы, Leningrad 1959, S. 28—32.

betriebe, Bergwerke und Banken im Jahre 1945 und nach dem Februar 1948. Große Verdienste um die Popularisierung der Bedeutung der Geschichte der Industriebetriebe und um die Sicherstellung und Archivierung des wertvollen dokumentarischen Materials in den einzelnen Archiven der Betriebe in der Zeit vor Inkrafttreten des Gesetzes über das Archivwesen erwarb sich das ehemalige Archiv für die Geschichte der Industrie, des Handels und der Technik in der Tschechoslowakei, die spätere Studien- und Dokumentationsabteilung des Technischen Nationalmuseums. Erst das Gesetz über das Archivwesen vom Jahre 1954 und die Verordnung des Innenministeriums über die Archive der Betriebe vom Jahre 1956 schufen die Bedingungen für eine systematische Führung und Organisation des einheitlichen, staatlichen Archivfonds einschließlich der Betriebsarchive und seine Auswertung für die Betriebsgeschichte.

Für die Bearbeitung der Betriebsgeschichte zeigten die Arbeiter der einzelnen Industriebetriebe lebhaftes Interesse. Dieses Interesse für die Entwicklung des eigenen Betriebes und für die Geschichte der Arbeiterklasse in der Vergangenheit wurde durch das Bestreben hervorgerufen, die Arbeiter – vor allem die jungen Arbeiter – mit der Betriebsentwicklung, mit der Lage und dem Kampf der Arbeiterschaft zur Zeit des kapitalistischen Unternehmens, mit den ungeliebten Veränderungen in der Lage der Arbeiterschaft in den nationalisierten Betrieben der volksdemokratischen Tschechoslowakei vertraut zu machen und ihnen die besten Arbeits- und Revolutionstraditionen der Arbeiterschaft sowie die großen Erfolge der Betriebe während des sozialistischen Aufbaus in der Tschechoslowakei vor Augen zu führen. In vielen Industriebetrieben befaßten sich auf Initiative der Werktätigen die Betriebsarchivare, die technisch-ökonomischen Angestellten, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, ältere Arbeiter sowie Redakteure der Betriebszeitungen und andere mit dem Studium und der Ausarbeitung der Entwicklungsgeschichte des Werkes in der Vergangenheit. In einer Reihe von Betrieben wurden Diskussionen, Vorträge und Ausstellungen über die Betriebsgeschichte veranstaltet.

In einigen Betrieben erarbeiteten ganze Kollektive von Arbeitern, Technikern, Archivaren und anderen Angestellten die Geschichte des eigenen Betriebes, die sie dann anläßlich bedeutender Jahrestage des Betriebes veröffentlichten. So erschien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1956 bis 1960 eine ganze Reihe von betriebsgeschichtlichen Publikationen aus den verschiedenen Industriezweigen. Außer einigen hervorragenden Publikationen erreichten jedoch eine Reihe dieser Arbeiten nicht das erforderliche fachliche und ideologisch-politische Niveau. Die Mitarbeiter dieser Autorenkollektive stießen bei der Bearbeitung der Geschichte ihrer Betriebe gewöhnlich auf große Schwierigkeiten, die unter anderem auch dadurch verursacht wurden, daß die Autorenkollektive größtenteils ohne fachliche und methodische Hilfe durch Absolventen der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute – wie Historiker, Ökonomen, Archivare und andere – arbeiteten.

Um den Autoren eine fachlich-methodische Hilfe und eine Koordinierung der gesamten Arbeit zu sichern, wurde im Januar 1959 eine vorbereitende Kom-

mission für Betriebsgeschichte beim Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften gebildet, die aus Vertretern des Instituts für Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, des Historischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften sowie des Kabinetts für Gewerkschaftsgeschichte beim Zentralrat der Gewerkschaften, der Archivverwaltung beim Innenministerium, der Hochschulen und der bestehenden Betriebsarchive zusammengesetzt war. Hauptaufgabe dieser vorbereitenden Kommission für Betriebsgeschichte beim Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften waren die Ausarbeitung der Grundsätze für die Erarbeitung und Popularisierung der Betriebsgeschichte und die Durchführung der vorbereitenden Arbeiten zur Bildung einer gesamtstaatlichen Kommission für Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei. Bei Aufstellung der Grundsätze für die Ausarbeitung und Popularisierung der Betriebsgeschichte nützte die Kommission in höchstem Maße die Methoden und organisatorischen Erfahrungen der Betriebsgeschichtsforschung der UdSSR aus. Im Rahmen dieser vorbereitenden Arbeiten veranstalteten die Kommission für Betriebsgeschichte beim Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, das Institut für Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und das Kabinett für Gewerkschaftsgeschichte beim Zentralrat der Gewerkschaften im Januar 1960 eine Diskussion über einige betriebsgeschichtliche Publikationen, die Veranlassung zur Klärung methodischer und organisatorischer Fragen bei der Bearbeitung von Betriebsgeschichten gaben.

Am 22. Juni 1960 befaßte sich das Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei mit dem Problem der Erarbeitung der Betriebsgeschichte und beschloß, eine gesamtstaatliche Kommission für Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei zu schaffen. Gleichzeitig wurden die grundsätzlichen Richtlinien für deren Tätigkeit festgelegt. Mit Rücksicht darauf, daß die Betriebsgeschichte ein Bestandteil der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ist, leiten Organe der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei durch Vermittlung des Instituts für Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Gruppen der Mitarbeiter dieses Instituts für Regionalgeschichte aus den einzelnen Kreisen und Bezirken in engster Zusammenarbeit mit den Organen der Gewerkschaftsbewegung und mit dem Kabinett für Gewerkschaftsgeschichte beim Zentralrat der Gewerkschaften unmittelbar die Bearbeitung der Geschichte der Industriebetriebe. Der Kommission gehören außerdem Mitglieder der Historischen Institute der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag und in Bratislava, des Schlesischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, der Hochschulen, der Archivverwaltung beim Innenministerium, des Verbandes der tschechoslowakischen Schriftsteller und der Redaktionen von Zeitschriften an.

Die neu gegründete Kommission für Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei soll folgende Schwerpunktaufgaben erfüllen: 1. den Autorenkollektiven bei der Ausarbeitung der geschichtlichen Entwicklung achtzehn ausgewählter Betriebe mit bedeutenden Produktions- und Revolutionstraditionen jede Hilfe gewähren und nach Möglichkeit auch anderen Betrieben helfen (Konsultationen ermöglichen, methodische Hilfe leisten, qualifizierte Historiker, Ökonomen, Schriftsteller, Redakteure und andere für die Mitarbeit gewinnen, einen Erfahrungsaustausch und schließlich Schulungen, Seminare und Konferenzen für die Mitglieder dieser Autorenkollektive organisieren); 2. methodische Grundsätze für die Erarbeitung der Betriebsgeschichte und für die Führung von Betriebschroniken ausarbeiten; 3. eine Übersicht über den Stand der Arbeiten führen und die Tätigkeit auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte koordinieren, die Ausarbeitung einer Bibliographie der Publikationen zur Betriebsgeschichte sichern; 4. Manuskripte bewerten und den Verlagen zur Herausgabe empfehlen und erschienene Artikel über Betriebsgeschichte rezensieren; 5. auf eine sorgfältigere und ordentliche Führung von Betriebsarchiven hinarbeiten, die Tätigkeit der Archivverwaltung beim Innenministerium auf diesem Gebiet unterstützen und die Ausarbeitung von Verzeichnissen der Archivbestände und Schriften, die die Geschichte der Werke betreffen, sichern; 6. die Bedeutung und die Erfolge der Arbeiten an der Geschichte der Betriebe, besonders in den Zeitungen, popularisieren.

Mit Rücksicht darauf, daß die einzelnen Betriebe verschiedene Bedingungen und Möglichkeiten für die Erarbeitung ihrer eigenen Geschichte haben, wird die Kommission verschiedene Arten der Literatur über die Geschichte der Betriebe unterstützen. Die betriebsgeschichtliche Literatur kann man hauptsächlich in folgende Gruppen einteilen:

- a) wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Arbeiten über die Geschichte des Betriebes von seiner Gründung bis in die heutige Zeit (oder Teilstudien einzelner Zeitabschnitte oder Probleme der Entwicklung des Betriebes) mit einer gründlichen Analyse der Lage der Arbeiter, der Arbeiterbewegung und der ökonomisch-produktionstechnischen Problematik. Die wissenschaftlichen Arbeiten, welche die Entwicklung des Werkes in die gesamte gesellschaftliche Entwicklung des gegebenen Gebietes oder Landes eingliedern, tragen zur Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnis von der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung in unseren Ländern zur Zeit des Kapitalismus und des sozialistischen Aufbaus bei. Die populärwissenschaftlichen Arbeiten verarbeiten die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in solcher Form, daß sie durch ihre lebendige und interessante Darstellung weiten Kreisen des werktätigen Volkes zugänglich werden und ihre politisch-erzieherische Aufgabe erfüllen. Diese populärwissenschaftlichen Arbeiten gehören zu der verbreitetsten Literaturform der Betriebsgeschichte.
- b) Sammlungen von Dokumenten und Artikeln zur Geschichte des Werkes und der Arbeiterbewegung, Erlebnisberichte von Arbeitern und Teilnehmern an der revolutionären Bewegung und so weiter;

- c) künstlerische Werke über die Geschichte der Betriebe (Romane, Erzählungen und Skizzen) aus der Feder von Schriftstellern, Mitgliedern der literarischen Zirkel der Betriebe und Redaktionen der Betriebszeitungen und ähnliches.
- d) Betriebschroniken, die die gegenwärtige wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Entwicklung der Betriebe in der Zeit des sozialistischen Aufbaus dokumentieren.

Genauso verschieden wie die Formen der Bearbeitung der Geschichte der Betriebe sind auch die Formen ihrer Popularisierung. Außer den populärwissenschaftlichen Arbeiten und den popularisierenden Artikeln wird die Kommission für Betriebsgeschichte in der ČSSR öffentliche Vorträge sowie Aussprachen mit älteren Parteifunktionären und Funktionären der Gewerkschaften, mit Arbeitern und anderen veranstalten. Eine nicht unwesentliche Hilfe bei der Erforschung der vergangenen und derzeitigen Entwicklung der Betriebe sind Ausstellungen oder ständige Betriebsmuseen, die die Rolle der Arbeiter bei der Entwicklung des Betriebes, ihre Teilnahme an der revolutionären Bewegung und so weiter festhalten.

In der Arbeit an der Geschichte der Industriebetriebe in der Tschechoslowakei ist die am 22. Juni 1960 erfolgte Gründung einer gesamtstaatlichen Kommission für Betriebsgeschichte in der ČSSR ein Grenzstein zwischen der vorbereitenden Periode, in der Arbeiten über die Geschichte der Betriebe größtenteils spontan, ohne irgendwelche Koordinierung, erschienen, und der neuen Periode der systematischen, ideologischen und organisatorischen Leitung der Arbeit auf diesem Gebiete.

Die Literatur über die Geschichte der Industriebetriebe in der Tschechoslowakei, die in der ersten, vorbereitenden Periode vor der Gründung der Kommission für Betriebsgeschichte in der ČSSR erschienen ist, umfaßt bereits eine ganze Reihe von Publikationen, unter denen sowohl wissenschaftliche als auch populärwissenschaftliche Arbeiten vertreten sind, und Sammlungen von Artikeln zu diesem Thema, die zum größten Teil aus Anlaß von Betriebsjubiläen herausgegeben wurden. In der folgenden, nach einzelnen Industriezweigen gegliederten Übersicht der bedeutendsten Publikationen zur Betriebsgeschichte bis Ende 1960 geben wir eine Charakteristik dieser Arbeiten unter Bezugnahme auf einige methodische Fragen ihrer Bearbeitung.

Die meisten der in dieser Literatur vertretenen Publikationen behandeln die Geschichte der Schwer-, besonders der *Maschinenbauindustrie*. Eine der ersten betriebsgeschichtlichen Publikationen ist die Arbeit Jiří Vančuras, „Aus der Geschichte der Janeček-Waffenwerke. Fortschrittliche Tradition der Werke „9. Mai““⁴, die im Jahre 1956 erschien. Diese Arbeit befaßt sich mit der Geschichte der Janeček-Waffenwerke, der heutigen Werke „9. Mai“ in Prag, die zur Zeit der kapitalistischen Tschechoslowakei nicht nur Waffenfabrik waren, sondern

⁴ Vančura, J., Z dějin Janečkovy zbrojovky. Pokrokové tradice Závodu 9. května (Aus der Geschichte der Janeček-Waffenwerke. Fortschrittliche Tradition der Werke „9. Mai“). Praha 1956.

bereits in den dreißiger Jahren durch die Produktion von Motorrädern der Marke „Jawa“ berühmt wurden. Das Buch entstand durch die Erweiterung der ursprünglichen Diplomarbeit des Autors an der Prager Philosophisch-Historischen Fakultät. In der Einleitung der Arbeit führt der Autor ausdrücklich an, daß er sich bei der Bearbeitung der Geschichte der Janeček-Werke an die Erfahrungen und die Zielsetzungen der sowjetischen Aktion „Geschichte der Betriebe“ gehalten habe. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Darstellung der fortschrittlichen Traditionen der Arbeiterbewegung in den ehemaligen Janeček-Werken, eingebettet in den allgemeinen Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung in Prag und der Tschechoslowakei. In den Vordergrund des Interesses stellt der Autor den großen achtwöchigen Streik der Arbeiterschaft im Jahre 1935, dem er mehr als die Hälfte des Textes der ganzen Arbeit gewidmet hat. Die Problematik der wirtschaftlich-sozialen und produktionstechnischen Entwicklung des Betriebes ist in der Arbeit nicht systematisch für die einzelnen Epochen der Entwicklung behandelt, sondern nur in dem Maße, wie dies zur Untersuchung der Geschichte der Arbeiterbewegung in diesem Betrieb notwendig war. Daher werden zum Beispiel die Periode der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und die Jahre der nazistischen Okkupation in der Publikation nur in Grundrissen geschildert. Auch die Entwicklung des Betriebes nach der Nationalisierung im Jahre 1945 bildet nur einen mehrseitigen Abschluß der ganzen Veröffentlichung. Der Autor brandmarkt in seiner Arbeit überzeugend die unerträglichen Arbeitsverhältnisse im früheren kapitalistischen Unternehmen, die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter durch den Fabrikanten F. Janeček, Entlassung der Arbeiter und Lohnherabsetzung besonders zu Zeiten der wirtschaftlichen Krisen und Depressionen, die zu mehreren Streiks der Arbeiter in den Janeček-Werken führten. Der Autor deckt durch eine konkrete Analyse des Verlaufs und der Formen der Streiks die verräterische Taktik der reformistischen Gewerkschaftsorganisationen auf. Demgegenüber würdigt er die Aufgaben der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Kampf für die Arbeiterinteressen und den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei – die illegal im Werk arbeitete – auf die Arbeiterschaft der Janeček-Werke. Die Publikation über die Geschichte der Janeček-Waffenwerke gehört zu den ersten Versuchen einer neuen Auffassung der Geschichte eines Industriebetriebes in der Tschechoslowakei.

Im Jahre 1957 erschien eine weitere populäre Publikation, „105 Jahre Waggonwerke Tatra-Smíchov (1852–1957)“⁵ (die ehemaligen Ringhoffer-Werke A. G., die Eisenbahnwaggons produziert). Die Schrift ist ein kurzgefaßter Überblick und versucht sowohl die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes als auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung zusammenhängend zu schildern. Trotz des begrenzten Umfangs dieser Arbeit, die sich weitgehend auf Erlebnisberichte älterer Arbeiter stützt, gelang es den Autoren, Material der wichtigsten

⁵ Stopět let vagonky Tatra-Smíchov (1852–1957), (105 Jahre Waggonwerke Tatra-Smíchov). Bearbeitet von einem Redaktionsausschuß, Praha 1957.

Begebenheiten in der Entwicklung dieses Unternehmens zu sammeln und den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Lage der Arbeiter im Kapitalismus und zur Zeit des Aufbaus des Sozialismus zu beweisen.

Im Jahre 1958 erschien die Publikation Bedrich Steiners „Erste Brüner Maschinenfabrik. Geschichte eines Werkes“⁶ (die heutigen Klement-Gottwald-Werke, das älteste Maschinenbauunternehmen, das seit 1814 ununterbrochen produziert). Diese Arbeit zieht bei der Darstellung der Betriebsgeschichte bis zum Ende des ersten Weltkrieges außer den Quellen des Betriebsarchivs auch die Fakten einer älteren deutschen Arbeit heran, die unter dem Titel „Die hundertjährige Geschichte der Ersten Brüner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft“ im Jahre 1921 in Leipzig herausgegeben wurde. Aber besonders der zweite Teil der genannten Publikation – beginnend mit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik –, der größtenteils aus dem Quellenmaterial des Betriebsarchivs schöpft, ist ein weiterführender selbständiger Beitrag zur Geschichte dieser bedeutenden Maschinenfabrik. Im ersten Teil der Arbeit behandeln die Autoren hauptsächlich technische Produktionsfragen des früheren kapitalistischen Unternehmens, die Fusion des Mutterunternehmens mit anderen Werken, woraus der Konzern der Ersten Brüner Maschinenfabrik entstand, den technischen Aufschwung des Unternehmens am Ende des vorigen Jahrhunderts und so weiter. Im zweiten Teil konzentrieren sich die Autoren wiederum auf Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung des Werkes, auf Fragen finanzieller Transaktionen und auf die ausbeuterische Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsrates. Teilweise stellen sie auch die produktionstechnische Entwicklung des Unternehmens dar. So wie im ersten, überwiegt auch in diesem Teil die Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung des kapitalistischen Unternehmens gegenüber der Darstellung der Lage und der Arbeitsbedingungen der Arbeiter, der Formen ihrer Ausbeutung und der Arbeiterbewegung. Die Arbeit über die Geschichte der Ersten Brüner Maschinenfabrik wäre ein noch bedeutenderer Beitrag, wenn die Autoren den Fragen der sozialen Lage, der Arbeitsbedingungen und Kämpfe der Arbeiter mehr Aufmerksamkeit gewidmet hätten, wenn sie versucht hätten, die Geschichte dieses Werkes in einen breiteren Zusammenhang mit der historischen Entwicklung, vor allem der Arbeiterbewegung, zu bringen, und wenn sie die Problematik des Aufschwungs des Betriebes zur Zeit des Aufbaus des Sozialismus in der Tschechoslowakei ausführlicher behandelt hätten.

Anlässlich des 85. Jahrestages der Gründung des Werkes erschien im Jahre 1958 die Publikation „Für ein besseres Morgen. Geschichte der Kämpfe und der Arbeit der ČKD Slaný“⁷, (die ehemalige Aktiengesellschaft der Böhmis-

⁶ Steiner, B. (Mitarbeiter Grünfeld, J., und Novák, B.), První brněnská. Dějiny strojírný (Erste Brüner Maschinenfabrik. Geschichte eines Werkes). Brno 1958.

⁷ Za lepší zítřek. Historie bojů a práce ČKD Slaný (Für ein besseres Morgen. Geschichte der Kämpfe und der Arbeit der ČKD Slaný). Slaný 1958. Das Manuskript wurde von einem Redaktionsausschuß bearbeitet.

Mährischen Kolben-Danek, heute Jan-Šverma-Werke, volkseigener Betrieb in Slaný), die von einem Redaktionsausschuß nach dem Manuskript von Josef Pešek bearbeitet wurde. Die Einleitung der Publikation ist ein kurzgefaßter Abriß der Geschichte der Stadt Slaný, der Entwicklung des Handwerks und der Industrie sowie der Anfänge der Arbeiterbewegung in Slaný vor der Gründung des Unternehmens im Jahre 1872. Die Darstellung der eigenen Geschichte des Betriebes ist nach thematischen Gruppen in einige Kapitel eingeteilt. In einem Kapitel ist die Produktionsentwicklung des Werkes dargelegt, in einem anderen werden die Kämpfe der Arbeiter um bessere Arbeitsbedingungen geschildert, andere Kapitel behandeln die soziale Sicherheit in der Vergangenheit, die Einhaltung der Arbeiterfeiertage, die Tätigkeit der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Direktoren und so weiter. Das in einzelne Kapitel zersplitterte Material gibt keine systematische Darlegung der Geschichte des Betriebes und ist auch nicht so bearbeitet, daß es in einen breiteren Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen und politischen Geschichte unserer Länder gebracht werden kann. Auch wenn man das Bestreben des Redaktionskomitees, eine repräsentative Publikation über die Geschichte seines Betriebes herauszugeben, erkennen kann, so muß doch konstatiert werden, daß die angeführten Mängel ihren Wert herabsetzen.

Anläßlich des hundertjährigen Bestehens eines der größten Betriebe der Maschinenindustrie in der Tschechoslowakei, der heutigen W.-I.-Lenin-Werke in Plzeň, früher Škoda-Werke, erschien die populärwissenschaftliche Schrift von Václav Jiša und Miloslav Nohejl unter dem Titel „Ein hundertjähriger Weg (1859–1959). W.-I.-Lenin-Werke“⁸. In ihrer Arbeit schildern die Autoren, wie aus einem kleinen, unbedeutenden Maschinenbaubetrieb innerhalb eines Jahrhunderts ein mächtiger, weltbekannter Industriekonzern wurde. Bei der Bearbeitung der Geschichte der W.-I.-Lenin-Werke widmeten die Autoren der Entwicklung des Betriebes zur Zeit des sozialistischen Aufbaus in der Tschechoslowakei die gebührende Beachtung, und diese Kapitel umfassen die Hälfte der ganzen Publikation. In der ersten Hälfte der Arbeit, die sich mit der Entwicklung der Škoda-Werke zur Zeit des kapitalistischen Unternehmens befaßt, zeigen die Autoren die sukzessive Konzentration der Produktion und die Zentralisation des Kapitals im Konzern der Škoda-Werke, der in der Vormünchener Zeit eine ganze Reihe von Unternehmen der Maschinen- und Automobilindustrie schluckte. Die Autoren weisen ganz richtig nach, daß das schnelle Wachstum der Škoda-Werke dadurch bedingt war, daß sie schon Ende der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und dann vor allem während des ersten imperialistischen Weltkrieges neben der zivilen Maschinenerzeugung eine ausgedehnte Waffenproduktion ausbauten. So wurde aus den Škoda-Werken ein mächtiger Industriekonzern, der bald nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik von der französischen Finanz-

⁸ Jiša, V., Nohejl, M., *Stoletá cesta (1859–1959). Závody V. I. Lenina (Ein hundertjähriger Weg. W.-I.-Lenin-Werke)*. Plzeň 1959.

gruppe Schneider-Creuzot beherrscht wurde und nach der Okkupation der tschechischen Länder durch Hitlerdeutschland wiederum ein Bestandteil des Konzerns Reichswerke Hermann Göring wurde. Die Autoren widmen in diesem Teil der Arbeit ihre Hauptaufmerksamkeit dem Aufbau und der technischen Entwicklung der Škoda-Werke, der Erweiterung des Produktionsprogramms sowie der Expansion auf ausländischen Märkten und in geringerem Maße dann auch Fragen der Lage der Arbeiter, ihrer Arbeitsbedingungen und der Arbeiterbewegung. Obwohl die Autoren auf die bedeutende Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse in diesem Konzern hinweisen, haben sie doch das veräterische Auftreten der führenden reformistischen sozialdemokratischen Funktionäre im Unternehmen und in dem gesamten Pilsener Gebiet ungenügend dargestellt. Die zweite Hälfte der Arbeit über die Entwicklung der W.-I.-Lenin-Werke zeigt die Bedeutung des Werkes nach seiner Nationalisierung im Jahre 1945 bis zum Jahre 1949 für die sozialistische Industrialisierung der Tschechoslowakei und für die Ausfuhr wichtiger Maschinenprodukte und ganzer Investitionseinrichtungen ins Ausland. Durch die Würdigung der Teilnahme der Arbeiter an der Erfüllung der Aufbaufaufgaben des Zweijahrplanes und des ersten Fünfjahrplanes, ihrer Teilnahme an der Produktionsleitung, an der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbes, an der Rationalisatorenbewegung und an der Einführung der neuen Technik sowie ihrer politischen Aktivität in den W.-I.-Lenin-Werken lassen die Autoren erkennen, welche grundsätzlichen Änderungen in der Lage der Arbeiter der W.-I.-Lenin-Werke in der Zeit der volksdemokratischen Tschechoslowakei eingetreten sind. Die Publikation V. Jířas und M. Nohejšs über die Geschichte der W.-I.-Lenin-Werke ist ein Beitrag zur Geschichte der Industriebetriebe mit berühmter Produktions- und Arbeitertradition in der Tschechoslowakei. Bei einer neuen Bearbeitung der Geschichte der W.-I.-Lenin-Werke wird man jedoch darauf achten müssen, daß der sozialen Lage, den Arbeitsbedingungen und der Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Zeit des Unternehmens und der Demaskierung der veräterischen Tätigkeit der führenden reformistischen sozialdemokratischen Funktionäre größere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Im Jahre 1959 erschien die Kollektivarbeit „Neunzig Jahre Arbeit der Metallarbeiter von Hradec Králové (1869–1959)“.⁹ Sie beschäftigt sich mit der Geschichte der Ersten tschechischen Aktien-Maschinenfabrik in Hradec Králové (später ein Konzernbetrieb der Škoda-Werke, heute „Werke ‚Siegreicher Februar‘“). Aus dieser Fabrik ist ein mächtiger Maschinenbaubetrieb geworden, der komplette Einrichtungen für Zucker- und Spiritusfabriken, Bierbrauereien, Einrichtungen für die chemische Industrie, Gaswerke, Kesselaggregate und andere in der ganzen Welt bekannte Maschinenerzeugnisse herstellt. Im ersten Teil werden die Entwicklung des Unternehmens, beginnend

⁹ Devadesát let práce hradeckých kováků (1869–1959) (Neunzig Jahre Arbeit der Metallarbeiter von Hradec Králové). Geschrieben von Rosůlek, J., und einem Kollektiv. Hradec Králové 1959.

mit seiner Gründung, seine organisatorischen Verbindungen und seine Fusion mit anderen Maschinenbauunternehmen, sein Aufbau und sein Produktionsprogramm sowie die Lage der Arbeiter und ihr Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Zeit geschildert. Der zweite, weitaus umfangreichere Teil der Publikation befaßt sich ausschließlich mit der technischen Problematik der Entwicklung der oben angeführten Produktionszweige des Betriebes. Er enthält Übersichten über bedeutende komplette Einrichtungen und Maschinenerzeugnisse für die Tschechoslowakei und das Ausland, die von den großen Erfolgen dieses Betriebes bei der Entwicklung von Maschinen für die Chemie- und Nahrungsmittelindustrie sowohl in der Tschechoslowakei als auch in vielen anderen Staaten Zeugnis ablegen. Der dritte Teil der Publikation gilt der Aufbauarbeit, den sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Betriebsangehörigen nach der Nationalisierung des Betriebes. Ein gewisser Mangel dieser Publikation besteht darin, daß sich die Autoren zu stark auf die technische Problematik konzentrieren. Trotzdem nimmt diese Arbeit über die Produktions- und Kampftradition der Metallarbeiter von Hradec Králové einen würdigen Platz unter den Jubiläumspublikationen zur Geschichte der Betriebe ein.

Ebenfalls im Jahre 1959 erschien die populäre Schrift „40 Jahre Georgi-Dimitroff-Werke, Letňany“¹⁰, die der Geschichte der ehemaligen Flugzeugwerke Avia AG gewidmet ist. Dieser Betrieb gehörte ebenfalls seit Ende der zwanziger Jahre zum Konzern der Škoda-Werke. Obwohl die Publikation nur einen kurzen Überblick über die wichtigsten Ereignisse in der Entwicklung des Betriebes gibt, behandelt sie dennoch neben dem Aufbau des Werkes und dem Produktionsprogramm der einzelnen Flugzeugtypen auch die Arbeitsbedingungen und die von der Kommunistischen Partei geleiteten Kämpfe der Arbeiter um die Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Forderungen in der kapitalistischen Zeit des Unternehmens. Der zweite Teil der Publikation schildert die Entwicklung des Betriebes nach dem Jahre 1945 und berichtet von den Erfolgen, welche die Arbeiter sowohl in der Produktion als auch bei der Entwicklung des politischen und kulturellen Lebens erzielt haben.

Zur Geschichte der Maschinenbauindustrie erschien außer den schon angeführten Abhandlungen auch eine Reihe von Sammelbänden. Einer der ersten war der „Sammelband zum 125. Jahrestag der Gründung der ČKD Dukla“¹¹ in Praha, dem ehemaligen Konzern der Böhmischo-mährischen Kolben-Daněk in Karlín. Dieses Buch enthält eine große Anzahl kleinerer Beiträge von Angehörigen des Betriebes. In einem Abschnitt versuchen die Autoren, eine kurze

¹⁰ 40 let Závodu Jiřího Dimitrova, Letňany (1919–1959) (40 Jahre Georgi-Dimitroff-Werke, Letňany). Bearbeitet von Kejval, V., und einem Redaktionsausschuß. Praha 1959.

¹¹ Sborník k 125. výročí založení závodu ČKD Dukla (1832–1957). (Sammelband zum 125. Jahrestag der Gründung der ČKD Dukla). Zusammengestellt von Klánský, J., und einem Autorenkollektiv. Praha 1957.

Schilderung der Geschichte des Betriebes zu geben, die allerdings die Begebenheiten der Gesamtentwicklung nur bruchstückweise erfaßt. Auch der Abschnitt „Aus der Chronik der Arbeiterbewegung in unserem Werk“, in dem einige Dokumente der Kämpfe der Arbeiterklasse enthalten sind, ist vor allem auf Grund der Erlebnisberichte von Arbeitern zusammengestellt. Der folgende Abschnitt, „Unsere Produktion und unsere Technik“, ist ausschließlich der technischen Seite des Produktionsprogramms gewidmet, und der letzte Teil beschäftigt sich mit der gewerkschaftlichen Arbeit und der kulturellen Betätigung der Arbeiter in den Jahren des sozialistischen Aufbaus. Auch wenn dieser Sammelband ČKD Dukla keine zusammenhängende Darstellung der Geschichte des Betriebes gibt, bietet er doch eine große Menge dokumentarischen Materials, das für die Erarbeitung einer eingehenderen und umfassenderen Geschichte wertvoll sein wird.

Im Jahre 1958 erschien der Sammelband „40 Jahre Jan-Šverma-Werke in Brno (1918–1958)“¹² (ehemals Tschechoslowakische Waffenfabrik AG). Die erste Hälfte des Bandes stellt die Entwicklung dieses wichtigen staatlichen Waffen- und Maschinenbauunternehmens dar, welches im Jahre 1918 aus den ehemaligen österreichisch-ungarischen Kanonenwerkstätten in Brünn entstand. Die Aufzeichnung der Geschichte der Jan-Šverma-Werke bis zum Jahre 1945 beschränkt sich fast ausschließlich auf eine eingehende Beschreibung des Produktionsprogramms und der technischen und organisatorischen Entwicklung des Werkes in der kapitalistischen Zeit der Tschechoslowakei. Es ist ein Mangel dieses Sammelbandes, daß die Autoren und der Redaktionsausschuß den Arbeitsverhältnissen nicht die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet haben und daß sie einige spezifische Grundzüge in der Lage der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Epoche des Unternehmens nicht genügend behandelt haben. Die zweite Hälfte des Sammelbandes besteht aus einer Reihe kleinerer Beiträge und Erlebnisberichte aus dem Kreise der Arbeiter und Techniker zu einzelnen Fragen der Entwicklung des Werkes nach 1945. Im Unterschied zu der Behandlung der kapitalistischen Entwicklungsepoche wird in diesem Teil eine genaue Analyse der Arbeits- und Lebensweise der Arbeiter in den Jan-Šverma-Werken, ihrer Aufbauarbeit, ihrer politischen, organisatorischen und kulturellen Tätigkeit gegeben. Dieser Jubiläumsband zum 40jährigen Bestehen der Jan-Šverma-Werke kann als vorbereitendes Werk für eine gründlichere Geschichte des Betriebes gewertet werden.

Ein weiterer Sammelband „100 Jahre gute Arbeit und Qualität (1858–1958). Hundertster Jahrestag der Gründung der ersten Hořovicer Eisenwerke“¹³

¹² 40 let Závodu J. Švermy v Brně (1918–1958) (40 Jahre Jan-Šverma-Werke in Brno). Zusammengestellt von Jiráňková, A., und Čermák, S., und einem Redaktionsausschuß. Brno 1958.

¹³ 100 let dobré práce a kvality (1858–1958). Sté výročí založení prvního železářského závodu v Hořovicích (100 Jahre gute Arbeit und Qualität. Hundertster Jahrestag der Gründung der ersten Hořovicer Eisenwerke). Geschrieben von Čepelák, V., Durmanová, M., Plecítá, E., und einem Kollektiv. Hořovice 1958.

wurde von den Tschechoslowakischen Nafta-Motorenwerken, VEB in Hořovice, herausgegeben. Er umfaßt drei Beiträge und einige Erlebnisberichte von Betriebsangehörigen. Die erste Studie von V. Čepelák ist ein ganz kurzer Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Hořovicer Eisenwerke, die zweite Studie von M. Durmanová/E. Plecítá ist der Arbeiterbewegung in Hořovice bis zum Ende der Vormünchener Tschechoslowakischen Republik und der abschließende Beitrag von A. Kunc der Entwicklung der Tschechoslowakischen Nafta-Motorenwerke in den Jahren 1951 bis 1958 gewidmet. Die angeführten Studien und Erlebnisberichte sind als mangelhaftes Material über die Entwicklung der Eisenindustrie und der Arbeiterbewegung in dem Hořovicer Gebiet anzusehen. Aus diesem Grunde ist dieser Sammelband nur der Anfang eines Beitrages zur Geschichte der Hořovicer Guß-, Email- und Maschinenbauwerke, die die Vorläufer der heutigen volkseigenen Tschechoslowakischen Nafta-Motorenwerke in Hořovice waren.

Zum Jahrestag der Gründung eines der Maschinenbaubetriebe in der Slowakei erschien der Sammelband „30 Jahre Považer Maschinenbauwerke Klement Gottwald in Povážská Bystrica (1929–1959)“¹⁴ (die ehemaligen tschechoslowakischen Munitions- und Metallwerke AG in Povážská Bystrica in der Slowakei, die später zum Konzern der Tschechoslowakischen Waffenfabrik AG gehörten). Er besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird eine zusammenhängende Darstellung des Aufbaus, des Produktionsprogramms und der technisch-organisatorischen Entwicklung des Betriebes in den verflossenen dreißig Jahren gegeben, den zweiten Teil bildet eine Reihe kleinerer Beiträge über das politische und kulturelle Leben der Arbeiter des Betriebes. Bei der Zusammenstellung des Sammelbandes gingen die Autoren von der richtigen Absicht aus, die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Entwicklung des Betriebes nach der Nationalisierung im Jahre 1945 zu lenken. Aber es ist doch ein großer Mangel dieses Sammelbandes, daß die Verfasser die Darstellung der Entwicklung des Betriebes vor 1945 nur auf eine mehrseitige Einleitung der ganzen Publikation beschränkt haben, wobei die Schilderung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in der kapitalistischen Epoche des Betriebes überhaupt fehlt.

Außer den angeführten Veröffentlichungen wurde noch eine ganze Reihe übersichtlicher populärer Jubiläumsbroschüren über folgende Maschinenbaubetriebe in der Tschechoslowakei herausgegeben: volkseigenes Maschinenwerk Motorpal in Jihlava¹⁵, volkseigener Betrieb zur Produktion lufttechnischer

¹⁴ 30 rokov Povážských strojárni Klementa Gottwalda v Povážskej Bystrici (1929–1959) (30 Jahre Považer Maschinenbauwerke Klement Gottwald in Povážská Bystrica). Zusammengestellt von Doné, K., und Kučera, J., sowie einem Redaktionsausschuß. Povážská Bystrica 1959.

¹⁵ Deset let znárodněného závodu Telč v. n. p. Motorpal-Jihlava (1948–1958). Sto let strojírenské výroby v Telči (1858–1958) (10 Jahre nationalisierter Betrieb Telč im VEB Motorpal-Jihlava. 100 Jahre Maschinenbau in Telč). Jihlava 1958.

Einrichtungen in Milevsko¹⁶, volkseigener Betrieb zur Herstellung von Pumpwerken, SIGMA in Lutín¹⁷, volkseigener Betrieb für Landmaschinen in Prostějov¹⁸, volkseigener Betrieb zur Produktion von Metallbearbeitungsmaschinen TOS in Hronov¹⁹, VEB Kovosvit in Sezimovů Ústí²⁰, volkseigene Nähmaschinenfabrik in Soběslav²¹; ferner volkseigene elektrotechnische Werke in Brno²², Brückenwerke „IX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“ in Brezno²³, Volkseigene Automobilwerke in Vrchlav²⁴ sowie volkseigene Gießereien in České Budějovice²⁵, volkseigene J.-W.-Stalin-Werke in Martin²⁶, Maschinenfabriken in Prakovce²⁷ und andere.

Zur Geschichte der *Hüttenindustrie* in der Tschechoslowakei erschien im Jahre 1957 die populärwissenschaftliche Schrift von Jaroslav Dostál „50 Jahre Mährische Eisenwerke, VEB, Olomouc“²⁸ (die ehemaligen Mährischen Stahl- und Eisenwerke AG, die vor der Nationalisierung dem Konzern der Mährischen Bank angehörten). In seiner kurzen Schilderung gibt der Autor keine zusammenhängende Darstellung der Gesamtentwicklung des Betriebes, sondern er streift nur einzelne Fragen der Betriebsgeschichte und zwar die organisatorischen

¹⁶ 10 let práce milevských kováků (1948–1958) (10 Jahre Arbeit der Metallarbeiter in Milevsko). Für die Ausgabe vorbereitet von Votruba, V., Milevsko 1958.

¹⁷ Tradice a rozvoj čerpací techniky v n. p. Sigma-Olomouc, závod Lutín (1868–1958) (Tradition und Entwicklung der Pump-Technik im VEB Sigma-Olomouc, Betrieb Lutín). Olomouc 1958.

¹⁸ Jubilejní katalog n. p. Agrostroj-Prostějov. (Jubiläumskatalog des VEB Agrostroj in Prostějov). Prostějov 1958.

¹⁹ 75 let TOS Hronov (1884–1959) (75 Jahre TOS Hronov). Hradec Králové 1959.

²⁰ 20 let úspěšné práce, politických bojů, budování a růstu n. p. Kovosvit (20 Jahre erfolgreiche Arbeit, politischer Kampf, Aufbau und Wachstum des VEB Kovosvit). Sezimovo Ústí 1959.

²¹ 40 let značky Lada-Soběslav (1919–1959) (40 Jahre Marke Lada-Soběslav). Soběslav 1959.

²² Kovárna, Z., Vrána, V., 50 let práce pro rozvoj slaboproudé techniky. Sborník k padesátiletému trvání základního závodu MEZ-Brno n. p. (1909–1959) (50 Jahre Arbeit für die Schwachstromtechnik-Entwicklung. Sammelband zum 50jährigen Bestehen des Stammbetriebes MEZ-Brno, VEB). Praha 1959. Den historischen Teil bearbeitet Český, J., den technischen Berka, R.

²³ Mostáreň Brezno. 10 rokov Závodov IX. sjazdu KSČ (1949–1959) (Brückenwerke Brezno. 10 Jahre Werke „IX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“). Brezno 1959.

²⁴ Flegl, E., Gerstner, M., Šimon, J., Z dějin AZNP Vrchlav (Aus der Geschichte der Volkseigenen Automobilwerke Vrchlav). Vrchlav 1958.

²⁵ Janoušek, B., 65 let smaltárenství v Českých Budějovicích (65 Jahre Gießereien in České Budějovice). České Budějovice 1959.

²⁶ 10 rokov Závodov J. V. Stalina (1949–1959) (10 Jahre J.-W.-Stalin-Werke). Martin 1959.

²⁷ Andraško, E., Hapák, P., Mazúr, J., 200 rokov závodu Prakovce (1760–1960) (200 Jahre Werke in Prakovce). Prešov 1960.

²⁸ 50 let Moravských železáren, n. p. Olomouc (1907–1957) (50 Jahre Mährische Eisenwerke, VEB, Olomouc). Bearbeitet von Dostál, J., Olomouc 1957.

Veränderungen des Betriebes, die Stellung des Werkes gegenüber der Mährischen Bank, seinen Aufbau, das Produktionsprogramm, die soziale Lage der Beschäftigten, die Tätigkeit der KPČ und der Massenorganisationen innerhalb der Gesamtentwicklung oder in den einzelnen Entwicklungsstapen des Betriebes. Diese Art der Bearbeitung der Betriebsgeschichte kann als vorbereitende Arbeit für eine eingehendere und zusammenhängende Behandlung einzelner Fragen der Betriebsentwicklung in Verbindung mit der gesamten sozialen und politischen Entwicklung in bestimmten Gebieten und in der ganzen Tschechoslowakei angesehen werden.

Die bisher inhaltsreichste wissenschaftliche Publikation aus der Geschichte der Hüttenwerke und Industriebetriebe in der Tschechoslowakei erschien im Jahre 1959 unter dem Titel „100 Jahre Kladnoer Eisenwerke. Ein Beitrag zur Geschichte der böhmischen Eisenwerke und zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kladnoer Gebiet in den Jahren 1854–1957“²⁹, die von einem Autorenkollektiv bearbeitet wurde. Das Kapitel über das Leben und die Kämpfe der Kladnoer Hüttenarbeiter schrieben M. Kárný und A. Pěnička, die Abhandlungen über die technische und ökonomische Entwicklung der Kladnoer Eisenwerke J. Z. Josif und I. Kruliš unter der Redaktion von M. Kárný. Die Publikation ist vor allem der 100jährigen Geschichte der Eisenwerke der Prager Eisenwerksgesellschaft von deren Gründung in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts an gewidmet. In geringerem Umfang behandelt sie auch die Geschichte des zweiten Kladnoer Eisenwerkes – der Poldihütte (heute Vereinigte Stahlwerke, VEB, Kladno) – von dessen Gründung im Jahre 1889 an. Auch die Arbeiterbewegung der Kladnoer Hütten- und Bergarbeiter wird darin untersucht. Die Publikation stützt sich auf ein reiches Material sowohl zentraler als auch regionaler Archivprovenienz und auf eine vielseitige Literatur, was aus der großen Anzahl von Anmerkungen und einem Verzeichnis der benutzten Literatur hervorgeht. Diese Quellen wurden noch durch viele Erlebnisberichte erweitert, die sowohl die technisch-ökonomische Entwicklung der Kladnoer Hütten als auch die Arbeiterbewegung in Kladno betreffen. Die Publikation enthält statistische Tabellen, Produktionsdiagramme über die Mineralgewinnung und die technische Entwicklung, über die Gewinne der Gesellschaft, den Beschäftigungsstand in den Kladnoer Eisenwerken, ferner Karten und ähnliches. Die Arbeit über die Kladnoer Eisenwerke ist, wie die Autoren im Nachwort ausdrücklich erwähnen, für die Arbeiter, Techniker und Ökonomen des Betriebes gedacht, die Interesse an der Entwicklungsgeschichte des eigenen Betriebes haben, und für die Historiker der Technik, der Volkswirtschaft und der Arbeiterbewegung. Die Autoren geben eine zusammenhängende Darstellung des Aufbaus der Kladnoer Eisenwerke und ihrer Rohstoff-

²⁹ Sto let Kladenských železáren. Príspevek k dějinám českého železářství a k dějinám dělnického hnutí na Kladensku v letech 1854–1957 (100 Jahre Kladnoer Eisenwerke. Ein Beitrag zur Geschichte der böhmischen Eisenwerke und zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kladnoer Gebiet in den Jahren 1854–1957). Praha 1959.

basis, eine Beschreibung der neuen technologischen Verfahren und der gesamten technischen Entwicklung der Eisenwerke. Sie schildern den Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Entwicklung der Kladnoer Eisenwerke in den einzelnen Perioden, die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Stellung der Hüttenarbeiter, den Kampf der Kladnoer Hütten- und Bergarbeiter für die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Forderungen und ihre Rolle in der gesamten Arbeiterbewegung unseres Landes. Ein charakteristischer Grundzug der ganzen Publikation ist das Bestreben der Autoren, die Darstellung der Geschichte der Kladnoer Eisenwerke mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, besonders mit der Entwicklung der Eisenindustrie, und die Schilderung der revolutionären Bewegung der Kladnoer Hütten- und Bergarbeiter mit der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung unseres Landes zu verbinden. Dieses Vorhaben ist den Autoren auch gelungen. Die Tatsache, daß die Kapitel über die technische und ökonomische Entwicklung der Kladnoer Eisenwerke und die Kapitel über die Arbeiterbewegung verschiedene Verfasser haben, zeigt sich allerdings in der Gesamtstruktur der Arbeit. Die technisch-ökonomische Entwicklung der Kladnoer Eisenwerke und die Fragen der Arbeiterbewegung sind in selbständigen, besonderen Teilen und Kapiteln beschrieben, jedoch nicht immer in genügendem Zusammenhang miteinander und mit einzelnen Begebenheiten dargestellt, was sich vor allem in der Schilderung der Periode vor dem ersten Weltkrieg äußert. Die Entwicklung der Kladnoer Eisenwerke nach der Nationalisierung im Jahre 1945, die nur ein kurzes, abschließendes Kapitel in der Publikation einnimmt, hätte mit Rücksicht auf die Bedeutung der Vereinigten Stahlwerke, VEB, Kladno, für die tschechoslowakische Hüttenindustrie größere Aufmerksamkeit verdient. Man hätte sich eine eingehende Analyse der Aufbaubemühungen und der neuen Arbeits-, Lebens- und kulturellen Bedingungen der Kladnoer Hüttenarbeiter, vor allem eine Würdigung der Rolle der Kladnoer Eisenwerke beim sozialistischen Aufbau des Kladnoer Industriegebietes und der ganzen Tschechoslowakischen Republik gewünscht. Die Publikation „100 Jahre Kladnoer Eisenwerke“ ist aber unzweifelhaft einer der wertvollsten Beiträge der bisher erschienenen Literatur über die Geschichte der Industriebetriebe in der Tschechoslowakei.

Neben dieser Arbeit zur Geschichte der Hüttenindustrie wurden noch Jubiläumsschriften mit einer kurzen Übersicht über die Geschichte des volkseigenen Hüttenkombinats Wittkowitz Eisenwerke Klement Gottwald³⁰ und der volkseigenen Třinec Eisenwerke³¹ herausgegeben.

Zur Geschichte des *Bergbaues* in der Tschechoslowakei erschien im Jahre 1956 der Sammelband „100 Jahre Großgrube ‚Tschechoslowakische Armee‘ in

³⁰ Vítkovické železářny Klementa Gottwalda n. p. Ostrava (1828–1958) (Wittkowitz Eisenwerke Klement Gottwald, VEB Ostrava). Ostrava 1958.

³¹ 120 let Třineckých železáren (1839–1959) (120 Jahre Třinec Eisenwerke). Sondernummer der Heimatkunde des Kreises Ostrava, 1959.

Karviná³², die zu den ersten Gruben des Ostrava-Karviná Kohlenreviers gehört. Der Sammelband wurde von dem Redaktionskollektiv Z. Novosad, R. Ochman und J. Minol herausgegeben und umfaßt eine Reihe von Beiträgen, von denen einige sowohl in tschechischer als auch in polnischer Sprache veröffentlicht wurden.

Ein Teil der Beiträge befaßt sich mit der Geschichte der Kohlegewinnung und der technischen Entwicklung der Gruben seit Beginn der Förderung im Karviner Revier. Ein weiterer Teil ist der Geschichte der revolutionären Bewegung der Bergarbeiter von ihren ersten Kämpfen um die Verbesserung der Lohn- und Sozialbedingungen bis zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gewidmet. Den bedeutendsten Teil des Sammelbandes bilden Erlebnisberichte alter Bergarbeiter über das Leben und die Arbeit in den Schächten zur Zeit der Herrschaft der kapitalistischen Grubenbesitzer. Sie erzählen von den schweren Arbeitsbedingungen, von Arbeitslosigkeit, Streiks und Zusammenstößen der Bergarbeiter mit der Polizei und anderem. In anderen Beiträgen wiederum ist die Entwicklung der Großgrube „Tschechoslowakische Armee“ nach dem Jahre 1945 festgehalten. Hier werden vor allem der sozialistische Wettbewerb der Bergarbeiterkollektive um die höchste Planüberschreitung in der Kohlenförderung, der Aufbau sozialer und kultureller Einrichtungen sowie neuer Wohnstätten der Bergarbeiter und anderes geschildert. Der angeführte Sammelband hat den Vorteil, daß er das tatsächliche Leben, die Arbeit und die Kämpfe einiger Bergarbeitergenerationen wiedergibt und in überzeugender Weise die Grundunterschiede zwischen der Lage der Bergarbeiter zur Zeit der Herrschaft der kapitalistischen Kohlenbarone und in der heutigen sozialistischen Gesellschaft zeigt. Die Beiträge sind lebendig und fesselnd geschrieben. Der ganze Band kann als Zeugnis der schöpferischen Initiative der Bergarbeiter und als Ausdruck ihres Interesses an der Geschichte ihrer Gruben und Werke angesehen werden.

Eine der ersten Publikationen auf dem Gebiete der *chemischen* Industrie in der Tschechoslowakei ist die Kollektivarbeit „100 Jahre Verein für Chemische und Metallurgische Produktion in Ústí n. L. (1856–1956)“³³. Diese Publikation ist eine Sammlung von drei Beiträgen über die Entwicklung dieses bedeutendsten chemischen Unternehmens in der Tschechoslowakei. Der erste Artikel von J. Schneider beschreibt den Aufbau des Werkes und seine technische Entwicklung, kommentiert die Rolle des Vereins für Chemische und Metallurgische Produktion und seine Eingliederung in den Konzern der Živnostenská Banka (Živno-Bank), die Beteiligung an inländischen und internationalen Kartellen der chemischen Industrie und schließlich die Zusammenarbeit

³² Novosad, Z., Ochman, R., Minol, J., 100 let velkodolu Čs. armády v Karviné (1856–1956). 100 lat kopalni gigant Čs. armáda w Karviné (100 Jahre Großgrube der „Tschechoslowakischen Armee“ in Karviná.) Karviná 1956.

³³ Schneider, J., Fries, E., Kessler, M., 100 let spolku pro chemickou a hutní výrobu v Ústí n. L. (1856–1956) 100 Jahre Verein für Chemische und Metallurgische Produktion in Ústí n. L.). Ústí n. L. 1956.

mit dem Solvay-Konzern und den deutschen chemischen Konzernen, seine Kapitalexpansion im Ausland und die Beherrschung des Aussig-Falkenauer-Stammbetriebes durch die deutschen Konzerne nach dem Münchener Diktat. Der zweite Beitrag von E. Fries behandelt die soziale Problematik, vor allem die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und ihre politischen und wirtschaftlichen Kampfkationen in den Betrieben des Vereins zur Zeit der kapitalistischen Tschechoslowakei. Der dritte Beitrag stammt aus der Feder von M. Kessler und ist der Nachkriegsentwicklung des Vereins nach der Befreiung der Tschechoslowakei bis zum Jahre 1956 gewidmet. Der Autor schildert hier in einem kurzen Artikel die politischen Kämpfe im Betrieb in Ústí n. L. vor dem Februar 1948, den Aufbau und seine Erfolge und das soziale und kulturelle Leben der Arbeiter. Die Publikation über den Verein für Chemische und Metallurgische Produktion stellt eine gute Übersicht über die hundertjährige Entwicklung des Betriebes dar. Ein wesentlicher Mangel ist, daß der Aufbau und die technische Entwicklung des Unternehmens in einem selbständigen Beitrag, getrennt von den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiter, behandelt werden, wodurch der innere Zusammenhang der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung zur Zeit des kapitalistischen Unternehmens verlorengeht.

Im Jahre 1958 wurde ein populärwissenschaftlicher Sammelband über einen weiteren chemischen Betrieb unter dem Titel „Hundertfünfundzwanzig Jahre Chemische Werke in Kaznějov (1833—1958)“³⁴ (die heutigen Chemischen Werke Julius Fučík in Kaznějov) veröffentlicht. Auch diese Publikation enthält drei Beiträge, von denen zwei die Entwicklung zur Zeit des Kapitalismus behandeln, während der letzte den Aufbau im Sozialismus zum Thema hat. Der erste Beitrag von J. Flek beschränkt sich fast ausschließlich auf die Beschreibung der technischen Produktionsentwicklung des ehemaligen chemischen Betriebes J. S. Starck, die zweite Studie von V. Laštovka gibt ein kurzes, aber gutes Bild vom Leben und Kampf der Arbeiter der Kaznějover chemischen Fabriken bis zum Jahre 1945, und zwar im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Tschechoslowakei. Auch die abschließende Studie von F. Žaloudek und J. Sturc „Der Anteil der Arbeiter und Angestellten der Chemischen Werke Julius Fučík am Aufbau des Sozialismus in unserer Heimat“ zeigt nicht nur die produktionstechnische Entwicklung des Werkes, sondern auch die veränderten Arbeitsbedingungen, das reiche kulturelle Leben der Werkstätigen und schließlich die Perspektive für die nächsten Jahre. Wenn auch die isolierte Darstellung der Problematik der ersten zwei Beiträge — der produktionstechnischen und der sozialpolitischen Entwicklung des chemischen Werkes in Kaznějov zur Zeit des Kapitalismus — einen gewissen Mangel der Arbeit darstellt, so kann man diese Veröffentlichung dennoch als gelungenen Beitrag zur Literatur der Betriebsgeschichte bezeichnen.

³⁴ Stodvacetpět let Chemického závodu v Kaznějově (1833—1958) (125 Jahre Chemische Werke in Kaznějov). Bearbeitet von einem Autorenkollektiv unter der Redaktion von Laštovka, Kaznějov 1958.

Auf dem Gebiet der *Baustoffindustrie* erschien die Jubiläumsarbeit von Emil Danko „60 Jahre Zementfabrik in Lietavska Lúčka“³⁵ (die heutigen volkseigenen Zementwerke Viliam Široký). Der Autor gibt hier eine Darstellung der früheren Entwicklung der Zementfabrik in Lietavska Lúčka von der Zeit ihrer Gründung zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Jahre 1960. In einer speziellen Abhandlung schildert der Autor die Aufbaugeschichte des Werkes, die Technologie der Zementproduktion, die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei sowie das heutige kulturelle und gesellschaftliche Leben der Arbeiter. Die Publikation wird durch die Lebensbeschreibung führender Vertreter der revolutionären Arbeiter, durch Erlebnisberichte einer Reihe älterer Werksangehöriger sowie durch statistisches Material und Bildbeilagen ergänzt. Sein Hauptaugenmerk richtet der Autor jedoch auf die Arbeit, die Kämpfe und die so verschiedenartigen Lebensbedingungen der Werkstätigen zur Zeit des Kapitalismus und in der Aufbauperiode des Sozialismus. Es gereicht der Veröffentlichung zum Vorteil, daß der Autor die schöpferische Tätigkeit der Arbeiter in der Zeit nach der Nationalisierung der Zementwerke im Jahre 1945 nicht nur im Werk selbst, sondern auch beim Aufbau der Gemeinde, des sozialistischen Dorfes und des Kulturlebens von Lietavska Lúčka und seiner Umgebung veranschaulicht. Die Publikation über die Zementwerke in Lietavska Lúčka gehört zu den gelungenen betriebsgeschichtlichen Darstellungen aus der Slowakei.

Die umfangreichste wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiete der Leichtindustrie, namentlich der *Lederindustrie*, ist die Publikation von Bohumil Lehár „Die Geschichte des Baťa-Konzerns (1894–1945)“³⁶, die die Entstehung, Entwicklung und Rolle dieser bedeutenden Monopolorganisation im wirtschaftlichen und politischen Leben der kapitalistischen Tschechoslowakei darstellt. Der Autor beschreibt darin die Entwicklung des Baťa-Konzerns von der Gründung des Stammbetriebes in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zu seiner Nationalisierung im Jahre 1945 unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlich-sozialen und politischen Entwicklung in der Tschechoslowakei. Auf Grund reicher, dokumentarischer Unterlagen beschreibt der Autor in seinem Buch, wie der Baťa-Konzern innerhalb einiger Jahrzehnte in scharfem Konkurrenzkampf die monopolistische Hegemonie in der tschechoslowakischen Schuhindustrie an sich riß, später eine bedeutende Stellung auf den Weltmärkten erreichte und ein ganzes Netz von Produktions- und Handelsgesellschaften in verschiedenen Industriezweigen der Tschechoslowakei und des Auslandes beherrschte. Ausgangspunkt für die Darstellung der gierigen imperialistischen Expansion des Baťa-Konzerns in der Tschechoslowakei und

³⁵ Danko, E., 60 rokov cementárne v Lietavskej Lúčke (60 Jahre Zementfabrik in Lietavska Lúčka). Bratislava 1960.

³⁶ Lehár, B., Dějiny Baťova koncernu (1894–1945) (Die Geschichte der Baťa-Konzerns). Praha 1960. Siehe auch Lehár, B., Přehledné dějiny n. p. Svit před znárodněním (Überblick über die Geschichte des VEB Svit vor der Nationalisierung). Gottwaldov 1959.

im Auslande und der Quellen der Monopolgewinne war für den Autor die konkrete Analyse der kapitalistischen Produktion und speziell Bařas Produktionssystem, welches damals überhaupt den Höhepunkt der kapitalistischen Rationalisierung darstellte. Große Aufmerksamkeit widmet der Autor den Arbeitsbedingungen und der sozialen Lage der Arbeiterschaft der Bařa-Werke zur Zeit des Kapitalismus, dessen charakteristische Züge eine raffinierte Ausbeutung der Arbeiter, deren Entlassung und Aussperrung während der wirtschaftlichen Krisen, Verlängerung der Arbeitszeit ohne Bezahlung, Unterversicherung sowie unerhörte Verfolgung der revolutionären und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war. Diese Arbeit entlarvt die Ideologie Bařas und die trügerischen Legenden von gemeinsamen Interessen der Arbeit und des Kapitals, von sogenannten Wundermethoden der „Überwindung“ der Krise, von einer „Kapitalbeteiligung“ der Arbeiter, ihrer Beteiligung am Unternehmen usw., die auch in der heutigen Zeit in den kapitalistischen Staaten in den sogenannten Theorien des Volkskapitalismus wieder aufleben. In seiner Arbeit über die Geschichte des Bařa-Konzerns befaßt sich der Autor auch ausführlicher mit dem heldenhaften Kampf der revolutionären Arbeiterschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei um die Beseitigung des Bařa-Systems und der kapitalistischen Ausbeutung. Zum Abschluß seiner Arbeit zeigt der Verfasser die geschichtliche Bedeutung der Nationalisierung der Schlüsselindustrie im Jahre 1945, durch die auch die Betriebe des ehemaligen Bařa-Konzerns unter die Kontrolle der Werktätigen gelangten und in das Eigentum des gesamten Volkes, also in die Hände derjenigen übergingen, die diesen Konzern in Generationen durch ihre Arbeit aufgebaut hatten. Dieses Buch über den Bařa-Konzern stützt sich auf reiches Archivmaterial und ist durch zahlreiche statistische Tabellen und Beilagen dokumentiert.

Außer der Publikation über die Geschichte des Bařa-Konzerns wurden auf dem Gebiet der Lederindustrie noch zwei weitere übersichtliche Jubiläumsbroschüren herausgegeben, und zwar über die Geschichte der volkseigenen Schuhwerke „29. August“ in Partyzánske in der Slowakei³⁷ und der volkseigenen Lederwerke Antonín Zápotocký in Jaroměř.³⁸

Zur Geschichte der *Textilindustrie* in der Tschechoslowakei wurden übersichtliche Jubiläumsbroschüren über die Geschichte der Textilerzeugung im Beskidenvorland in Frýdek-Místek³⁹ und über die Entwicklung der Bekleidungs-Produktionsgenossenschaft in Plumlov⁴⁰ herausgegeben.

³⁷ *Kapusta, P.*, 20 rokov tvorivej práce. Závody 29. augusta, n. p. Partyzánske (1939–1959) (20 Jahre schöpferische Arbeit. Werke „29. August“, VEB, Partyzánske). Partyzánske 1959.

³⁸ *Klapka, M.*, 120 let Závodu Antonína Zápotockého, n. p. závod Jaroměř (1839–1959) (120 Jahre Antonín-Zápotocký-Werke, volkseigener Betrieb Jaroměř). Jaroměř 1959.

³⁹ 125 let textilu v Pobeskydí. Slezan, n. p. Frýdek-Místek (125 Jahre Textilerzeugung im Beskidenvorland. Slezan, VEB Frýdek-Místek). 1958.

⁴⁰ 10 let Plumlovského lidového oděvního družstva (1946–1956) (10 Jahre Plumlover Bekleidungs-Produktionsgenossenschaft).

Auf dem Gebiet der *Glasindustrie* erschienen Jubiläumsbroschüren über die Geschichte der volkseigenen Glaswerke Moravia in Kyjov⁴¹ und der Glaswerke in Janštejn⁴². Auf dem Gebiet der *Holzindustrie* erschien eine populäre Jubiläumsschrift „120 Jahre Zündholzfabrik Solo, Sušice“⁴³, die dem größten Werk zur Produktion von Streichhölzern in der Tschechoslowakei gewidmet ist. Die Publikation gibt eine kurze Übersicht über die wichtigsten Ereignisse in der Entwicklung der Zündholzfabrik in Sušice seit deren Gründung im Jahre 1880. Obwohl diese Arbeit nicht umfangreich ist, berücksichtigt sie doch sowohl den Aufbau und die technische Entwicklung des Werkes als auch die Arbeitsverhältnisse und die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und die Arbeiterbewegung, besonders die Kämpfe der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei für die Forderungen der Arbeiter. Der Autor der Publikation ergänzt die kurze Schilderung der Betriebsentwicklung durch Erlebnisberichte alter Arbeiter aus ihrem Leben und ihrem Existenzkampf in der Zündholzfabrik vor deren Nationalisierung.

Über die *Nahrungs- und Genussmittelindustrie* erschienen zwei Jubiläumspublikationen, und zwar zur Geschichte der Tabakindustrie in Hodonín⁴⁴ und der Plzener Bierbrauereien. Die Publikation A. Zemans, V. Lhotkas und V. Laštovkas „Zur Geschichte der Bierbrauereien in Plzeň“⁴⁵, die in drei Beiträgen eine Darstellung der Plzener Bierbrauereien von ihrer Gründung bis in die heutige Zeit gibt. Der erste Beitrag von A. Zeman „Über das altertümliche Plzener Bierbrauerwesen“ befaßt sich mit der Entwicklung der Bierbrauerei in Plzen von der Gründung der Stadt Plzen Ende des 13. Jahrhunderts bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Der zweite Beitrag von V. Lhotka behandelt die Entwicklung der Plzener Bierbrauereien von der Gründung der Städtischen Brauerei im Jahre 1842 bis zum Jahre 1918. Der Autor bemüht sich hier, in einem populären, lebendigen Stil kurz die Entstehung und Entwicklung der Plzener Bierbrauereien, ihre Biererzeugung und technische Ausstattung, ihren Konkurrenzkampf um die inländischen und ausländischen Märkte sowie Lage, Arbeitsbedingungen und Streiks der Bierbrauereiarbeiter in Plzeň zu schildern. Die letzte Studie von V. Laštovka schildert die Entwicklung der Plzener Bierbrauereien in den Jahren 1918 bis 1958 in engerem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und politischen Geschehnissen in unserem Lande als die der vorerwähnten Autoren. Der Verfasser behandelt den Konzentrationsprozeß der Bierbrauereien in Plzeň, die Profite als arbeitslose

⁴¹ 75 let sklárů v Kyjově (1883–1958) (75 Jahre Glaswerke in Kyjov). Bearbeitet von einem Kollektiv der Glasfabrik Moravia, VEB, Kyjov 1958.

⁴² 150 let Janštejnských sklárů (150 Jahre Glaswerke in Janštejn). Verfaßt von einem Kollektiv des VEB Beleuchtungskörper, Janštejn 1959.

⁴³ *Farták, J.*, 120 let sirkárny Solo, Sušice (120 Jahre Zündholzfabrik Solo, Sušice). Plzeň 1959.

⁴⁴ 175 let tabákového průmyslu v Hodoníně (1783–1958) (175 Jahre Tabakindustrie in Hodonín). Hodonín 1958.

⁴⁵ *Zeman, A., Lhotka, V., Laštovka, V.*, K historii Plzeňských pivovarů (Zur Geschichte der Bierbrauereien in Plzeň), Plzeň 1959.

Einkommen der Brauerei-Aktionäre und die Lage der Arbeiter zur Zeit der wirtschaftlichen Krise in der Vormünchener Republik. Ein gewisser Mangel dieser Arbeit zeigt sich darin, daß der Autor die Rolle der reformistischen Führer in der Bewegung der Plzener Arbeiter nicht stärker berücksichtigt hat. Den Abschluß bildet eine Darstellung des Aufbaues in der Nachkriegszeit und der veränderten sozialen und kulturellen Bedingungen der Arbeiter der Plzener Bierbrauereien. Wenn auch die einzelnen Beiträge der Publikationen verschiedenen Charakter haben, so geben sie dennoch, was die Struktur und den Stil anbelangt, eine mehr oder weniger zusammenhängende Darstellung der bedeutendsten Geschehnisse in der Entwicklung der Plzener Bierbrauereien.

Die angeführte Übersicht der Arbeiten über die Geschichte der Industriebetriebe, die in der vorbereitenden Periode bis Ende 1960 erschienen sind, zeugen davon, daß die Bewegung für die Erarbeitung der Betriebsgeschichte in der Tschechoslowakei bereits bedeutenden Umfang angenommen hat. Neben einigen erfolgreichen Arbeiten wurde jedoch auch eine Reihe von Publikationen veröffentlicht, die nur als vorbereitende Werke einer gründlichen Betriebsgeschichte gewertet werden können. Bei der Bearbeitung der Geschichte der Industriebetriebe haben die Fragen der wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Auffassung der Betriebsgeschichte eine grundlegende Bedeutung. Deshalb ist die Ausarbeitung und die Berücksichtigung theoretischer und methodologischer Fragen, die mit der Betriebsgeschichte zusammenhängen, eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission für Betriebsgeschichte in der ČSSR.

Die Tätigkeit der Kommission für Betriebsgeschichte in der ČSSR, ihre systematische, ideologische und organisatorische Anleitung dieser Arbeit, sind günstige Voraussetzungen zur Hebung des fachlichen und ideologisch-politischen Niveaus und zur Weiterentwicklung der Bewegung für die Bearbeitung der Geschichte der Industriebetriebe und der gesamten Geschichte der Arbeiterklasse und ihrer Rolle in der Gesellschaft zur Zeit des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus in der Tschechoslowakei.

Von außerordentlich großer Bedeutung für die Erarbeitung der Geschichte der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei ist es, die Geschichte der Arbeiterklasse in der Sowjetunion und den Volksdemokratien und die Geschichte der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt zu studieren. Bei dem Studium der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hat die Kenntnis der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, ihrer reichen Produktions- und Revolutionstraditionen, ihres revolutionären Kampfes um die soziale Befreiung, ihrer Rolle beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Geschichte der gemeinsamen Beziehungen zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Arbeiterklasse in der Vergangenheit und Gegenwart für die Tschechoslowakei besondere Bedeutung. Die sich erfolgreich entwickelnde Zusammenarbeit deutscher und tschechoslowakischer Historiker auf dem Gebiet der

neuen und neuesten Geschichte, der Geschichte der Arbeiterklasse und der Geschichte der Industriebetriebe ist daher ein wertvoller Beitrag zum gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen zwischen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

QUELLEN

UND MATERIALIEN

Eine Rede von Wilhelm Zangen

VON HANS RADANDT

Im Jahre 1941 hielt der Generaldirektor Wilhelm Zangen in seiner Eigenschaft als Leiter der Reichsgruppe Industrie ein Referat vor dem Beirat der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Bayern. Ein Teil dieses Referats ist unter dem Datum des 21. Oktober 1941 hektographiert worden.¹ Dieser Ausschnitt behandelt aus der Sicht des Monopolisten die faschistische Zwangsorganisation der Unternehmer in ihrem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft sowie das Verhältnis zwischen dem Leiter einer Wirtschaftsgruppe und seinem Geschäftsführer. Damit ist das Dokument über den Bereich der Wirtschaftsgeschichte hinaus für jeden von Wichtigkeit, der sich mit Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigt.

Die Rede von Zangen bietet eine Ergänzung, aber auch eine teilweise Konkretisierung dessen, was Schacht, Brinkmann², Pietzsch³ und andere Interessenvertreter des Finanzkapitals an anderen Stellen in der Zeit des Faschismus zum Ausdruck brachten.

Seinen Ausführungen legte Zangen die imperialistischen Verhältnisse, in denen der Faschismus ja nur eine besondere Form der Herrschaft der Monopole darstellte, zugrunde. Er setzte so das seinerzeit in ganz Deutschland bestehende Herrschaftssystem voraus und versuchte, es auf seine Weise zu interpretieren. Wenn wir berücksichtigen, daß das ausgerechnet auf einer Beiratssitzung der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Bayerns geschah, kann unschwer daraus geschlußfolgert werden, daß mindestens zu jenem Zeitpunkt in Bayern besondere Schwierigkeiten bestanden, die imperialistischen Herrschaftsmethoden beziehungsweise deren spezifisch faschistische Prägung durchzusetzen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß ohnehin im imperialistischen

¹ Betriebsarchiv des VEB Radeberger Exportbierbrauerei, Archiv Nr. S I/II, Wirtschaftsgruppe Brauerei und Melzerei.

² *Brinkmann, Rudolf*, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Staat und Wirtschaft. Vortrag, gehalten am 21. Oktober 1938 in Düsseldorf anlässlich der Reichstagung des Fachamtes Banken und Versicherungen in der Deutschen Arbeitsfront. Stuttgart und Berlin o. J.

³ *Pietzsch, Albert*, Leiter der Reichswirtschaftskammer, Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Schriften der Hochschule für Politik, Heft 20, Berlin 1938.

Staat die verschieden gearteten Interessen einzelner kapitalistischer Schichten bzw. einzelner Interessengruppen aufeinanderstoßen. Gerade das geht auch aus dem hervor, was Zangen in der fraglichen Rede gesagt oder verschwiegen, enthüllt oder verschleiert hat, wobei wir für die nähere Betrachtung nur den bisher durch die vorliegende Hektographie bekanntgewordenen Teil der Ausführungen berücksichtigen können. Zangen sagte nichts darüber, was der kapitalistische Staat ist, und nannte auch die nicht, die in ihm die Herrschaft ausüben. Aber er enthüllte dennoch die Gesetzmäßigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Imperialismus. Ausdrücklich betonte er die Notwendigkeit der „staatlichen Lenkung“ der Wirtschaft. In seiner Eigenschaft als Leiter der Reichsgruppe Industrie, also als ein wichtiger Exponent und Sprecher des deutschen Finanzkapitals, fügte er hinzu: „... diese (staatliche Lenkung) müssen wir für alle Zeiten bejahen“. Indem er sie von der „staatlichen Wirtschaft“ abgrenzte, hob er hervor, daß er keineswegs irgendeine „staatliche Lenkung“ der Wirtschaft meinte. Schließlich behält sich das über den Staat herrschende Finanzkapital vor, das Ausmaß zu bestimmen, in welchem der Staat selbst wirtschaften, das heißt als Kapitalist auftreten soll, gleichzeitig aber sucht es seinen Einfluß auf die gesamte Wirtschaft über den Staatsapparat in Form der „staatlichen Lenkung“ ständig zu erweitern. Im Jahre 1937 wurde dieser Prozeß von einem anderen Exponenten des deutschen Finanzkapitals, Hjalmar Schacht, in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichsbank-Direktoriums und Reichswirtschaftsminister so gekennzeichnet:

„Die Frage des Ausmaßes, in welchem der Staat auf die Wirtschaft Einfluß nimmt, ist keine Frage des Dogmas, sondern eine solche der Zweckmäßigkeit. Geschichtlich läßt sich, seitdem im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts ein Tiefpunkt erreicht war, deutlich ein ständiges Anwachsen der Führungsgewalt erkennen. Krieg und Inflation haben die Entwicklung beschleunigt. Auch unser neuer deutscher Staat verwirklicht den von ihm ausdrücklich erklärten Führungsanspruch gegenüber der Wirtschaft in unzähligen Anordnungen und Erlassen. Damit stand er auch organisatorisch vor einer neuen Aufgabe. Denn um die drei Millionen selbständiger gewerblicher Unternehmer führen zu können, bedurfte er eines Werkzeuges. Er hat es sich in der einheitlich und lückenlos durchgegliederten Organisation geschaffen.“⁴

Ein Jahr später fügte Schacht an anderer Stelle hinzu:

„Eine staatliche Wirtschaftslenkung ist ohne Zwang nicht durchführbar; denn ohne ihn lassen sich die tausendfältigen, einander oft widerstrebenden Einzelinteressen nicht in die gleiche Richtung bringen. Dieser Zwang darf aber nur zu einer gesunden und lebensfähigen Wirtschaftsordnung führen, nicht aber zu einem schematischen Wirtschaftsbürokratismus ... Die staatliche Wirtschaftslenkung schließt die private Initiative und das private Verantwortungsgefühl nicht aus, sie gibt ihnen nur die Richtung.“⁵

⁴ Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft. Leipzig 1937, Bd. III, Geleitwort von Hjalmar Schacht.

⁵ Allgemeiner Deutscher Bankiertag 1938. Berlin 1938, S. 21f.

Schacht ist, indem er offen von der Notwendigkeit des Zwanges für die staatliche Lenkung der Wirtschaft spricht, deutlicher, aber auch allgemeiner als Zangen, der diesen Zwang in drei verschiedenen Formen charakterisiert. Wenn Zangen die Pflichtmitgliedschaft in den Unternehmerverbänden „als Lebensbedürfnis für die staatliche Lenkung“ hinstellte, so kennzeichnete er die Zwangsorganisation aber durch den Zusatz „... ist ... heute ...“ als Besonderheit jener Zeit.

Zangen sagte von der Gesamtheit der Unternehmerorganisationen im Faschismus, *„dieser Zusammenschluß ist die treuhänderische Vertretung der Unternehmerschaft dem Staat gegenüber und die vom Staat eingeschaltete Vertrauensstelle den Unternehmern gegenüber“*. Hier enthüllte Zangen einen technisch-organisatorischen Teil des staatsmonopolistischen Kapitalismus, verbarg aber gleichzeitig dessen wahre Funktion, indem er verschwieg, daß es die Monopole sind, die über den Staat herrschen und sich dieser Organisation bedienen. Gleichzeitig offenlegend und apologetisch ist aus dem gleichen Grunde die Feststellung: *„Nicht nur lenkt der Staat heute die Wirtschaft mehr als zuvor. Nein, auch die Wirtschaft, vertreten durch die Organisationen, ist mehr als je der dauernde sachverständige Berater des Staates geworden.“*

Wiederum hat Zangen als Teilwahrheit nur die technisch-organisatorische Seite erwähnt, wiederum bedient er sich der Begriffe „Wirtschaft“ und „Staat“, wie vorher „Unternehmerschaft“ und „Staat“, in apologetischer Form. Reinste faschistische Apologetik ist es aber, wenn Zangen sich dazu versteigt, die Unternehmerorganisation „ein Hilfsinstrument . . . für Führer und Volk . . .“ zu nennen.

Im zweiten Teil legte Zangen dar, auf welche Weise das Führerprinzip in der „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ angewandt werden sollte. Aus diesem Teil seiner Ausführungen geht hervor, welche kapitalistischen Interessengegensätze und -kämpfe innerhalb der Organisationen und auch zwischen ihnen vorhanden waren; sie zeigen aber auch, daß in Kreisen der Kapitalisten – vermutlich besonders in der nichtmonopolisierten Industrie, hervorgerufen durch die Kriegskonjunktur – Desinteressiertheit beziehungsweise Ablehnung gegenüber der Zwangsorganisation vorlagen.

Ausführungen des Leiters der Reichsgruppe Industrie Generaldirektor Zangen

anlässlich der Beiratssitzung der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Bayern am 8. 10. 1941 in München

... Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, einige organisatorische Ausführungen zu machen, zumal die Frage der Organisation in der letzten Zeit wiederholt aufgetaucht ist, und Ihnen aufzeigen, wie ich mir die Art der Leitung einer Industrieabteilung denke. Ich habe mich nun seit drei Jahren mit dem Gedanken der Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft befaßt

und bin mir über ihre Bedeutung klar geworden. Man könnte drei Möglichkeiten sehen, die Industrie zusammenzuschließen. Einmal: Wir verzichten auf eine gesetzlich geordnete Selbstverwaltung, sondern bleiben, was wir früher waren, und machen freiwillige Zusammenschlüsse. Die Folge wäre, daß dann die zahlreichen staatlichen Maßnahmen von jeder einzelnen Firma verdaut werden müßten und daß man, da keine Zwangsmitgliedschaft besteht, für die gewerbliche Wirtschaft bei den staatlichen Stellen in keiner Form einwirken könnte. Diese Möglichkeit scheidet aber auch aus, da der Staat niemals einen solchen Weg beschreiten würde. Ihm ist die Organisation mit der Pflichtmitgliedschaft heute ein Lebensbedürfnis für die staatliche Lenkung und diese müssen wir für alle Zeiten bejahen. Ich sage ausdrücklich „staatliche *Lenkung*“ und nicht „staatliche Wirtschaft“.

Die zweite Möglichkeit wäre, den jetzigen Zustand der Pflichtgemeinschaft zu behalten, also die Unternehmer zusammenzuschließen, aber keinen ehrenamtlichen, sondern einen *hauptamtlichen* Leiter zu haben. Dann hätten wir reine Außenstellen der Ministerien, aber keine betriebsnahe Betreuung der Mitglieder, damit aber einen Zustand, den wir ablehnen müssen. Ich könnte mir eine solche Einrichtung nur als eine Befehlsorganisation vorstellen.

Die dritte Möglichkeit ist die, die wir heute haben: Die Pflichtzugehörigkeit aller Gewerbetreibenden zu einem Zusammenschluß unter der ehrenamtlichen Führung durch die Unternehmer selbst. *Und dieser Zusammenschluß ist die treuhänderische Vertretung der Unternehmerschaft dem Staat gegenüber und die vom Staat eingeschaltete Vertrauensstelle den Unternehmern gegenüber.* Die Form, die den Gleichklang herbeiführen kann, ist die Selbstverwaltung der Wirtschaft durch Gruppen und Kammern mit einem Apparat von Geschäftsführern und Angestellten. Ich finde, daß viel zu viel über die sogenannte Unordnung in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft gesprochen wird. Ich sehe keine Unordnung. *Wenn jeder auf seinem Gebiet bei seinen Aufgaben bleibt und diese gründlich erfüllt,* dann ist meines Erachtens alles in Ordnung. Unsere Wirtschaftsgruppen funktionieren tadellos und die Industrieabteilungen auch, sie reiben sich wohl hier und da mit den Kammern, weil es häufig an der richtigen Abgrenzung der Aufgaben mangelt. Die Zusammenfassung aller Gewerbetreibenden der verschiedenen Reichsgruppen, ob Industrie, ob Handel, Banken, Versicherungen, Landwirtschaft, finden wir augenblicklich in der Spitze in der Reichswirtschaftskammer und am Ort in der Zusammenarbeit zwischen den Zweigstellen der Industrieabteilung und den Industrie- und Handelskammern, und zwar durchweg in der losen Form der Arbeitsgemeinschaft, die ich für die einzig richtige halte. Ich bedauere es, daß 1936 in dem Reformerverlaß die Bezirksgruppen der Reichsgruppen abgeschafft worden sind und damit für die Mittelinstanz an die Stelle der Arbeitsgemeinschaft die Fiktion einer Einheitskammer mit Abteilungen getreten ist. Es genügt vollständig, wenn sich die Leiter der verschiedenen Organisationen und andere hervorragende Unternehmer in der Wirtschaftskammer auf den verschiedenen Fachgebieten zusammenfinden und sich über Gesamtfragen des Bezirks beraten.

Die Industrieabteilungen müssen, wie alle Stellen, natürlich engsten Kontakt mit den staatlichen Stellen im Bezirk halten, mit den Wehrmachtsstellen, Parteistellen, der Deutschen Arbeitsfront usw. Ich mache in diesem Zusammenhang auf die ausgezeichneten Vorträge von Herrn Ministerialrat Haßmann aufmerksam, der mit Recht hervorhebt, *daß die Organisation den Anschluß an das politische Kraftnetz der Nation mehr als bisher finden müsse*. Die leitenden Männer in der Wirtschaft müssen einen engen Kontakt mit den Wirtschaftsberatern der Partei halten und die einheitliche Linie durchführen.

Die Industrieabteilung ist das Sprachrohr der Reichsgruppe Industrie im Bezirk, soweit es sich um gesamtindustrielle Dinge handelt und nicht um rein einzelfachliche Fragen. Sie soll in ihrem Bezirk alles umfassen, was industriell ist. Gerade Bayern gibt ein gutes Beispiel dafür: Die fachlich-bezirklichen Gruppen sind hier annähernd in einem Hause vereinigt. Die Industrieabteilung soll für die Gesamtindustrie federführend sein. Ein gutes Beispiel haben Sie in dem Zusammenschluß der zwölf Wirtschaftsgruppen der Eisen- und Metallindustrie.

Bei der ungeheueren Kräfteanspannung dieses Krieges ist die Wirtschaft dem Staat näher gerückt denn je. *Nicht nur lenkt der Staat heute die Wirtschaft mehr als zuvor. Nein, auch die Wirtschaft, vertreten durch die Organisation, ist mehr als je der dauernde sachverständige Berater des Staates* geworden und an seinem Wollen und Wünschen beteiligt. Die Organisation der Wirtschaft – der einzelne Industrielle kann es ja nicht – berät auch im Anfangsstadium beabsichtigte Maßnahmen. Ich darf dankbar feststellen, daß die Selbstverwaltung noch nie so eng mit den staatlichen Stellen zusammengearbeitet hat, wie es heute der Fall ist. Das sieht der einzelne Industrielle nicht. Es gibt Dinge, die man nicht durch Verordnungen regeln kann, sondern bei denen die Disziplin und das Gemeinschaftsgefühl der Unternehmer eingesetzt und das Verständnis für staatliche Maßnahmen nur durch die Selbstverwaltung der Wirtschaft geweckt werden kann – siehe Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft, Gewinnabschöpfung, Dinge, die wir monatelang beraten haben und die auf den Rat der Reichsgruppe Industrie oder der Reichswirtschaftskammer gestützt worden sind. Wir haben auch ständige Beratungen mit der Arbeitsfront über sozialpolitische Fragen.

Wenn das so bleiben oder noch besser werden soll, meine Herren, dann brauchen wir dazu die *Unternehmerpersönlichkeiten*. Wir brauchen Männer, die bereit sind, über die Leitung ihres eigenen Werkes hinaus für einen größeren Bereich zu wirken, mag er fachlicher oder räumlicher Natur sein. Niemand darf sagen: Das ist Verschwendung meiner Arbeitskraft, die ich für meinen Betrieb notwendigst gebrauche. *Das einzelne Unternehmen ist nichts und kann nicht bestehen, wenn nicht die grundsätzlichen Probleme gelöst werden und damit ein Weg gefunden wird, der den Belangen des Staates und der Volksgemeinschaft ebenso wie den besonderen Verhältnissen ihrer einzelnen Teile, also auch der Industrie, gerecht wird. Die Selbstverwaltung ist so viel wert wie die Männer, die an ihrer Spitze stehen. Mit der ehrenamtlichen Leitertätigkeit steht und fällt die*

Selbstverwaltung der Wirtschaft. Versagen sich unsere Unternehmer diesem Ruf oder versagen sie gar in der Aufgabenerfüllung, so ist das Abgleiten in eine Bürokratie unabwendbar. Ich gebe Herrn Präsidenten Kehrl vollständig recht, wenn er kürzlich in einem Vortrag sagte: „Wir brauchen Männer, die nicht nur die Tagesfragen lösen, sondern die sich mit den Zukunftsproblemen befassen.“ Es ist bedauerlich, daß wir im Kampf mit den Tagesproblemen hierzu nicht genügend Zeit finden. Wir sollten uns aber daranmachen, von der Unternehmerschaft aus die Zukunftsprobleme selbst in die Hand zu nehmen. Dazu brauchen wir immer wieder Unternehmer, die wir aus unseren Kreisen suchen müssen. Man kann die Arbeit nicht immer auf dieselben Schultern laden.

Damit komme ich auf das *Verhältnis des Leiters zum Geschäftsführer*. Ich verweise auf einen Artikel der Frankfurter Zeitung „Der Gruppenleiter“. Hier hat der Verfasser im Anschluß an Worte von Präsident Kehrl die Frage gestreift, ob der Leiter oder etwa der Geschäftsführer gelegentlich die Führung hat. Es ist bezeichnend, daß diese Frage überhaupt öffentlich aufgeworfen wird. Er beweist, daß nach der Vorstellung vieler Leute die Geschäftsführer die Führung in den Gruppen und sonstigen Gliederungen haben und daß dadurch der Organisationsapparat neben dem Staatsapparat bürokratisch aufgezogen wird und nicht fördert, sondern hemmt. Der Artikel wäre nicht schlecht gewesen, wenn man es vermieden hätte, Namen zu nennen und dadurch Gefahr zu laufen, verdienten Persönlichkeiten nahezutreten. Uns sollte er jedenfalls aufhorchen lassen und Veranlassung geben, bei uns nach dem Rechten zu sehen. Das Verhältnis Leiter und Geschäftsführer darf nicht einseitig und überspitzt gesehen werden. Es verdient keinen Spott, wenn ein Leiter vor Abgabe seines Votums sich mit seinem Geschäftsführer zu beraten wünscht. Ein sachkundiger, selbstbewußter Geschäftsführer ist für den fähigsten Leiter ebenso unentbehrlich wie dieser für ihn. Selbstverständlich suchen wir uns in der Organisation genauso wie in unserem Betrieb für unsere Mitarbeit die allerbesten Kräfte. So braucht der Leiter einen erstklassigen Geschäftsführer von Format, der ihm die Arbeit abnimmt und ihn voll und ganz unterstützt. *Denn niemals gehört es zu den Aufgaben des Leiters, sein eigener Geschäftsführer zu sein.* Mit einer solchen Arbeitsbelastung würde er nicht mehr Unternehmer sein, würde er nicht mehr die Hand am Puls des Lebens halten können. Hierin liegt aber der Hauptgrund für seine Berufung und Stellung als ehrenamtlicher Leiter. Die Kenntnisse des Betriebes und seines täglichen Geschehens machen ihn dem Geschäftsführer gegenüber überlegen. Bei allen Beschlüssen innerhalb einer Gliederung muß man berücksichtigen, daß es sich hier um Dinge handelt, die der Unternehmer bei seiner Entscheidung am eigenen Körper spürt, der Geschäftsführer aber nicht. Der Geschäftsführer muß dem Unternehmer eine hundertprozentige Stütze sein und seine Linie durchführen. Er muß, wie einmal gesagt worden ist, zu seinem Leiter etwa in dem Verhältnis stehen wie der Chef des Stabes zu dem kommandierenden General. Er muß immer darauf achten, daß das Gesamtinteresse gewahrt wird und daß der Unternehmer nicht alles durch die Brille seines Fachzweiges sieht.

Die Gefahr kann bestehen, ohne daß damit irgendeine Absicht verbunden zu sein braucht. Das Vertrauen, das der Wirtschaftsminister und die Mitglieder einer Organisation der Führung der Gruppe entgegenbringen, muß sich auf den Geschäftsführer genauso erstrecken wie auf den ehrenamtlichen Leiter der Gruppe. Der ehrenamtliche Leiter einer Gruppe ist darüber erhaben, daß er seine Dispositionen treffen könnte unter besonderen Merkmalen, die seine Firma betreffen, ebenso wie der Geschäftsführer darüber erhaben ist, daß er sich bei seiner Meinungsbildung auf *eine bestimmte* Mitgliedsfirma stützt. Darin gibt es keinen Unterschied. Der kluge Leiter wird seinen Hauptgeschäftsführer als eine von ihm selbst eingesetzte Kontrolle über seine eigenen Beschlüsse und Absichten ansehen. Aber eines bleibt unumstößlich, der Leiter ist ehrenamtlich und er hat die Führung.

Wenn ich so dem Geschäftsführer die Führung in der Gruppe abstreite, so huldige ich aber keinesfalls einem überspitzten *Führerprinzip* für den *Leiter* im Verhältnis zu seinen *Mitgliedern*. Die Dinge sind in der gewerblichen Wirtschaft so kompliziert, daß kein Unternehmer einfach entscheiden kann, ohne sich mit seinen Fachkollegen zu beraten. *Er hat bei gegebener Pflichtmitgliedschaft die besonders große Verantwortung*, objektiv zu handeln und alles, was in seinem Bereich vorkommt, zu berücksichtigen. Vor einiger Zeit ist mir eine Korrespondenz zwischen der Geschäftsführung einer Wirtschaftsgruppe und einigen Mitgliedern zu Gesicht gekommen. In dieser vertrat die Geschäftsführung unter Hinweis auf das Führerprinzip den Standpunkt, es nicht nötig zu haben, die Mitglieder zu befragen. Parlamentarische Mehrheitsentscheidungen wie in liberalistischen Zeiten seien überholt. Man würde die Interessen aller wahrnehmen und dementsprechend würde man handeln. So geht das nicht. Es handelte sich um die Abgabe eines Votums zu einer wichtigen Maßnahme der Staatsführung. Selbstverständlich kann ich nicht als Leiter und Geschäftsführer zu irgendeinem Gutachten für die Behörde tausende meiner Mitgliedsfirmen zur Beratung heranziehen und fragen, ob es richtig ist. Aber ich muß mich bemühen, mich zu vergewissern, ob ich auf dem richtigen Wege bin. Bei 31 Wirtschaftsgruppen und 26 Industrieabteilungen, Hunderten von Fachgruppen usw. kann ich auch nicht jeden fragen, aber ich muß mir über die Dinge bewußt sein, die nur einzelne Gruppen oder gar einzelne Unternehmen betreffen. In vorliegendem Falle handelte es sich überdies um eine Entscheidung, die für die Mitglieder auf marktordnendem Gebiet lag. In welcher Form der Leiter seine Mitglieder heranzieht, ist eine Ermessens- und eine Taktfrage. Sein Beirat steht in erster Linie zur Verfügung, der unter Berücksichtigung der fachlichen Zusammensetzung der Gruppe, der Standorte der Unternehmungen oder der Größe der verschiedenen Unternehmungen gebildet ist. Dieser Beirat hat ein Recht, über die entscheidenden Dinge gehört zu werden; mit ihm sollte man oft und eng zusammenarbeiten. Eine solche Untermauerung der eigenen Position und Arbeit kann auch der beste Leiter vertragen. Es tauchen aber Fragen auf, die ganz bestimmte Fachzweige oder Unternehmungsgruppen des Amtsbereichs des Leiters betreffen, für die auch

der Beirat vielleicht nicht ausreichend ist. In diesem Fall muß man sich Unternehmer aus der Mitgliedschaft heranziehen und ad-hoc-Ausschüsse oder ständige Ausschüsse bilden, zum Beispiel Verkehrsausschuß, Gemeinschaftshilfe usw. So wurden bei der Reichsgruppe verschiedene solcher ad-hoc-Ausschüsse gebildet und bei Erledigung wieder aufgelöst. Das ist erstrebenswert. *Die Zahl der Unternehmer, die sich für die Selbstverwaltung zur Verfügung stellt, kann nicht groß genug sein, zumal der Leiter entlastet werden muß, da er nicht alle Aufgaben selbst erledigen kann. Er ist berechtigt, Einzelgebiete an Beauftragte seines Vertrauens abzugeben. Bei Zusammensetzung von Ausschüssen muß er darauf achten, daß sie die richtige Mischung haben. Er muß Groß- und Kleinbetriebe und die Standorte durch die Wahl entsprechender Industrieller berücksichtigen. Daß er die Geschäftsführung nicht machen soll, habe ich schon gesagt. Das ändert aber nichts an der Verpflichtung, in wichtigen Fragen sich auf Grund seiner Verantwortung, seiner praktischen Kenntnisse, seiner Stellung und seines Ansehens selbst einzusetzen und solche grundsätzlichen Fragen für seinen Bereich überall, wo notwendig, persönlich zu vertreten.*

Sind auch die Leitungsprobleme richtig geordnet, so weiß der Fabrikant draußen im Lande noch lange nicht, was zentral vor sich geht. Ich habe immer Wert darauf gelegt, daß gerade die Industrieabteilung diejenige ist, die den Unternehmer im einzelnen betreut und in allem, was allgemein oben geschieht, unterrichtet. Das kann man aber bei der Größe der Wirtschaftsbezirke nur durch die Gründung von Zweigstellen tun. Diese Zweigstellen streben wir an, und sie sollen mit den Industriereferaten der Handelskammer zusammenarbeiten. Damit keine Doppelarbeit geleistet wird, sollte man hierin eine Vereinfachung herbeiführen. Die Herstellung einer Personalunion durch Leiter oder Geschäftsführer hat sich bereits in vielen Fällen bewährt. Das kommt natürlich sehr auf die örtlichen Verhältnisse an. Ein Schema kann man hierfür schlecht ausarbeiten. Es ist Aufgabe der Zweigstellen, der Obmänner, der Bezirksvertreter in der Reichsgruppe Industrie, in Zusammenkünften mit den Unternehmern diese auf dem laufenden zu halten und in jedem einzelnen ein Gefühl zu erwecken für die Notwendigkeit und die Leistungen der Selbstverwaltung sowie für seine Verpflichtung, an den Dingen im Interesse einer guten Gesamtleitung mitzuarbeiten. Wenn es in den Bezirken und Orten so durchgeführt wird, wie wir es an der Spitze nach besten Kräften tun, dann wird die Selbstverwaltung bestehen und Früchte tragen, und sie wird dann nicht – was das Ende der Selbstverwaltung wäre – verbürokratisieren und dadurch Fortschritt und Leistungssteigerung der Industrie hemmen. Der Staat hat bei seiner Lenkung der Wirtschaft das größte Interesse an einer lebendig und wirksam arbeitenden Selbstverwaltung. So können wir ein Hilfsinstrument sein für Führer und Volk jetzt im Kriege ebenso wie für die kommenden Friedensarbeiten.⁶

⁶ Alle Hervorhebungen entsprechen dem Original.

LITERATURBERICHTE
UND REZENSIONEN

Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich

Seewald Verlag, Stuttgart-Degeverloch 1959, 40 Seiten, Preis 2,80 DM.

Ein führender Vertreter der westdeutschen Monopolbourgeoisie und einige seiner weit verbreiteten Auffassungen über Kapital und Unternehmer

Im Bereich der Wirtschaftshistorik, der Geschichte der Produktion, der Produktionsbeziehungen und der Produzenten, spielen philosophische und soziologische, ökonomische und politische Fragen eine wichtige Rolle. Dabei ist die Darlegung geschichtlicher Entwicklungsprozesse keineswegs von nur reminiszierendem Wert, sondern von brennender Aktualität für das Verständnis unserer Gegenwart. Diese Tatsache beweist auch eine schmale Broschüre, die 1959 in Westdeutschland erschien. Auf nur 40 Seiten enthält sie die gedankliche Zusammenfassung mehrerer Vorträge, die einer der führenden Vertreter der westdeutschen Wirtschaft in den Jahren zuvor gehalten hat.

Man kann nicht erwarten, in einer solchen Veröffentlichung ausführliche Beweisführungen oder einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat zu finden. Das kann sich sogar als vorteilhaft erweisen, wenn Form und Inhalt der ausgesprochenen Erkenntnisse ein solches Vorgehen erlauben. Davon kann jedoch in der hier zu besprechenden Broschüre keine Rede sein. Sie bildet vielmehr ein Paradigma für den heutigen theoretischen Tiefstand der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften. Nicht der theoretische Inhalt der Publikation veranlaßt uns also, ihr unsere Aufmerksamkeit zu schenken, sondern ihre eminent politische Bedeutung.

Es ist kaum übertrieben, wenn wir feststellen, daß sich in dieser Arbeit eine knappe, konzentrierte Darlegung des gegenwärtigen Standpunktes der herrschenden Kreise in Westdeutschland zur Frage der Gesellschaftsstruktur und der ökonomischen Ordnung innerhalb ihres Bereichs in all ihrer Widersprüchlichkeit findet. Sie beruht in ihren hauptsächlichen Gedankengängen auf den heutigen Erkenntnissen der bürgerlichen Wissenschaft in den verschiedenen gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen. Von dieser Warte aus versucht sie – allerdings mit untauglichen Mitteln – die Rolle des Unternehmertums in Vergangenheit und Gegenwart darzustellen.

Gleichzeitig darf man eine andere wesentliche Seite der Arbeit nicht übersehen. Der Verfasser ist bestrebt, der westdeutschen Forschung und Lehre programmatische Hinweise zu geben. Nicht umsonst kündigt der Verlag die Schrift

in folgender Weise an¹: „Er (der Verfasser – H. H.) spricht mit dieser Schrift nicht nur die Unternehmer und Politiker, die Führungskräfte der Wirtschaft und Wirtschaftspädagogen an, sondern insbesondere auch die Nachwuchskräfte, die Lehrkräfte an Universitäten, Akademien und Schulen und darüber hinaus alle Leser, denen das Unternehmertum nach wie vor ein Buch mit sieben Siegeln ist.“

Den angesprochenen Kreisen dürfte jedoch bei einer Beschränkung ihrer Studien auf die vulgären, apologetischen Auffassungen, die Friedrich in seinem Werk entwickelt, das „Unternehmertum“ ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Friedrich operiert vornehmlich mit Begriffen der heutigen neoliberalen Schule in Westdeutschland, die sich theoretisch kaum über das Niveau eines Say oder Bastiat erhoben hat, dafür aber um so mehr die ideologischen Messer an solchen von ihnen erfundenen Scheinbegriffen wie „Totalitarismus“ und „freie Marktwirtschaft“ wetzt. Friedrich steht in seinen Auslassungen auf einem sehr schwachen Untergrund. Letzten Endes wünscht er keine Erkenntnis der Wahrheit, sondern eine offene Apologie der westdeutschen Staats- und Gesellschaftsordnung. Nicht umsonst bringt er am Anfang seiner Arbeit zum Ausdruck, daß er sie Herrn Prof. Erhard, dem Chef des westdeutschen Wirtschaftsministeriums und einer der treibenden Figuren der „freien Marktwirtschaft“, „in Freundschaft“ zueigne.

VOM RÜSTUNGSSACHVERSTÄNDIGEN HITLERS ZUM BERATER ADENAUERS

Doch bevor wir uns mit dem Inhalt der Broschüre näher befassen, ist es angebracht, einige Erläuterungen über den Verfasser voranzustellen. Otto A. Friedrich ist in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht irgendwer. Seit 1949 steht er als Generaldirektor an der Spitze der Phönix Gummiwerke AG, Hamburg-Harburg, des zweitgrößten Gummikonzerns in Westdeutschland.² Außerdem nimmt er verschiedene Aufsichtsratsposten ein: Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der Internationalen Galalith-Gesellschaft AG, Hamburg-Harburg³, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der BP Benzin-Petroleum GmbH (vormals Olex), Hamburg, und Aufsichtsratsmitglied der Siemens & Halske AG. Weit bekannter als in diesen Positionen ist Friedrich jedoch dadurch geworden, daß er in einer Reihe von wirtschaftlichen Organisationen und Institutionen leitende Ämter bekleidet. Unter diesen Ämtern wären vor allem zu nennen: Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln, Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Köln, Vorstandsvorsitzender der Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

¹ *Friedrich, Otto A.*, Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich. Stuttgart 1959, 2. Umschlagseite.

² Seit 1951 gehört der amerikanische Gummikonzern Firestone Rubber & Tire Co., Akron (Ohio), zu den Großaktionären der Phönix AG.

³ 1959 wurde die Gesellschaft mit der Phönix AG zusammengelegt.

(BDI), Hamburg, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg, Vorstandsmitglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e.V., Essen-Bredeneu, Vorstandsmitglied des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. und Mitglied des Kuratoriums der Forschungsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Aber nicht genug damit, daß Friedrich über diese Organisationen auf eine für die Öffentlichkeit meist wenig sichtbare Weise starken Einfluß auf das politische Geschehen in der westdeutschen Gesellschaft nimmt, wurde er 1951, im Zusammenhang mit der Korea-Krise, zum Rohstoffberater der Bundesregierung ernannt, und noch heute übt er das Amt eines „wertvollen Ratgebers für die politische Führung des Bundes“ aus.⁴ Nicht zuletzt hat Friedrich bedeutsame politische Funktionen als Mitglied des Bundesverteidigungsrates, des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ und des Personalgutachterausschusses der Bonner Armee inne. Alles zusammen stempelt Friedrich zu einer der führenden Unternehmerfiguren in Westdeutschland. Seine vielfältigen politischen Bemühungen fanden früh offizielle Anerkennung, als er 1951 als einer der ersten Wirtschaftsführer mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert wurde.

Doch man muß nicht nur die heutige Stellung des Vorstandsvorsitzenden des Phönix-Konzerns kennen, um sein „sich wandelndes Leitbild des Unternehmers“ richtig einzuschätzen, sondern es ist ebenso notwendig, einiges über seine Vergangenheit zu wissen.

Anfang der dreißiger Jahre finden wir Friedrich, noch nicht dreißigjährig, auf dem Posten eines Geschäftsführers der Deutschen Goodrich Company GmbH, Berlin, der deutschen Zweigstelle eines der wichtigsten amerikanischen Gummikonzerne.⁵ Es ist die Zeit der großen Weltwirtschaftskrise. Die „tiefere Ursache“ für die Krise sah Friedrich rund 25 Jahre später „in den deutschen Reparationen aus dem Versailler Vertrag“.⁶ Das ist immerhin ein bemerkenswertes Eingeständnis des Nichtverstehens ökonomischer Gesetzmäßigkeiten bei einem Wirtschaftsfachmann.

Ohne Rücksicht auf theoretische Überlegungen versuchte Friedrich bereits damals, die Interessen seiner amerikanischen Brotgeber wahrzunehmen und auf die in schwieriger Lage befindliche Phönix AG hinzulenken. Im Widerspruch zu Friedrichs Auffassung war die Krise, deren „tiefere Ursache“ er in einem nur für Deutschland zutreffenden Faktum sah, nicht nur auf Deutschland beschränkt. Sie machte sich auch bei dem amerikanischen Goodrich-Konzern bemerkbar, der 1931 so starke Verluste erlitt, daß sein Interesse an deutschen Kapitalbeteiligungen zwangsläufig erlosch.

⁴ Auszug aus einem Artikel der großbürgerlichen Zeitung „Die Welt“. In: *Friedrich, Otto A.*, a. a. O., 4. Umschlagseite.

⁵ Unter den Big Five der amerikanischen Gummiindustrie rangierte Goodrich damals an dritter Stelle.

⁶ *Friedrich, Otto A.*, Ein Werk im Spiegel der Weltwirtschaft. 1856 bis 1956. In: *Samhaber, E.*, und *Friedrich, Otto A.*, Hundert Jahre Weltwirtschaft im Spiegel eines Unternehmens. Freiburg 1956, S. 85.

Für Friedrich setzte in den Jahren der Nazidiktatur ein steiler Aufstieg ein. Er wurde deutscher und gleichzeitig kontinentaleuropäischer Vertreter im International Rubber Regulation Committee (IRRC), einem weltumfassenden Kartell der rohgummierzeugenden Länder, dem auch die größten Verbrauchergebiete angeschlossen waren.⁸ 1939 wurde er in den Vorstand des Pönix-Konzerns berufen. Der Konzern beurlaubte ihn bald wieder, damit er die weitaus wichtigere Funktion eines Sachverständigen in der Reichsstelle für Kautschukerzeugung in Berlin übernehmen konnte. Rükckerinnernd erklärte Friedrich dazu⁹: „Absatzprobleme gab es nicht, sondern nur noch die Probleme der Arbeitskräftesicherung, der Rohstoffbeschaffung, der Warenverteilung . . .“ Welch sorgenfreie Zeiten für die Monopolherren, die scheinbar nicht mehr um Absatzmärkte kämpfen mußten, sondern fast nur noch als Verteiler zu fungieren hatten!

Der Krieg brachte eine ungeahnte Ausweitung des Aufgabengebietes. Die deutschen Monopolherren mußten ihre ausländischen Partner in den eroberten Ländern „technisch beraten“. Friedrich, der 1943 an die Spitze der Reichsstelle für Kautschukerzeugung getreten war, sorgte dafür, daß sein Konzern bei der Teilung der Beute in den Ländern Europas keinen zu geringen Anteil bekam. Phönix schloß beispielsweise Verträge mit folgenden Firmen: Askim, Norwegen, Bergougnan, Belgien und Frankreich, Michelin, Frankreich, Paulstra, Frankreich, Danske Galosche, Dänemark, und anderen. Außerdem übernahm der Konzern die treuhänderische Leitung der Firmen Quadrat, Riga, und Michelin, Prag.¹⁰

Zu diesen Ereignissen bemerkte Friedrich später¹¹:

„Phönix ließ es sich angelegen sein, alle diese Verträge unter Wahrung friedensmäßiger Rechtsgrundsätze abzuschließen.“

Friedrich selbst wußte natürlich genau, daß die Verträge nur unter dem Druck der militärischen Besetzung zustande gekommen waren. Dagegen war es eine andere Frage, daß führende kapitalistische Kreise in einer Reihe von besetzten Ländern mit den deutschen Monopolen kollaborierten. Sie versuchten, aus ihrer militärischen Niederlage den größtmöglichen Vorteil herauszuholen.

Nach 1945 finden wir den ehemaligen Rüstungssachverständigen Hitlers eifrig bemüht, die früheren Beziehungen zu den jetzt als Besatzungsmächte auftretenden Kreisen des britischen und amerikanischen Monopolkapitals wieder aufzunehmen und auszubauen. In der britischen Zone, zu deren Zuständigkeitsbereich der Phönix-Konzern im wesentlichen gehörte, wurde beispielsweise ein Vertreter des britischen Dunlop-Konzerns als Rubber Controller¹² der Militärregierung eingesetzt. Es handelte sich hierbei um E. F. Hingeley, der später zum Generaldirektor der Hanauer Dunlopwerke, der deutschen Tochter des

⁸ Die größten Verbrauchergebiete waren die USA, England und Kontinentaleuropa mit Deutschland an der Spitze.

⁹ *Samhaber, E.*, und *Friedrich, Otto A.*, a. a. O., S. 92.

¹⁰ Ebenda. ¹¹ Ebenda.

¹² Kontrolloffizier für die Gummiindustrie.

britischen Konzerns, avancierte. Die internationale Kapital- und Interessenverflechtung erwies sich als ein Teil jener objektiven Basis, auf der die deutschen Monopolherren nach 1945 trotz ihrer zahlreichen Verbrechen und trotz des Widerstandes in breiten Schichten der Bevölkerung ihre Macht neu etablieren konnten.

Zusammen mit Albert Schäfer, der bereits 1933 an die Spitze des Phönix-Konzerns getreten war und in den zwölf Jahren der blutigen Diktatur des deutschen Monopolkapitals diesen Posten innegehabt hatte, bildete Friedrich den neuen Vorstand. Dieses Zweigespann bot „hervorragenden Männern, die ihre Stellung in anderen Werken verloren hatten“¹³, eine neue Heimstatt. Dazu gehörte beispielsweise Fritz Koenecke, der von dem größten deutschen Gummikonzern, der Continental Gummiwerke AG, Hannover, kam.¹⁴

Auch in den neuen Aufsichtsrat kamen alte bewährte Wirtschaftsführer aus der Nazizeit. Auf Vorschlag von Schäfer wurde der Finanzexperte des Siemens-Konzerns und ehemalige Wehrwirtschaftsführer Fritz Jessen zum Aufsichtsratsvorsitzenden bestellt. Nicht weniger „prominent“ war Rudolf Brinckmann, der Chef der Hamburger Privatbank Brinckmann, Wirtz & Co., der in der Naziära vor allem durch die „Arisierung“ des jüdischen Bankhauses Warburg emporgestiegen war.

Von Anfang an gehörten die leitenden Männer des Phönix-Konzerns zu jenen, die die Spaltung Deutschlands betrieben. So berichtete schon im Winter 1945/46 ein Korrespondent der „Chicago Tribune“¹⁵: „Unter deutschen Industriellen und Finanziers in der britischen Besatzungszone herrscht eine starke Stimmung für sofortige Vereinigung mit dem britischen Empire. Sie sagen, daß sie den Status eines Dominions vorziehen, weil es ihnen Schutz bietet vor der Gefahr des Kommunismus in ihren Gruben und Fabriken . . .“

Mit der Währungsreform im Jahre 1948 wurde schließlich ein entscheidender Schritt zur Spaltung Deutschlands getan. Phönix konnte sein Kapital 1 : 1

¹³ Samhaber, E., und Friedrich, Otto A., a. a. O., S. 94.

¹⁴ Fritz Koenecke war in der Zeit des Faschismus Generalbevollmächtigter für das Kraftfahrzeugwesen, Vorsitzender des Rüstungsaussschusses XIa (Hannover), Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Automobilindustrie, Leiter der Fachgruppe Kautschukindustrie und der Fachuntergruppe Bereifung, Mitglied des Beirats der Wirtschaftsgruppe Fahrzeugindustrie und der Reichsstelle für Kautschuk und Asbest, Reichswirtschaftsrichter und Wehrwirtschaftsführer. Nachdem Koenecke nach 1945 unter Mitwirkung von Friedrich und Schäfer bei der Phönix AG unterschlüpfen konnte, wechselte er 1952 zu Daimler-Benz über. Gleichzeitig rückte er erneut in eine Reihe wichtiger Ämter auf. Er wurde Mitglied des Präsidiums des Bundes der deutschen Industrie und des Verbandes der Arbeitgeberverbände, Vorstandsmitglied des Landesverbandes der badisch-württembergischen Industrie und Mitglied des Großen Handelsbeirates des Bundeswirtschaftsministeriums. Koenecke, der auch in verschiedene Leihwagenaffären verwickelt war, legte Ende 1960 seinen Vorstandsposten bei Daimler-Benz nieder.

¹⁵ Zitiert bei Axen, H., und Heinrich, E., Um die Wiedergeburt der Nation. In: „Neues Deutschland“ vom 11. 6. 1960, Ausgabe B.

umstellen und damit die im Kriege angesetzten Fettpolster in die neue Zeit hinüberretten. Friedrich trat nunmehr, wie schon erwähnt, an die Spitze des Phönix-Konzerns, während der bisherige Vorstandsvorsitzende Albert Schäfer auf den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden überwechselte. Friedrich trat in dem neugebildeten westdeutschen Staatswesen aktiv hervor und gehörte zu den treibenden Unternehmerfiguren der westdeutschen Nachkriegsära.

Eine gedankliche Zusammenfassung mehrerer seiner öffentlichen Vorträge brachte Friedrich 1959 unter dem Titel „Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich“ heraus. Zu den wichtigsten bereits früher veröffentlichten Vortragsmanuskripten gehören eine Rede, die er am 31. Oktober 1953 in der Evangelischen Akademie in Loccum vor einem geladenen Kreis von Wirtschaftlern vortrug¹⁶, und ein Vortrag, den er am 17. Januar 1957 anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Freiherr-von-Stein-Preis in Hamburg hielt.¹⁷ Die beiden Vorträge zeugen von dem intensiven Bemühen Friedrichs, den alten Typ des Unternehmers in neuer Verpackung als marktgängig anzupreisen. Die Arbeit Friedrichs enthält eine kurze Einleitung. Es folgt ein „Historischer Rückblick“ überschriebener Abschnitt. Darauf beginnt Friedrich, sich mit den „Elementen für unternehmerisches Wirken“, Kapital und Arbeit, auseinanderzusetzen. Anschließend wird versucht, das „Leitbild“ des modernen Unternehmers und seine Wandlung zu umreißen.

„FREIHEIT UND MACHT“

In der Einleitung stellt Friedrich die Kardinalfrage unserer Zeit, die Frage, was das gegenwärtige Geschehen bestimmt, und er gibt die Antwort¹⁸: „Wir sind dabei, in eine Phase des Wettstreits zwischen Marktwirtschaft, verankert in freiheitlichen politischen Institutionen, und Zentralverwaltungswirtschaft, gesteuert von der kommunistischen Diktatur, einzutreten.“

Vom 15. bis zum 19. Jahrhundert tobte der weltweite Kampf zweier Gesellschaftssysteme. Die Kräfte des absterbenden Feudalismus versuchten mit allen Mitteln ihre Stellung gegenüber der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft zu behaupten. In der ideologischen Auseinandersetzung gaben sich die Feudalherren als Pfeiler der Gesellschaft aus. Sie kehrten das tatsächliche Verhältnis um und erklärten, daß sie die väterlichen Beschützer und Ernährer der hörigen und leibeigenen Bauern seien und daß diese ohne sie nicht existieren könnten.

Auch gegenwärtig vollzieht sich der weltweite Übergang von einer alten, reaktionär gewordenen Gesellschaftsordnung zu einer neuen. Wiederum versuchen die alten herrschenden Kräfte sich einer solchen Entwicklung mit aller

¹⁶ Friedrich, Otto A., Der Unternehmer im Spannungsfeld der Wirtschaftspolitik. Bonn u. Frankfurt a. M. 1954.

¹⁷ Friedrich, Otto A., Freiheit und Selbstverantwortung in der Wirtschaft der Zukunft. Baden-Baden u. Frankfurt a. M. 1957.

¹⁸ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 7.

Macht entgegenzustellen. Ideologisch gehen sie in zwei Richtungen vor: Einmal soll das eigene System so dargestellt werden, daß es als das bestmögliche erscheint. In Verbindung damit werden die Kapitalisten von heute als so unentbehrlich geschildert, wie sich vor 150 und mehr Jahren die Feudalherren ausgaben. Zum anderen müssen die neu entstehenden fortschrittlichen Kräfte so verleumdet werden, daß jeder in ihnen ein Schreckgespenst erblickt.

Friedrich nennt deshalb die kapitalistische Ordnung eine „Marktwirtschaft“ mit angeblich freiheitlichen politischen Institutionen und die sozialistische Ordnung eine „Zentralverwaltungswirtschaft“ unter der „kommunistischen Diktatur“. Diese verlogene Gegenüberstellung stützt sich auf das Vokabular, das die neoliberalen Wirtschaftstheoretiker für die herrschenden Kräfte in Westdeutschland geliefert haben und mit dessen Hilfe die Restauration der Macht der Monopole vorangetrieben wurde. Daß die sogenannte freie oder soziale Marktwirtschaft keine anderen gesellschaftlichen Grundlagen als der Kapitalismus der vorangegangenen Jahre hat, kann selbst Friedrich nicht ganz verschweigen, wenn er schreibt¹⁹: „Man kann die freie Wirtschaft auch als diejenige bezeichnen, die vom unternehmerischen Element im allgemeinen Sinne, von der Entfaltung persönlicher Initiative und von der Selbstverantwortung der Beteiligten in allen Stufen getragen wird . . .“

Im selben Zusammenhang heißt es bei Friedrich²⁰:

„Der Unternehmer ist eine Verkörperung und ein Hauptträger der freien Wirtschaft . . .“

Wer waren denn die Hauptträger der Wirtschaft in der Zeit des Faschismus? Friedrich, in dieser Zeit Leiter der Reichsstelle für Kautschukerzeugung, also einer staatlichen Dienststelle, ist doch nur der schlagende Beweis dafür, in welchem Maße die führenden Kräfte der Wirtschaft, die „freien Unternehmer“, die unmittelbare Leitung der Wirtschaft mit staatlichen und politischen Funktionen verbanden. Es ist daher von Grund auf verlogen, wenn vom neoliberalen Standpunkt aus die freie Marktwirtschaft, das herrschende System in Westdeutschland, einer angeblichen Zentralverwaltungswirtschaft, zu der in unverschämter Weise gleichermaßen die sozialistische wie auch die faschistische Wirtschaft gerechnet werden, gegenübergestellt werden.²¹

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Wie verbreitet diese Auffassung in den bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften ist, zeigen auch Veröffentlichungen vom historischen und politischen Standpunkt. So veröffentlichte der Freiburger Historiker Gerhard Ritter 1954 in der Zeitschrift „Diogenes“ einen Aufsatz, in dem er dem parlamentarisch-liberalen Verfassungsstaat einen totalitären Einparteiensstaat gegenüberstellt und durch diesen Trick eine gemeinsame Formel für das Regime Hitlers und die sozialistische Ordnung in der Sowjetunion gefunden zu haben glaubt (Ritter, *Gerhard*, Vom Problem der totalitären Demokratie. In: „Diogenes“, Jahrg. 1954, Heft 7/8). In einer Polemik gegen ein solches Verfahren führte der bekannte Rechtswissenschaftler Prof. Steiniger aus: „Ritter sieht das ‚Totalitäre‘ des faschistischen Staates wie seines objektiv schärfsten Kontrastes, des sozialistischen Staates, in der Omnipotenz des Staatsapparates,

Die herrschenden kapitalistischen Kräfte werden vom Rad der geschichtlichen Entwicklung getrieben. Der Vormarsch der sozialistischen Ideen zwingt sie, gegen alle Gesetze der Logik zu verstoßen, alte Begriffe verschwinden zu lassen, neue zu erfinden oder zu versuchen, alte Begriffe als neue auszugeben. Auf diese Weise wollen sie ihr System verteidigen und die neue, immer mächtiger heranwachsende sozialistische Ordnung in Mißkredit bringen. Ja, der Einfluß der sozialistischen Ideen auf die Volksmassen ist bereits so stark, daß die Monopolisten dazu übergehen, die Idee des Sozialismus für das eigene Ausbeutungssystem in Anspruch zu nehmen. Friedrich schreibt²²:

„Kapitalismus‘ und ‚Sozialismus‘ werden in unserer Zeit immer unbrauchbarere Begriffe. Im Grunde durchdringen sie sich in der freien Welt seit langem und haben aus theoretischen Erkenntnissen und praktischen Zielsetzungen zu einer Synthese geführt, während sie im kommunistischen System im Interesse der Alleinherrschaft einer Partei dogmatisch weiter als Antithese behandelt werden. ‚Kapitalistisch‘ in rein ökonomischem Sinne ist alle moderne industrielle Wirtschaft, gleichgültig, ob sie in einem freiheitlichen System von unternehmerischem Geist getragen oder im kommunistischen von staatlichem Zwang beherrscht wird. ‚Sozialistische‘ Züge im menschlichen Sinne trägt unsere Gesetzgebung seit langem, und zwar besonders dort, wo es um das Verhältnis von Kapital und Arbeit geht.“²³

Obwohl Friedrich behauptet, es dränge ihn „zur Ermittlung von Tatsachen“²⁴, sind seine Vorstellungen fernab von jeder Realität. Er vermengt „Ökonomisches“ mit „Menschlichem“. Er muß verschwommene Begriffe und Formulierungen gebrauchen, einmal, um seine Existenz als Kapitalist als nichtexistent hinzustellen, zum anderen, um seine nichtexistente Existenz als absolute Notwendigkeit und von ewiger Dauer erscheinen zu lassen. Er muß exakte wissenschaftliche Begriffe vermeiden, um nicht offen zugeben, daß die Grundlagen

der führenden Partei, eines einzelnen Führers oder Führungsgremiums gegenüber den Staatsbürgern. Nun bedarf es keines Arguments dafür, daß die Potenzierung des Konträren zwar in beiden Fällen Potenzierung ist, aber gerade durch die jeweilige Potenzierung zu noch konträreren Ergebnissen führt, so daß die aus der Potenzierung hergeleitete Identifizierung entgegengesetzter Inhalte potenziertes Unsinn ist.“ (Steiniger, Alfons, „Freie“ Welt und „totalitäre“ Staaten – ein Beitrag zur Begriffsklärung. In: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, Protokoll einer Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 8. bis 10. März 1956, Berlin 1956, S. 276.)

²² Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 8.

²³ Nicht nur gedanklich, sondern auch in der Formulierung entspricht diese Äußerung Friedrichs fast genau den Worten, die einer der westdeutschen Ideologen 1957 in der Zeitschrift „Der Volkswirt“ über den „Volkskapitalismus“ niederschrieb: „In diesem Sinne stellt sich der Volkskapitalismus als Überwindung des Kapitalismus alter Art und des marxistischen Sozialismus dar, als eine Synthese, die die Vorteile des Kapitalismus mit dem Postulat der sozialen Gerechtigkeit des Sozialismus kombiniert.“ (Sweerts-Sporck, Peter, Die Ausgangslage und das Prinzip. In: „Der Volkswirt“, Jahrg. 1957, Nr. 18.)

²⁴ Friedrich, Otto A., Freiheit und Selbstverantwortung . . . A. a. O., S. 8.

der Gesellschaft in der blutigen Diktatur Hitlers dieselben waren wie in der klerikal-militaristischen Ordnung Adenauers. Er muß Verdrehungen anwenden, um die soziale Abhängigkeit des Arbeiters von den Monopolen als Freiheit hinzustellen und die soziale Unabhängigkeit des Arbeiters in der sozialistischen Ordnung als „Diktatur“ und „staatlichen Zwang“ zu verleumden.²⁵

Friedrichs Arbeit ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil sie zeigt, wie sich die gegenwärtige Etappe eines weltweiten historischen Prozesses im Kopf eines führenden Vertreters der westdeutschen Monopolbourgeoisie widerspiegelt.

Wenn wir den Abschnitt „Historischer Rückblick“ betrachten, so kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wie sehr das Handeln der westdeutschen Monopolbourgeoisie von ihrem Wunsdenken begleitet beziehungsweise diktiert wurde. Nach Friedrich brach 1945 beim deutschen Volke „die elementare Erkenntnis“ durch, „daß Herrschaft und Macht von Natur böse sind und zur Gewalt neigen, wenn sie nicht durch Gegenkräfte gebändigt werden“.²⁶ Die Gegenkraft gegen das „Böse“ war 1945 – so legt Friedrich dar – die Freiheit, „eine heilige Pflicht der menschlichen Persönlichkeit, die nicht einer vermeintlichen anderen sittlichen Verpflichtung geopfert werden“ durfte.²⁷

Diese Formulierungen sind ein Musterbeispiel dafür, wie die modernen bürgerlichen Apologeten mit absoluten sittlichen Kategorien operieren, um sie für ihre eng begrenzten Klassenziele auszunutzen. Geschickt werden Wahrheiten mit Halbwahrheiten und Lügen vermischt. Bloße Erscheinungen werden für das Wesen ausgegeben. In der Tat wurde das deutsche Volk 1945 befreit. Die Sowjetarmee setzte damals im Bunde mit den Truppen der Westmächte der faschistischen Gewaltherrschaft ein Ende. Die Erkenntnis der neugewonnenen Freiheit war jedoch aufs engste mit der Frage verbunden: Wie konnte es zu der nationalen Katastrophe kommen? Wo lagen die Ursachen? Wer trug die Schuld? Wenn die heutige westdeutsche Geschichtsschreibung diese Frage dadurch zu beantworten glaubt, daß sie die Schuld einfach auf die Person Hitlers oder vielleicht noch auf einige seiner engsten Komplizen abschiebt, die längst in Nürnberg hingerichtet worden sind – Tote können nicht noch einmal bestraft werden –, dann zeugt das von einer bewußten und bei einigen Gutgläubigen vielleicht auch weniger bewußten Vertuschung des wahren Sachverhalts. Damit wird ein einziges Ziel verfolgt: Das heute in Westdeutschland herrschende System von der Vergangenheit zu entlasten und als etwas völlig Neues hinzustellen.

Die Frage nach der Ursache der Katastrophe von 1945 kann nicht durch einen verwaschenen absoluten Freiheitsbegriff beantwortet werden, sondern allein durch das Aufdecken der gesellschaftlichen Kräfte, die Hitler an die Macht

²⁵ *Friedrich, Otto A.*, Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 7 u. 8.

²⁶ Ebenda, S. 9.

²⁷ Ebenda.

brachten und seine abenteuerliche Kriegspolitik unterstützten.²⁸ Es ist deshalb absurd, wenn ausgerechnet Friedrich die Freiheit als Gegenkraft gegen die Macht des „Bösen“ anruft. Welche Freiheit meint denn Friedrich? Er meint doch die unternehmerische Freiheit, da nach seiner Auffassung der Unternehmer „Verkörperung“ und „Hauptträger“ der „freien Wirtschaft“ ist. Diese „Freiheit“ aber hatte gerade zur Gewaltherrschaft in ihren ärgsten und scheußlichsten Formen geführt. Indem Friedrich davon spricht, daß im deutschen Volke 1945 „die elementare Erkenntnis der Freiheit“ zum Durchbruch kam, dient ihm diese idealistische Auslegung der Geschichte dazu, die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft als einen Neubeginn darzustellen. Die Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlertyrannie benutzt er dazu, von der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals abzulenken, die vor 1945 in der Gestalt der faschistischen Diktatur zum Ausdruck kam und nach 1945 in der klerikal-militaristischen Diktatur unter Adenauer wiedererrichtet wurde. Für Friedrich ist der eigentliche Inhalt des Freiheitsbegriffes stets die möglichst unbeschränkte Freiheit des deutschen Monopolkapitals, Profite zu machen. Indem Friedrich diesen Inhalt mit der Befreiung des deutschen Volkes im

²⁸ In der Geschichte ist eine Freiheit an sich, als allgemeine „heilige Pflicht der menschlichen Persönlichkeit“, niemals in Erscheinung getreten. Die Freiheit war stets an den jeweiligen Stand des menschlichen Fortschritts, an das Verhältnis der Menschen zur Natur und untereinander gebunden. Bereits Friedrich Engels analysierte die Abhängigkeit der Freiheit von der gesellschaftlichen Entwicklung: „Freiheit besteht . . . in der, auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur; sie ist damit notwendig ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung.“ (*Engels, Friedrich*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 8. Aufl., Berlin 1958, S. 138.) Auf der Konferenz, die im Jahre 1956 von der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin über das Problem der Freiheit veranstaltet wurde, erklärte Prof. Zweiling: „Das erste, was wir feststellen müssen, um wissenschaftliche Klarheit über den wirklichen ‚Freiheits‘-Begriff zu bekommen, ist – wie hier bereits mehrfach gesagt wurde –, daß der Begriff der ‚Freiheit‘ eine spezifisch menschliche Kategorie ist. Er bezieht sich seinem Wesen nach auf das Verhältnis von Menschen zu den Kräften der Natur und zu anderen Menschen. Wenn der Begriff ‚Freiheit‘ auf andersartige Beziehungen angewendet wird, wenn wir z. B. sagen, daß wir einem gefangenen Tier die Freiheit zurückgeben; wenn wir von den Gesetzen des freien Falls oder von den Freiheitsgraden eines mechanischen Systems sprechen, so verwenden wir den Begriff ‚Freiheit‘ lediglich im übertragenen Sinne, bildhaft, metaphorisch.“ (*Zweiling, Klaus*, Die marxistische Auffassung von Freiheit und Notwendigkeit. In: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. A. a. O., S. 230.) Diesem wissenschaftlichen Freiheitsbegriff kann die bürgerliche Ordnung nur Freiheitsphrasen gegenüberstellen. Es gibt nicht wenige idealistische Philosophen, die eingestehen, daß sie dem Freiheitsbegriff keinen wissenschaftlichen Inhalt geben können. So erklärte der geschäftsführende Direktor des Philosophischen Seminars an der Freien Universität in Westberlin, W. Th. Weischedel, am 9. 1. 1961 in einem Rundfunkvortrag, betitelt „Fichte, Hegel und Schelling“, daß wir „in einer Zeit der äußersten Verwirrung über das, was Freiheit ist“, leben.

Jahre 1945 vermengt – für ihn selbst war es im Grunde keine Befreiung, sondern im Gegenteil waren viele seiner nächsten Freunde, zumindest in den ersten Monaten nach Hitlers Untergang, „politischer Verfemung“ ausgesetzt, wie er selbst zum Ausdruck bringt²⁹ –, möchte er das Zauberkunststück fertigbringen, das Jahr 1945 als einen Neubeginn der Freiheit hinzustellen und die wachsende Zunahme der eigenen, kapitalistischen Freiheiten als Freiheit des ganzen Volkes auszugeben.

Das Jahr 1945 bildete ohne Zweifel einen jener entscheidenden Zeitpunkte in der Geschichte des deutschen Volkes, an dem sich grundsätzliche Wandlungen vollziehen konnten. Im Osten Deutschlands trat diese Wandlung ein. Hier trifft die Bemerkung von Friedrich zu, nach der die „Tabula rasa“ von 1945 „einen neuen Menschen“ gebar.³⁰ Doch in Westdeutschland wurde diese Chance vergeben, weil die alten herrschenden Kräfte nicht gezwungen werden konnten, abzutreten. Die in der Zeit des Faschismus führend gewesenen Kräfte zogen wieder in die Positionen der Macht ein und fanden dabei die Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte und einiger rechter „Arbeiterführer“. Was in Westdeutschland 1945 nicht neu, sondern wiedergeboren wurde, waren die alten monopolistischen Kräfte, die unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse mit neuen Methoden und scheinbar neuen ideologischen Konzeptionen ihre wirtschaftliche und politische Macht aufbauten. Nicht zuletzt liefert Friedrich selbst ein solches Beispiel.

Für Friedrich ist die Entwicklung in Westdeutschland nach 1945 eine Entwicklung des Freiheitsbewußtseins in drei Stufen. Danach begann durch das „Erlebnis der Freiheit und die Liebe zur Freiheit“ der Aufbau im Betrieb.³¹ Das ist, gelinde gesagt,barer Unsinn. Es zeigt im Grunde nur, zu welcher idealistischen Denkkonstruktionen die führenden Kreise in Westdeutschland Zuflucht nehmen, um ihr System anzupreisen. Kein Mensch wurde durch das „Erlebnis der Freiheit“ oder „die Liebe zur Freiheit“ zum Aufbau der Betriebe veranlaßt. Die monopolistischen Kreise selbst hatten sich in der Nazizeit sehr frei gefühlt. 1945 hegten sie – ganz im Gegensatz zu dem gepriesenen „Erlebnis der Freiheit“ – eine Zeitlang Furcht, was nun kommen würde. Je mehr sie bei den westlichen Besatzungsmächten das „Mißtrauen“ überwinden, desto mehr allerdings wucherte bei ihnen die Liebe zu der Freiheit des Profitmachens.

Den Arbeitern und Angestellten ging es dagegen genau umgekehrt. Sie glaubten anfangs, daß die Befreiung vom Faschismus auch der Beginn einer sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung sein würde; aber mit der zunehmenden Freiheit der Friedrich und ihresgleichen wurden ihre Freiheiten wieder systematisch eingeschränkt. Sie blieben in den alten Abhängigkeitsverhältnissen.

²⁹ Samhaber, E., und Friedrich, Otto A., Hundert Jahre Weltwirtschaft... A. a. O., S. 94.

³⁰ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers... A. a. O., S. 11.

³¹ Ebenda, S. 10.

Nicht selten wurde den Arbeitern schon auf der „ersten Stufe der Freiheit“ vorexerziert, wer Herr im Hause war. Friedrich bringt in seiner Geschichte des Phönix-Konzerns ein Beispiel für die Methoden, mit denen die Konzernherren in der ersten Zeit nach 1945 ihre Macht ausübten. So sollten bei Phönix auf Wunsch der Belegschaft achtzehn an leitender Stelle tätige Mitarbeiter aus dem Betrieb entfernt werden, weil sie sich aktiv für das Naziregime eingesetzt hatten. Daraufhin ließ der Vorstandsvorsitzende Schäfer dem britischen Rubber Controller „robust erklären“, wenn diese Leute entlassen würden, werde er das Werk schließen. Nach Friedrich beeindruckte diese „charaktervolle Haltung“ die Engländer so sehr, daß die „Leute“ bleiben konnten.³² Die „Liebe zur Freiheit“ wurde also von Anfang an bewußt als ein Vorrecht der Konzernherren angesehen. In der sowjetischen Besatzungszone wäre eine solche Auslegung der Freiheit undenkbar gewesen. Hier hätte der Wille der Belegschaft und nicht der der Konzernherren gegolten.

Auf der nächsten Stufe schuf die Währungsreform von 1948 die Grundlage für die „zweite große Entfaltung der Freiheit“, für den „freien Leistungswettbewerb im Markt“.³³

Dieser Einschnitt erscheint zunächst etwas ungewöhnlich. Aber bei dem zwar idealistisch verklärten, doch immerhin deutlich erkennbaren klassenmäßigen Ausgangspunkt von Friedrich liegt die Bedeutung der Währungsreform von 1948 auf der Hand. Die Währungsreform führte die Spaltung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands herbei. Für das deutsche Monopolkapital war das ein notwendiger Schritt, um die eigenen Positionen wenigstens in den westlichen Zonen zu retten. Mit der Realisierung der Kriegsgewinne und der Ankurbelung des Wirtschaftslebens begann tatsächlich eine neue Nachkriegsetappe in Westdeutschland. Allerdings findet es Friedrich bei dieser Gelegenheit doch etwas ungewöhnlich, ausgerechnet den kapitalistischen Markt, den Austragungsort heftigster Konkurrenzkämpfe, wo stets der Schwächere unterdrückt wird und zugrunde geht, als „Pflegestätte freiheitlichen Geistes“ zu preisen. Er erklärt nämlich³⁴: „Wir sind im allgemeinen nicht gewöhnt, den Markt als Pflegestätte des Geistes anzusehen.“ Um dann fortzufahren: „Und doch ist gerade dies ein stückhaftes Denken, das wirtschaftliche Vorgänge wie einen technischen Mechanismus aus unserer Vorstellung von der Kultur eines Volkes ausklammert und zu einer Sache der Experten macht.“

Es ist durchaus richtig, daß die wirtschaftlichen Vorgänge aufs engste mit der Gesamtkultur eines Volkes zusammenhängen. Sie bilden weitgehend die Grundlage für die Kultur. Wenn aber kapitalistische Produktion und kapitalistischer Markt die wirtschaftliche Grundlage sind, dann werden auch alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen durch die kapitalistische Produktionsweise bestimmt. Der angeblich „freiheitliche Geist“ wird hier auf seine wahre

³² Samhaber, E., und Friedrich, Otto A., Hundert Jahre Weltwirtschaft . . . A. a. O.

³³ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 11.

³⁴ Ebenda, S. 11f.

Basis bezogen. Friedrichs Trick, die Freiheit der Kapitalisten mit der Freiheit des Volkes gleichzusetzen, erlaubt es ihm, einerseits von den Interessen der Monopolherren auszugehen, andererseits aber leere Begriffe zu verwenden, um nicht zugeben zu müssen, wessen Freiheit in Wirklichkeit gemeint ist. So ist es nicht verwunderlich, daß die Geschichte bei Friedrich zu einer Entwicklung des Freiheitsbewußtseins wird und seitenlang inhaltslose Sätze über die „Kraft des Freiheitsbewußtseins“ gesprochen werden. So entfaltete sich nach der Währungsreform der Durchbruch zum „freien Markt“ aus der „ungeheuren Dynamik von innen her“, so erwuchs der Durchbruch zur „Marktfreiheit“ aus der ungeheuren Kraft, „mit der sich der Glaube an die Freiheit durchsetzte“.³⁵ Die stärkste Antriebskraft für das wirtschaftliche Handeln lag in der Überzeugung, „daß die Entfaltung aller freien Kräfte Berge versetzen“ werde.³⁶ Wenn Friedrich an Stelle von Freiheit von Kapitalbesitz und Profitstreben gesprochen hätte, hätten seine Darlegungen ohne Zweifel den Charakter einer wissenschaftlichen Analyse der Bewegkräfte der Unternehmer annehmen können. Aber solche nüchternen Tatsachen versucht er gerade zu verbergen. Der Freiheitstaumel der westdeutschen Großbourgeoisie, durch die Währungsreform besonders angestachelt, erschöpfte sich jedoch nicht auf dem Markt. Schließlich schlug „die Woge des Freiheitsbewußtseins der Wirtschaft hinein in den politischen Lebensbereich“.³⁷ Damit nennt Friedrich seine dritte „Stufe der Freiheit“. Er gibt für ihren Beginn keine Jahreszahl an. Zweifellos dürfen wir jedoch hier die Entstehung des westdeutschen Separatstaates ansetzen. Diese Stufe, auf der sich noch heute die westdeutsche Ordnung entwickelt, war von einer immer stärkeren Unterordnung und Ausnutzung des Staatsapparates durch die wiedererstandenen Monopole gekennzeichnet. Wir haben für dieses Verhältnis auch einen präzisen wissenschaftlichen Begriff: staatsmonopolistischer Kapitalismus.

„KAPITAL UND ARBEIT“

Friedrich behandelt nicht nur philosophische und soziologische Fragen unhistorisch und pseudowissenschaftlich; auch in seinen ökonomischen Betrachtungen, also seinem ureigensten Gebiet, herrscht eine totale Absage an wissenschaftliche Objektivität und Klarheit vor. In dem Teil seiner Ausführungen, den er „Die Elemente für das unternehmerische Wirken: Kapital und Arbeit“

³⁵ Friedrich kann nicht ganz umhin zuzugeben, daß auch die konsequente Anwendung bestimmter volkswirtschaftlicher Prinzipien durch Prof. Erhard eine Rolle spielte. Friedrich hätte es gar nicht nötig gehabt, dies halb am Rande zu bemerken, denn gerade die Anwendung dieser kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien gestattete das Wiedererstehen der Monopole. Das Gerede vom „Glauben an die Freiheit“ war deshalb leeres Stroh, sofern man nicht die Freiheit der Monopole darunter verstand.

³⁶ *Friedrich, Otto A.*, Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 12f.

³⁷ Ebenda, S. 13.

betitelt, gibt er eine Erläuterung dieser ökonomischen Begriffe. Aber ebenso wie die grundsätzlichen Darlegungen von Friedrich über die Freiheit keine zufällige oder vereinzelte Erscheinung sind, keine rein persönliche Auffassung des Verfassers ausdrücken, handelt es sich bei den Äußerungen über ökonomische Fragen um in Westdeutschland allgemein vertretene Meinungen. Sie entsprechen in ihren Grundzügen dem heutigen Stand der bürgerlichen Wissenschaft, was nicht ausschließt, daß in der Formulierung oder der einen und anderen Nebenfrage Unterschiede bestehen.

Friedrich geht von einem „unternehmerischen Wirken“ aus. Was versteht er darunter? Er bezeichnet das „Unternehmerische“ als „eine Kraft des Denkens und Handelns, die Kapital und Arbeit schöpferisch vereint“.³⁸ Aber eine solche „Kraft“ ist eine ebensolche Erfindung der bürgerlichen Apologetik wie die „absolute Freiheit“. Begriffe wie „Unternehmer“ oder „unternehmerisches Wirken“ sollen von den fatalen Begriffen Kapitalist und Ausbeutung ablenken. Zunächst demonstriert Friedrich an dem Wort Kapital, wie er das zu bewerkstelligen gedenkt. Er doziert³⁹:

„Kapital, das ist in unserer modernen freien Wirtschaft keineswegs mehr unbeschränktes persönliches Eigentum weniger ‚Kapitalisten‘, die die Masse der Arbeitenden in Abhängigkeit halten. Das Kapital verteilt sich über unser Volk in Form kleinen, mittleren und großen Eigentums . . .“

Also: Jeder, der irgendwie Eigentum besitzt – sei es vielleicht auch nur eine Ersparnis von 100 Mark oder weniger –, ist Eigentümer von Kapital. Praktisch wird damit jeder Staatsbürger zum Kapitalisten gestempelt. Die sich aufdrängende Schlußfolgerung muß sein, daß dort, wo alle Kapitalisten sind, auch niemand ausgebeutet werden kann. Diese Version wurde in Westdeutschland, vor allem seit 1957, zur offiziellen Staatsdoktrin erhoben.⁴⁰ Die herrschenden Kreise in Westdeutschland brauchen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft neue, zugkräftige Parolen. Deshalb kam die frisch aus den Ver-

³⁸ Ebenda, S. 15. ³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Es ist sehr interessant, die einzelnen Stufen zu verfolgen, die die Theorie von der „freien“ oder „sozialen“ Marktwirtschaft in den Jahren nach 1945 in Westdeutschland – fast jedesmal in Verbindung mit den bevorstehenden Bundestagswahlen – durchlaufen hat. 1949 wurden, noch in Anlehnung an das Ahlener Programm der CDU von 1947, die „Sozialisierung“ und „Beseitigung monopolistischer Zusammenballungen“ gefordert. Zur Begründung hieß es, daß die Monopole den „sozialen Charakter der Marktwirtschaft gefährden“. 1953, als das „Wirtschaftswunder“ der Monopole in Schwung gekommen war, lautete die neue Variante „gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am steigenden Volkseinkommen“. Das drückte sich in den vielfältigen „Gewinnbeteiligungssystemen“ aus. 1957 hatten sich zwar die Gewinne der Monopole um das Vielfache vermehrt, aber die angebliche Beteiligung der „Arbeitnehmer“ war demgegenüber weit zurückgeblieben. Findige Köpfe brachten nunmehr die auch in den USA heimische Theorie vom Volkskapitalismus auf. Damit war die neueste Variante der monopolkapitalistischen Apologetik in Westdeutschland geboren. Vgl. auch Deutsches Wirtschaftsinstitut, Jahrg. 1957, Bericht Nr. 24.

einigten Staaten importierte Idee vom Volkskapitalismus 1957 gerade zur rechten Zeit. Bundeswirtschaftsminister Erhard führte den Wahlfeldzug für die Bundestagswahlen unter der Losung: „Wohlstand für alle!“ Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, der zum linken Flügel der CDU gezählt wird – was allerdings nicht viel besagen will –, forderte „ein Volk von Eigentümern“. Auch Friedrich gebraucht 1957 zum erstenmal das neue Schlagwort vom Volkskapitalismus. In dem Vortrag, den er am 17. Januar 1957 in Hamburg hielt, erklärte er⁴¹: „Vielleicht sollte ich dem modernen Hang für Beschwörungsformeln entgegenkommen und von einem ‚sozialen Kapitalismus‘ oder von einem ‚Volkskapitalismus‘ sprechen, der die soziale Marktwirtschaft nach der Kapitalseite hin erweitert. Aber ich habe nicht den Ehrgeiz, neue Begriffe zu prägen, sondern meine, wir sollten neue Tatsachen schaffen.“ Den Ehrgeiz, neue Begriffe zu prägen, überließ Friedrich den dafür bezahlten Politikern und Ideologen. Er war ein Mann der Tatsachen und als solcher setzte er sich für „Volksaktien“, für „Investmentsparen“ und Reprivatisierung der lukrativen staatlichen Unternehmungen ein. Theorie und Praxis fanden ihre gegenseitige Ergänzung.

Die neoliberale Theorie von der „freien“ oder „sozialen“ Marktwirtschaft wurde nunmehr offiziell durch die Variante vom „Volkskapitalismus“ angereichert. In ihrem Wesen ist sie keineswegs neu. Sie läßt sich bis auf Bastiat zurückführen, der bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in seinem Hauptwerk „Les harmonies économiques“ die Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft auszulöschen versuchte. Seitdem hat die bürgerliche Vulgärökonomie immer wieder aufs neue Versuche unternommen, die kapitalistische Gesellschaft als eine harmonische Einheit darzustellen. Aber sooft auch neue Abwandlungen der „Lehre von den Harmonien“ auftauchten – selbst die faschistische These von der „Volksgemeinschaft“ gehört hierzu –, wurden sie von der Geschichte immer wieder widerlegt. Die Geschichte verlief nach objektiven Gesetzen und nicht nach den mehr oder meistens weniger phantasiereichen Konstruktionen der kapitalistischen Ideologen. Auch der neuesten Variante vom „Volkskapitalismus“ wird kaum ein längeres Dasein beschieden sein als ihren Vorgängern, da sie zur Wirklichkeit in krassem Widerspruch steht.

Doch wem die eine Schlußfolgerung noch nicht genügte, für den hielt Friedrich noch eine andere Lösung bereit. Er erklärte, daß die Bildung von Kapital durch den Staat, durch Wirtschaftspolitik, Wirtschafts- und Arbeitsrecht und ähnliches geregelt würde. Das aber habe zur Folge, daß „der Kapitalbesitzer, ob klein oder groß, aus einem bloßen Eigentümer zu einem volkswirtschaftlichen Treuhänder seines Eigentums geworden“ sei.⁴² Damit ist – ganz nach Wunsch – der Kapitalist wieder verschwunden. Falls für jemanden der Begriff Kapitalist zu stark mit dem Makel der Vergangenheit behaftet ist, kann er

⁴¹ Friedrich, Otto A., Freiheit und Selbstverantwortung . . . A. a. O., S. 15f.

⁴² Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 15.

jetzt stattdessen von einem „volkswirtschaftlichen Treuhänder“ sprechen. Der Kapitalbegriff ist von seinen „veralteten, geschichtlich überholten Vorstellungen“ gelöst.⁴³ Generaldirektor Friedrich tritt als Verfechter des „Fortschritts“ auf⁴⁴: „Unsere freie Wirtschaft hat sich indessen sozialökonomisch fortentwickelt und dabei die Lehren der marxistischen Schule ebenso wie die der liberalen in sich verarbeitet.“

Es besteht kein Zweifel, daß sich auch die kapitalistische Gesellschaft in einem gewissen Grad entwickelt, aber diese Veränderung findet nur auf der Grundlage des privatkapitalistischen Eigentums statt, das heißt, es werden ständig neue Formen entwickelt, die Herrschaft des Privatkapitals zu stützen.⁴⁵ Es kann demnach überhaupt keine Rede davon sein, daß die „Lehren der marxistischen Schule“ auch nur im geringsten „verarbeitet“ worden wären, sondern höchstens, daß sie entstellt und verfälscht und für die eigenen Zwecke zugerichtet worden sind. Direkt lächerlich ist aber die Behauptung, daß der Kapitalist nur noch als „volkswirtschaftlicher Treuhänder seines Eigentums“ auftritt. Kapitaleigentum wird nicht durch die Erfindung eines neuen Begriffes aufgehoben, sondern dazu gehört ein ganzes System revolutionärer Maßnahmen, so wie es beispielsweise in Ostdeutschland nach 1945 zur Anwendung kam.

Was aber geschieht nach Meinung Friedrichs mit der Arbeit, mit dem Arbeiter? Er formuliert⁴⁶: „Arbeit, das ist in unserer sozialen Ordnung keine Leistung, die beliebig ausgebeutet werden könnte. Sie ist durch die gleichen Gesetze und Verträge geschützt, die die freie Verfügung über das Kapital beschränken . . .“

Es wird gewiß niemand abstreiten, daß die Arbeiter den Unternehmern in langen und opferreichen Kämpfen einige Gesetze und Verträge abgetrotzt haben, die ihre Lage in gewisser Beziehung etwas verbesserten. Keiner dieser Erfolge der Arbeiterklasse kam von selbst oder wurde ihnen freiwillig zugestanden. Ebenso wenig wurde dadurch die Ausbeutung beseitigt. Friedrich selbst räumt ein, daß es einen „unanfechtbaren Kapitalzuwachs“ in den Betrieben gibt. Nach Friedrichs Auffassung ist das jedoch nicht der Mehrwert, der aus den Arbeitern herausgepreßt wurde, sondern „die Frucht des Anlagewagnisses und des unternehmerischen Denkens und Handelns“.⁴⁷ Friedrich fällt damit nichts Besseres ein, als das zu wiederholen, was der Vater solcher Platitüden, der verkrachte Spinnereibesitzer von Auchy-les-Hédins, Jean Baptiste Say, vor über 100 Jahren erfand und in dicken Büchern niederschrieb. An dieser Auffassung findet Friedrich nichts Renovierungsbedürftiges, da es

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Ebenda, S. 16.

⁴⁵ Beispielsweise werfen die meisten der heutigen bürgerlichen Politökonomien verschiedene Dogmen des Liberalismus alter Prägung über Bord, um die Unterordnung des Staatsapparats unter das Monopolkapital und die dadurch bedingte verstärkte staatliche Einmischung in das Wirtschaftsgeschehen zu begründen.

⁴⁶ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 15.

⁴⁷ Ebenda, S. 17.

sich heute noch genauso wie damals zur Verteidigung der kapitalistischen Ordnung gebrauchen läßt. Es zeigt in gewisser Weise die Kontinuität des kapitalistischen Denkens.

Nach den seichten und widersprüchlichen Auslassungen über die Elemente des unternehmerischen Wirkens hat Friedrich, als „Mann der gesellschaftlichen Praxis“⁴⁸, eine Reihe von Ratschlägen zur Hand, wie man begreiflich machen kann, daß „Kapital nicht etwas Böses, sondern etwas Gutes“ sei, und „wie es in einem Rechtsstaat durch Gesetze und Verträge sozial gebunden und verpflichtet wird“.⁴⁹ Abgesehen von der falschen moralischen Wertung von Gut und Böse läßt das, was Friedrich im einzelnen anführt, deutlich erkennen, daß das von ihm „Rechtsstaat“ genannte Staatswesen nur die Rechte des Kapitals vertritt. So verlangt Friedrich die Förderung des Kapitalmarktes und eine Reform des Aktienrechts, um die Kapitalbildung anzuregen und zu begünstigen.⁵⁰ Es bedarf kaum einer besonderen geistigen Anstrengung, um festzustellen, daß daraus die großen Kapitalbesitzer den größten Nutzen ziehen. Das gibt Friedrich jedoch nicht zu. Er begründet seine Forderungen im Gegenteil damit, daß er breitere Kreise der Bevölkerung in die allgemeine Kapitalbildung einbeziehen wolle.⁵¹ Bei dieser Gelegenheit läßt Friedrich auch noch einen anderen Wunsch durchblicken: Die angesprochenen breiteren Kreise der Bevölkerung sollen auf Konsum verzichten, um Kapitalisten zu werden.⁵² Damit erklärt Friedrich die Entstehung des Kapitals aus Ersparnissen. Diese triviale „Theorie“ hat, wie manche andere seiner Vorstellungen, eine mehr als hundertjährige „Tradition“. Immer wieder findet sie in den dicken Lehrbüchern der bürgerlichen Vulgärökonomie ihren Niederschlag, ohne daß man allerdings erklären kann, warum zahlreiche Arbeiter, die tagaus tagein fleißig arbeiten, zeit ihres Lebens Arbeiter bleiben, während umgekehrt viele Kapitalbesitzer, ohne in ihrem Leben einen Handschlag getan zu haben, immer reicher werden.

Was von den Vorschlägen übrigbleibt, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Konsumverzicht für die werktätigen Massen, damit die Kapitalisten noch bessere Kapitalverwertungsbedingungen erhalten. Niemand wird schließlich im Ernst annehmen wollen, daß die eventuellen Kleinsparer von etlichen hundert Mark nennenswerte Vorteile aus den von Friedrich propagierten kapitalmarktfördernden Gesetzen ziehen können.

Besonders am Herzen liegt Friedrich die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter. So orakelt er⁵³: „Der tiefere Grund sozialer Spannung liegt in dem menschlichen Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer. Es ist unvermeidlich, daß die Überlegenheit derer, die selbständig wirtschaften und entscheiden können, bei den abhängigen Arbeitern und Angestellten Ressentiments erwecken, besonders wenn sie Willkür und Unverständnis für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen spüren.“

⁴⁸ Friedrich, Otto A., Freiheit und Selbstverantwortung ... A. a. O., S. 8.

⁴⁹ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers ... A. a. O., S. 18.

⁵⁰ Ebenda, S. 19. ⁵¹ Ebenda, S. 18. ⁵² Ebenda. ⁵³ Ebenda, S. 21.

Wer würde bestreiten, daß die menschlichen Beziehungen, auch zwischen kapitalistischem Unternehmer und Arbeiter, eine Rolle spielen? Letzten Endes aber bleibt es nur eine Nuance, ob der Arbeiter von einem „menschlichen“ oder einem „verständnislosen“ Unternehmer ausgebeutet wird. Ausgebeutet wird er in jedem Fall. Wie stets bleibt Friedrich auch hier an der leichter zu bewältigenden, aber auch leichter zu verdrehenden Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen. Das „menschliche Verhältnis“ zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer ist nicht „der tiefere Grund sozialer Spannung“; das menschliche Verhältnis ist die Folge der objektiv gegebenen sozialen Verhältnisse, der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, wonach sich die „selbständig Wirtschaftenden“ und die „abhängigen Arbeiter und Angestellten“ gegenüberstehen. Wirklich menschliche Verhältnisse können erst hergestellt werden, wenn es, wie im Sozialismus, keine ökonomische Unterdrückung mehr gibt und damit überhaupt erst der Grundstein für ein freies, schöpferisches und selbständiges Schaffen der werktätigen Massen gelegt wird.

Friedrich nennt als Mittel, die sozialen Spannungen zu überbrücken, das Betriebsverfassungsgesetz, ohne allerdings darauf hinzuweisen, daß ausgerechnet dieses Gesetz den Arbeitern jede freie Meinungsäußerung oder politische Betätigung im Betrieb untersagt.⁵⁴

Das sogenannte Mitbestimmungsrecht stellt sich bei genauerer Betrachtung als ein höchst zweifelhaftes Recht für die Arbeiter dar. Der Betriebsrat, der angeblich Mitbestimmungsrecht hat, soll sich nach § 52 des Betriebsverfassungsgesetzes aller Eingriffe in die Betriebsführung grundsätzlich enthalten.⁵⁵ Der Betriebsrat besitzt keine Handhabe, um auch nur eine einzige Maßnahme gegen den Willen des Unternehmers durchzudrücken. Die Maßnahme aber, die unter kapitalistischen Bedingungen den Forderungen der Arbeiter Nachdruck verleihen kann, der Streik, wird dem Betriebsrat verboten.⁵⁶

Auch die Delegierung einiger „Arbeitnehmervertreter“ in den Aufsichtsrat eines Unternehmens gibt ihnen keine Machtposition. Einmal bilden diese Vertreter stets nur ein Drittel des Gesamtaufichtsrats. Im Aufsichtsrat der Phönix Gummiwerke AG sind von neun Aufsichtsratsmitgliedern sechs Vertreter der Großaktionäre. Die Großaktionäre können also bereits rein quantitativ jeden beliebigen Entschluß mit Zweidrittelmehrheit durchsetzen. Zum

⁵⁴ Im § 44 des BetrVG heißt es: „Die Betriebsversammlung kann dem Betriebsrat Anträge unterbreiten und zu seinen Beschlüssen Stellung nehmen; sie darf nur Angelegenheiten behandeln, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer berühren.“ (BetrVG vom 11. 10. 1952, in: BGBl I, S. 681.)

⁵⁵ Im § 52 des BetrVG wird dazu ausgeführt: „Die gemeinsam mit dem Betriebsrat gefaßten Beschlüsse führt der Arbeitgeber durch, es sei denn, daß etwas anderes im Einzelfall vereinbart ist. Der Betriebsrat darf nicht durch einseitige Handlungen in die Betriebsleitung eingreifen.“ Die Auslegung dieses Paragraphen in dem Kommentar von E. Bührig ist noch deutlicher: „Der Betriebsrat muß sich aller Eingriffe in die Betriebsleitung grundsätzlich enthalten.“ Vgl. Handbuch der Betriebsverfassung. Hrsg. von E. Bührig, Köln 1953.

⁵⁶ § 49 des BetrVG.

anderen sind die „Arbeitnehmervertreter“ ausgesiebt. Bestimmte Klauseln im Betriebsverfassungsgesetz verhindern von vornherein die Wahl von „allzu fortschrittlich“ oder revolutionär gesinnten Arbeitern. Zum dritten sind die „Arbeitnehmervertreter“ im Aufsichtsrat zum Stillschweigen über das dort Gesehene und Gehörte verpflichtet. Bei vorsätzlicher oder leichtfertiger Verletzung der Schweigepflicht werden sie mit Geldstrafen oder Gefängnis bedroht.⁵⁷

Doch selbst dieses Scheinmitspracherecht empfindet Friedrich als zu viel. Er behauptet, daß die „Mitbestimmung die Gefahr des Mißbrauchs für Organisations- und Partezwecke“ in sich trage, und das lähme „die Verantwortungsfreudigkeit des Unternehmers“.⁵⁸ Was Friedrich hier mit „Mißbrauch für Organisations- und Partezwecke“ umschreibt, richtet sich eindeutig gegen die Gewerkschaften und andere Organisationen der Arbeiterklasse, die den Forderungen der Arbeiterklasse mehr Kraft verleihen, als wenn sie nur vereinzelt in dem einen oder anderen Betrieb erhoben werden.⁵⁹

Ein weiteres Mittel zur Überwindung der sozialen Gegensätze sieht Friedrich in der sogenannten „industiellen Partnerschaft“. Aber auch diese scheint ihm „problematisch“. Er führt aus⁶⁰: „Die doppelte Bindung durch ein Arbeitsverhältnis und durch eine Beteiligung ist indessen problematisch . . .“

Einen seiner Meinung nach „besseren Ausweg aus den sozialen Spannungen“ sieht Friedrich in den sogenannten Investmentgesellschaften⁶¹: „Eine Anlage in Investmentpapieren führt zum gleichen Resultat und birgt weniger Risiken für den Arbeitnehmer selbst.“

Friedrich kann aufzählen, was er will, er bewegt sich im Kreise, soweit er sich überhaupt bewegt. Ein objektiv vorhandenes Abhängigkeitsverhältnis wird nicht aufgehoben, indem neue Abhängigkeiten (wie das Betriebsverfassungsgesetz) hinzugefügt oder als nicht vorhanden, als „Wahnvorstellung“⁶², angesehen werden. Wie Friedrich das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter im Betrieb tatsächlich betrachtet, hat er an einer anderen Stelle durchblicken lassen, an der er schreibt⁶³: „Unter der Decke der ‚nationalsozialistischen Be-

⁵⁷ § 79 des BetrVG.

⁵⁸ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 21.

⁵⁹ Daß das Betriebsverfassungsgesetz im Grunde antigewerkschaftlich ist, hat auch einer der führenden Gewerkschafter Westdeutschlands kurz nach der Verabschiedung dieses Gesetzes ausgeführt. Viktor Agartz schrieb damals: „Das inzwischen Recht gewordene Betriebsverfassungsgesetz negiert die gewerkschaftlichen Anschauungen im Grundsätzlichen. Das Gesetz unternimmt es, die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände zu konservieren, die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu stabilisieren und den Spaltungsversuchen zwischen Belegschaft und Gewerkschaft durch eine betriebssyndikalistische Ordnung Vorschub zu leisten. Insofern ist das Gesetz reaktionär und antigewerkschaftlich.“ In: Handbuch der Betriebsverfassung. A. a. O., S. 51.

⁶⁰ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 21.

⁶¹ Ebenda. ⁶² Ebenda.

⁶³ Samhaber, E., und Friedrich, Otto A., Hundert Jahre Weltwirtschaft . . . A. a. O., S. 93.

triebsgemeinschaft' wuchs eine wirkliche Betriebsgemeinschaft heran, die den stärksten Schicksalsschlägen, der Zerstörung der Arbeitsstätten und der Wohnungen, der Zerreißung der Familien und dem Verlust der Angehörigen standhielt."

Die faschistische Zwangsgemeinschaft von Führer und Gefolgschaft also ließ in Friedrichs Augen eine „wirkliche Betriebsgemeinschaft“ heranwachsen. So sieht Friedrich das menschliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer ideal gelöst. Trotz aller Bemühungen, einen „neuen“ Unternehmertyp zu konstruieren, konnte er nicht über die Schatten seiner Vergangenheit springen.

GRUNDZÜGE EINES „LEITBILDES DES UNTERNEHMERS“

In dem Abschnitt „Das Leitbild des Unternehmers“ entwickelt Friedrich seine Anschauungen über die Rolle des Unternehmertums in Vergangenheit und Gegenwart. Wie wir schon in Verbindung mit dem vorigen Abschnitt angedeutet haben, bemüht sich Friedrich, eine Gesellschaftsordnung, in der die Monopolbourgeoisie die Macht in den Händen hält, als eine Demokratie für alle hinzustellen. Eine wichtige Methode bei diesem Vorhaben war, die Wirklichkeit durch verschwommene Begriffe so verkehrt darzustellen, daß der Alltag und seine sozialen Konflikte in einem idealen Scheinreich der Harmonien aufgelöst wurden. In diesem zurechtgezimmerten Gedankengebäude nahm der Unternehmer eine zentrale Stellung ein. Die Ansichten von Friedrich über den Unternehmer lassen sich in vier Hauptthesen zusammenfassen.

Die erste These lautet: Unternehmer hat es immer gegeben und wird es immer geben. Pathetisch erklärt Friedrich⁶⁴: „Unternehmer hat es in der menschlichen Gesellschaft immer gegeben, und sie werden auch nicht aussterben, selbst dann nicht, wenn sie zeitweise mit aller Gewalt unterdrückt werden, wie heute im Sowjet-Bereich.“

Auch das ist eine Behauptung, die in der bürgerlichen Vulgärökonomie immer wieder aufgebracht wird. Ihren Zweck drückt Friedrich selbst unmiverstndlich aus: Da es Unternehmer immer gegeben hat und immer geben wird, ist die kapitalistische Ordnung von ewigem Bestand. Doch wo gab es in den Jäger- und Sammlerhorden der Urgesellschaft Unternehmer? Friedrich scheint den Begriff zunächst auf alle Menschen ausdehnen zu wollen, wenn er erklärt, daß jeder Mann von Natur aus „unternehmend“ sei und damit die Anlage zum Unternehmer in sich trage. Er fhrt wörtlich aus⁶⁵: „Der Mann ist von Natur unternehmend; unternehmend sind auch der Arzt, der Fleischer, der Anwalt, der Politiker und viele andere Berufsgruppen.“

Dann stellt Friedrich jedoch die Frage⁶⁶: „Was macht also den Menschen aus, den wir Unternehmer nennen?“

⁶⁴ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 23.

⁶⁵ Ebenda. ⁶⁶ Ebenda.

Und er gibt die Antwort⁶⁷: „Erst die alles beherrschende Leidenschaft, im wirtschaftlichen Existenzkampf zuerst und immer sich selbst zu erhalten, und die Stärke und Unabhängigkeit seiner Unternehmungen mit Hilfe anderer zu nähren, machen den Mann zum Unternehmer.“ An anderer Stelle heißt es⁶⁸: „Beherrscht ihn (den Unternehmer – d. V.) von Grund auf die Leidenschaft, das Ganze des Unternehmens, seine Selbsterhaltung, sein Wagnis, seine Stärke zu sehen und zu sichern, dann ist er eine unternehmerische Natur. Beherrscht ihn indessen die Liebe zum einzelnen, zum Beispiel zur Konstruktion, zur Organisation oder Menschenführung, zum Verkauf, zum Finanzwesen, oder ist er vom Erfindergeist besessen, so gehört er zu den Helfern des Unternehmens, ist aber nicht selbst Unternehmer. Nur das selbständige Wirtschaftenwollen macht den Unternehmer aus.“

In einem seiner früheren Vorträge zog Friedrich sogar die griechische Mythologie für die Gestalt des Unternehmers heran⁶⁹: „Ich glaube, in diesem Schicksalskampf (gemeint ist der Kampf zwischen denen, „die in Abhängigkeit gerieten, den Arbeitnehmern“, und „denen, die Herr ihres Lebens zu bleiben wünschen, den Unternehmern“ – d. V.) sehen wir klar das Entscheidende, das den Unternehmer ausmacht, und zwar in einfacher Form: Es ist der Mensch, dessen Leidenschaft es ist, selbständig zu wirtschaften, Leidenschaft im Sinne des griechischen Eros, das, was seine Seele erfüllt.“

Die zweite Hauptthese von Friedrich lautet also: Jeder, der den Drang, selbständig zu wirtschaften, in sich spürt, ist ein Unternehmer. Eine solche Charakterisierung des Unternehmerbegriffs, die sich nicht als absurder Einzelfall bei Friedrich darstellt, sondern als allgemeingültiges Produkt bürgerlichen Denkens gelten kann, enthüllt die Niveaulosigkeit und Hilflosigkeit der bürgerlichen Ökonomie, wenn es darum geht, objektive gesellschaftliche Zusammenhänge und Begriffe zu klären. Ein rein subjektives Moment, die alles beherrschende Leidenschaft, selbständig zu wirtschaften, wird zum Kriterium für eine wissenschaftliche Kategorie erhoben. Entsprechend der idealistischen Geschichtsauffassung wird die Geschichte vom subjektiven Willen Einzelner, von Wünschen, Süchten und Leidenschaften vorangetrieben. Aber auch Friedrich kann in der Geschichte keinen einzigen Fall nachweisen, wo ein Mensch nur auf Grund bestimmter Leidenschaften Besitzer von Produktionsmitteln geworden wäre.

Friedrichs These dient der Rechtfertigung von Zuständen, die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung herausgebildet haben. Erst als ein Teil der Menschen sich zu Herren der Produktionsmittel machte, geriet die große Mehrheit der Menschen in eine zwangsläufige Abhängigkeit, in ein zwangsweises Arbeitsverhältnis. Durch die idealistische Ausdeutung des Unternehmerbegriffs gelingt es Friedrich, alle irgendwie selbständig Wirtschaftenden, vom Zigarrenhändler bis zum Konzernherren, in die Kategorie Unternehmer

⁶⁷ Ebenda, S. 24. ⁶⁸ Ebenda, S. 25.

⁶⁹ Friedrich, Otto A., Der Unternehmer im Spannungsfeld . . . A. a. O., S. 4.

einzureihen. Er führt aus⁷⁰: „Dagegen scheint es mir gleichgültig, wie klein oder wie groß ein Unternehmen ist und auf welchem Feld es sich betätigt. Der Mann, der selbständig wirtschaftet, ist immer Unternehmer, er mag Bauer oder Handwerker, Leiter eines großen Konzerns oder Schrotthändler sein, er mag einen Zigarrenladen, ein Warenhaus, ein Textilunternehmen oder eine Eisenbahn betreiben. Entscheidend ist, daß er den Drang hat, selbständig zu wirtschaften.“

Schließlich geht Friedrich noch einen Schritt weiter. Da er von einem Begriff ausgeht, den die bürgerliche Vulgärökonomie von jedem wissenschaftlichen Inhalt befreit hat, kann er nicht nur die selbständig wirtschaftenden Unternehmer, sondern überhaupt alle an leitender Position in der Wirtschaft Tätigen, die Geschäftsführer und Direktoren in den kapitalistischen Unternehmungen, zu den Unternehmern rechnen. Wörtlich heißt es bei Friedrich⁷¹: „Es ist belanglos, ob ein Unternehmer selbst Eigentümer seines Unternehmens ist oder nur ein Geschäftsführer, ob er alle Funktionen in der Spitze zusammenfaßt oder ob er nur eine Teilfunktion ausübt, ob er am Anfang oder auf der Höhe seiner Laufbahn steht.“

Es ist offensichtlich, daß es für solch verschiedenartige Gruppen von Menschen kein gemeinsames sozialökonomisches Merkmal gibt. Die Ökonomie wird in den Bereich subjektiver Willkür geschoben. Das Wachstum eines Betriebes ist nicht die Folge einer stärkeren Ausbeutung, sondern erscheint als das Ergebnis des Temperaments und der Fähigkeit des Unternehmers.⁷²

In Verbindung damit stellt Friedrich eine dritte Hauptthese auf. Er versucht, sein Leitbild des Unternehmers der Gegenwart aufzustellen. Er findet es höchst ungerecht, daß manche bürgerlichen Parteien im Kampf um Wählerstimmen zwar die kleinen Betriebe der Handwerker und Einzelhändler bejahen, aber gegen größere Unternehmungen agitieren.⁷³ Er bezeichnet eine solche Einstellung als „widersinnig“ und meint, daß dadurch der Fortschritt gehemmt würde.⁷⁴ Wie bei anderen Gelegenheiten, falls er Glück hat, vermengt Friedrich Falsches mit Richtigem. Als falsche Schlußfolgerung soll sich der Gedanke aufdrängen, daß die kapitalistischen Monopole, von denen Friedrich selbst eines vertritt, den „natürlichen Fortschritt“ darstellen.

Ohne Zweifel ist es richtig, daß der kapitalistische Großbetrieb, vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktivität, einen entscheidenden Fortschritt gegenüber dem Handwerksbetrieb – den Friedrich hier in die Unternehmerbetriebe einordnet – darstellt. Aber die Entwicklung zum Großbetrieb führt gleichzeitig zu einer immer stärkeren Vergesellschaftung der Produktion und ruft einen immer krasserem Widerspruch zu dem Privateigentum an Produktionsmitteln hervor. Für Friedrich ist das Leitbild des modernen Unternehmers der Monopolkapitalist, wobei er dies sehr raffiniert, ohne den Handwerkskern oder auch kleinen Unternehmern ihre Perspektiv-

⁷⁰ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 24.

⁷¹ Ebenda, S. 25.

⁷² Ebenda.

⁷³ Ebenda, S. 25f.

⁷⁴ Ebenda, S. 26.

losigkeit aufzuzeigen, formuliert⁷⁵: „Der Unternehmer ist im Grunde immer der gleiche; bejaht man ihn im kleinen, so muß man ihn auch im großen bejahen; sonst würde der natürliche Fortschritt gehemmt.“

Friedrich versucht durch eine widersprüchliche und psychologisierende Interpretation des Unternehmerbegriffs den klaren ökonomischen Begriff des Kapitalisten zu verwirren oder womöglich im Bewußtsein der Arbeitnehmer auszulöschen. Wenn wir den Begriff Unternehmer verwenden, so ist er für uns seit 150 Jahren identisch mit dem Begriff des Kapitalisten. Es handelt sich hierbei um eine historisch entstandene Kategorie, die einen objektiven ökonomischen und sozialen Inhalt zum Ausdruck bringt. Selbst die bürgerlichen Ökonomen sind ab und zu gezwungen, die Handwerker, die kleinen Einzelhändler, die Bauern oder die Kapitalisten mit ihren wahren Bezeichnungen zu nennen.

Die vierte Hauptthese in den Ausführungen von Friedrich umfaßt die Beziehungen zwischen Unternehmer und Staat. Damit bewegt sich Friedrich auf einem Gebiet, auf dem er selbst seit Jahrzehnten äußerste Aktivität entfaltet. Wenn Friedrich sich bei seinen theoretischen Ausführungen über den Unternehmer noch in den Nebeln der idealistischen Philosophie und Vulgärökonomie aufhielt, so veranlaßt ihn die praktische Seite der Beziehungen zum Staat zu einigen offeneren Ausführungen. Er erklärt⁷⁶: „Der Unternehmer ist auf eine Politik angewiesen, die seinen Daseinsbedingungen Rechnung trägt . . . Alle Wirtschafts- und Sozialpolitik wird desto lebensnaher und erfolgreicher sein, je mehr sie sich auf diese eigenwillige Grundnatur des Unternehmenden und auf seine Daseinsbedingungen besinnt.“

Kurz zuvor erklärte er nicht weniger deutlich⁷⁷: „Die heutige Wirtschafts- und Handelspolitik des Bundes ist ohne Unternehmer gar nicht denkbar . . .“

So formuliert er die Tatsache, daß der westdeutsche Staat ein Staat der Kapitalisten – oder noch exakter – ein Staat der Monopolkapitalisten ist, dessen Politik ohne Einflußnahme der Unternehmer beziehungsweise ihrer führenden Schicht gar nicht denkbar ist. Wirtschafts- und Handelspolitik, Haushalts- und Steuerpolitik, Geld-, Kredit- und Währungspolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Sozialpolitik, kurz, das gesamte wirtschaftliche und politische Geschehen baut sich auf den „Daseinsbedingungen“ des westdeutschen Monopolkapitals auf.

Die Wege und Kanäle, auf denen diese Kreise ihre Herrschaft ausüben, sind unterschiedlich. Sie reichen von den Unternehmerorganisationen über Beauftragte der Konzerne in den Parlamenten, Ausschüssen und Regierungen bis zur persönlichen Beteiligung der führenden Kapitalisten an der politischen Gewalt. Friedrich meint, daß vor allem diese persönliche Beteiligung der führenden Wirtschaftskräfte verstärkt werden müsse. In der Zeit des Faschismus sammelte er in staatlichen Funktionen erste Erfahrungen. Am Beispiel der Nachkriegsentwicklung in den Vereinigten Staaten, besonders während

⁷⁵ Ebenda.⁷⁶ Ebenda, S. 27.⁷⁷ Ebenda, S. 26.

der Eisenhower-Ära, sah er, wie führende Vertreter des amerikanischen Monopolkapitals auch die höchste Regierungsspitze im Staatsapparat durchsetzten. In den Vereinigten Staaten wurde dafür der Begriff des Business-Satesman geprägt. Auch für Westdeutschland strebt Friedrich eine stärkere personelle Verquickung von ökonomischen und politischen Funktionen an. Er führt aus⁷⁸: „Will der Unternehmer aber die Fortentwicklung einer überlegenen freien Wirtschaftsordnung sichern helfen, so muß er aus seinen eigenen Reihen eine Anzahl führender Persönlichkeiten hervorbringen, die in der politischen Sphäre zu wirken bereit sind.“

Die Formen und Methoden, mit denen die Bourgeoisie Einfluß auf den Staatsapparat nimmt, geben über gewisse Veränderungen im gesellschaftlichen Leben Aufschluß. Solche Veränderungen können bei gesellschaftlichen Erscheinungen ständig beobachtet werden. Sie führen jedoch zu keinen Wesensveränderungen der sozialökonomischen Gesellschaftsstruktur. Die „freie“ und „soziale“ Marktordnung in Westdeutschland beruht in ihrem Kern nicht weniger auf dem Diktat der Monopolbourgeoisie als der „nationalsozialistische Führerstaat“.

Wie gewisse unterschiedliche Vorstellungen über die „freie Wirtschaft“ zu werten sind, brachte Friedrich selbst bereits 1957 zum Ausdruck. Danach muten diese Vorstellungen, „so polar sie einander auch gegenübergestellt werden mögen, verwandt an“.⁷⁹ Friedrich weist auf Prof. Erhards Theorie von der „sozialen Marktwirtschaft“ und auf die Theorie vom „freiheitlichen Sozialismus“ hin, die ein prominenter Vertreter der „Oppositionspartei“, der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler und sozialdemokratische Politiker Prof. Schiller, verfißt. Friedrich erläutert, daß die Unterschiede „für das Auge des Praktikers weit mehr im Ausmaß und im Tempo einzelner Maßnahmen als in den Grundlagen, auf denen beide Vorstellungen“ beruhen, liegen. Darin hat er wirklich einmal recht.

„DAS LEITBILD DES UNTERNEHMERS“ IM WANDEL?

Unter der Überschrift „Die Autorität des Unternehmers und seine gesellschaftspolitische Verantwortung“ bemüht sich Friedrich, eine Wandlung des heutigen Unternehmers und seines Leitbildes nachzuweisen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß sich gewisse Formen des kapitalistischen Systems verändern. Mit diesen Veränderungen treten auch einzelne neue Züge bei den Kapitalisten auf. Wir brauchen die Geschichte nicht zurück bis in die Zeit der Renaissance zu verfolgen, um eine Wandlung der Unternehmertypen festzustellen. Dabei läßt sich jedoch nicht übersehen, daß in allen geschichtlichen Wandlungen einige grundlegende Züge erhalten blieben. Dazu gehörte zu allen Zeiten das Profitstreben als eine objektiv gegebene Kategorie.

⁷⁸ Ebenda, S. 36.

⁷⁹ Friedrich, Otto A., Freiheit und Selbstverantwortung . . . A. a. O., S. 9.

Friedrich allerdings versucht gerade solche grundsätzlichen Gemeinsamkeiten abzuleugnen. Wie aus dem Kopf des Zeus Pallas Athene entsprang, so entspringt aus seinem Kopf ein neuer Unternehmertyp, der frei von allen Übeln früherer Zeiten sein soll. Der Unternehmer trägt nach seiner Auffassung die gesellschaftliche Gesamtverantwortung.⁸⁰ Diese Verantwortung verteilt er auf fünf Einzelgebiete, auf die Verantwortung gegenüber dem Verbraucher, gegenüber dem Konkurrenten, gegenüber dem Arbeiter, gegenüber dem Kapital und gegenüber dem Staat und der öffentlichen Meinung. Schon aus dem Begriff „Verantwortung“ geht hervor, daß Friedrich an das Verantwortungsgefühl der Unternehmer appelliert, ohne dadurch auch nur ein einziges Gesetz der kapitalistischen Ökonomik außer Kraft setzen zu können. Was soll zum Beispiel die Aufforderung, daß der Kapitalist bei der Preisbildung gegenüber dem Verbraucher die Grenze für die Ertragsbildung „intuitiv erfassen“ und eine „ungesunde Expansion verhindern“ müsse?⁸¹ Wo beginnt für den Kapitalisten „intuitive Erfassung“ der „Grenzen für die Ertragsbildung“? Wo beginnt eine „ungesunde Expansion“? Solange Profit gemacht wird, ist der Drang zur „Ertragsbildung“ und „Expansion“ grenzenlos. Klingt es nicht wie eine Parodie, wenn Friedrich den Ausspruch eines französischen Kapitalisten zitiert: *Ne me faites pas gagner trop d'argent?*⁸²

Der führende Wirtschaftsexperte der SPD, Dr. Deist, selbst mehrfaches Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen Monopolunternehmungen, mußte unlängst zugeben, daß „der wirtschaftliche Vermögenszuwachs“ in der Bundesrepublik „ein Ausmaß von mehreren Milliarden Mark jährlich“ beträgt und daß er sich „immer stärker auf Großunternehmungen“ konzentriert, das heißt „letzten Endes einer verhältnismäßig dünnen Schicht der Bevölkerung“ zugute kommt.⁸³ Deist führte im einzelnen aus, daß der Vermögenszuwachs der Großwirtschaft jährlich 13 bis 15 Milliarden Mark betrage. Davon würden allein in der gewerblichen Wirtschaft jährlich 7 bis 8 Milliarden Mark netto akkumuliert. Ein Niederschlag dieser Milliardenkonzentration finde sich in den Aktienkursen. In den letzten sieben Jahren seien diese auf das Achtfache gestiegen.⁸⁴

Auch der Phönix-Konzern hat an dieser Kapitalbildung Anteil gehabt. Obwohl er nicht zu den größten westdeutschen Monopolen gehört, stiegen seine Aktienkurse von 1953 bis August 1960 um 680 Prozent.⁸⁵ Das Stammkapital, das 1950 1 : 1 auf DM-Basis umgestellt und dann um 150 000 Mark herabgesetzt wurde, stieg bis 1960 von 12 Millionen DM auf 30 Millionen DM, also um

⁸⁰ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 29.

⁸¹ Ebenda, S. 30.

⁸² „Laßt mich nicht zuviel Geld verdienen.“

⁸³ Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover, 21. bis 25. November 1960. Hrsg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn. Hannover u. Bonn 1960, S. 217.

⁸⁴ Ebenda, S. 218.

⁸⁵ Nach den jeweils höchsten Notierungen an der Hamburger Börse.

150 Prozent. Gleichzeitig erhielt der Vorstand die Berechtigung, in den nächsten fünf Jahren das Grundkapital um weitere 10 Millionen DM zu erhöhen. Millionenbeträge wurden auch zur Erweiterung des Anlagevermögens verwendet, als Gewinn ausgeschüttet und als Reservekapital angelegt. Sie dienten direkt und indirekt der zusätzlichen Bereicherung der Aktionäre. Angesichts solcher Tatsachen heuchelt Friedrich, daß er nicht zu viel Geld verdienen wolle. Als Vertreter eines Monopolunternehmens muß Friedrich die Wahrheit verschleiern. Die Bourgeoisie des aufsteigenden Kapitalismus konnte noch auf die Barrikaden steigen und offen fordern: *Enrichissez-vous!*⁸⁶ Ihre modernen Vertreter verstecken ihr Profitstreben hinter moralischen Postulaten.

Friedrich wendet sich dann dem Gebiet des Konkurrenzkampfes zu. Doch ebensowenig, wie die Phrase von der „intuitiven Erfassung“ der „Grenzen für die Ertragsbildung“ auch nur das geringste am Charakter des kapitalistischen Unternehmers ändert, läßt sich der Konkurrenzkampf durch Appelle an die „Ethik“ des Unternehmers ausschalten. Friedrichs Forderung nach einem „sportlichen Wettbewerbsprinzip“ und „ethischem Verhalten“ drückt seine völlig subjektive Einstellung gegenüber Konkurrenzfragen aus.⁸⁷ Unbestreitbar unterliegt die kapitalistische Konkurrenz im Laufe der historischen Entwicklung gewissen Veränderungen, vor allem wenn wir die Zeit der freien Konkurrenz mit der des Monopolkapitalismus vergleichen; aber diesen Veränderungen liegen objektive Ursachen zugrunde. Sie haben absolut nichts mit einem „ethischen“ Verhalten der Kapitalisten gemein. Sie führen im Gegenteil zu einem immer stärkeren Druck auf den schwächeren Konkurrenten, oder, um mit Friedrichs Vokabular zu sprechen, zu einem immer „unethischen“ Verhalten.

Zur Verantwortung des Unternehmers gegenüber dem Arbeiter bemerkt Friedrich⁸⁸: „Machen wir dem Arbeiter den persönlichen Wert fühlbar, den wir ihm und seinem Tun beimessen, so wird die freie Wirtschaftsordnung, auch wenn sie einmal Rückschläge erleidet, nicht gleich sozialen Erschütterungen ausgesetzt sein, wie in früheren Krisen, sondern fest im menschlichen Vertrauen begründet bleiben.“

Friedrich versucht, durch eine „menschliche“ Haltung des Unternehmers Vertrauen bei den Arbeitern zu erwecken. Er glaubt anscheinend selbst nicht daran, daß die Prosperitätsperiode in Westdeutschland ewig andauern wird, und bemüht sich, künftigen sozialen Erschütterungen vorzubeugen. Friedrich liefert ein Beispiel für seine eigene „menschliche“ Haltung. Er nennt die Arbeiter freundlicherweise „seine Mitarbeiter“.⁸⁹ Zuvor erklärt er jedoch noch, was er für die eigentliche Pflicht des Unternehmers hält⁹⁰: „Der Unternehmer erfüllt gerade dann seine Pflicht, wenn er nicht leichtfertig den Forderungen der Gewerkschaft nachgibt.“

⁸⁶ Bereichert euch!

⁸⁷ Friedrich, *Otto A.*, Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 31.

⁸⁸ Ebenda, S. 33. ⁸⁹ Ebenda. ⁹⁰ Ebenda, S. 32.

Im Zusammenhang mit der Verantwortung des Unternehmers gegenüber dem Kapital entwickelt Friedrich die gegenwärtig vorherrschende Lieblingstheorie der bürgerlichen Vulgärökonomie, die Theorie vom Volkskapitalismus.

Er behauptet, daß bei breiten Kreisen der Bevölkerung jetzt immer deutlicher das Interesse am „produktiven Kapital“ zu spüren sei. Er versteigt sich dabei zu der Behauptung, daß diese Entwicklung vielleicht ungewollt durch die marxistische Ideologie und durch den Ruf nach Sozialisierung größerer Unternehmen gefördert worden sei.⁹¹ Teilweise müssen wir Friedrich sogar recht geben. Die Theorie vom Volkskapitalismus ist tatsächlich in Verbindung mit der siegreichen Entwicklung der sozialistischen Ideen entstanden. Dabei brachte jedoch nicht die marxistische Ideologie diese Mißgeburt zur Welt, sondern die Apologeten des heutigen Kapitalismus zeugten sie aus Angst vor dem wachsenden Einfluß der sozialistischen Ideen, als ideologisches und politisches Gegengewicht.

Hinter seinen Ausführungen zum Volkskapitalismus verstecken sich folgende – allerdings ebenfalls nicht mehr ganz neue – Überlegungen. Friedrich geht davon aus, daß der „einfache Mann“ immer wieder hört, daß das Kapital Mehrwert erwirtschaftete. Wenn besagter einfacher Mann nun aber diesen Mehrwert nicht mehr für eine Frucht der „ausgebeuteten Arbeit“ hält, sondern für eine Frucht des „Denkens und der schöpferischen Leistungen der Unternehmer“, dann kann er sich doch nichts „Verständigeres“ wünschen, „als durch seine Beteiligung an diesem produktiven Kapital seine Ersparnisse noch besser anzulegen“, als teilzuhaben am „Risiko des Unternehmers“.⁹²

Wie sehr Friedrich sich im Reiche der Phantasie bewegt, läßt sich beinahe aus jedem Satz herauslesen. Der Arbeiter soll nicht den wissenschaftlichen Beweis geliefert bekommen, wie der Mehrwert aus der Ausbeutung seiner Arbeitskraft entsteht, sondern er soll den Mehrwert für eine „Frucht des Denkens und der schöpferischen Leistung des Unternehmers“ halten. Er soll sich nichts Besseres wünschen, als auf Konsum zu verzichten, kleine Ersparnisse zu machen und diese dem Unternehmer zur Verfügung zu stellen. Wir erinnern uns jedoch, daß Friedrich selbst wenige Seiten zuvor die doppelte Bindung des Arbeiters durch ein Arbeitsverhältnis und eine Kapitalbeteiligung als problematisch ansah.⁹³ Wir brauchen nur einmal den nicht allzu seltenen Fall anzunehmen, daß ein Betrieb zu Entlassungen schreitet. Es könnte dann – eine Kapitalbeteiligung des Arbeiters vorausgesetzt – durchaus möglich sein, das der betreffende Arbeiter, obwohl er nach volkskapitalistischer Theorie gleichzeitig „Unternehmer“ ist, entlassen wird. Abgesehen von einer solchen auch für Friedrich nicht zu lösenden Problematik bedeutet der Besitz von einigen wenigen Kleinaktien weder eine wirkliche Kapitalbeteiligung noch ein wirkliches Mitspracherecht. Objektiv trägt der Arbeiter häufig dazu bei, seine eigene Ausbeutung im Betrieb zu finanzieren.

⁹¹ Ebenda, S. 34.

⁹² Ebenda.

⁹³ Ebenda, S. 21.

Als letzten Punkt, an dem Friedrich eine Wandlung des „Leitbildes des Unternehmers“ in der westdeutschen Gesellschaft darzustellen versucht, nennt er die Verantwortung des Unternehmers gegenüber dem Staat und der öffentlichen Meinung. Hier spricht er am deutlichsten aus, was er unter dem Unternehmer neuen Typus versteht. Er fordert die Unternehmer auf, sich mehr als bisher auf dem politischen Feld zu betätigen.⁹⁴ Er beklagt, daß ein solcher Typ des Unternehmers, wie der amerikanische Business-Statesman, in Westdeutschland noch zu vereinzelt sei. Viele Unternehmer würden oftmals eine Bloßstellung der eigenen Person oder eine Beeinträchtigung der eigenen Interessen befürchten.⁹⁵

In der Tat berührt Friedrich hier einen nicht unwichtigen Punkt der Beziehungen zwischen kapitalistischer Wirtschaft und Staat. Im allgemeinen vollzieht sich das politische Wirken der führenden kapitalistischen Kräfte im Hintergrund, über Unternehmerorganisationen, Interessenverbände und Parteien. Das schließt nicht aus, daß auch schon in der Vergangenheit verschiedentlich führende Monopolherren rein politische Funktionen übernommen haben. Friedrich sieht jedoch in der verstärkten Einbeziehung der leitenden Kräfte der Wirtschaft in die Politik die „Sicherung der freien Marktordnung“, das heißt mit anderen Worten, er will die Herrschaft der Monopolbourgeoisie aufrechterhalten, indem er sie verstärkt mit dem Staatsapparat verschmilzt.

Gleichzeitig verlangt Friedrich eine stärkere Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Bemühungen der Verbände und Institutionen, die die öffentliche Meinung „aufklären“, genügen ihm nicht. Er erklärt, daß der Unternehmer selbst die Öffentlichkeit „von seinem Wert als Pfeiler der freien Gesellschaft“ überzeugen muß.⁹⁶ „Erfolgsberichte“, so fährt Friedrich fort, seien allerdings „unzureichend“. Sie riefen häufig das Gegenteil von dem hervor, was sie bezwecken sollen. Sie würden „Neid“ und „Unzufriedenheit“ erwecken.⁹⁷ Er appelliert an die Unternehmer, ihre „Macht“ und ihren „Reichtum“ nicht auf eine „anspruchsvolle und herausfordernde Art“ zu zeigen. Das könnte zu Mißfallen und Kritik führen. Friedrich deutet einen Ausweg an⁹⁸: „Wenn der Unternehmer seinen Reichtum persönlich entfalten will – welche Möglichkeiten sind ihm da in der Förderung von Kunst und Wissenschaft geboten!“

Diese Aufforderung Friedrichs ist ebensowenig zweckfrei wie alle anderen Ratschläge. Sie soll dazu dienen, Kunst und Wissenschaft in eine stärkere Abhängigkeit zu den herrschenden Kräften zu bringen.⁹⁹

⁹⁴ Ebenda, S. 36.

⁹⁵ Ebenda, S. 37.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Ebenda, S. 37f.

⁹⁸ Ebenda, S. 38.

⁹⁹ Ein in dieser Hinsicht klassischer Vorgang für Westdeutschland war die Errichtung der Fritz-Thyssen-Stiftung, die im Juli 1960 mit großem propagandistischem Aufwand bekanntgegeben wurde. Wie bei anderen „Fortschritten“ der „freien Marktordnung“ stand auch hier das US-Monopolkapital Pate. Die Milliardenstiftungen der Ford, Rockefeller und Carnegie brachten nicht nur zahlreiche wissenschaftliche und künstlerische Institutionen und Orga-

Wenn wir die Ausführungen Friedrichs zu dem Thema „Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich“ zusammenfassen, dann ergibt sich: Der Begriff „Unternehmer“ wird bei Friedrich sehr widersprüchlich angewandt. Er stimmt jedoch bisweilen, trotz aller Verdunkelungsversuche, dem realen Inhalt nach mit dem marxistischen Begriff „Kapitalist“ weitgehend überein. Besonders deutlich kommt dies in den Auslassungen Friedrichs über die Verantwortung des Unternehmers gegenüber dem Staat und der öffentlichen Meinung zum Ausdruck. Niemand – und auch Friedrich nicht – wird im Ernst behaupten wollen, daß die von ihm zunächst als „Unternehmer“ abgestempelten Handwerker, Kleinhändler oder Bauern „Macht“ und „Reichtum“ besitzen. Faktisch bezieht sich Friedrich häufig sogar nur auf die Führungsschicht des modernen Unternehmertums, auf die Monopolbourgeoisie.

Natürlich leugnen wir nicht, daß es auch eine Geschichte der Unternehmergestalt gibt. Die kapitalistische Produktionsweise durchläuft mehrere Stadien, bis sie sich im Monopolkapitalismus die höchste Kapital- und Machtkonzentration schafft. Die historische Entwicklung des kapitalistischen Unternehmers weist demzufolge eine Reihe von Besonderheiten auf, die wir hier kurz zusammenfassen:

1. Es gibt Unternehmertypen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die in der zeitlichen Reihenfolge, nacheinander, auftretenden Unternehmertypen spielen eine unterschiedliche Rolle in der Gesellschaft.
2. Abhängig von den Formen und der Größe des Kapitals treten gleichzeitig, nebeneinander, verschiedene Unternehmertypen auf. Ihre Rolle ergibt sich in Verbindung mit der historischen Entwicklung.
3. Es sind durchaus Wandlungen der Unternehmertypen möglich. Über die geschichtliche und ökonomische Entwicklung hinweg beinhaltet jedoch die Kategorie des Kapitaleigentümers einige grundlegende Gemeinsamkeiten, die ihn gegen alle anderen sozialökonomischen Gruppierungen abgrenzen und seine Wesenszüge bestimmen. Dazu gehören vor allem das Privateigentum an Kapital, die daraus resultierenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse und das im Widerspruch zu den gesellschaftlichen Interessen stehende private Profitstreben.

Friedrich gibt in einem seiner Vorträge zu, daß der Unternehmer „sich in seinem Wesen zu allen Zeiten gleich geblieben“ ist.¹⁰⁰ Darum ist es um so unsinniger, wenn Friedrich seinen Lesern einzureden versucht, daß sich der Unternehmer in der „modernen freien Wirtschaft“ in einen „volkswirtschaftlichen Treuhänder“ verwandelt habe, der „kein unbeschränktes Eigentum“ mehr besitze und die „Masse der Arbeitenden“ nicht mehr in Abhängigkeit halte.¹⁰¹

nisationen in direkte Abhängigkeit von den „Stiftern“, sondern sie erlaubten gleichzeitig riesige Steuerhinterziehungen. Nähere Ausführungen dazu siehe: Deutsches Wirtschaftsinstitut, Jahrg. 1960, Bericht Nr. 16.

¹⁰⁰ Friedrich, Otto A., Der Unternehmer im Spannungsfeld . . . A. a. O., S. 6.

¹⁰¹ Friedrich, Otto, A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 15.

Friedrich, der die „staatliche Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung“ als einschränkende Mittel gegenüber dem Kapital nennt¹⁰², ist nicht zuletzt selbst maßgeblich daran beteiligt, daß der Staat vor allem im Interesse der herrschenden Wirtschaftskräfte ausgenutzt und gelenkt wird. Objektive Gesetze und Beziehungen werden nicht durch neue politische Formen verändert oder durch neue Begriffe und Ideen verwandelt, sondern allein durch die Umgestaltung der materiellen Verhältnisse.

Wenn wir heute von einem Wandel des Unternehmers in des Wortes tiefster Bedeutung sprechen können, das heißt nicht nur von äußerlichen Wandlungen, sondern von Veränderungen seines Wesens, dann ist dies nicht in der „freien Marktordnung“ der Fall, sondern in der sozialistischen Gesellschaft. Im Osten Deutschlands wurde nach 1945 die führende Unternehmerschicht, die Monopolbourgeoisie, entmachtet. Zurück blieben Schichten der kleinen und mittleren Unternehmerschaft. Diese Schichten hatten sich in der Vergangenheit häufig im wirtschaftlichen und politischen Schlepptau der monopolistischen Oberschicht befunden. Nicht zuletzt deshalb dauerte es eine geraume Zeit, bis zwischen diesen Schichten und der in der Deutschen Demokratischen Republik zur Macht gelangten Arbeiterklasse ein endgültiges positives Verhältnis gefunden wurde. Ein entscheidender Schritt dabei war die Schaffung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung. Der Prozeß der Wandlung des Unternehmers in der sozialistischen Gesellschaft ist mit einer Vielzahl komplizierter theoretischer und praktischer Fragen verbunden. Wir können hier nicht näher darauf eingehen, sondern lediglich einige Grundzüge dieser Wandlung zeigen:

1. Der in der sozialistischen Gesellschaftsordnung entstehende Unternehmertyp ist nicht mehr der „freie“ Unternehmer der kapitalistischen Gesellschaft.¹⁰³ Die Unterordnung der privatkapitalistischen Industrie unter den neuen Staat schränkt die Wirksamkeit der kapitalistischen Gesetze und damit des kapitalistischen Unternehmers ein.
2. Die Veränderung der sozialen Stellung des Kapitalisten führt zu Wandlungen in seinem Denken und seiner Vorstellungswelt.
3. Weder die Herrschaft der Arbeiterklasse noch die Übernahme von staatlichen Beteiligungen beseitigt die Ausbeutung vollständig. Die Endstufe des Umwandlungsprozesses des Unternehmers in der sozialistischen Gesellschaft kann deshalb nur die allmähliche und völlige Beseitigung der Ausbeutungsverhältnisse und damit die Aufhebung des Unternehmers als eines Kapital-eigentümers und Ausbeuters sein. Durch die staatlichen Beteiligungen sind Wege aufgezeigt worden, die diesen Prozeß ohne Gewalt, durch Überzeugung, auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, vorantreiben.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Vgl. auch *Mußler, W.*, Zur sozialistischen Umgestaltung der privaten Industrie. In: „Wirtschaftswissenschaft“, Jahrg. 1959, Nr. 6, und *Koziolok, H.*, Zur Entwicklung der Eigentums- und Klassenverhältnisse seit 1950 in der DDR. In: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie“, Berlin, Jahrg. 1959, H. 3.

Die Herrschaft der Arbeiterklasse und die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung läßt es bereits heute einer Anzahl kapitalistischer Unternehmer in Westdeutschland als unsinnig erscheinen, sich den Entwicklungstendenzen in der Welt mit Waffengewalt entgegenzustellen. Vor solchen klugen westdeutschen Unternehmern erhebt sich daher die Frage, wie sie sich von dem unheilvollen Weg der Vergangenheit, der durch Rüstung und Krieg gekennzeichnet war, abwenden können. Die einzige gesunde Alternative ist eine Politik der friedlichen Koexistenz, eine Politik, die auf die Produktion von Friedensgütern und einen friedlichen Handel ausgerichtet ist. Eine solche Vorstellung klingt selbst bei Friedrich in einem seiner Vorträge an¹⁰⁴:

„Heute macht die Entwicklung der Waffentechnik eine machtmäßige Überwältigung eines Teils der Welt durch einen anderen unwahrscheinlich. Damit gewinnt der friedliche, der wirtschaftliche, der geistige und moralische Wettbewerb an Macht.“

Leider scheint Friedrich diese realpolitische Einsicht nicht völlig ernstzunehmen. Sie steht im eklatanten Widerspruch zu der praktischen Politik der Bonner Regierung, zu deren Beratern auch Friedrich zählt. Desgleichen widerspricht sie den Auffassungen, die Friedrich in der vorliegenden Broschüre zum Ausdruck bringt. Am Schluß seiner Schrift nennt er die „schicksalhaften Aufgaben“, die vor der westdeutschen Monopolbourgeoisie stehen, und fordert, „unsere volkliche Einheit in Freiheit wiederherzustellen und in die europäische Gemeinschaft einzugliedern . . .“¹⁰⁵

Diese Integrationspolitik bedeutet nichts anderes, als die Ausdehnung des westdeutschen Monopoldiktats auf die sozialistischen Länder. Daß dies durch keine Verhandlungen erreicht werden kann, ist ohne Zweifel auch Friedrich klar. Verhandlungen hätten nur einen Sinn, wenn ein echter Kompromiß gefunden würde, der dem Bestehen zweier deutscher Staaten Rechnung trägt. Nur dann wäre auch eine Politik der friedlichen Koexistenz möglich. Aber gerade dagegen richtet sich die gesamte Bonner Politik. Friedrichs Mitwirkung im Bundesverteidigungsrat und im Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ läßt jedoch einige Rückschlüsse auf die wahren Absichten zu. Friedrich spricht von friedlichem Wettbewerb und betreibt Straußsche Atompolitik. So wie seine philosophischen und ökonomischen Anschauungen ständige Widersprüche zeigen, so fallen auch politisches Reden und Handeln auseinander. Es spricht sehr viel dafür, daß Friedrich bewußt lügt, wenn er von friedlichem Wettbewerb spricht. Das schließt allerdings nicht aus, daß gewisse Kreise der westdeutschen Unternehmerschaft um eine echte Wandlung in Richtung auf einen „friedlichen, wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Wettbewerb“ bemüht sein können. Die Stärke des sozialistischen Lagers läßt auch ihnen jeden Versuch zur gewaltsamen Auseinandersetzung von vornherein aussichtslos erscheinen. Eine wachsende politische Bewußtheit

¹⁰⁴ Friedrich, Otto A., Freiheit und Selbstverantwortung . . . A. a. O., S. 17.

¹⁰⁵ Friedrich, Otto A., Das Leitbild des Unternehmers . . . A. a. O., S. 40.

der Massen in Westdeutschland wird den Denkprozeß dieser Kreise weiter beschleunigen.

Eine Politik der friedlichen Koexistenz braucht die ökonomischen Grundlagen des Unternehmertums in Westdeutschland in keiner grundlegenden Weise zu berühren, aber sie würde unter Ausschaltung der reaktionärsten Monopolkräfte die Bahn für die friedliche wirtschaftliche, geistige und moralische Auseinandersetzung freilegen. Allerdings wird eine solche Politik nicht durch leere Deklamationen durchgesetzt, sondern nur durch konkrete Handlungen. Diese sind Friedrich und seine Regierung bisher schuldig geblieben. Westdeutschland wartet trotz Friedrich und seiner Schrift noch immer darauf, daß sich das „Leitbild“ seiner Unternehmer wirklich wandelt.

HORST HANDKE

Uns gehören die Schienenwege

*Transpress VEB Verlag für Verkehrswesen, Berlin 1960, 376 Seiten
(Großformat), Preis 24,- DM.*

Das unter dem oben genannten Titel veröffentlichte Buch erfüllt den Wunsch Zehntausender Eisenbahner und entspricht dem dringenden politischen Bedürfnis nach einer klaren und wahrhaften Darstellung der Geschichte der deutschen Eisenbahnen.

Damit schließt es eine große Lücke, die auf diesem Gebiet in der deutschen Literatur bisher vorhanden war. Nationalpreisträger Dipl.-Ing. Erwin Kramer, Minister für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, sagt im Vorwort dazu: „Mit der vorliegenden Festschrift wurde erstmals eine Bresche in die Lügenfront der bisher erschienenen, vom imperialistischen und bürgerlichen Standpunkt geschriebenen Eisenbahngeschichtsliteratur geschlagen . . . Mit dieser Festschrift wird der erste Versuch in der deutschen Literatur unternommen, die Geschichte der deutschen Eisenbahnen vom Standpunkt der Arbeiterklasse, des Marxismus-Leninismus, darzulegen.“¹

Sowohl vom Umfang und der gesamten Ausstattung als auch besonders vom Inhalt her wird der große Vorteil der Festschrift sichtbar: Ihre Ausarbeitung durch ein Kollektiv. In ihrem Aufbau und Inhalt entspricht sie den Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen.

Alle Veröffentlichungen aus der Zeit vor 1945² und auch die heute in Westdeutschland erscheinenden Arbeiten über die deutschen Eisenbahnen³ befassen sich ausschließlich mit Teilfragen, vor allem mit der Eisenbahntechnik, und geben keinen wahrhaften Einblick in die Entwicklung der Eisenbahn in ihrer Gesamtheit. Am häufigsten beziehen sich die Darlegungen dieser mehr oder weniger oberflächlichen Arbeiten auf den einen oder anderen Direktionsbezirk.

¹ Uns gehören die Schienenwege, Festschrift des Ministeriums für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik zum 125jährigen Jubiläum der Eisenbahnen in Deutschland. Berlin 1960, S. 5–6.

² Als Beispiel sei hier nur auf das faschistische Machwerk „Hundert Jahre Deutsche Eisenbahn“ verwiesen, das 1935 herausgegeben wurde.

³ Hierzu sei auf einige der jüngsten Veröffentlichungen verwiesen: *Stumpf, Berthold*, Geschichte der deutschen Eisenbahnen. Mainz u. Heidelberg 1960; 125 Jahre Deutsche Eisenbahn. In: „Die Bundesbahn“ 1960, H. 21/22; 125 Jahre Deutsche Eisenbahn. In: „Glasers Annalen“ 1960, H. 7.

Bewußt wird in diesen Arbeiten ein sogenannter Reichsbahnstandpunkt vertreten, der letztlich nichts anderes ist als bürgerlicher Objektivismus, das heißt bürgerliche Parteilichkeit. Am sichtbarsten kommt dieser sogenannte Reichsbahnstandpunkt darin zum Ausdruck, daß bei der Untersuchung dieser oder jener Erscheinung weder die objektiven Ursachen gezeigt werden, noch der notwendige Zusammenhang der Eisenbahn mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung hergestellt wird.

In der Festschrift des Ministeriums für Verkehrswesen wird damit prinzipiell Schluß gemacht; erstmals wird die Klasse, werden die Menschen in den Mittelpunkt der Geschichte der deutschen Eisenbahnen gestellt, die ihre wahren Schöpfer sind und die bei Tag und Nacht dafür sorgen, daß der Eisenbahntransport reibungslos abgewickelt werden kann – die Arbeiterklasse und die Eisenbahner als ein Teil dieser Klasse sowie die Intelligenz, vor allem die technische Intelligenz.

Schon im ersten Kapitel, das die Eisenbahnen in den deutschen Ländern von ihren Anfängen bis zum Beginn der Entwicklung des Imperialismus in Deutschland behandelt, wird nicht nur gezeigt, wie die Eisenbahnen zu einem realen gesellschaftlichen Bedürfnis wurden und im Kampf gegen die alten, überlebten feudalabsolutistischen Verhältnisse dazu beitrugen, daß sich in Deutschland ein einheitlicher nationaler Markt herausbildete, sondern auch der konkrete Nachweis erbracht, daß die Eisenbahnbauarbeiter mit als erste den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aufnahmen. Die hier geschilderten Streikaktionen an der Oberschlesischen Bahn im Jahre 1841 bei Ohlau (Oława), an der Köln-Mindener Bahn im Sommer 1845 bei und in Schildesche und an der Niederschlesischen Zweigbahn im November 1845 bei Glogau (Głogów) gehören zu den revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse.

Sehr richtig wird in den folgenden Darstellungen der Kämpfe der Eisenbahnarbeiter und der unteren und mittleren Beamten der große Zusammenhang im nationalen und internationalen Rahmen herausgearbeitet, wie zum Beispiel bei den Darlegungen zur Revolution 1848/49 oder zum Bismarckschen Sozialistengesetz. Besonders deutlich aber kommt das in den Kapiteln III und IV zum Ausdruck, deren Inhalt im Zeichen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg für die wahren Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Nation steht.

In diesen Kapiteln wird gezeigt, wie die Eisenbahnarbeiter an der Seite der deutschen Linken gegen den ersten, imperialistischen Weltkrieg, auf den Barrikaden der Novemberrevolution 1918 für eine sozialistische Republik und unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands im März 1920 gegen den Kapp-Putsch kämpften, wie sie in der von der Kommunistischen Partei Deutschlands organisierten Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ ein hervorragendes Beispiel des proletarischen Internationalismus gaben und wie sie gegen die Ruhrbesetzung, gegen die kapitalistische Rationalisierung,

gegen die Abwälzung der Kriegslasten sowie der Lasten der Weltwirtschaftskrise auf die Schultern der Werktätigen und gegen den Hitlerfaschismus kämpften.

Im Zusammenhang damit wird zu allen wichtigen Fragen und Ereignissen – der Bedeutung der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, dem Charakter des ersten und zweiten Weltkrieges oder den Ursachen der Niederlage der Novemberrevolution und dem Machtantritt des Hitlerfaschismus – eine mehr oder weniger umfangreiche prinzipielle Einschätzung gegeben.

Indem das Verfasserkollektiv bemüht war, neue Quellen⁴ zu finden und auszuwerten, konnte es durch eine Reihe von Dokumenten der Kommunistischen Partei Deutschlands, durch Ausschnitte aus Erlebnisberichten von Partei- und Gewerkschaftsveteranen sowie aus Betriebszeitungen und Archivmaterialien wichtige Beweise liefern und die Darlegungen in vielen Abschnitten wesentlich auflockern. Das trifft auch für die Darlegungen über die Lage der Eisenbahner in den verschiedenen Perioden zu.

Es ist zu empfehlen, daß vom Herausgeber in dieser Richtung weitergearbeitet wird, da bei einer Neuauflage die Schrift in einer Reihe von Abschnitten noch erheblich gewinnen könnte, wenn weiteres Quellenmaterial aufgedeckt und ausgewertet würde. Zum Widerstandskampf der Eisenbahner gegen den Faschismus in den Jahren 1935/36 bis 1945 ist zum Beispiel wenig gesagt. Es ist zu hoffen, daß das Buch den Historikern Anregung gibt, solche und eine Reihe anderer Fragen noch weiter zu erforschen.

Neben der Einschätzung der Lage der Eisenbahner zur Zeit des Kapitalismus (auch ihrer heutigen Lage in Westdeutschland) und des Kampfes ihrer fortschrittlichen Kräfte werden gleichzeitig die objektiven Ursachen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung sichtbar gemacht.

Überzeugend wird nachgewiesen, wie die kapitalistischen Herren der Eisenbahn durch die Züchtung des Berufsbeamtentums ihre Untergebenen jeglicher politischer Freiheit beraubten und zu Kadavergehorsam und Unterwürfigkeit zwangen, wie sie, getrieben durch ihr Profitinteresse, ständig die Ausbeutung erhöhten und die Unterdrückung verschärften.

Solche Abschnitte, in denen zum Beispiel die Dienstdauervorschriften, die kapitalistische Rationalisierung Anfang der zwanziger Jahre, die Rolle der Deutschen Reichsbahn bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges oder ähnliche Probleme behandelt werden, besitzen eine starke Aussagekraft. Sie beweisen dem Leser nicht nur, daß die Eisenbahn unter den

⁴ Erstmals wurde von den Autoren neben einer Reihe von Artikeln aus „Die Rote Fahne“ und aus Betriebszeitungen der KPD die Broschüre der KPD „Der Kampf der Eisenbahner“ ausgewertet, die Anfang der zwanziger Jahre erschien und zweimal aufgelegt wurde. Weiterhin beziehen sich die Verfasser unter anderem auf die Rede Clara Zetkins, „Die Lehren des deutschen Eisenbahnerstreiks“, die sie am 21. Februar 1922 auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau gehalten hat.

Bedingungen des Kapitalismus gegen die Interessen des Volkes mißbraucht wird, so wie es 110 Jahre in ganz Deutschland der Fall war und heute noch im Westen unserer Heimat an der Tagesordnung ist, sondern führen den Leser auch zu der Schlußfolgerung, daß die Eisenbahn nur dort wirklich den friedlichen Interessen des Volkes dienen kann, wo die Macht des Militarismus und Imperialismus gebrochen ist, und zeigen, wie diese Aufgabe gelöst werden kann.

Das Gewicht dieser Aussage hätte bei den Darlegungen über die Bundesbahn zweifellos noch erhöht werden können, wenn die Auswirkungen der verstärkten staatsmonopolistischen Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland auf die Bundesbahn noch ausführlicher und konkreter behandelt worden wären.

Ein Nachteil besteht unter anderem auch darin, daß die Darlegungen zum technischen Fortschritt der Eisenbahn nicht organisch mit denen zur politischen und ökonomischen Entwicklung der Eisenbahn verbunden sind. Es steht außer Zweifel, daß die Überwindung dieses Mangels eine recht komplizierte Aufgabe ist, die noch einer Reihe Forschungen bedarf.

Ferner sollte man einige allgemeine Fragen der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in noch engeren Zusammenhang mit der Eisenbahn bringen, indem man sie an Hand konkreter Eisenbahnfakten beweist oder erläutert. Die Darlegungen über die Herausbildung und den Charakter des Imperialismus zum Beispiel würden dadurch erheblich gewinnen.

Gebührend wird in der Festschrift die größte gesellschaftliche Umwälzung in der deutschen Geschichte behandelt, die nach 1945 in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze vollzogen wurde. Der demokratische Wiederaufbau und die sozialistische Umgestaltung des Eisenbahnwesens ist als ein unlöslicher Bestandteil dieses großen revolutionären Prozesses dargestellt.

Besondere Anerkennung finden hierbei die Leistungen der Aktivisten der ersten Stunde, die allen Eisenbahnern in Deutschland beispielgebend vorangingen. In diesem Zusammenhang werden auch die großen Schwierigkeiten gezeigt, die der Faschismus als Erbe hinterlassen hatte und die von allen Werktätigen mit der Unterstützung der Sowjetunion überwunden wurden.

Damit wird deutlich sichtbar gemacht, über welche große und unversiegbare Schöpferkraft die Eisenbahner verfügen und zu welchen Leistungen sie im Dienste des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus fähig sind, nachdem sie erstmalig in der deutschen Geschichte wirkliche politische Freiheit erhalten haben, selbst zum Besitzer ihres Betriebes geworden sind und ihren Staat mitregieren.

Wie es die Eisenbahner mit der Hilfe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unserer Regierung verstanden haben, die Deutsche Reichsbahn zu einem zuverlässigen und wichtigen Instrument unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und zum Rückgrat des einheitlichen sozialistischen Verkehrswesens unserer Republik zu machen, geht aus den Darlegungen über die

Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, über den Kampf der Eisenbahner um die Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung sowie um die Erhöhung der Disziplin, Ordnung, Sicherheit und Qualität in der Arbeit hervor.

In Verbindung damit wird gleichzeitig aufgezeigt, wie sich im Prozeß der Arbeit und des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt das sozialistische Bewußtsein herausbildet und wie den Eisenbahnern die ständig wachsenden Ergebnisse ihrer Arbeit selbst zugute kommen, so daß ihr Leben immer reicher und schöner wird.

Wiederholt taucht bei der Behandlung dieser Frage jedoch der Mangel auf, daß die großen Leistungen der Eisenbahner und deren Ergebnisse als nüchterne Tatsachen dargestellt werden. Es wird noch zu wenig gezeigt, welche ideologischen Auseinandersetzungen geführt und welche falschen Auffassungen überwunden werden mußten, um diese oder jene Aufgabe zu lösen, und wie das konkret geschah.

Ebenso wäre es sehr nützlich gewesen, wenn noch häufiger dargestellt worden wäre, wie der eine oder andere Eisenbahner oder ganze Kollektive beispielgebende Erfolge erzielten. Dadurch hätten die Darlegungen mehr aufgelockert werden können, und vor allem wäre ihre erzieherische Wirkung dadurch verstärkt worden.

Der sozialistischen Entwicklung des Eisenbahnwesens der Deutschen Demokratischen Republik wird in einem besonderen Abschnitt die westdeutsche Bundesbahn und deren Einbeziehung in die Bonner NATO-Kriegspläne gegenübergestellt, und in einem weiteren Abschnitt werden die Perspektiven des sozialistischen Eisenbahnwesens der Deutschen Demokratischen Republik und die Aufgaben der Deutschen Reichsbahn im Siebenjahrplan dargelegt. Der Leser gewinnt aus diesen beiden Abschnitten die Überzeugung, und zwar schlußfolgernd aus der Entwicklung der Eisenbahn in beiden deutschen Staaten, daß die Deutsche Demokratische Republik der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist, der westdeutsche Imperialismus aber keine Perspektive hat und Frieden und Sozialismus schließlich in ganz Deutschland triumphieren werden.

So vermittelt das vorliegende Buch nicht nur einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der deutschen Eisenbahnen, sondern trägt gleichzeitig dazu bei, die Gegenwart verständlich zu machen und im Sinne der nationalen Grundkonzeption bei der Überwindung und Lösung des Grundwiderspruchs zwischen den friedliebenden nationalen Interessen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und den antinationalen kriegerischen Interessen einer kleinen Gruppe von Monopolherren, Junkern und Militaristen zu helfen. Der erzieherische Charakter des Buches fördert den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und unterstützt den Kampf aller deutschen Patrioten gegen den Militarismus und die aggressiven Monopole Westdeutschlands.

Man darf mit Recht sagen, daß das Buch „Uns gehören die Schienenwege“ die Erwartungen, die man an seine Veröffentlichung knüpfen mußte, voll

erfüllt hat. Daran ändern die Mängel nichts, die ihm noch anhaften und auf die hier zum Teil hingewiesen wurde. Zum Beispiel hätten die Probleme des Kraftverkehrs im Kapitel V noch ausführlicher behandelt werden müssen, denn die übrigen Verkehrsträger sollten in den Darlegungen soweit berücksichtigt werden, wie sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens stehen. Mit dem ersten Versuch, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Geschichte der deutschen Eisenbahnen zu schreiben, wurde in sehr kurzer Zeit eine wertvolle Grundlage auf diesem Gebiet geschaffen.

Gleichzeitig ist mit diesem Buch ein Beispiel geschaffen worden, das viele gute Anregungen für die Ausarbeitung der Geschichte der verschiedenen Industriezweige gibt.

Welches rege Interesse nicht nur unter den Eisenbahnern, sondern auch in anderen Bevölkerungskreisen an dem vorliegenden Buch besteht, zeigt die große Nachfrage. Bereits Wochen vor seiner Auslieferung durch den Verlag war es vergriffen.⁵ Es ist zu empfehlen, daß recht bald eine zweite, vielleicht überarbeitete Auflage des Buches erscheint, damit noch mehr Interessenten in seinen Besitz gelangen können.

Hierfür sollten die Ausführungen, die der Vorsitzende des Staatsrates unserer Republik, Walter Ulbricht, im Dezember des Jahres 1960 beim Empfang einer Eisenbahnerdelegation machte, als Verpflichtung gelten. Walter Ulbricht begrüßte das Erscheinen dieses interessanten Buches und betonte, daß es besonders deshalb wertvoll ist, weil es auf der Grundlage des historischen Materialismus aufgebaut wurde und die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse vermittelt. Diese Traditionen allen Werktätigen zu vermitteln, ist eine wichtige Aufgabe bei der sozialistischen Bewußtseinsbildung und damit im Kampf für Frieden und Sozialismus.

⁵ Die großzügige Gestaltung, die die Wirksamkeit der Darlegungen vorteilhaft unterstützt, dürfte das Interesse noch erhöht haben. Das Buch enthält über 270 Bilder (teils farbig), Faksimiles, Karten und graphische Darstellungen.

Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft
als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa
vom 6. bis 8. Jahrhundert

Deutsche Ausgabe besorgt von Bernhard Töpfer

Akademie-Verlag, Berlin 1961, 598 Seiten, Preis 41,- DM.

Der Verfasser ist seit 1929 mit verschiedenen wertvollen Arbeiten zur vor- und frühfeudalen Entwicklung in Westeuropa hervorgetreten (siehe Literaturverzeichnis des hier besprochenen Buches), auch in der deutschsprachigen Geschichtsliteratur.¹ Die deutsche Übersetzung des vorliegenden Werkes, die Peter Wick anfertigte, ist eine vom Verfasser verbesserte und beträchtlich erweiterte Fassung der russischen Ausgabe von 1956.²

Es sei vorweggenommen: Njeussychins Monographie stellt einen sehr wertvollen Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Feudalismus im westlichen Kontinentaleuropa, besonders auf deutschem Boden dar. Das gilt sowohl im Hinblick auf das methodische Herangehen an die Untersuchung und Darstellung als auch bezüglich der benutzten Quellen.

Im ersten Kapitel – „Das erste Stadium des Entstehungsprozesses einer feudal-abhängigen Bauernschaft als Klasse, theoretische Fragestellung“ – tritt besonders lehrreich die Anwendung der historisch-materialistischen Methode hervor. Indem der Verfasser von den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der untergehenden Urgesellschaft, die sich auf dem Weg zum Feudalismus befindet, und von bereits bekannten Tatsachen über die behandelten Stämme ausgeht, ist er in der Lage, mit sicherer Hand die wichtigsten Fragen für die wissenschaftliche Beantwortung des Themas aufzuwerfen.

Ausgangspunkt ist ihm die These von Marx über die Gemeinde der Barbarenvölker Westeuropas: „Das individuelle Grundeigentum erscheint hier nicht als gegensätzliche Form des Grundeigentums der Gemeinde, noch als durch sie vermittelt, sondern umgekehrt. Die Gemeinde existiert nur in der Beziehung dieser individuellen Grundeigentümer als solcher aufeinander. Das Gemeindegut als solches erscheint nur als gemeinschaftliches Zubehör zu den individuellen Stammsitzen und Bodenaneignungen.“³

¹ Der Freiheitsbegriff im Edikt des Rothari. ZRG, G. A., Bd. 66, 1948; im Literaturverzeichnis nicht erwähnt: Die Gesellschaftsordnung der alten Germanen. Moskau 1929, zitiert bei Grews, I. M., Tacitus. Leipzig 1952, S. 200.

² Verlag der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau; vgl. die Besprechung von Neubert, H. In: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, VI. Jahrg., 1958, H. 5, S. 1165.

³ Marx, K., Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen. Berlin 1952, S. 18.

„Aus dieser Besonderheit entstand im Stadium der Ackerbaugemeinde der von Marx erwähnte Dualismus zwischen dem kollektiven Landbesitz und der Parzellenwirtschaft einzelner Familien als Quelle privater Aneignung“ (S. 14).

Wie dieser Dualismus in der Ackerbaugemeinde zur sozialen Differenzierung führte, dadurch gleichzeitig den Verfall dieser Gemeinde freier Markgenossen und die Entstehung der ausgebeuteten feudalen Bauernschaft bewirkte, das zu untersuchen und zu zeigen, stellt sich Njeussychin als Aufgabe.

Da dieser Prozeß bei Stämmen beziehungsweise Völkerschaften untersucht wird, bei denen er im wesentlichen von der in Auflösung begriffenen Urgesellschaft ausgeht, die kein entwickeltes Privateigentum kannte und deshalb auch nicht durch die Existenz von Klassen gekennzeichnet war, wird von vornherein die Entstehung von Allodialeigentum an Boden, dem wichtigsten Produktionsmittel der Zeit, in den Mittelpunkt gestellt, daneben die Entstehung von Privateigentum an anderen Produktionsmitteln und Produktionsinstrumenten.

Diese Entwicklung war notwendig begleitet von der Herausbildung unterschiedlicher sozialer Schichten innerhalb der Gemeinde, die – entsprechend dem Thema – bis zur Umwandlung ihrer Mitglieder in feudalabhängige Bauern zu verfolgen ist.

Der klaren theoretischen Grundlegung schließt sich als zweites Kapitel eine ausführliche Besprechung der benutzten Quellen an:

1. Volksrechte,
2. Formeln und Kapitularien,
3. Schenkungs- und andere Urkunden des frühen Feudalismus.

Diese drei Gruppen entsprechen nicht nur grob den einzelnen Zeitabschnitten, die untersucht werden, sondern sie beleuchten, und darauf kommt es hier vor allem an, die Entstehung des Feudalismus in Westeuropa von verschiedenen Seiten. Die Volksrechte enthalten das alte Gewohnheitsrecht der einzelnen Stämme. Die zweite Gruppe stammt aus der Zeit der Merowinger und Karolinger und unterscheidet sich dadurch scharf von den Volksrechten, daß sie, wenn sie auch gelegentlich die Volksrechte ergänzt, kein Gewohnheitsrecht widerspiegelt, sondern, wie die dritte Gruppe, die dem 7. und 8. Jahrhundert angehört, das entsprechende feudale Recht.

Ausgehend von der Tatsache, daß der Entstehung der feudalabhängigen Bauernschaft und des Feudalismus überhaupt bei den untersuchten germanischen Stämmen als wichtigster Prozeß eine soziale Differenzierung innerhalb der Ackerbau- und Nachbargemeinde vorausgegangen sein muß, legt der Verfasser für die Beantwortung des Themas den größten Wert auf die Volksrechte. Er weist entschieden ihre Vernachlässigung⁴ und ihre willkürliche Inter-

⁴ Zum Beispiel *Dannenbauer, H.*, Adel, Burg und Herrschaft bei den Germanen. In: Herrschaft und Staat im Mittelalter, Wege der Forschung II. Darmstadt 1956; zuerst in: Historisches Jahrbuch, 61. Jahrg., 1941.

pretation⁵, die er einigen Historikern auch im Hinblick auf andere Quellen nachweist, zurück (S. 56 ff.).

Die folgenden Kapitel – die Gemeinde und die Entstehung des Allods bei den salischen Franken, die Gesellschaftsstruktur der Sachsen im 7. und 8. Jahrhundert, die Bildung von Elementen einer abhängigen Bauernschaft bei den Langobarden vom 6. bis 8. Jahrhundert, die Reste der Gemeindeordnung und ihr Zerfall bei den Burgunden und die Umwandlung der freien bayrischen Allodialigentümer in abhängige Bauern im 7. und 8. Jahrhundert – bilden den Hauptteil der Monographie. Die Untersuchung und Darstellung erfolgt jeweils nach den einleitend erarbeiteten Gesichtspunkten entsprechend den besonderen Bedingungen der einzelnen Stämme und der jeweiligen Quellenlage.

Im letzten Kapitel zieht der Verfasser die Schlußfolgerungen aus der ganzen Arbeit, indem er die Hauptlinien der weiteren Entwicklung der Bauernschaft als Klasse in Westeuropa im 9. und 10. Jahrhundert herausarbeitet. Im Mittelpunkt steht hier die soziale Umschichtung innerhalb der Markgenossenschaft. Die Zahl der Markgenossen nahm im 9. Jahrhundert im karolingischen Reich zu; aus der Gemeinde sonderten sich kleine Grundherren ab, und der Großgrundbesitz wuchs. Abschließend wird auf die ersten Anzeichen des Klassenkampfes der jungen feudalabhängigen Bauernschaft eingegangen.

Njeussychin beantwortet demnach für einen entscheidenden Teil Westeuropas die wichtigste Frage, die die Entstehung des Feudalismus aufwirft: Die Evolution der sozialökonomischen Verhältnisse der Volksmassen. Dadurch aber ist die vorliegende Monographie auch weit über das eigentliche Thema hinaus von großer Bedeutung. Sie weist unübersehbar auf den grundlegenden Unterschied der Produktionsverhältnisse bei den Germanen des Tacitus und ihren Nachfahren im 8. und 9. Jahrhundert hin, den verschiedene Historiker – in Deutschland von W. Wittich⁶ über A. Dopsch⁷ bis F. Lütge⁷ und K. Bosl⁷, um nur die wichtigsten zu nennen – so gern verwischen möchten, um die Existenz tiefer sozialer Unterschiede bei den Germanen zumindest auf ihre gesamte geschriebene Geschichte auszudehnen.

Außerdem wird mit der Aufhellung der Entwicklung vom Bauern der verfallenden Sippengemeinde bis zur feudalabhängigen Bauernschaft die entscheidende Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung bei den aufgeführten Stämmen und die allmähliche Herausbildung ihrer Fähigkeit zur Staatenbildung deutlich. Auch für das Verständnis der Entstehung des Adels bei den

⁵ Andere zusammenfassend: *Bog, I.*, Dorfgemeinde, Freiheit und Unfreiheit in Franken. In: *Jahrbuch für National-Ökonomie und Statistik*, Bd. 168, 1956; *Schlesinger W.*, Herrschaft und Gefolgschaft in der germanisch-deutschen Verfassungsgeschichte, in: „*Historische Zeitschrift*“, Bd. 176, 1953.

⁶ Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. Leipzig 1896; Wittich stammt aus der Schule von G. F. Knapp; von ihm, Wittich, ging um die Jahrhundertwende in Deutschland die verfehlte Anwendung jüngerer Quellen auf spätgermanische Zustände aus.

⁷ Vgl. dazu wie bei den folgenden Namen – wenn kein besonderer Hinweis erfolgt – das Literaturverzeichnis.

germanischen Stämmen wird durch das vorliegende Werk ein wichtiger Beitrag geliefert.

Breiten Raum verwendet der Verfasser auf die Auseinandersetzung mit der deutschsprachigen Literatur, die bisher zum Thema erschien. Daneben werden nur wenige französische und englische Arbeiten berücksichtigt. Diese Diskussion erstreckt sich auf das ganze Buch. Während er G. L. v. Maurer und die ihm folgenden Verfechter der markgenossenschaftlichen Theorie der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts G. Landau, F. Thudichum, O. Gierke, G. Hanssen und andere korrigiert, die auf willkürlicher Interpretation und weitgehender Negierung der Quellen beruhenden Auffassungen von W. Wittich, H. Wopfner, Fustel De Coulanges, Ph. Heck, A. Dopsch, F. Lütge, K. Bader, W. Schlesinger, K. Bosl, I. Bog, H. Dannenbauer und anderen widerlegt, zieht er die positiven Forschungsergebnisse von G. Caro, M. Lintzel, K. Haff, A. Bergengruen, H. Conrad und anderen heran.

Jedoch ist diese Literatur nicht vollständig aufgeführt und berücksichtigt, wie eingangs versprochen wird und wie es besonders angesichts der gründlichen Quellenauswertung gewünscht werden durfte. So vermißt man solche Namen wie M. Weber⁸, G. v. Below⁹, F. Rachfahl¹⁰, auch H. Cunow¹¹, H. Bechtel¹² und andere.

Allerdings führt das Literaturverzeichnis nicht alle im Text tatsächlich verwerteten Arbeiten auf¹³, und noch mancher vermißte Titel kann sich hier verbergen. Von einigen Autoren werden nicht die wichtigsten Arbeiten genannt. So fehlt zum Beispiel die Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters von R. Kötzschke (1924), auch Motteks Wirtschaftsgeschichte Deutschlands (1957) findet keine Erwähnung. Von F. Lütge wird lediglich die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum vornehmlich in der Karolingerzeit (1937) einbezogen, während seine deutsche Sozial- und

⁸ Von ihm ist lediglich erwähnt (S. 38), im Literaturverzeichnis aber nicht aufgeführt: Die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht. Stuttgart 1891; von seinen späteren Arbeiten ist besonders hervorzuheben: Der Streit um den Charakter der altgermanischen Sozialverfassung in der deutschen Literatur des letzten Jahrzehnts. In: Jahrbuch für National-Ökonomie und Statistik, Jahrg. 1904, III. F., Bd. XXVIII, S. 433 ff.

⁹ Below, G. v., Probleme der Wirtschaftsgeschichte. 2. Aufl. Tübingen 1926.

¹⁰ Rachfahl, F., Zur Geschichte des Grundeigentums. In: Jahrbuch für National-Ökonomie und Statistik, Jahrg. 1900, III. F., Bd. XIX, S. 1 ff.

¹¹ Cunow besorgte 1896 eine Neuauflage von Maurers Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung und der öffentlichen Gewalt (1854, 1. Aufl.), die er mit einem ausführlichen Vorwort versah; vgl. auch den zweiten Band seiner Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsformen der indischen Arier, der Italiker, Kelten und Germanen. Berlin 1927.

¹² Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. I, 2. Aufl. München 1951.

¹³ Außer dem genannten Titel von M. Weber fehlen, nach ganz beiläufiger Durchsicht, folgende Arbeiten im Verzeichnis: Ross, D.W. (S. 53), Schmidt-Wiegand (S. 78), Hatt, G. (S. 130), Hoops, J. (S. 154), Mayer, E. (S. 347).

Wirtschaftsgeschichte (1952) fehlt. Ebenso wird kein Bezug auf K. Bosl, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft im deutschen Mittelalter (Bruno Gebhardt, Bd. I, 1954, 8. Auflage, S. 585 ff.) genommen. (Bosl stellt die hier zur Debatte stehende Entwicklung ganz im Sinne Dopschs und Lütges dar, ohne deren zahlreiche und gewichtige Gegner auch nur zu Wort kommen zu lassen.)

Dieser Mangel ist in doppelter Hinsicht bedauerlich. Erstens hätte sich der Verfasser manche Polemik sparen können. So ist zum Beispiel sowohl die übertriebene Anwendung der vergleichenden Methode durch G. L. v. Maurer und andere als auch das Verfahren W. Wittichs, bei den Sachsen gewissermaßen Junker des 18. Jahrhunderts zu entdecken, längst zurückgewiesen. Zweitens aber wäre es Njeussychin durch den Umfang seiner eigenen Forschungen zweifellos nicht schmerzlich, die fehlenden Arbeiten, es geht besonders um die neueren unter ihnen, in die Besprechung einzubeziehen.

Indessen sollte diese Schwäche dem Verfasser nicht zu sehr zur Last gelegt werden. Ist es bei der bereits mehrfach festgestellten Rückständigkeit der gesellschaftswissenschaftlichen Information im Lande selbst nicht einfach, auf dem laufenden zu bleiben, um wieviel schwieriger ist es 2000 km davon entfernt! Auch entschädigt er den deutschen Leser im historiographischen Teil des Buches unter anderem dadurch, daß er ausführlich mit der zuständigen Literatur seines Landes vor und besonders nach 1917 bekanntmacht, die uns durchaus noch nicht geläufig ist.¹⁴

Die kritischen Bemerkungen ändern nichts an dem großen Wert des Werkes, das die erste systematisch aus den Quellen erarbeitete marxistische Untersuchung der wichtigsten Seite der sozialen Differenzierung bei den germanischen Stämmen Westeuropas vom 6. bis zum 8. Jahrhundert darstellt. Es wird insbesondere für die Erarbeitung der deutschen Geschichte in dieser Zeit für lange Jahre von großer Bedeutung sein, und der Verfasser, aber auch Herausgeber, Übersetzer und Verlag verdienen deshalb unseren Dank.

¹⁴ Das zeigen zum Beispiel die Literaturhinweise bei *Otto, K.-H.*, Deutschland in der Epoche der Urgesellschaft. Berlin 1960, S. 200f.

BIBLIOGRAPHIE

Spezialverzeichnis ausgewählter Nachschlagewerke für die wirtschaftshistorische Forschung aus den Beständen Berliner Bibliotheken

VON HANS RADANDT

Als Hilfsmittel für die wirtschaftshistorische Erforschung des deutschen Kapitalismus und Imperialismus bietet sich eine Fülle von Hand-, Jahr- und Adreßbüchern an. Sie geben unter anderem Auskunft über Einzelunternehmen, Kapital- und Personalgesellschaften, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, landwirtschaftliche Güter und deren Besitzer sowie über Unternehmerorganisationen. Nur ein Teil von ihnen ist einmalig aufgelegt worden, andere sind periodische Veröffentlichungen, die jährlich oder in größeren, zum Teil auch unregelmäßigen Zeitabständen erschienen sind beziehungsweise heute in Westdeutschland erscheinen.

Es gibt in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland keine Bibliothek, welche diese „Nachschlagewerke der Eigentumsformen und Unternehmerbiographien“¹ vollständig besitzt. Selbst die bekanntesten Reihen, wie zum Beispiel „Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften“ und „Saling's Börsenpapiere“, sind in keiner Bibliothek der Deutschen Demokratischen Republik vollständig vorhanden.

Ein brauchbares wissenschaftliches Hilfsmittel bilden diese Reihen aber nur, wenn jeder Jahrgang, jeder Band benutzt werden kann. Das liegt klar auf der Hand beim Adreßbuch der Aufsichtsräte und Direktoren, in dem jährlich – im Band I alphabetisch nach Personennamen, im Band II alphabetisch nach Firmen – die jeweiligen Funktionen eben nur für dieses eine Jahr, wenn auch manchmal unvollständig, angegeben sind. Weniger deutlich wird es in „Saling's Börsenpapiere“ oder bei dem „Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften“. Zwar enthält jeder Jahrgang hier – ebenfalls unvollständig – einige neue Daten aus dem letzten beziehungsweise vorletzten Geschäftsjahr der jeweiligen Aktiengesellschaft. Für die weiter zurückliegenden Jahre jedoch werden oftmals die in früheren Jahren gemachten Angaben fortgelassen, ergänzt, berichtigt, oder aber es werden über diese Jahre ganz neue Mitteilungen gebracht, die in älteren Jahrgängen nicht enthalten waren.

¹ Letztere hier im weitesten Sinne gebraucht, das heißt einschließlich der Mitgliederlisten beziehungsweise der Verzeichnisse von leitenden Gremien der Unternehmerorganisationen.

Neben den genannten und anderen Reihen gibt es viele Einzelveröffentlichungen mit dem Charakter von Nachschlagewerken über Firmen, Industriezweige, Unternehmerverbände, Personen usw., die von der Forschung bisher weitgehend unbenutzt geblieben sind, zum Teil deshalb, weil sie selbst nicht oder ungenügend bekannt beziehungsweise schwer auffindbar sind.

Um zur vollständigen Benutzung dieser Handbücher anzuregen, aber gleichzeitig zeitraubende Nachforschungen darüber, welche Bibliothek welche Bände besitzt, zu ersparen, sollen in den folgenden Jahren Spezialverzeichnisse für Nachschlagewerke im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Aufnahme finden. Zunächst werden für diese Verzeichnisse nur die Berliner Bibliotheken berücksichtigt.

Für die Reihenveröffentlichungen werden die Bibliotheken mit den größten Beständen angegeben, und nur wenn diese Bestände sich nicht gegenseitig ergänzen, werden andere Bibliotheken mit herangezogen. Zur Kennzeichnung der Bestände dienen die üblichen Bibliothekssigel.²

Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften;
ab 46. Jahrgang, Bd. 7: Die Großunternehmen im Deutschen Reich;
ab 50. Jahrgang: Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften

Jahrgang	Zahl der erschienenen Bände	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Universitäts- bibliothek Berlin (11)	Bibliothek des DWI (B 475) ³
1. 1896/97	1	I		I
2. 1897/98	2	I, II		
3. 1898/99	2			I, II
4. 1899/1900	2	I, II		I, II
5. 1900/01	2	I, II		I, II
6. 1901/02	2	I, II		I, II
7. 1902/03	2	I, II		I, II
8. 1903/04	2	I, II		I, II
9. 1904/05	2	I, II		I, II
10. 1905/06	2	I, II		I, II
11. 1906/07	2	I, II	I, II	I, II
12. 1907/08	2	I, II		I, II
13. 1908/09	2	I, II	I, II	I
14. 1909/10	2	I, II		
15. 1910/11	2	I, II		I
16. 1911/12	2	I, II		I, II
17. 1912/13	2	I, II	I	I, II
18. 1913/14	2	I, II	I	
19. 1914/15	2	I, II	I, II	I
20. 1915/16	2	I, II	I, II	I, II

² Sigel-Liste der Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik, Stand vom 31. 3. 1959, 2. erweiterte Auflage, herausgegeben von der Auskunftsabteilung der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin 1959.

³ Die Bibliothek des DWI ist keine öffentliche Bibliothek. Ihre Benutzung ist nur bei Nachweis eines Forschungs- oder Dienstauftrages möglich.

Jahrgang	Zahl der erschienenen Bände	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Universitäts- bibliothek Berlin (11)	Bibliothek des DWI (B 475)
21. 1916/17	2	I, II	II	I, II
22. 1917/18	2	I, II	I, II	I, II
23. 1918/19	2	I, II	II	I, II
24. 1919/20	2	I, II	I	I, II
25. 1920/21	2	I, II		I, II
26. 1921/22	2	I, II	I	I, II
27. 1922/23	2	I, II	I, II	I, II
28. 1923/24	4	Ia, Ib, IIa, IIb	Ia, Ib	Ia, Ib, IIa, IIb
29. 1924/25	2	Ia, Ib	Ia, Ib	Ia, Ib
30. 1925	4	I-IV	IV	I-IV
31. 1926	4	I-IV	I-IV	I-IV
32. 1927	4	I-IV	I-IV	I-IV
33. 1928	4	I-IV	I-IV	I-IV
34. 1929	4	I-IV	I-IV	I-IV
35. 1930	4	I-IV	I-IV	I-IV
36. 1931	4	I-IV	I-IV	I-IV
37. 1932	4	I-IV	I-IV	I-IV
38. 1933	4	I-IV	I-IV	I-IV
39. 1934	4	I-IV	I-IV	I-IV
40. 1935	6	I-VI	I-VI	I-VI
41. 1936	6	I-VI	I-VI	I-VI
42. 1937	6	I-V	I-VI	I-VI
43. 1938	6	1-6	1-6	1-6
44. 1939	6	1-6	1-6	1-6
45. 1940	6		1-6	1-6
46. 1941	7		1-7	1-7
47. 1942	6	1, 3, 4, 5	1-6	1-6
48. 1943	6	1	1-6	1-6
49. 1944	5 ⁴		1-4	1-4, 7
50. 1949	4			I-IV
51. 1950/51	5	I-V		I-V
52. 1951/52	6	I-VI		I-VI
53. 1952/53	5	I-V		I-V
54. 1953/54	5	I-V		I-V
55. 1954/55	5	I-V		I-V
56. 1955/56	6	I-VI		I-VI
57. 1956/57	6	II-VI		I-VI
58. 1957/58	6	I-VI		I-VI
59. 1958/59	6	I-VI		I-VI
60. 1959/60	6	I-VI		I-VI
61. 1960/61	6	I-VI		I-VI

⁴ Im Jahre 1944 erschienen nur Band 1-4 und Band 7.

*Adreßbuch der Directoren und Aufsichtsraths-Mitglieder der Actien-Gesellschaften;
ab 1910: Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte der Aktien-Gesellschaften;
ab 1913: Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte*

Jahrgang	Zahl der erschienenen Bände	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Universitäts- bibliothek Berlin (11)	Bibliothek des DWI (B 475)
1. 1898	1	1		
2. 1900	1			
3. 1901	1			
4. 1902	1			
5. 1903	1		1	
6. 1904	1	1		
7. 1905	1	1		1
8. 1906	1	1		
9. 1907	1	1	1	
10. 1908	1	1	1	
11. 1909	1	1	1	
12. 1910	1	1	1	1
13. 1911	1	1	1	
14. 1912	1	1	1	1
15. 1913	1	1	1	
16. 1914	1	1	1	1
17. 1915	1	1	1	1
18. 1916	1	1	1	1
19. 1917	1	1		1
20. 1918	1	1		1
21. 1920	1	1		1
22. 1921	1	1		1
23. 1922	1	1		
24. 1923	1		1	
25. 1924	1 (Bd. I ⁵)		1	1
25. 1925	1 (Bd. II ⁶)	1	1	1
26. 1925/26	2	II	I, II	II
27. 1926/27	2	I	I, II	
28. 1927/28	2	II	I, II	II
29. 1928	2	I, II	I, II	I, II
30. 1929	2	I, II	I, II	I, II
31. 1930	2	I, II	I, II	I, II
32. 1931	2	I, II	I	I, II
33. 1932	2	I, II		I, II
34. 1933	2	I, II	II	I

⁵ Bd. I enthält die in allen Bänden bis 1924 allein übliche Form der alphabetischen Registrierung nach den Namen der Direktoren und Aufsichtsräte.

⁶ Bd. II enthält die alphabetische Registrierung nach Namen der Gesellschaften, wobei Prokuristen und Bevollmächtigte, die im ersten Band nicht genannt werden, mit aufgenommen wurden.

Jahrgang	Zahl der erschienenen Bände	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Universitäts- bibliothek Berlin (11)	Bibliothek des DWI (B 475)
35. 1934	2		I, II	I, II
36. 1935	2		I, II	I, II
37. 1936	2	II	I, II	I
38. 1937	2	I, II	I, II	I
39. 1938	2	I, II	I, II	I
40. 1939	2	I	I, II	I, II
41. 1940	2		I	I, II
42. 1951	1 (Bd. I)	1		
42. 1952	1 (Bd. II)			1
43. 1954	1 (Bd. I)	1		1
43. 1955	1 (Bd. II)			1
44. 1957	1 (Bd. I)	1		1
44. 1958	1 (Bd. II)	1		1

*Wer ist's? Zeitgenossenlexikon. Zusammengestellt und herausgegeben
von Hermann A. L. Degener;*

ab 11. Ausgabe 1948: Wer ist Wer? Das deutsche Who is who.

Herausgegeben von Walter Habel

(In jeder Ausgabe bisher in einem Band erschienen)

Ausgabe	Deutsche Staatsbibliothek (1)	Universitäts- bibliothek Berlin (11)	Berliner Stadtbibliothek (109)
1. 1905		1	
2. 1906		1	1
3. 1908			1
4. 1909	1	1	
5. 1911	1	1	
6. 1912	1	1	
7. 1914	1	1	1
8. 1922	1	1	1
9. 1928		1	1
10. 1935	1	1	1
11. 1948		1	
11. 1951 (2. Aufl.)	1		
12. 1955	1		1
13. 1958	1	1	

AUTORENVERZEICHNIS

- Handke, Horst*, Dr., Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Lehár, Bohumil*, Kandidat der Geschichtswissenschaften am Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag.
- Ludloff, Rudolf*, Dr. habil., Professor mit Lehrauftrag an der Hochschule für Maschinenbau, Karl-Marx-Stadt.
- Radandt, Hans*, Dr. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Schröder, Rudolf*, Dr., Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Schuchardt, Jürgen*, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wissmann, Gerhard*, Wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Dresden.
- Worms, Manfred*, Reichsbahnoberrat im Ministerium für Verkehrswesen, Berlin.

DER DRITTE TEIL DES JAHRBUCHES
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 1962 WIRD UNTER ANDEREM
ZUM INHALT HABEN:

MONOGRAPHIEN, STUDIEN, REFERATE

ZOLTÁN KENESSEY

Gestaltung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den kapitalistischen Ländern

DIETER BAUDIS

Die Arbeiterausschüsse im Mansfelder Kupferschieferbergbau in der Zeit des ersten Weltkrieges

DISKUSSIONEN

HILLEL KOHN

Die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft

HELGA NUSSBAUM

Bürgerliche Monopolgegnerschaft

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

RUDOLF SCHRÖDER

Aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte Leipzig
(Fortsetzung)

QUELLEN UND MATERIALIEN

HANS RADANDT

Aus dem Leben eines IG-Farben-Monopolisten

LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

ERICH PATERNA

Da stunden die Bergkleute auff (Hildegard Hoffmann)

Unternehmer in der Politik. Herausgegeben von Gustav Stein (Jürgen Kuczynski)

BIBLIOGRAPHIE

ALFRED FISCHER

Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmen, die nach 1945 in Westdeutschland und Westberlin erschienen sind (Fortsetzung)

DER VIERTE TEIL DES JAHRBUCHES
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 1962 WIRD UNTER ANDEREM
ZUM INHALT HABEN:

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

HERMANN ROTH

Die Kartellverordnung vom November 1923 und ihre Bonner Variante

HELMUT KUBITSCHKE

Die Börsenverordnung vom 24. Mai 1844

HANS RADANDT

Zur Geschichte der kolonialistischen Bestrebungen deutscher Finanzgruppen gegenüber den Ländern Afrikas

DISKUSSIONEN

JÜRGEN KUCZYNSKI

Studien zur Frühgeschichte des Kapitalismus

WOLFGANG SCHUMANN

Der Zeiss-Konzern im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des Faschismus

QUELLEN UND MATERIALIEN

RENATE GÜNTHER

Die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen entschleiern die Machenschaften der deutschen Konzerne

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850

RUDOLPH STRAUSS

Löhne in Chemnitz 1770 bis 1850

LEO KLEMENS

Zur Entwicklung der Preise von „Textilien“ in Deutschland von 1825 bis 1913

HELMUT NAUMANN

Der Stuhl als Maßeinheit der hallischen Solbrunnen

RUDOLF FORBERGER

Beiträge zur statistischen Erfassung der gewerblichen Produktion Sachsens
in der Frühzeit des Kapitalismus

LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

GH. RAVAŞ

Aus der Geschichte des rumänischen Petroleums

COSTIN MURGESCU / N. N. CONSTANTINESCU /
RADU PAUL / CONSTANŢA BOGDAN / MIHAI ŞTEFAN

Beiträge zur Geschichte des ausländischen Kapitals in Rumänien vom
Ende des ersten Weltkrieges bis zum Ausgang der Wirtschaftskrise von
1929—1933

(1. Teil) (Renate Günther)

„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1 bis 4 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13 und 14. BAND 11 und 12 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1918. BAND 14 ist der erste Band einer Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland.

Beim Verlag befinden sich als Manuskript:

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,
BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,
BAND 15, der die Krisengeschichte bis 1945 fortsetzt,
BAND 16, der die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland bis 1945 fortführt,
BAND 18, der die Geschichte der deutschen Arbeiterin behandelt.

In Bearbeitung befinden sich:

BAND 6, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren des Faschismus untersucht,
BAND 19, der Studien und Dokumente zu Band 6 und 7 bringt.